



# **Einblicke in das Innenleben einer Mobilisierung**

Reflexionen und Diskussionen aus dem **DISSENT!**-Spektrum

# Editorial

Der Beginn der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 liegt jetzt schon über ein Jahr zurück, nimmt man den BUKO 28 in Hamburg als Stichtag. Dort wurde der G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm zum ersten Mal im größeren Rahmen thematisiert.

Veranstalter war das damalige dissent! Netzwerk, bzw. deren deutschsprachige TeilnehmerInnen, die sich nach dem europäischen PGA-Treffen 2004 in Belgien zur Mobilisierung gegen den G8 in Gleneagles anschlossen - schon damals mit Blick auf den G8 2007.

## Der Anfang der Mobilisierung

Am Anfang stand die Frage: wieso sollten wir überhaupt mobilisieren (s. Gipfelperspektiven 1.0, S. 5). Eine Frage, die auch auf dem ersten Netzwerktreffen im Oktober 2005 in Hamburg (S. 26, 27) heiß diskutiert wurde. Sie wurde nicht eindeutig beantwortet, aber die Anstrengungen zur Mobilisierung begannen. Zumeist und am produktivsten geschah dies in den einzelnen Arbeitsgruppen, von denen es mittlerweile etwa 12 gibt, die zum Teil engagiert und kontinuierlich arbeiten. Auch die inhaltliche Auseinandersetzung wurde bis zum zweiten Treffen in



Berlin (S. 28-43) und darüber hinaus fortgeführt. Seit dem Berliner Treffen geschieht dies vor allem innerhalb der Inhalte AG (S. 47). Zugleich gab es auch Kritik an der gesamten Organisation, die sich besonders auf den einzelnen großen Plena Luft verschaffte (S. 21)

Mit der Zeit vervielfältigte sich die Präsenz des Themas der (auch) im dissent!-Spektrum aktiven Gruppen in verschiedenen Zeitungen, vor allem jedoch in der AK - Analyse und Kritik (S. 10, 18, 22, 50, 71, 89).

## Aus der Vergangenheit lernen

Eines der Dinge, das die im dissent! Spektrum aktiven Gruppen und Einzelpersonen aus der Vorbereitung für Gleneagles 2005 mitgenommen haben, war der reflektierende Rückblick auf vergangene Mobilisierungen. Diese Reflexionen schlugen sich besonders in der Broschüre 'Days of Dissent' nieder, welche englischsprachige Teile des dissent! Netzwerks 2004 ver-

öffentlichten. Darin finden sich Texte zu früheren Mobilisierungen (die Broschüre kann als PDF heruntergeladen werden: [www.daysofdissent.org.uk](http://www.daysofdissent.org.uk)). Auch in unserer Broschüre spiegelt sich diese reflektierende Haltung im fünften und letzten Teil wieder.

## Zur Auswahl der Texte

Für diese Broschüre standen mehr Texte zur Auswahl als wir abdrucken konnten, deshalb waren wir zu einer Auswahl gezwungen. Die Gipfelsoli-Webseite ([www.gipfelsoli.org](http://www.gipfelsoli.org)) hat eine Vorauswahl getroffen, an die wir uns fast vollständig gehalten haben. Wir haben diese ein wenig eingeschränkt nach recht willkürlichen, zumeist layout-technisch begründeten Kriterien. Zudem hat sich das dissent!-Spektrum immer weiter ausdifferenziert. Viele Texte lassen sich nicht mehr dissent! zuordnen, sondern eher anderen Spektren oder Arbeitsgruppen.

## Deutsche Broschüre - internationale Mobilisierung?

Wir sind uns bewusst, dass eine rein deutschsprachige Broschüre einer internationalen Mobilisierung nicht gerecht wird. Uns fehlen jedoch die Ressourcen, um all die Texte übersetzen zu können.

Aber das muss ja nicht nur negative Folgen haben. Nutzt die Chancen die diese einsprachige Broschüre euch bietet und übersetzt die Texte für eure nicht deutschsprachigen GenossInnen!

## Zum Aufbau der Broschüre

Es gab zwei Ideen, wie diese Broschüre aufgebaut sein könnte: Chronologisch oder thematisch. Eine chronologische Strukturierung hätte den Vorteil gehabt, dass alle Texte gleichgewichtig nebeneinander gestanden hätten. Jedoch sahen wir zwei Probleme. Erstens die Frage: wohin mit den Texten, die vor der Mobilisierung 2007 geschrieben wurden (zu Internationalismus und vergangenen Events)? Und zweitens erschien uns das Durcheinander in einer chronologisch aufgebauten Broschüre zu groß. Zumal sich einige der Papiere aufeinander beziehen.

Deshalb entschieden wir uns für einen thematischen Aufbau. Auch dieser erwies sich nicht als problemlos. Viele der Texte ließen sich nur schwer einordnen, weil sie in zwei oder drei Kategorien gehören. Wir haben sie dann dorthin gepackt, wo sie unser Ansicht nach am ehesten hinpassen.

Innerhalb der einzelnen Teile haben wir dann versucht die Texte chronologisch zu sortieren - soweit es das Layout zuließ.

## Die Broschüre: eine Bleiwüste

Da auf unsere Bitte nach Bildern nur sehr zögerliche Reaktionen kamen, muss diese Broschüre weitgehend unbedeutend bleiben. Wir wollen die Texte nicht noch stärker interpretieren, als wir es schon mit der Zuordnung getan haben - und Bilder verstehen wir als Interpretation. Wenn Bilder am Ende von Texten montiert sind, entstammen sie unserer Auswahl.

## Zweck der Broschüre

Wir haben diese Textsammlung zusammengestellt, um einen Blick zurück auf die schon bisher gelaufene Mobilisierung werfen zu können und bestärkt die nächste Etappe zu meistern.

Wir wollen zu Diskussionen anregen und die Texte aufwerten. Die Broschüre wurde mit Blick auf das Camp06 erstellt, weil wir es für einen guten Ort halten, offene Fragen weiter zu diskutieren und zu entwickeln.

Da nicht absehbar ist, dass alle in dieser Broschüre und sonst im Raum schwebenden Meinungsverschiedenheiten, Unzufriedenheiten oder Befindlichkeiten auf dem Camp gelöst werden können: Die Broschüre soll die Möglichkeit eröffnen - mit allen Texten zur Hand auch nach dem Camp zu den Fragen im Austausch zu bleiben - hoffentlich schriftlich, um eine zweite Auflage zu füllen.

Und nicht zuletzt wollen wir einen Einblick in die Vielfalt des dissent! Spektrums eröffnen!

Viel Spass beim Lesen und Diskutieren,  
Die Redaktionsgruppe  
Juli 2006

## → Impressum

Zusammengestellt wurde die Broschüre von Gruppen, die im den Dissent!-Spektrum aktiv sind.

V.i.S.d.P.:  
Carlo Giuliani  
Mariannenplatz 2, 10997 Berlin

## → Mitmachen

Wenn ihr einen Text für eine nicht-deutschsprachige Broschüre übersetzt habt, schickt die Übersetzung an: [gipfelsoli@nadir.org](mailto:gipfelsoli@nadir.org). Wir laden uns den Text dann von der Seite runter.

# Inhalt

---

## Teil I: Selbstreflexion

<b>Glocal Group Hanau:</b> Gipfelperspektiven (Version1.0)	S. 05
<b>Berliner Vernetzung G8-KO:</b> G8 2005, 2006 und 2007	S. 07
<b>Six Hills:</b> THESEN ZUR LINKSRADIKALEN ORGANISIERUNG	S. 08
<b>No Lager Bremen &amp; Gregor Samsa:</b> WTO und Heiligendamm	S. 10
<b>Autopool:</b> Was wir machen muß sich ausdrücken in dem was wir tun	S. 12
<b>Berit Schröder:</b> Selber Machen damit nicht andere das Bild bestimmen	S. 18
<b>Einzelperson, Heidelberg:</b> FÜR EIN GANZ ANDERES GANZES!	S. 20
<b>Jörg Bergstedt:</b> G8-Mobilisierung - Infos zur Vorbereitung auf den G8-Gipfel 2007 und kritische Blicke auf die Organisationsstrategien	S. 21

## Teil II: Inhaltliche Auseinandersetzung

<b>Glocal Group Hanau:</b> zum Agendavorschlag für das Hamburger Treffen	S. 26
<b>No Lager Bremen:</b> zum Treffen in Hamburg	S. 27
<b>Inhalte-AG des G8-Plenums Mannheim-Heidelberg:</b> "Unser Nein ist das Ja zum Nichts des Ganzen"	S. 28
<b>No Lager Bremen:</b> zu Internationalismus	S. 29
<b>Bernd Hüttner:</b> Hoch die... Der Geschichte der Internationalismusbewegung in der Bundesrepublik bis 1992	S. 30
<b>Moe Hierlmeier:</b> Wer stets das Gute will... Zur Kritik des alten Internationalismus	S. 33
<b>Kampfinitiative Berlin:</b> Eine Antwort auf das Papier "Unser Nein ist das Ja zum Nichts des Ganzen"	S. 36
<b>nolager bremen:</b> input-papier zum anti-g8-vorbereitungstreffen in berlin	S. 38
<b>Gegeninformationsbüro Berlin:</b> Kapital Macht Krieg - die Beherrschung verlieren!	S. 41
<b>Gregor Samsa:</b> Über die Notwendigkeit einer Wiederentdeckung - Globale Landwirtschaft und die Macht kapitalistischer Agrarindustrie	S. 44
<b>BUKO Kampagne gegen Biopiraterie:</b> Von G8 zu COP9	S. 47
<b>Einzelperson der Inhalte AG des G8-Plenums:</b> Subjektives Protokoll zum Treffen der Inhalte AG in Berlin	S. 47
<b>Gregor Samsa:</b> Autonome Hintereingänge in die Festung Europa?!	S. 50

## Teil III: Kampagnen- und Aktionsvorschläge

<b>No-Lager-Netzwerk:</b> Erster Aufruf zu einer Großaktion unter dem Motto "Für globale Bewegungsfreiheit" und "Gleiche Rechte für Alle" im Rahmen der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 in Deutschland.	S. 54
<b>FelS-G8-AG:</b> FelS zu Migration	S. 54
<b>No Lager Bremen:</b> Aufmerksamkeit auf den Widerstand antirassistischer und selbstorganisierter Flüchtlingsgruppen aus Mecklenburg-Vorpommern lenken	S. 56
<b>Initiative Libertad!:</b> Folterwelten- Militarisierung - Repression – Weltwirtschaft - Kampagnenvorschlag gegen G8 2007	S. 58

## Teil IV: Positionspapiere

<b>Kölner Anti-G8-Bündnis:</b> Entwurf für einen Aufruf/ Positionspapier	S. 66
<b>Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft der BUKO:</b> G8 delegitimieren, soziale Bewegungen stärken, Alternativen leben	S. 71
<b>Autonome KommunistInnen, Rote Aktion Berlin (RAB), Soziale Initiative Neukölln (SiNN), Gruppe Arbeitermacht, revolution! Berlin:</b> Imperialismus pur	S. 74

## Teil V: Vergangene Gipfel

<b>Drei Leute aus Berlin:</b> militant errors - Auswertung Thessaloniki 2003	S. 78
<b>Sturm und Drang:</b> "Der Papst ist tot! - 25 Jahre Schwarzer Block" - ein Bericht	S. 83
<b>Anonym:</b> militant manifesto	S. 87
<b>Gregor Samsa:</b> Von der Afrika-Kommission zur Autobahnblockade	S. 89

# Teil I: Selbstreflexionen

# Gipelperspektiven (Version 1.0)

## Gipfelmobilisierung als ein Teil transnationaler Organisation und Kooperation

**[Dies ist ein Auszug aus einem vorläufigen Arbeitspapier der 'glocal group hanau' zu der perspektivischen Bedeutung und Bewertung von Gegen-Gipfeln. Kommentare, Anmerkungen und Kritiken zu diesem Papier werden von uns gerne gelesen und bei entsprechender Überzeugungs-wirkung auch gerne in kommenden Versionen eingearbeitet.]**

Vom 6.-8. Juli 2005 wird im schottischen Gleneagles der nächste G-8-Gipfel stattfinden. Verschiedene Gruppen aus Großbritannien haben sich in dem Netzwerk dissent! zusammengeschlossen, um die Proteste gegen das Treffen vorzubereiten, aber auch um eine über den Gipfel hinausreichende Struktur zu schaffen. Mobilisierungen zu Gipfeln sind ein umstrittenes Thema in der Linken. Dies hatte dissent! anfangs dazu bewogen, den theoretischen und eher strategischen Fragen zu Sinn und Zweck von solchen Events im Allgemeinen und den jeweiligen Erwartungen der verschiedenen AktivistInnen im Besonderen viel Raum zu geben. Als 'glocal group hanau', versuchen wir in unserer politischen Arbeit die Verbindung zwischen "global" und "local" zu ziehen. Lokale Schwerpunkte sind einerseits unsere Aktivitäten in einem (kleinen) besetzten autonomen Zentrum sowie die Beteiligung an einer Stadtteilinitiative, wo es u.a. um die Frage eines größeren Sozialen (Stadtteil-)Zentrums geht. Zum anderen bereiten wir gerade eine Kampagne vor, die entlang der Begriffe und inhaltlichen Verbindungslinien zwischen "Aneignung, Migration und Prekarisierung" versucht, sich auf alltägliche lokale Sozialprozesse zu beziehen. 'Globale' Schwerpunkte sind für uns mit den transnational-europaweiten Vernetzungsbestrebungen verbunden:

mit People's Global Action (PGA) als antikapitalistischem Netzwerk;

mit NoBorder und dem Frassanito-Netzwerk in antirassistischen und migrationsbezogenen Initiativen;

mit der neuen Euromayday-Vernetzung in Sachen Prekarisierung; und in der Biopiraterie Kampagne als einer weiteren thematischen Vernetzung.

Dementsprechend sind wir schon ausgesprochene Eventhopper: von NoBorder-Camps über PGA-Konferenzen bis hin zu den Europäischen Sozial Foren. Aber wir fahren eben auch regelmäßig zu den (Gegen)Gipfeln, die ja oft auch weitere

Treffpunkte für die genannten Netzwerke sind.

Die beschriebene Vorgehensweise von dissent! hat uns bewogen, darüber zu diskutieren, wie wir als Gruppe die Summit-Mobilisierungen bewerten und einordnen. Erste Einschätzungen möchten wir hiermit zur Diskussion stellen, nicht nur wegen dem G8 dieses Jahr oder dem G8 in Deutschland in Heiligendamm 2007, sondern auch, weil wir vielen Fragen darin eine grundlegendere, perspektivische Bedeutung geben - eben wie Widerstand im globalisierten Kapitalismus weiterentwickelt werden kann.

Wir haben die Argumente gegen die Summits, die wir öfters zu hören bekommen haben, mal stichwortartig aufgelistet und geguckt, was wir während verschiedenen Gipfeln ziemlich gut fanden und dem entgegengehalten konnten.

### **Punkte, die häufig gegen Summits angeführt werden, sind:**

- Die Repression ist zu krass geworden, zu viele AktivistInnen steigen aus und werden traumatisiert.
- Inhaltlich zu flach und Fixierung auf actions.
- Bündnisse sind oft zutiefst widersprüchlich.
- Lokale Strukturen werden hoffnungslos überlastet, wobei die Kräfte in den lokalen Kämpfen sowieso besser aufgehoben wäre.
- Der Rahmen (Zeit und Ort) werden nicht von uns selbst bestimmt.
- Wir haben die Initiative verloren und versuchen nur noch unsere alten Erfolge zu wiederholen.

### **Dem steht aber auch entgegen:**

- Mobilisierungen können auch inhaltliche Impulse sein.
- Die Widersprüchlichkeit aller Beteiligten ist und bleibt inspirierend.
- Die Erfahrung knackiger Riesendemos kann ungeheuer pushen.
- Es lassen sich Aktionsformen erfahren, die hier gar nicht möglich sind.
- Gipfel sind Resonanzkörper für radikale Kritik, die über den event hinaus wirkt.
- Die Bezugnahme auf Kämpfe vor Ort ist und bleibt ebenso möglich, wie die Stärkung von lokalen Strukturen.
- Gerade Gipfel, als Knotenpunkte der Macht, können verzögert, kostenintensiv

und gelegentlich sogar ganz verhindert werden.

Die Punkte, die immer wieder gegen Gipfelmobilisierungen angeführt werden, lassen sich eigentlich in 2 Ebenen unterscheiden. Zum Einen der Rahmen, der durch äußere Umstände bestimmt ist. Der Rahmen führt immer eine Begrenztheit und gewisse Problematiken mit sich, mit denen bei "Globalisierungsevents" häufig nicht zufriedenstellend umgegangen wurde, (wahrscheinlich am deutlichsten zu machen beim Feld Repression) - dieser Rahmen lässt sich allerdings nicht grundlegend ändern und es stellt sich eher die Frage, nach dem angemessenen Umgang damit. Als andere Ebene dann die Punkte, die auf vergangenen Gipfeln immer wieder mies oder eben gar nicht gelaufen sind, die sich aber prinzipiell ändern lassen könnten.

Viele der Kontrapunkte gelten zudem für alle möglichen Arten von größeren Mobilisierungen (1.Mai's, Heiße(r)Herbst(e)), trotzdem werden große Mobilisierungen immer wieder gemacht. Das drückt den Widerspruch aus, dass "Events" nicht das Ende der Fahnenstange aber trotzdem nötig sind. Dazwischen gilt es sich zu bewegen. Wenn nur auf eine Karte gesetzt wird, ist das Scheitern schon inbegriffen. Bei der gnadenlosen Fixierung auf Events mit der Logik von immer größer werden - den Demos (entweder bis "die da oben" einlenken oder bis zum großen, finalen Knall) wird die Komplexität der gesellschaftlichen Organisation völlig unterschätzt, genauso wie die Aufstandsbekämpfung des Staates. Ebenso eine Einbahnstraße bleibt aber das Fixieren auf lokale Aktivitäten. Hier ist letztendlich der Weg ins völlige Sektieren vorgegeben. Wer sich keine Impulse von außerhalb holt, kann sich zum Schluss nur noch auf sich selbst beziehen - inhaltlich, praktisch, personell und räumlich.

Aber haben auf der anderen Seite die aufgeführten positive Aspekte wirklich diese Dimension? Ist es nicht lächerlich wenn auch so ernsthafte politische AktivistInnen/Revolutionäre/autonome Subjekte wie wir diese Gefühle von "Boah-sind-wir-heute-aber-wieder-viele" und/oder von "Heute-knallts-aber-endlich-mal-wieder" so nötig haben? In unserer politischen Situation - zumindest in Deutschland - ist es überhaupt gar keine Selbstverständlichkeit viele Leute zu sein (Viele die zudem noch entschlossen sind schon mal überhaupt nicht). Die meiste Zeit in unserem politi-



schen Handeln stehen wir - gelegentlich sogar gewollt - isoliert da. Unsere Erfahrung ist es ja auch, dass eine große Menge von uns in einem bestimmten Alter schließlich resigniert, aus politischer und persönlicher Perspektivlosigkeit. Die Erfahrungen und Inspirationen auf Gipfeln können da als 'Tankstelle' genutzt werden für die lokalen und alltäglichen Kämpfe.

Bei verschiedenen Projekten mit transnationalem Anspruch, wie etwa den No-Border Camps, den Sozialforums- und PGA-Konferenzen, diversen Karavänen und Touren, und auch bei den global/european action days lassen sich sicherlich eine Menge dieser Erfahrungen und Organisationsansätze machen, aber doch sicherlich nicht in dieser Breite (Mengenmäßig wie Bündnismäßig) und oft auch nicht in dieser Intensität wie bei einem großen, gelungenen Gegengipfel (Ausnahmen bestätigen die Regeln).

**Gipfel können eine Chance sein. Sie müssen es nicht.**

Beispiel Osteuropa: Niemand war wohl wirklich enttäuscht als Putin 2003 die G8 zur 300.Jahrfeier von St.Petersburg eingeladen hatte, und es zu keinen (größeren) Protesten gekommen war. Dass jedoch das Treffen des European Economic Forum in Warschau am 29.4.2004 zur gelungen Mobilisierung von 8.000 Leuten geführt hat, dürfte allgemein als ziemlich gelungen und wichtiger Prozess für die polnische Szene eingeschätzt werden. Beispiel g8: Die Erfahrungen rund um Evian/Geneve/Lausanne 2003 werden für die große Mehrheit der Demonstrierenden wohl eher gut gewesen sein, auch wenn diese Mobilisierung die gegen den vorherigen G8 auf europäischen Boden, nämlich in Genua 2001, in der Masse der Teilnehmenden, der Heftigkeit des Widerstands und der Öffentlichkeitswirksamkeit alles andere als getoppt hat. Wir müssen wegkommen von statischen "Erfolgs"-Kriterien, die unsere Mobilisierung an bestimmten "erfassbaren" Kriterien fest macht, wie: Anzahl der Demonstrierenden, Anzahl der gesmashten Scheiben, Anzahl der blockierten Abgeordneten und Anzahl der Presseartikel (x) gegen Anzahl der Festgenommenen, Anzahl der Verletzten und Traumatisierten, Anzahl der Distanzierungen (y), um dann zusammen zu zählen, wenn x gleich größer als y dann guter Gipfel.

Die Kriterien für uns sollten andere sein. Wenn sich lokale Gruppen, Netzwerke, Bündnisse entschließen einen Gegengipfel in ihrem Land vorzubereiten, ist das eine Möglichkeit sich auf einer hohen, überregionalen Ebene zu organisieren und zu mobilisieren. Es ist eine Möglichkeit, den

Widerstand auf einer Ebene zu bündeln, wo viele konkrete ausbeuterische und entwürdigende Verhältnisse ihren Ausgang genommen haben - auf die Ebene wo 8 der wirtschaftlich und militärisch mächtigsten Staaten der Welt in trauter undemokratischster Runde ihre Interessen strukturieren. Eine solche Gipfelmobilisierung sollten eher als Möglichkeit wahrgenommen werden, eigene Inhalte und Praxen auf die Mobilisierung zu beziehen. Also beim g8 konkret: In welchem Verhältnis stehen unsere Kämpfe gegen Rassismus, Sexismus und kapitalistischer Ausbeutung im Zusammenhang mit der Politik der g8 - sowohl hier als auch global gesehen? Für gelungen halten wir in dieser Hinsicht die MigrantInnendemo in Genua am 19.7.2001 und die WTO-IOM-WIPO-Demo in Genf am 31.5.2003, die jeweils einen Tag vor den großen Aktionen eine große inhaltlichen Positionierung aufgemacht hatten.

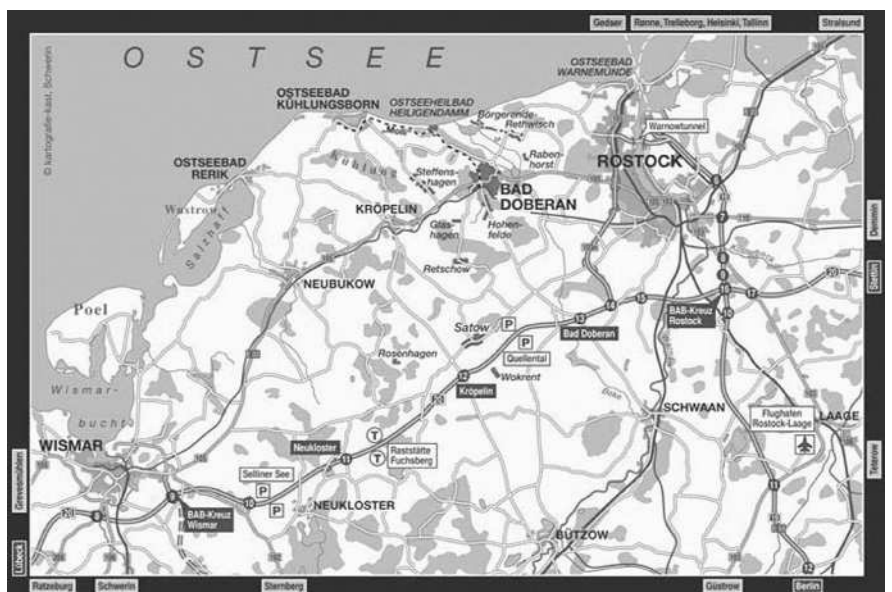
So wichtig und richtig bestimmte Kritiken sind, so wichtig scheint es uns, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten und die Gipfelmobilisierungen nicht vollkommen sein zu lassen. Statt dessen sollte versucht werden, durch die richtige Kritik an den Unzulänglichkeiten der Gipfelmobilisierungen, die "Bewegung der Bewegungen" in einen produktiven Prozess umzusetzen. Dies könnte z.B. bedeuten, der Unzulänglichkeit der summits über die Vernetzung und damit einer erhofften verbindlichen Strukturbildung entgegenzuwirken, wofür PGA als globaler und dissent! als regionaler Ansatz stehen. Diesen Prozess zu unterstützen, muss auch bedeuten, andere transnationale Projekte zu powern, die ja schließlich oft eine wesentlich größere inhaltliche und persönliche Tiefe entwickeln. Wobei für uns momentan die Bestrebungen zum euromayday in einem solchen Zusammenhang steht. Unser Ein-

druck ist allerdings, dass gerade bei den meisten engagierten KritikerInnen der Gipfelbewegung kein anderer transnationaler, globaler Bezug aufgemacht wird, der eine wirkliche Alternative dazu böte.

Welche Perspektive haben unsere Kämpfe aber überhaupt, wenn wir sie nicht - wie es das Kapital schon seit einiger Zeit tut - praktisch globalisieren? Und das über einen, zwar immer proklamierten aber doch nur punktuellen Internationalismus der vergangenen Jahrzehnte hinaus. Ist denn nicht die Globalisierung von unten, die transnationale Kooperation der Widerständigen die einzige Perspektive, die einer ernsthaften emanzipativen Bewegung bleibt? Wo ganze Landstriche zu verlängerten Werkbänken der Industrie werden, wo Existenzängste von Lohnabhängigen durch die globale Standortdebatte gegeneinander ausgespielt werden und wo bei Gipfeltreffen Entscheidungen für Milliarden Menschen getroffen werden, können Kämpfe nicht mehr isoliert betrachtet werden. Wenn wir uns selbst ernst nehmen und unser Wohl nicht standortnationalistisch über das von anderen stellen, dann müssen wir die Herausforderung annehmen, die Kämpfe inhaltlich und praktisch aufeinander zu beziehen. Neben vielen anderen möglichen Feldern, die aber leider zu selten praktiziert werden, bieten sich hierfür die Mobilisierungen zu Gegengipfeln, als inhaltliche und praktische, temporäre Zuspitzung eben an.

Deswegen beteiligen wir uns, als glocal group hanau, trotz aller Beschränktheit der Gipfelevents weiter an Mobilisierungen, wie jetzt auch wieder gegen den g8 in Schottland. Denn bisher zeigt sich für uns noch kein anderes Feld, welches die Gipfelevents als ganzes ersetzen könnte.

glocal group hanau/pgga infopoint, Februar 2005



# G8-KO zu G8 2005, 2006 und 2007

## Die Berliner Vernetzung G8-KO zu G8 2005, 2006 und 2007

**Zu Beginn ihrer Arbeit hatte die Berliner Vernetzung G8-KO noch das Ziel formuliert, auch auf Leute außerhalb der anarchistischen, linksradikalen usw. Berliner Szene zuzugehen. Die Anti-G8 Arbeit sollte offen gestaltet werden, wir wollten einen Dialog mit Leuten aus anderen sozialen Milieus, also z.B. aus attac-, Kirchen-, Umweltgruppen oder auch aus Gewerkschaften. Ob andere Gruppen in der deutschsprachigen Vernetzung ein ähnliches Ziel verfolgten, wissen wir nicht.**

--- text 1 ---

In Berlin ist es letztlich beim ausformulierten Wunsch, nicht nur das eigene Spektrum anzusprechen, geblieben. Da half es auch nicht, dass wir einmal im Monat zu offenen Treffen eingeladen haben. Wirklich eingeladen fühlten sich immer nur Leute, die in den letzten Jahren auf ähnliche Art und Weise Politik machen wie wir es tun. Abgesehen davon, dass eines unserer bunten Propaganda-Plakate evtl. nicht nur ReiseschaotInnen ansprach, und abgesehen von der punktuellen Zusammenarbeit mit einer netten StudentInnen-Gruppe aus Brandenburg waren die AdressatInnen unserer Arbeit dann doch wieder die reisenden Linksradikalen unter den vielen BerlinerInnen. Es ist nicht so, dass uns das absolut unglücklich macht. Im gesellschaftlichen Diskurs kam der G8-Gipfel in Schottland bis ca. Mitte Juni, d.h. bis zu Geldof's Plänen mit live 8 gar nicht vor, von daher wäre es ein enorm langwieriges und anstrengendes Vorhaben gewesen, Leute oder gar Funktionäre aus NGOs und Gewerkschaften für das Thema zu begeistern. Und mit dem doch überschaubaren Haufen, der wir in Berlin waren, konnten wir mehr auch einfach nicht leisten.

-----text 2-----

### Wie geht es jetzt weiter?

Der G8-Gipfel 2007 wird in Deutschland stattfinden - im Kurort Heiligendamm bei Rostock an der Ostsee. G8-KO Berlin ist mittlerweile in einem neuen Vorbereitungskreis, der sich ab jetzt mit der Mobilisierung gegen diesen Gipfel beschäftigt, aufgegangen. In Berlin wird sich die Struktur des Netzwerkes wohl stark verändern,

der Kreis ist jetzt schon deutlich größer geworden. Das Spektrum, aus dem die AktivistInnen kommen, hat sich allerdings bisher nicht großartig gewandelt. Wir orientieren uns weiterhin an den Umgangsformen der PGA-Hallmarks, arbeiten also beispielsweise nicht mit Parteien oder anderen hierarchischen Gruppen zusammen. Anfang Oktober (7.-9.10.) wird es in Hamburg ein erstes großes Vorbereitungstreffen geben, auf dem es um die konkrete Gestaltung der linksradikalen Kampagne gegen den Gipfel in Heiligendamm gehen soll.

Die Hoffnung ist, dass die Kampagne Effekte für eine aktionsfähige Linke in Deutschland zeigt, die also nicht nur auf den Sommer 2007 beschränkt sind, sondern darüber hinaus wirksam bleiben. Erste Schwerpunkte der Kampagne sollen der G8-Gipfel 2006 in St. Petersburg sowie ein internationales Widerstandscamp sein, das ebenfalls im Sommer 2006, zeitlich nach dem Gipfel in Russland, in räumlicher Nähe zu Heiligendamm stattfinden soll.

Parallel zu unseren auf den Gipfel in Gleneagles bezogenen Aktivitäten und auch unabhängig vom linksradikalen Netzwerk für Heiligendamm 2007 hat sich, ebenfalls aus dem linksradikalen Spektrum, die Initiative für eine interventionistische Linke (IL) gegründet. Die IL will den Gipfel 2007 als Kristallisationspunkt nutzen, um ein breites, bewegungsorientiertes, basisdemokratisches Bündnis auf die Beine zu stellen.

--- text 3 ---

Sie schreiben: "Das Gesamtprojekt G-8-Mobilisierung 2007 ist so groß und ambitioniert, dass eine Strömung oder Organisation damit überfordert wäre. Jeder Versuch eines Alleingangs oder die Dominanz einer Richtung würde die Handlungsmöglichkeiten und die politische Ausstrahlungskraft der Aktionen insgesamt merklich einschränken. [...] Wir rufen daher zur Bildung eines breit angelegten Gesamtbündnisses auf, das die Organisation und Koordination der gemeinsamen Aufgaben übernimmt, die nicht von einzelnen Strömungen allein geleistet werden können. Hier sollten Initiativen aus allen Spektren der Linken zusammen kommen: Die lokalen Sozialforen, Erwerbslosen- und Sozialinitiativen, Antifagruppen, Flüchtlings-Initiativen, Autonome Gruppen und andere bewegungsorientierte Linksradikale, 3.Welt- und Kirchengruppen, attac und die no-global-Netzwerke, traditionskommuni-

stische und trotzkistische Organisationen, Gewerkschaftsgliederungen und -jugendverbände, Linkspartei/ PDS usw." (<http://g8-2007.de>)

Die Liste der Gruppen, die am breiten Bündnis beteiligt sein sollen, ist also einigermaßen lang. Als ein Minimalkonsens werden von der IL deshalb vier Punkte vorgeschlagen: erstens eine eindeutige Delegitimierung der G8, zweitens die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktions- und Widerstandsformen, drittens ein solidarischer, verlässlicher Umgang miteinander, der verbindliche Absprachen erlaubt, sowie viertens eine klare und offensive Abgrenzung gegenüber rechts-populistischen und rechten Kräften. Auf Basis dieser Vorschläge soll für das Frühjahr 2007 zu einem großen Kongress eingeladen werden.

Momentan werden also bezogen auf den Gipfel 2007 aus linksradikaler Perspektive zwei verschiedene Konzepte verfolgt: breites Bündnis und linksradikales Netzwerk. Diese Ansätze müssen sich nicht gegenseitig ausschließen und sollten auch nicht gegeneinander, sondern miteinander diskutiert werden, denken wir. Dennoch ist gerade unklar bzw. noch nicht diskutiert, ob sich beispielsweise das Netzwerk am Bündnis beteiligt oder nicht. Aber das wird sich die nächsten Monate klären. Was sicher ist: Es wird um den Gipfel in Heiligendamm ein ganz großes Tohuwabohu geben, eine tolle internationale Kampagne, ordentlich Rabatz, spannende Action und hoffentlich produktiven politischen Streit. Wir hoffen doch sehr, das wir uns da alle sehen.

In diesem Sinne: **smash capitalism!**

Berliner Vernetzung G8-KO, 2005



# Thesen zur linksradikalen Organisation

G8 Widerstand 2007 Heiligendamm

Hier auch ein Beitrag der mitten aus einem Diskussionsprozeß heraus entstanden ist. Deswegen skizzenhaft zu verstehen ist.

Die Machtdemonstration der G8 2007 in Heiligendamm könnte auf sieben Ebenen beantwortet werden und für die radikale Linke genutzt werden:

## 1.- LINKSRADIKALE POSITIONEN STÄRKEN:

Einmal bietet es die Möglichkeit, den Anlaß zu nutzen linksradikale Positionen zu verbreitern und stärker in die Öffentlichkeit zu bringen. Dazu vorweg unsere Positionen neu zu überarbeiten. Die günstigen Rahmenbedingungen sind hier von Nutzen, wie das Interesse der Medien, das erhöhte Interesse der Bevölkerung, der lokalen Politik und Verbände, von NGOs, Kirchen, Gewerkschaften, ebenso wie das der überregionalen und internationalen radikalen Linken.

Hierbei ist von Vorteil, dass die Mobilisierung bereits jetzt angelaufen ist, zwei Jahre vor dem Gipfel. Es also Zeit gibt, einiges zu erarbeiten.

## 2.- KONFRONTATIVE INTERVENTION/WIDERSTÄNDISCHE PRAXEN:

Durch konfrontative Interventionen im Vorfeld und während des G8 macht die radikale Linke die Entschiedenheit ihrer Positionen deutlich. Sie erteilt so eine eindeutige Absage an Machtpolitik, Kapital und Neoliberalismus. Die G8 Treffen werden dadurch aufwändiger und kostenintensiver. Wie ein Widerstandscamp 2007 aussehen könnte und was für Aktionsziele/Blockadeziele es haben könnte, wäre zu erarbeiten.

## 3.- SELBSTORGANISATION/FERIENKOMMUNISMUS:

Es gibt kein richtiges Leben im Falschen, aber es gibt die Utopie und die gelebte Annäherung an sie. Der linksradikale Widerstand organisiert sich im Vorfeld und

während des/der Widerstandscamps experimentell anarchistisch/kommunistisch (Stichwort: Ferienkommunismus der anti-rassistischen Grenzcampes). Dies beinhaltet Konsensprinzip, Kollektivität und Selbstorganisation, eine möglichst hierarchiefrei, möglichst frei von Rassismen und Sexismen freie Organisation und eben auf die Art und Weise wie die radikale Linke sich ein schönes Leben vorstellt. Der Versuch des richtigen Lebens im Falschen sollte nicht unterschätzt werden, einmal für die radikale Linke selbst, für ein Gefühl von "hier bin ich richtig", für experimentelle Weiterentwicklung und für die eigene Glaubhaftigkeit. Ebenso könnte das Experiment stärker publiziert werden, wie es z.B. in Schottland



2005 der Fall war, wo die Presse das Zusammenleben, -kämpfen und die Organisationsform des Widerstandscamps aufgegriffen hat.

## 4.- LOKALE RADIKALE LINKE STÄRKEN:

Linksradikale Strukturen vor Ort stärken. Es ist wichtig, dass die lokalen linksradikalen Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern nicht von einer überregionalen und internationalen Mobilisierung überrollt werden. Denn es ist klar, dass der Widerstand, bzw. ein Widerstandscamp immer auch eine Belastung, bzw. Überlastung für die lokalen Strukturen darstellt. Deswegen ist es wichtig, sie auch nach dem G8 2007 nicht mit den Hinterlassenschaften eines solchen Widerstandes allein zu lassen, u.a. der Repression, evtl. Kündigung von Räumen und Geldern, Bedrohung von Faschos. Sondern dass sie im Gegenteil durch die verstärkte Aufmerksamkeit und

Aktivität in der Region auch Unterstützung und Verbreitung für ihre Politik finden. Das spricht u.a. dafür, dass lokale Politikfelder Platz in der Mobilisierung finden und aufgegriffen werden.

## 5.- LÄNGERFRISTIGE STRUKTUREFFEKTE, ZÜNDFUNKEN LINKSRADIKALER BEWEGUNG:

Die überregionale Mobilisierung könnte die Chance bergen, dass ein Großteil der überregionalen radikalen Linken zusammenkommt und auch über den Gipfel hinaus zusammen arbeitet, bzw. eine darüber hinausreichende Struktur schafft. Viele versprechen sich hier eine neue Zündung für die linksradikale Bewegung von grundlegender, perspektivischer Tragweite. Wie realistisch das ist sei dahin gestellt, wünschenswert wäre es alle Mal. Dass sich im Vorfeld und während des G8-Widerstands noch mal mehr bewegt ist gewiß. Wie könnte eine neue Stärke erreicht werden, eine größere politische Ausstrahlung? Wie könnte sich eine linksradikale Bewegung auch nach dem G8-Gipfel verstärkt aufeinander beziehen und gemeinsamen Widerstand organisieren.

## 6.- TRANSNATIONALE VERNETZUNG:

Der linksradikale Widerstand kommt zu den Gegen-Aktivitäten über die Grenzen hinaus zusammen. Dies hatte bisher u.a. den Vorteil, dass verschiedenste Aktionsformen erfahrbar wurden. So z.B. die Tutte Bianchi in Italien/Genua, Pink & Silver u.a. in Prag, critical mass (fahrende Fahrradblockaden) und Clowns in Schottland, durch dieses Erleben wurden Aktionsformen in die eigene politische Praxis übertragen. Ganz davon abzusehen, dass mit vielen Menschen noch mal ganz andere Aktionen möglich sind. Über diese praktischen Aspekte hinaus, gibt es noch den Vernetzungsaspekt, wie bei der noborder-, Frassanito- und Euromayday-Vernetzung oder PGA. Will die radikale Linke eine transnationale Vernetzung und wie könnte die aussehen?

## 7.- BÜNDNISSE EINGEHEN:

Im Zuge der Mobilisierung könnten



Bündnisse über die radikale Linke hinaus eingegangen werden. Diesen Ansatz verfolgt die IL (Interventionistische Linke), die eine Zusammenarbeit von autonomen Gruppen und Gewerkschaften, Sozialforen, attac, Kirchen, trotzkistischen Gruppen, Linkspartei usw. anstrebt. Gibt es von der überregionalen, linksradikalen Mobilisierung Interesse an so einer Politik? Ist es politisch gewollt, bzw. sinnvoll ist hier Energie reinzustecken? Derartige Bündnisse sind z.B. bei dem Widerstand gegen den EU-Gipfel in Kopenhagen versucht worden und letztendlich an der Frage konfrontativer Intervention gescheitert. Andererseits könnten solche Bündnisse z.B. beim Castorwiderstand als erfolgreich gewertet werden.

**zu 1.- LINKSRADIKALE POSITIONEN STÄRKEN:**

Hierzu ein paar vertiefende Gedanken.  
A.-

Linksradikale Positionen stärken und verbreiten, dies meint die ganze Bandbreite linksradikaler Politikfelder. Alle linksradikalen Politikfelder können auf G8 bezogen werden. Erst zusammen stellen sie in ihrer Komplexität, Verschränkung miteinander und Bezogenheit aufeinander die Fülle des Widerstandes dar und zeigen wie eben alles zusammenhängt und miteinander verknüpft ist. Deswegen sollten alle linksradikalen Politikfelder die Möglichkeit haben, ihre spezifischen Inhalte einzubringen und es wäre wünschenswert, wenn viele Gruppen das nutzen und sich an der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel beteiligen, so z.B. die FrauenLesben- FrauenLesbenTransgenderbewegung, die Antifa, Flüchtlingsselforganisationen und migrantische Gruppen, die Bauwagen- und Häuserszene, umweltpolitische Gruppen, Gruppen die zu Befreiungsbewegungen arbeiten (z.B. zu den Zapatistas) und zu internationalen Kämpfen (wie z.B. in Indien u. Lateinamerika gegen die Privatisierung von Wasser) und viele andere Gruppen mehr u.a. zu Gentechnik, Arbeit und Prekarisierung, Bodyismus usw.

Die überregionale Mobilisierung sollte allen linksradikalen Gruppen Raum und Unterstützung für die Verbreitung ihrer spezifischen Inhalte und Schwerpunktthemen geben, sei es in Veranstaltungen, Mobilisierungsaufrufen, -zeitschriften, Website/Links im Vorfeld und auf den/dem Widerstandscamp/s selbst.

B.-

Darüber hinaus könnten z.B. drei Schwerpunktsetzungen verstärkt innerhalb der überregionalen Mobilisierung ausgearbeitet werden. Hier wiederum der Vorteil, dass z.B. gut 3/4 Jahr Zeit wäre Inhalte zu er-, bzw. überarbeiten und 1 weiteres Jahr um sie zu propagieren und zur Dis-

kussion zu stellen. Die Zahl Drei ist hier erst mal beliebig. Ein Schwerpunkt würde nie die Komplexität wiedergeben und es wäre zum anderen schwer sich auf eine Thematik zu einigen, zu der viele gerne arbeiten würden.

Es gäbe verschiedene Möglichkeiten von Schwerpunktsetzungen. Ein Idee hierzu wäre:

**ÖKONOMIE/ PRIVATISIERUNG:**

In Berlin haben wir u.a. erst mal vage damit begonnen uns mit neoliberaler Ökonomie zu beschäftigen und als ein Teil derer mit Privatisierung am Beispiel der Privatisierung von Wasser. Dies könnte ein Schwerpunkt werden, der die ökonomische Seite, deren Folgen, den konkreten Widerstand und Aneignungspraxen dagegen betont. Wie es gerade aussieht (ist noch nicht entschieden) hätten verschiedene Berliner Gruppen/Einzelpersonen Interesse zu dieser Thematik vertiefend zu arbeiten.

**MIGRATION und ANTIKOLONIALISMUS:**

Ein zweiter Schwerpunkt könnte Migrationspolitik und Neokolonialismus sein. Migrationspolitik ist aktuell z.B. in den Tagesthemen durch die Situation in den Lagern in Marokko präsent. Anti-Koloniale Forderungen von Entschuldigung und Entschädigung beziehen sich direkt auf die Politik der G8 und könnten an die Anti-Koloniale-Konferenz 2004 anschließen.

**UMWELT, KLIMA, KÖRPER**

Hier gäbe es auch verschiedenste Themen, die vertieft werden könnten. U.a. würde sich der Schwerpunkt Anti-Gentechnologie anbieten (Genlebensmittel, Medizin, Forschung, Anknüpfung an die Biopiraterie-Kampagne). Gentechnologie als ein neuer, umkämpfter Markt und eine

neue Ressource neoliberaler Ökonomie trägt die Ausbeutung und Verwertbarkeit des Menschen bis in seinen Körper hinein.

Die Zeit bis zum Sommer 2006 könnte genutzt werden, um diese Inhalte zu erarbeiten und Ideen zu entwickeln, wie sie propagiert werden können. Diese könnten dann einige Monate vor dem G8-Widerstandscamp über einen längeren Zeitraum, z.B. 6 Monate verbreitet werden. Eine größere Wanderausstellung oder ein Film, der als Vorfilm in Kinos laufen könnte, eine Broschüre, Veranstaltungsreihen, Konzerte, Gegen-Gipfel, eine Fahrradwiderstandstour durch Mecklenburg-Vorpommern z.B. 3 Wochen vor dem G8-Widerstandscamp oder ein mobiler Infobus, der im Zeitraum von 6 Monaten davor temporär immer mal wieder Inhalte verbreitet und lokale Strukturen stärkt, usw. usw. all das könnten Verbreitungsformen sein.

Auch könnten z.B. ein Jahr vor dem Widerstandscamp über das Jahr verteilt immer wieder Orte aufgesucht werden, gegen die oder an die wir unseren Protest richten, wie z.B. Genfelder in Mecklenburg-Vorpommern, Wasserkonzerne oder Flüchtlingslager. Oder auch die Anknüpfung an den lokalen Protest in Heiligendamm gegen die Privatisierung z.B. von öffentlichen Radwegen durch die Hotelkette, die Tagungsort der G8 werden wird (Fundus, bzw. Kempinski).

Die Idee von einem Widerstandscamp im Sommer 2006 möchten wir ebenfalls unterstützen, da es uns sowohl auf der Aktionsebene, auf der Ebene der Inhalte als auch auf der Vernetzungs- und Bündnisebene Raum gibt weiter zu kommen.

-we will rock it- -smash g8

Six Hills, Berlin im Oktober 2005



# zur wto und heiligendamm

nolager bremen & gregor samsa zur wto und heiligendamm

Im aktuellen november-ak ist unter der überschrift "widersprüche, turbulenzen, opportunitäten" ein artikel zur im dezember anstehenden wto-konferenz in hongkong erschienen: <http://www.akweb.de/> der artikel endet mit der überlegung, dass der g8-gipfel in heiligendamm nicht zuletzt dafür genutzt werden könnte, den anti-wto-widerstand auch hierzulande endlich auf breitere & radikalere füße zu stellen. was damit konkret gemeint ist, konnte leider nicht mehr ausgeführt werden, das zulässige zeichenkontingent war einmal mehr erschöpft. das ist der grund, weshalb wir hier den fehlenden absatz (in deutlich erweiterterem umfang!) nachreichen wollen. ziel unserer argumentation ist es nicht, den kampf gegen die wto zu einer art mega- bzw. brücken-thema für die heiligendamm-mobilisierung hochzujubeln. nein, wir möchten lediglich zeigen, inwieweit sich die auseinandersetzung mit der wto im rahmen des g8-widerstands thematisch und politisch geradezu aufdrängt (was auch der grund ist, weshalb wir an mehreren stellen brückenschläge zur inhaltlichen disussion auf dem hamburger treffen vorgenommen haben). im hinblick auf das nächste große treffen in berlin (januar 2006) basteln wir noch an einem etwas anders ausgerichteten diskussionsbeitrag - die wto wird dort nur eines unter mehreren themen sein.

**Z**ur sache: was haben anti-wto und anti-g8-widerstand miteinander zu schaffen?

a) insofern im rahmen des g8-widerstands kapitalismus (als eines von mehreren herrschaftsverhältnissen) grundlegend in frage gestellt werden soll - wovon wir ausgehen, reicht es unseres erachtens nicht, sich lediglich auf die kernaussage "kapitalismus abschaffen" zu beschränken - so wie das bei der deutschsprachigen schottland-mobilisierung in gewisser hinsicht der fall gewesen ist. vielmehr sollte es auch darum gehen (und das müsste sich sowohl in texten als auch in slogans und forderungen ausdrücken), den kapitalismus konkret und auf der höhe seiner zeit (21 jahrhundert!) zu begreifen - nur so kann er realitätstauglich kritisiert und bekämpft werden. genau hierfür bietet die wto zahlreiche anknüpfungspunkte: denn insbesondere die im zuge des wto-prozesses schritt für schritt durchgeboxten privatisierungen, liberalisierungen und deregul-

lierungen sind es, die das gegenwärtige gesicht des kapitalismus maßgeblich (mit-)bestimmen. klar, die wto ist in diesem prozess nicht der einzige akteur; so sind z.b. die weitgehenden liberalisierungen im kapitalverkehr (stichwort: finanzmärkte) bereits seit den 80-er jahren durchgesetzt worden; und auch gibt es unterhalb des globalen wto-levels ständige bestrebungen, durch regionale und zwischenstaatliche abkommen den handels-, investitions-, dienstleistungs- etc -verkehr zu liberalisieren. dennoch scheint uns die behauptung nicht falsch zu sein, dass die wto schrittmacher und somit kristallisationspunkt dieser prozesse ist. nur was im wto-rahmen nicht durchgesetzt werden kann, wird anderweitig probiert - so wie das z.b. die eu-kommission im hinblick auf regionale abkommen zwischen der eu und einzelnen ländergruppen unmissverständlich formuliert: "regionale integration ist daher keine alternative zu multilateraler liberalisierung (= wto) sondern ein komplementärer prozess. vielfach kann die regionale ebene als testfeld für neue politiken dienen, die - soweit sie erfolgreich sind - auf den multilateralen kontext übertragen werden können." (2004)

b) führt mensch sich die konkreten auswirkungen des globalen (!) wto-prozesses vor augen, wird deutlich, welch' gigantischen destruktionspotentiale jenem als globalisierung titulierten prozess innewohnen, d.h. all denjenigen abläufen, in denen sich der kapitalismus seit etwa 25 jahren (endgültig) globalisiert, nicht nur dadurch, dass (nahezu) sämtliche länder des globus von der kapitallogik immer umfassender durchdrungen werden, sondern auch dadurch, dass die kapitallogik zunehmend in sämtliche bereiche des lebens vordringt, ja bis auf die ebene der gene, etwa bei der patentierung von sautgut. dies sich ungeschminkt klar zu machen, erscheint uns deshalb wichtig, weil daran deutlich wird, welchen politischen drahseilakt die von hanau als zentrales motto stark gemachte formulierung "globalisierung von unten" darstellt. wir möchten das an dieser stelle nicht als absage an ein derartiges motto verstanden wissen, denn im grunde teilen wir die überlegung der hanauer/innen, wonach globalisierung auch emanzipatorische prozesse ermöglicht und es folglich auch angesagt ist, politisch dort anzusetzen, wo widerstand & subversion (stichwort: aneignung) tatsächlich am start sind. und doch: vor dem hintergrund, dass zahlreiche menschen und aktivist/innen - nicht zuletzt im

globalen süden - mit globalisierung vor allem akteure wie iwf, weltbank oder wto (samt destruktionspotentialen) verbinden, fragen wir uns, ob es tatsächlich ein politisch kluger schachzug wäre, ausgerechnet den tiger globalisierung in aneignungspraktischer perspektive reiten zu wollen.

c) auch wenn wir eingangs betont haben (und das durchaus ernst meinen), dass es uns nicht darum geht, 'die' wto als mögliches klammer bzw. brücken-thema hochzujubeln, möchten wir dennoch darauf hinweisen, dass sich hinter dem wörtchen wto eine gigantische themenpalette verbirgt: ob es um agrarische oder nicht-agrarische produkte geht, um dienstleistungen, investitionen oder geistige eigentumsrechte, überall ist die wto mit von der partie. da es bei jeder art von handel immer auch um die frage geht, welche art von entwicklung (ob im süden oder nord) nicht nur möglich, sondern auch gewollt ist, landet mensch in sachen wto schnell bei sehr grundsätzlichen fragen - nicht zuletzt bei der innerhalb der radikalen linken immer noch unterbelichteten problematik 'ökologischer zerstörungen'. kurzum: so wichtig wir es finden, den g8-widerstand nicht auf einige wenige hauptthemen einzudampfen, langfristig stellt sich eben doch die frage, ob und inwieweit 'wir' uns durch gemeinsame schwerpunktsetzungen ein nach 'außen' schärferes profil verpassen wollen. um diese frage ging es beim hamburger treffen immer wieder, in diesem sinne wollten wir die wto schon mal jetzt als eine potentielle schnittfläche, an der sich viele leute mit ihren jeweils eigenen themen einbringen könnten, vorgemerkt haben.

d) die politische auseinandersetzung mit der wto könnte auch für ein weiteres, in hamburg ebenfalls mehrfach zur sprache gekommenes problem produktive (lösungs-)perspektiven eröffnen. die wto betrifft (anders als z.b. die schuldenproblematik) menschen weltweit: ob in indonesien, deutschland oder polen, überall werden jahr für jahr millionen kleinbäuer/innen 'freigesetzt', d.h. ihrer existenzgrundlagen beraubt; von der privatisierung des wassers könnten früher oder später überall auf der welt arme menschen negativ betroffen sein; gleiches gilt für die zunehmende privatisierung von bildung oder gesundheitsdienstleistungen. konkret heißt das: der kampf gegen die wto droht nicht zum stellvertreter-kampf zu werden, er kann (bzw. könnte) auch hierzulande an konkrete praktische kämpfe

anknüpfen. wir schätzen dieses argument, und doch möchten wir zu bedenken geben, dass es nur präzise bzw. dosiert eingesetzt werden sollte. denn einerseits fänden wir es falsch, würden die zum teil riesigen unterschiede einfach eingeebnet werden; so bedeutet landverlust für menschen in mali oder in indien nicht selten den kompletten verlust ihrer ernährungssouverenität und somit unterernährung oder hunger; das ist zum glück in europa (noch) nicht der fall. andererseits gefällt uns das stellvertreterargument überhaupt nicht: denn im kern besagt es, dass solidarität mit dritten fast schon gleichbedeutend mit stellvertreterpolitik sei und folglich mehr oder weniger automatisch in karitativen paternalismus à la brot für die welt abgeleitet müsse (auch in hamburg wurde nicht nur einmal so argumentiert). demgegenüber möchten wir ein politisches verständnis von solidarität stark machen, das unter solidarität nicht hilfslüge, bevormundung und andere schweinerein versteht, sondern politische kooperation auf gleicher augenhöhe - im gemeinsamen kampf für eine andere welt, d.h. für weltweite gerechtigkeit.

e) eine bezugnahme auf anti-wto-kämpfe hätte auch zur konsequenz, dass mensch es im globalen rahmen vor allem mit (thematisch ausdifferenzierten) sozialen bewegungen zu tun hätte - und nicht so sehr mit nationalen befreiungsbewegungen. einerseits würden wir das als handfesten politischen vorteil bezeichnen, denn in vielerlei hinsicht teilen wir die in hamburg gegenüber so genannten nationalen befreiungsbewegungen geäußerten vorbehalte, auch wenn wir finden, dass die kritik mitunter viel zu pauschal und oberflächlich ausgefallen ist und außerdem viel zu wenig den umstand berücksichtigt hat, dass die nationale rahmung politischer kämpfe nicht selten ein durch die ‚realität‘ aufgeherrschter sachverhalt ist; an dieser stelle sehen wir mit anderen worten noch großen diskussionsbedarf. andererseits ist uns die feststellung, dass der globale anti-wto-kampf politische allianzen quer zur nationalstaatlichen organisationslogik ermöglicht, deshalb wichtig, weil genau dies viel zu häufig unter den tisch fällt. dieser punkt hat uns nicht nur in hamburg irritiert, sondern auch in dem vor einigen tagen über die mailing-liste verschickten positionspapier der "inhalte-ag des g8-plenums mannheim-heidelberg". dort wird sich zwar von nationalen befreiungsbewegungen und antiimperialistischen unterstützer/innen genauso abgegrenzt wie vom "konzept des internationalismus", es wird allerdings kein wort darüber verloren, dass es in den ländern des südens x mal mehr soziale bewegungen als nationale befreiungsbewegungen gibt (nebst

komplexer überschneidungen!) und dass sich deshalb die diesbezüglichen (allianz/kooperations-)fragen eigentlich nochmal ganz anders darstellen, als das im allseits bekannten schlagabtausch zwischen so genannten anti-imps und ihren kritiker/innen der fall ist. am ende hilft hier nur, jedenfalls in unseren augen, die konkrete, d.h. auf bestimmte länder und bewegungen gemünzte diskussion weiter - ohne dass das allerdings in einen durch europäische aktivist/innen vorgenommenen polit-tüv verkommen sollte.

f) mehrmals wurde auf dem hamburgertreffen die meinung vertreten, dass hinsichtlich so genannter nord-süd-themen das politische feld bereits derart von ngo's zugestellt bzw. besetzt sei, dass es kaum noch möglich wäre, sich diesbezüglich von linksradikaler seite aus mit eigenen positionen zu profilieren. wir teilen dieses argument aus sehr grundsätzlichen erwägungen nicht. denn der umstand, dass sich in bestimmten feldern viele ngo's tummeln, ist aus unserer sicht zuallererst als chance zu begreifen (im sinne breiterer bündnisse und relativ größeren politischen drucks), und trotzdem heißt das noch lange nicht, dass mensch aufhören könnte, selber zu denken, zu schreiben und zu handeln. denn lobbyismus (wie ihn viele ngo's betreiben) hat in inhaltlicher hinsicht stets sehr klare grenzen - das geht gar nicht anders. bestimmte (radikale) perspektiven können folglich nur von sozialen bewegungen stark gemacht werden, hier gibt es also überhaupt keinen grund, sich zu verkriechen. was das konkret heißt, kann am beispiel der wto bestens illustriert werden: wir hatten es unter c) schon gesagt, handels- und verwandte themen werfen immer auch grundsätzliche fragen (inklusive antworten) auf: so gibt es z.b. viele ngo's, die in sachen wto einen gerechten welthandel fordern. dem stehen andere ngos sowie soziale bewegungen gegenüber, die die meinung vertreten, dass es unter kapitalistischen vorzeichen für länder aus dem süden gar keinen gerechten handel geben könnte. sie machen sich stattdessen das

von walden bello & co vertretene konzept der de-globalisierung zu eigen: danach sei es für länder aus dem globalen süden angezeigt, sich aus der derzeit herrschenden weltmarkteinbindung (inklusive primärer exportorientierung) zu lösen und stattdessen regionale wirtschaftstrukturen (durchaus im transnationalen rahmen) zu stärken. die perspektive von de-globalisierung geht außerdem mit der forderung nach landreform, umverteilung des reich-tums, qualitativem statt quantitativem wachstum, ökologischer ausrichtung der produktion etc. einher, denn letztlich sind auch die länder des globalen südens hundsgemeine klassengesellschaften - einschließlich der einschlägigen interessen auf seiten der herrschenden klassen! für den anti-g8-widerstand heißt das also, dass es durchaus zahlreiche möglichkeiten gibt, sich mit grundlegender analyse und kritik in sachen wto zu wort zu melden.

g) ein letzter gedanke: die ministerkonferenz der wto findet alle 2 jahre statt. auch wenn derzeit nicht absehbar ist, was aus der minister-konferenz im dezember in hongkong werden wird, so ist es dennoch wahrscheinlich, dass es auch 2007 (wahrscheinlich nach dem g8-gipfel) eine wto-konferenz stattfinden wird. hieraus könnten sich politisch interessante szenarien und perspektiven ergeben!

wir möchten es hiermit auf sich beruhen lassen. wie gesagt - wir wollten in diesem diskussionsbeitrag nur einige der möglichen schnittstellen zwischen anti-g8- und anti-wto-widerstand ausloten. mehr und anderes soll beizeiten ebenfalls noch aufgeschrieben und rumgeschickt werden...

no lager bremen und gregor samsa,  
November 2005





# "Was wir machen, muss sich ausdrücken in dem, was wir tun"

**Der folgende Text ist das Ergebnis unserer Diskussionen nach dem G8-Vorbereitungstreffen im Berliner Mehringhof im Januar diesen Jahres. Wir haben uns mit den dort von verschiedenen Gruppen vorgestellten Papieren beschäftigt (zu finden im Internet auf <http://www.gipfelsoli.org/Inhalt+Theorie.html>), über eigene Vorschläge diskutiert usw. Eigentlich wollten wir unseren Debattenbeitrag dann spätestens zum Leipziger Treffen mitbringen – na ja, wir sind bestimmt nicht die einzige Gruppe, die zum Texte produzieren manchmal etwas länger braucht. Wir schicken das Ding jetzt hiermit ohne erneute Aktualisierung weg, wohl wissend, dass seit Januar ein paar Wochen ins Land gegangen sind und freuen uns auf Reaktionen aus der Jetzt-Zeit.**

Die Wogen schlugen hoch auf dem bisher zweiten bundesweiten Vorbereitungstreffen gegen die G8-Gipfel in Petersburg und Heiligendamm, das manche als linksradikale Vorbereitung, manche als dissent!-Spektrum bezeichnen. Vor allem am 7./8. Januar in Berlin prallten die Ansichten heftig aufeinander: Sind das überhaupt "linksradikale" Vorbereitungstreffen? Ist das gewollt? Wie halten wir es mit den 'hallmarks' des Peoples Global Action (PGA)-Netzwerks(1), den Begriffen Imperialismus, Internationalismus usw. usw. Knallt das ganze Ding demnächst auseinander? Wo wir auch hingucken, verdammt viele Fragen sind ungeklärt oder äußerst umstritten.

Wir wollen als eine autonome Gruppe unsere eigenen zum Teil auch recht lebhaften und kontroversen Diskussionen dazu öffentlich machen, da wir uns weiterhin genau diesem Thema widmen und ein bisschen von unserer Leidenschaft gegen die zum Teil aufgekommene Resignation setzen wollen. Wir sehen immer noch Chance, durch unsere Vernetzung - wobei wir uns hier in erster Linie auf Heiligendamm 2007 beziehen - auf mehreren Ebenen was zu gewinnen (Teil 1). Außerdem stellen wir am Ende ein paar konkrete inhaltliche und organisatorische Vorschläge zur Diskussion (Teil 2) und freuen uns auf hoffentlich viele Reaktionen.

## **Teil 1 oder: Was wir gewinnen können:**

Mit möglichst vielen, möglichst gut vor-

bereiteten, organisierten und motivierten AktivistInnen lässt sich vor, in und um Heiligendamm herum einiges reißen - womit keine bestimmten Aktionsformen festgeschrieben sein sollen.

Egal, ob Gruppen vor allem das Ziel vertreten, die eigenen Inhalte attraktiv und überzeugend auf die Straße zu tragen, MitstreiterInnen zu gewinnen, viele bestehende Zusammenhänge zu vernetzen, linke Strukturen in McPomm zu stärken, globale und lokale Aktivitäten zusammen zu bringen, phantasievolle und/oder militante Aktionen hinzukriegen, Internationalismus praktisch zu machen, nach den Gipfelaktionstagen mehr zu sein als vorher oder einfach mal wieder das Gefühl von Stärke auf Großdemos o.ä. zu erleben - weder Kleingruppen noch Einzelpersonen können all das alleine rocken. Eine frühzeitige möglichst bundesweite und internationale Vorbereitungs- und Vernetzungsstruktur ist uns bei dem Versuch, die Treffen in Heiligendamm nicht glatt und ungestört über die Bühne gehen zu lassen, viel wert.

Das von der Berliner Gruppe six hills(2) betonte Anliegen, Kritik zu verbreitern, halten wir in Bezug auf die Ziele der Mobilisierung für zu defensiv. Auch wenn uns das Ziel "Gipfel verhindern" bei gegenwärtigen Kräfteverhältnissen eine etwas zu markige Pose zu sein scheint, halten wir Begrifflichkeiten wie "stören", "blockieren", "aufmischen" und "präsent bzw. unberechenbar sein" für schon passender. Um politisch deutlich zu machen, dass wir den Kapitalismus mit all seinen Institutionen für nicht reformierbar halten, halten wir auch den Ausdruck "Gipfel angreifen" durchaus für brauchbar. Dies würden wir tatsächlich gerne erreichen, auch wenn es nicht nur um die bösen 8 geht, die in Wirklichkeit ja auch viel mehr sind...

Zum jetzigen Zeitpunkt würden wir vor den Parolen allerdings gerne die Inhalte und Ziele unserer Mobilisierung näher bestimmen bzw. diskutieren.

Aber auch unsere Organisationsform ist für uns nicht nur Mittel zum Zweck, so mühsam sie sich bisher auf einigen der großen Plena auch darstellte.

Natürlich ist es leichter gesagt, ganz viele Leute, Zusammenhänge, Gruppen und Einzelpersonen aus unterschiedlichen Spektren, Arbeitsbereichen und Ländern zusammenbringen zu wollen, als in der konkreten Situation auch nur eine gleiche

oder ähnliche Sprache, geschweige denn Arbeitsweise zu finden. Die recht wilden Auseinandersetzungen z.B. um die Handzeichen oder Entscheidungsverfahren kamen und kommen unseres Erachtens nach nicht von ungefähr. Sie zeigen jedenfalls, dass wir in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen aktiv sind und uns zum Teil darin so zuhause fühlen, dass andere Umgangsweisen schnell als wahlweise absurd, albern, dominant oder unnötig empfunden und abgetan werden.

Ein bisschen weniger Beißreflex würde uns da wohl allen ganz gut tun, genau so ein bisschen Nachdenken darüber, woher die verschiedenen Verhaltensweisen kommen(3). Nur weil mensch einer Verfahrensweise das Etikett "basisdemokratisch" verpasst, garantiert dies noch keinen tatsächlich egalitären Umgang(4). Wer rhetorisch besonders versiert ist, kann sich auch oder gerade mittels Redelisten eine vergleichsweise dominante Stellung in Diskussionen "herbeireden". Genau so wenig hilfreich oder gar emanzipatorisch ist aber auch ein Beharren auf das althergebrachte "das war schon immer so", in dem sich der (selten genug die) Lauteste durchsetzt. Wer sich allein dann, wenn er/sie andere Zustimmung "wedeln" sieht, oder wahlweise beim ersten Zwischenruf aufregt, dem/der wünschen wir für die Zukunft einen etwas entspannteren Umgang mit Großgruppendifkussionen.

Auch wenn zwischen den streitenden Fraktionen eindeutig auch inhaltliche Differenzen ausgetragen wurden, spielten sich doch einige wenig hilfreiche Vereinfachungen ab, wie z.B. "Anti-Imps" gegen wahlweise "Hippies", "Studies", "JUKS-Leute" etc. - das halten wir für ausgemachten Blödsinn. Weder produziert das StudentInnenensemble automatisch das Bevorzugen einer moderierten Redeliste, noch möchten wir die z.B. in unserer Gruppe vorhandenen antiimperialistischen Einstellungen automatisch kurzschließen mit der Pose des "wer-am-lautesten-schreit-setzt-sich-durch".

Zudem würden wir voneinander erwarten, dass sich auch in unserer Organisation unsere Ansprüche und Inhalte, z.B. was den Kampf gegen Sexismus angeht, praktisch und nicht nur auf der Bewusstseinsebene niederschlagen. Wir wollen nicht, dass sich im schlechtesten Fall wieder vor allem die Frauen für die Gruppendynamik, soziale Konflikte, Übersetzung etc. verantwortlich fühlen und die Männer sich um Computerkram, allgemein techni-

sche Ausrüstung und erste Reihen auf Demos kümmern.

Als weiteren Gewinn einer großen, auch linksradikalen Vernetzung zu G8 sehen wir die Chance auf gute inhaltliche Debatten oder auch Streits darum, was linksradikale Positionen eigentlich heutzutage sind.

Auf dem Treffen in Berlin wurde in den Diskussionen der Inhalte-AG der Versuch unternommen, auch kontroverse Meinungen auszutauschen und sich darin gegenseitig ernst zu nehmen, ohne dauernd mit den üblichen Verflachungen zu arbeiten. Ohne Schaum vor dem Mund konnte hier in einer konstruktiven Atmosphäre diskutiert werden, was wir uns in ähnlicher Form für weitere Treffen, Arbeitsgruppen etc. und insbesondere für das Camp 06 im August diesen Jahres wünschen und auf vielfache Beteiligung hoffen. Allerdings war auch hier der Redeanteil von Männern extrem hoch und weniger Platzhirschgehebe ist auch hier dringend nötig.

Wir wollen uns hier mit ein paar bisher von Gruppen formulierten Thesen auseinandersetzen und darüber hinausgehend einige Debatten aufgreifen, die wir für wichtig halten und unsere Positionen dazu darstellen.

Auch aus unserer Sicht gibt es innerhalb der radikalen Linken viel unschöne Geschichtsvergessenheit in dem Sinne, dass Begriffe wie Internationalismus oder (Anti-)imperialismus vorschnell für unnötig oder gar falsch erklärt werden. Wir teilen den z.B. vom Gegeninformationsbüro GIB formulierten Eindruck, dass es häufig aus einer arroganten oder elitär verstandenen akademischen und im schlimmsten Fall bewegungsfernen antideutschen Perspektive heraus abgelehnt oder angegriffen wird, sich auf soziale Kämpfe früher oder anderswo zu beziehen. Obwohl uns das nervt, halten wir es aber auch nicht für besonders pfiffig, den Begriff "Befreiung" und das Kämpfen darum so zu generalisieren, wie es beispielsweise das GIB in seinem Text "Kapital Macht Krieg"(5) tut. Gegen Besatzung zu kämpfen kann natürlich die Verhältnisse zum Tanzen bringen, aber wenn dahinter reaktionäre Ansichten und Gesellschaftsvorstellungen stehen, ist ein solcher Kampf einfach nichts, worauf wir uns positiv beziehen können und wollen. Wer meint, dies bedeute zwangsläufig, Besatzerregime oder -politik gut zu heißen, hat einen ziemlich engen Blick auf politische bzw. gesellschaftliche Verhältnisse, in denen es nur gut und böse zu geben hat(6). Wir halten wahrlich nichts von dem Gerede, mensch könne kein oben und unten mehr benennen und von "den Herrschenden" zu sprechen sei eine unlautere Personalisierung. Aber wir wünschen uns

als Ausgangspunkt solcher Debatten doch, dass gesellschaftliche Verhältnisse als etwas komplexeres wahrgenommen werden, als es in manch plumper Solidaritätsforderung erscheint(7).

Es gab und gibt unserer Ansicht nach leider viel zu oft gerade in Kampfsituationen das Verschieben von scheinbar nach- oder untergeordneten Kämpfen auf später (also oft auf nie) und das Sich-Durchsetzen derjenigen autoritären Positionen, die mit dem Verweis auf die Schärfe der (historischen) Situation blinden Gehorsam einfordern. Es scheint uns den einen oder anderen Streit wert, wo vertikale Strukturen anfangen und wofür sie da sein sollen.

Das Thema, mit wem kämpfen wir oder auf wen beziehen wir uns positiv, bedarf noch einiger Auseinandersetzung.

Was genau bedeutet es denn, Solidarität einzufordern mit beispielsweise den Kämpfen in "Palästina/Israel, Irak, Kolumbien, Nepal, Kurdistan, Baskenland" (vgl. GIB: Kapital Macht Krieg)? Entstehen daraus praktische Folgen für unser Handeln, und wenn ja, welche? Oder bleibt es bei der bloßen Parole? Im Vergleich zu früher scheint es uns auf diesem Feld gerade zu wenig Praxis zu geben. Es gibt heute immer noch Soligruppen, viele Zeitungsprojekte, ein paar Solipartys und Reise-grüppchen hie und da. Auch die häufig recht starken und international vernetzten Proteste gegen Gipfeltreffen etc. sind unserer Meinung nach Ausdruck einer Veränderung in diesem Bereich. Wir denken, hier müssten wir ansetzen und diese bestehenden Initiativen ausbauen, um wieder zu mehr Praxis zu gelangen. Gerade weil es uns nötig erscheint, eine internationale Perspektive zu stärken, ist uns daran gelegen, ein paar Kriterien für Solidarität oder, viel besser, für Zusammenarbeit klarer zu kriegen. Daher zunächst die Frage nach mehr Genauigkeit: welche kämpfenden Gruppen sollen denn z.B. im Irak gemeint sein? Bezieht doch mal Position! Wir können weder mit den Aufständischen aus dem Umfeld der unter Saddam Hussein an der Macht gewesenen Baath-Partei, noch mit den Al-Sarkawi -nahen Kräften irgend etwas anfangen, ganz im Gegenteil. Wir hätten genau bei diesem Thema gerne mal Namen oder Beispiele gehört/gelesen, um endlich mal wieder eingehender zu diskutieren. So finden wir es beispielsweise lohnenswert, sich mit den Positionen der nicht religiösen, also säkular orientierten irakischen Frauenorganisation OWFI (Organisation der Freiheit von Frauen im Irak) mehr auseinander zu setzen, die sich sowohl gegen den Krieg der USA, gegen die Besatzung, aber auch gegen fundamentalistische Widerstandsgruppen aus-

spricht. Ist es auch eine "privilegierte deutsche linke Ghetto-Debatte" (GIB, "Kapital Macht Krieg"), die die Unterschiede zwischen anarchistischen HausbesetzerInnen etwa in Iru?ea, den Straßenkämpfen (kale borroka) der militanten Jugendlichen und den häufig autoritären ETA-Strukturen genauer anzusehen? Wie gesagt, bitte hier mal etwas Butter bei die Fische! Es sind doch eher die Projektionen und Darstellungen der Herrschenden und der Repressionsorgane, all diese Gruppen in einen undurchschaubaren SympathisantInnen-sumpf zu werfen, um alle für alles verantwortlich machen zu können!

Auch eine - vielleicht nicht so gemeinte - unkritische Solidarität mit den Kämpfen in Palästina erscheint bestenfalls als plakative Parole, um in Abgrenzung zu anderen zu treten. Zur Klärung der komplexen Verhältnisse vor Ort trägt sie nicht bei. In der Inhalte-AG auf dem bundesweiten Treffen in Berlin wurde der Aussage nicht widersprochen, dass mensch sich sehr genau die Verhältnisse in den einzelnen Ländern anschauen müsse, was auch den Blick auf die jeweils kämpfenden Gruppen beinhaltet. Der Rechtsruck in der palästinensischen Bevölkerung ist für uns kein Grund, auch nur ein Pünktchen der Kritik an der israelischen Besatzungspolitik zurück zu nehmen. Aber wir müssen deshalb keinesfalls mit der Hamas, dem Islamic Dshihad oder der Fatah solidarisch sein. Es gibt dagegen durchaus andere Gruppen, wie etwa die queere Black Laundry Gruppe, die palästinensische Lesbenorganisation Ashoa oder die anarchists against the wall, die beispielsweise auch grenzübergreifend agieren und uns allein deshalb relativ nahe stehen. Es ist für uns generell ein spannender Punkt, sich mit Kämpfen zu beschäftigen, die nicht in erster Linie aus einer nationalstaatlichen Perspektive heraus entstehen, sondern sich z.B. an sozialen Konfliktfeldern entzünden, wie etwa seit Anfang des Jahres die Streiks der säkular orientierten Busfahrergewerkschaft Vahed im Iran. Zum Schluss hätten wir von GIB und Co gerne noch gewusst, warum in ihrer Aufzählung die Kämpfe in Mexico nicht vorkommen!

Uns ist sehr daran gelegen, in unseren Anti-G8-Positionen und Aufrufen in Bezug auf Internationalismus und Antiimperialismus konkreter und identifizierbarer zu werden.

Die Phase der "strategischen Verbündeten" oder das alte Spiel "der-Feind-meines-Feindes-ist-mein-Freund" ist für uns definitiv vorbei, bzw. hat für viele auch noch nie Gültigkeit gehabt. An diesem Punkt ist viel mehr Genauigkeit nötig und einfache Parolen klären nichts. Die allgemeine Forderung "Solidarität mit den Kämpfen in xy"



bleibt verdammt zahnlos, provoziert keine Auseinandersetzung über reaktionäre versus emanzipatorische Kämpfe. Diese Debatte wollen wir aber führen, um linksradikale Positionen klarer zu kriegen und zu äußern, weshalb wir hier ein paar unserer diskutierten Kriterien vorstellen.

- Auch wenn die meisten Kämpfe, riots und sozialen Bewegungen häufig ein Hauptanliegen haben - ein Beharren auf scheinbaren Hauptwidersprüchen ist für uns weit weg von emanzipatorischen und linksradikalen Positionen, weil dadurch andere Herrschaftsmechanismen schlicht ignoriert werden. Als solidarisch begreifen wir uns nur mit denjenigen, die sich ebenfalls auf Diskussionsprozesse darüber einlassen. Um Bewusstsein über verschiedene und zum Teil komplexe Unterdrückungsformen zu entwickeln, muss unserer Ansicht nach auch niemand AkademikerIn sein oder unsere gewohnten Begriffe verwenden. Mit einem auf Diskussionsbereitschaft aufgebauten Ansatz kommen wir - gerade in internationaler Perspektive - mit Sicherheit weiter als mit einem festgeschriebenen Kodex.

- Für uns stellt eine klare Bezugnahme auf Kämpfe von unten einen wichtigen Punkt dar. Als Beispiel kann mensch etwa gerade in Argentinien wunderbar sehen, wie schnell ehemals emanzipatorische Bewegungen wie einige piqueteros und Stadtteilgruppen durch den Einsatz staatlicher Sozialpläne (eine Art erkämpftes Arbeitslosengeld) aufgekauft und integriert wurden - also mit Methoden, die dem bisher üblichen Klientelismus stark ähneln und darüber hinaus Wut und Auflehnung in kontrollierbare, bürokratische Bahnen kanalisieren. Für die übrigen, die versuchen, von dieser Staatskohle und damit politisch unabhängig zu bleiben, ist die Situation um so härter geworden, diese sind aber diejenigen Gruppen/Menschen, mit denen wir uns vor allem verbunden fühlen(8). Auch den Hype, der hier in der linken/linksradikalen Szene teilweise um Venezuela gemacht wird, können wir so nicht teilen. Auch wenn es dort einen viel größeren Unterschied zu vorher macht, wer nun in der Regierung sitzt, als ein Wechsel im hiesigen Parteienspektrum - wenn AkteurInnen sozialer Bewegungen (was Chavez ja noch nicht mal ist...) an die Regierung kommen, halten wir Skepsis für durchaus angebrachter als Jubel(9).

- Ein weiteres Kriterium ist die Ablehnung von reaktionär orientierten Gesellschaftsvorstellungen, die (fundamental) auf Religion beruhen, bzw. Religion zum Ausgangspunkt ihrer Ideen und Kämpfe machen(10). Christliche FundamentalistInnen stehen für uns ebenso auf der anderen Seite wie diejenigen, die sich für islamische

GotteskriegerInnen halten - dabei ist der Streit darüber, ob hier etwa die Bibel oder der Koran falsch verstanden wurde, für uns nicht Gegenstand linksradikaler Debatten. Damit wollen wir uns nicht von solchen SozialrevolutionärInnen distanzieren, deren Überzeugungen auf religiösen Motiven aufbauen. Es bleibt für uns aber entscheidend, solche reaktionären Praxen und Theorien zu bekämpfen, die sich gegen alle diejenigen richten, die aus ihrer Sicht nicht oder anders 'glauben' wollen.

## Teil 2 - Vorschläge für Aktionstage während des G8-Gipfels in Heiligendamm

Um jetzt nochmal konkreter zu werden: die Auseinandersetzung mit den bisher veröffentlichten Papieren und die Diskussionen auf den bundesweiten Treffen sowie in unserer Gruppe brachten uns dazu, ein paar Vorschläge für drei Aktionstage in Heiligendamm zu machen. Wir haben den Eindruck, es könnten sich drei große Themenkomplexe herauskristallisieren, die in den bisherigen Debatten häufig auftauchen bzw. von mehreren Gruppen / AktivistInnen / Strömungen stark gemacht wurden. Das ist Ausdruck unserer bisherigen Einschätzung, keinesfalls ein endgültiger Stand und zudem könnte alles bestimmt noch viel besser ausformuliert werden:

Krieg und Imperialismus

Migration

internationalistisch gegen Kapitalismus

Zu diesen drei großen Bereichen gibt es offensichtlich aktive Gruppen und Zusammenhänge, die dazu bereits arbeiten oder Vorschläge dazu gemacht haben - auch wir haben dazu einige Ideen:

Beim Thema Krieg und Imperialismus bietet es sich doch hervorragend an, zu einem Aktionstag am nahe Heiligendamm gelegenen Flugplatz Rostock-Laage aufzurufen. Laage ist Fliegerhorst des Jagdgeschwader 73 "Steinhoff"(11) und hat damit sowohl für die Bundeswehr als auch für NATO-Kräfte Bedeutung. Er spielt zudem eine zentrale Rolle als Startbahn für Eurofighter, die ab Sommer 2006 auf dem Bombodrom-Gelände nahe Wittstock den kombinierten Einsatz von Luft- und Bodentruppen üben wollen, was nicht wenige in der Region seit Jahren zu verhindern suchen. Gerade die Verbindung dieser für die Modernisierung der weltweiten NATO-Kriegsführung bedeutsamen militärischen Infrastruktur mit einer lokalen Protestbewegung gegen das Bombodrom verheißt die Möglichkeit, dass an einem solchen Aktionstag viel mehr als nur ein paar tausend

Linksradikale mobilisierbar sind. Der Flugplatz liegt direkt an der Autobahn Berlin-Rostock und stellt sich somit als ein ideales Aktionsterrain dar. Daneben ist vorstellbar, dass zum G8-Gipfel dieser Flughafen einen Teil der benötigten Infrastruktur darstellt und einige Gipfelschweine dort auch einschweben werden.

Wir meinen deshalb, ein Aktionstag in Laage eignet sich ganz großartig, um nicht nur Kriege ganz im allgemeinen zu kritisieren, sondern konkrete Infrastruktur sichtbar und angreifbar zu machen. Inhaltlich wären wir hier noch gefordert, die eher schleichende Militarisierung des Alltags zu thematisieren, wobei eine Schwierigkeit darin besteht, zwischen Ideologien, Testballons und tatsächlich realisierter Militarisierung zu unterscheiden. Da ist manch ein Punkt noch ganz schön unausgereift. So war es in unseren Diskussionen relativ unstrittig, dass der Plan, die Akzeptanz für die Bundeswehr an der Flut-, Schnee- oder nun eben Vogelgrippefront herzustellen, leider viel zu gut aufgeht. Ebenfalls einig waren wir uns darüber, dass die Einsätze von Polizei und Militär nicht erst seit der CDU-Forderung nach einem Einsatz der Bundeswehr während der Fussball-WM ineinander über gehen. Weit hitziger und geradezu schwierig gestaltete sich das Ringen um eine Einschätzung der Rolle, die Frauen in dieser Entwicklung spielen. Gibt es eine Art rundumerneuerte Frauenzurück-an-den-Herd-Ideologie? Oder darf die starke Mutter von heute neben anderen Doppelbelastungen auch Waffen tragen? Oder dann doch nur den Versorgungspanzer fahren?

Zum Bereich Migration existiert bereits eine AG und wir gehen davon aus, dass von dort aus sowohl inhaltliche Schwerpunkte als auch praktische Aktionsvorschläge gemacht werden. Wir möchten uns an dieser Stelle kritisch mit einigen Punkten auseinandersetzen, die von dort agierenden Gruppen, z.B. der glocal group Hanau vertreten werden. Diese Kritik verstehen wir ausdrücklich im Rahmen einer nicht zuletzt strategischen Diskussion, auf welche Weise wir uns als Linke im noch immer reichen Norden zu MigrantInnen ins Verhältnis setzen, wieviel wir uns von einer gemeinsamen Organisation unter diesem doch so häufig erzwungenen Label versprechen. Wir kritisieren den Blick der HanauerInnen auf Migrierende, die politischen Konzepte, die sie aus ihren Einschätzungen ableiten - die wie auch immer gearteten Wirklichkeiten der MigrantInnen selbst stehen dabei nur insofern zur Debatte, um der aus unserer Sicht zu widerspruchsfrei geratenen Sichtweise der HanauerInnen zu widersprechen. Für unsere grundsätzliche Solidarität ist diese Diskussion zunächst einmal weitgehend irrele-

vant. Wir teilen die Gegnerschaft der glocals zu Grenzregime und kapitalistischem Menschenhandel und sind grundsätzlich erst einmal mit allen solidarisch, die diesem Scheiß ausgesetzt sind. Dieser Zugang kann im schlechten Falle, wie von ihnen kritisiert, dazu führen, MigrantInnen in einer Opferrolle festzuschreiben, was klassischerweise zu einem bevormundenden Umgang führt und die Grenzen zwischen ‚ihnen‘ und ‚uns‘ weiter zementiert. Ein Zugang aus der Ablehnung des Bestehenden heraus kann aber ebenso gut Ausdruck der Weigerung sein, die Leute auf ihr MigrantInnensein stärker festzunageln, als es die Erfordernisse der Abwehr von Diskriminierung und Ausbeutung nötig machen. Und damit dann genau die Festschreibung auf die MigrantInnenrolle aufzuweichen. Dabei ist uns die Schwierigkeit bewusst, dass auch eine solche Begegnung auf Augenhöhe immer die Erfahrungen der Leute würdigen muss; antirassistische Politik somit auf absehbare Zeit gezwungen bleibt, die Sonderstellung von MigrantInnen anzuerkennen, die sie doch gleichzeitig überwinden will.

Wir halten es für irreführend, wenn in Bezug auf Migration als Phänomen Form und Inhalt gleich gesetzt werden, nach dem Motto "viel illegal = viel gut". Eine illegale Organisation von Flüchtlingen und Aneignungsprozesse werden augenscheinlich positiv gesehen. Auch hier findet für uns - ähnlich wie bei internationaler Solidarität mit kämpfenden Gruppen, s.o. - ein zu undifferenziertes Abfahren auf "die Flüchtlinge" statt. Nur wenig thematisiert wird z.B. die Tatsache, wer überhaupt die Chance hat, hier in den Metropolen anzukommen. Dies sind in allererster Linie junge gesunde Männer. Alleinstehende Frauen mit Kindern haben noch mal viel weniger Chancen, sich auf die lange, teure und teilweise sehr gefährliche Reise zu begeben. Schon allein, weil die Familien in den Herkunftsländern ihr weniges Geld natürlich dem zur Verfügung stellen, von dem sie sich am ehesten einen Geldtransfer aus den Metropolen erwarten. Diese durch die Verhältnisse erzwungene survival-of-the-fittest-Logik wird dann schön geredet, wenn Migranten (in diesem Sinne hier ohne großes I) als "Pioniere einer Globalisierung von unten"(12) bezeichnet werden. Dagegen ist ein emanzipatorischer Prozess manchmal vielleicht sogar eher bei den 'daheim' gebliebenen Frauen festzustellen, insofern, als der 'Herr im Hause' nicht mehr da ist und viele Frauen dadurch eine viel selbständigere Stellung und Freiheiten gewinnen und sich diese nicht mehr nehmen lassen.

Es kommt doch darauf an, wer sich zu welchem Zweck organisiert; Frauenhandel und Zwangsprostitution ist natürlich auch illegal und wird nicht gerade selten von Menschen ohne deutschen Pass betrieben - dass daran nichts emanzipatorisches ist, versteht sich von selbst. Schlepperstrukturen sind mal solidarisch und okay, aber eben teilweise auch übel und menschenverachtend - auch hier sollten wir in der Lage sein, differenziertere Einschätzungen zu formulieren.



Es wird auch des öfteren eine Art Kollektiv der MigrantInnen erfunden, das so natürlich nicht existiert(13). Die MigrantIn ist nicht deshalb revolutionär, weil sie diesen Status hat, sondern, wenn sie die herrschenden Macht- und Gesellschaftsverhältnisse radikal ablehnt und bekämpfen will - was für uns und alle anderen auch gilt(14). Etwas vereinfacht gesagt: Natürlich begrüßen wir die Ankunft von MigrantInnen, die hier lediglich ihren berechtigten Anspruch am weltweiten Reichtum erstreiten wollen. Und wollen trotzdem nichts mit denen zu tun haben, die die miesen kapitalistischen Spielregeln gerne und ohne Rücksicht auf Verluste anwenden.

Wir schlagen daher vor, eine negative Perspektive gegen Grenzregime und Abschiebemaschinerie einzunehmen, aber uns nicht positiv auf das zu beziehen, was diese Scheiße aus den Menschen (in dem Fall Flüchtlingen) macht. Betonen sollten wir statt dessen Gemeinsamkeiten im realpolitischen Kampf um die Verbesserung von Lebensbedingungen im Hier und Jetzt, denn "Alles für alle" wird sonst zur reaktionären Parole. Das Recht auf ein schönes Leben verträgt sich natürlich nicht mit Grenzregimen, Abschiebung und Lohnklau bei Illegalisierten. Im Gegensatz zum Zugang der Hanauer glocals denken wir, dass es nötig ist, uns klar gegen Ausgrenzungen zu positionieren, statt erzwungene (wenngleich real erfahrene) (Migrations)Identitäten von uns aus positiv zu besetzen. Dies können maximal die Leute selbst als subversiven Akt probieren.

Wir sehen auch nicht, dass Migration an

sich eine Bedrohung für das kapitalistische System ist, die als "eine soziale Bewegung [...] das durch Grenzen konstruierte Ausbeutungsfälle angreift und herausfordert"(15). Der Nutzen, den das Kapital durch Migration und Illegalisierung von Tausenden hat, wird in diesem Papier auch nicht ansatzweise thematisiert. Schlimmer noch als Jugendliche, StudentInnen oder Ein-Euro-JobberInnen, die zu Billiglöhnen arbeiten, werden MigrantInnen aufgrund ihrer Verhältnisse zu LohndrückerInnen gemacht, gezwungen, die miesesten Jobs für die miesesten Löhne anzunehmen. Sie können sich eben nicht alle auf ALG II oder ähnliche staatliche Transferleistungen zurückziehen, solange ihr Status so ist, wie er ist. Dies sieht das Kapital gerne und es ist keinesfalls eine Bedrohung, sondern eine Voraussetzung für das Erwirtschaften von Extraprofiten durch verschärfte Ausbeutung.

Gerade hier ergibt sich eine Perspektive für gemeinsame Kämpfe auf eben gleicher Augenhöhe. Auch in den Metropolen

scheint es nicht mehr notwendig zu sein, halbwegs erträgliche Lebensverhältnisse für die überwiegende Mehrheit der hier Wohnenden zu garantieren. Wagenburgen, Häuser, Wohnprojekte werden schikaniert und vertrieben, SozialhilfeempfängerInnen durch Hartz 4 in sinnlose und repressive Bewerbungsschleifen und 1-Jobs gepresst. Das heißt in der Konsequenz, dass kein Überleben jenseits der neoliberalen (Selbst-) Zurichtung erwünscht ist: "Fördern und Fordern", um die Loyalität zum Wahnsinn nicht zu gefährden. In dem Moment, wo die Suche nach Alternativen zum Ämter- und (Lohn-) Arbeitswahnsinn dringender und für eine breitere Schicht aktueller wird, werden diese Alternativen verstärkt unter Druck gesetzt oder abgeschafft. Der Arbeitsterror verschärft sich seit Jahren auch in den Metropolen und lässt seine Schleier auch dort fallen. Working poor, Prekarisierung und De-Regulierung läuten das Ende der historisch bedingten Ausnahme (in Deutschland "Sozialstaat" genannt) von der kapitalistischen Normalität ein. Für uns gilt es deutlich zu machen, dass diese Veränderungen in den Metropolen (auf einem anderen Niveau) genauso Auswirkungen der veränderten Weltordnung und Kapitalstrategien sind, wie die Maquiladoras und die High-Tech-Sweatshops in China. Nur, dass die kapitalistische Realität im Trikont schon immer brutaler aussah als in Westeuropa oder den Vereinigten Staaten. Doch unterschiedliche Ausgangslagen und Lebensrealitäten der Betroffenen bedeuten nicht gleich unterschiedliche Ziele. Gerade

zu diversen Gipfelmobilisierungen war in den letzten Jahren schon mitzuerleben, dass die Exekutive der Kapitalverwertung (G8, WTO, IWF, Uniformen usw.) auf weltweiten Widerstand stößt, ob von Menschen aus Chiapas, indischen Bäuerinnen und Bauern oder Erwerbslosen-Initiativen westlicher Länder. Diesen transnationalen und emanzipatorischen Widerstand, als dessen Teil wir uns verstehen, gilt es auszubauen und zu verstärken!

Als letzter Punkt und Lieblingsthema stellt sich uns die Frage, wie sich das Thema Krieg und Imperialismus noch um eine internationalistische antikapitalistische Perspektive erweitern läßt. Dort, wo die NATO-Panzer rollen, mögen die Widersprüche am verschärftesten sein, aber sie sind das letzte Mittel in diesem Spiel. Vorher kommen die Konzerne, die internationalen Agenturen, die BeraterInnen, die EntwicklungshelferInnen, WissenschaftlerInnen, die die vorhandenen Ölvorkommen oder Bio-diversität zum Zwecke der Vermarktung erforschen etc. - auch diese Aktivitäten können gut entlarvt und gegebenenfalls angegriffen werden! Erst im nächsten Schritt kommen

militärische Hilfe, Unterstützung bei der Ausbildung von Polizeieinheiten, low intensity wars usw. zum Einsatz. Wie sagt es doch der neoliberale Kolumnist der New York Times und Buchautor, Thomas Friedman: "Die verborgene Hand des Marktes wird niemals ohne eine verborgene Faust funktionieren. McDonald's kann ohne McDonell-Douglas(16) nicht gedeihen. Und die verborgene Faust, welche dafür sorgt, dass die Welt sicher ist und die Technologien aus Silicon Valley florieren können, heißt US-Army, Air Force, Navy und Marine Corps." Wir fügen hinzu: schnelle Eingreiftruppen und Task Forces der EU, Bundeswehr sowie internationale Organisationen wie der IWF mit seinen erzwungenen Strukturanpassungsprogrammen, die Weltbank und auch nationale Institutionen wie die GTZ in Deutschland, die beispielsweise die Wasserprivatisierungen in Cochabamba/Bolivien mit voran getrieben hat - und nicht zuletzt natürlich die G8.

Jüngstes Beispiel für diese Art Kollaboration von Scheckbuch und Knarre ist die Mine Lueshe im Ostkongo. Zuerst durch Privatfirmen betrieben(17), kaufte sich die Bundesregierung 1994 höchstpersönlich in die Mine ein. Ihre Mitspracherechte nutzte sie aus außenpolitischen Erwägungen, den Verkauf der Mine zu verhindern. Die Sicherheit der Mine wurde gegen Schutzgelder von der Rebellengruppe RCD gewährleistet. Diese operiert genauso wie

die deutsche Diplomatie vom benachbarten Ruanda aus, einer ehemaligen deutschen Kolonie. Der mit diesen Geldern finanzierte Bürgerkriegs muss nun als Legitimation für eine deutsch-europäische Militärintervention herhalten.

Solange arm gemachte Länder mittels ihrer reich gemachten Regierungen die ökonomische Durchdringung durch die transnationalen Konzerne zulassen (bzw. dazu durch den IWF oder andere, z.T. auch bilaterale Abkommen gezwungen werden) und Milliarden von \$ oder in die Kassen derselben transferieren, muss kein



Panzer rollen und kein Bomber aufsteigen. Ganz vorne mit dabei sind eben nicht nur Regierungen und internationale Organisationen, sondern Konzerne, Multis und solche, die es gerne werden wollen.

Für uns scheint das (immer noch) ein Punkt zu sein, an dem praktischer Internationalismus ansetzen kann und sollte. Wir halten es nicht für überholt, den Konzern Coke hier dafür anzugreifen, dass er in Kolumbien Gewerkschafter umlegen lässt. Ein Bezug auf bereits existierende Kämpfe mit emanzipatorischen Inhalten kann nur helfen und diese verbreitern: in Italien kam es im Vorfeld der Olympiade zu mehr als 40 Störaktionen gegen den Hauptsponsor der Spiele. In den USA boykottieren mittlerweile mehr als 20 Universitäten Coke-Produkte. Der Konzern ist auch ein Player im globalen Spiel der Wasserprivatisierung. In San Cristobal/Chiapas und anderswo wird den Privathaushalten das Wasser abgedreht, wenn die Coke-Abfüllbetriebe Wasserbedarf haben. Wir wollen hier nicht eine konkrete Kampagne (die gibt es ja auch schon!) gegen Coke vorschlagen, sondern dafür streiten, uns ganz konkret mehr auf transnationale Konzerne zu konzentrieren und diese anzugreifen, wo es nur geht. Was unter unerträglichen Arbeitsbedingungen vor allem von Frauen in den maquiladoras Mittelamerikas und den Freihandelszonen Chinas hergestellt wird, wird vielfach hier geplant und hier verkauft (vor allem wird hier daran ver-

dient) - und die Verhältnisse sind somit auch hier angreifbar!

Wir wissen nicht, ob die Nationalstaaten an Einfluss verlieren oder nicht, obwohl wir heftig und intensiv darüber diskutiert haben. Und falls ja, ob zugunsten von Konzernen oder supranationalen Veranstaltungen. Für beides gibt es gute Argumente: Einzelne Großkonzerne werden immer einflussreicher und größer und internationale Abkommen verpflichten Staaten, bestimmte (neoliberale) Standards einzuführen und sprechen ihnen somit ihre Souveränität ab. Auf der anderen Seite werden auch die internationalen Abkommen von Staaten geschlossen und gerade die Bereiche Legitimation der Marktwirtschaft und Repression gegen ihre Gegner sind immer noch eine eindeutige Domäne der Nationalstaaten. Und global gesehen waren viele Staaten (vor allem auf der Südhalbkugel) noch nie besonders stark. Vielleicht ist das im einzelnen aber auch gar nicht so wichtig, da das eine (die Multis) nur mit dem anderen (dem bürgerlichen Staat) gedacht werden kann und umgekehrt. Und darüber hinaus aus unserer Sicht natürlich eh alles zur Disposition steht.

Wichtig wird es an dem Punkt, wenn wir überlegen: was sollen denn unsere Aktionsfelder sein?

Wir sollten - nicht nur im Hinblick auf Sommer 2007 - versuchen, Punkte zu finden, an denen sich Kämpfe und Widerstände bündeln und vernetzbar sind. So findet der Kampf gegen Wasserprivatisierung sowohl in den reichen Metropolländern als auch im Trikont statt(18). Er hat damit etwas tendenziell Verbindendes, wobei die Kämpfe hier leider bei weitem nicht so offensiv wie etwa in Cochabamba/Bolivien sind, wo nicht nur eine Rücknahme der Privatisierung erreicht werden konnte, sondern auch eine demokratische Kontrolle eingefordert und ausprobiert wurde. Wir dürfen eben auch hier nicht die Unterschiede verwischen und nivellieren. Im Trikont ist der Kampf um ungehinderten Zugang zu Wasser häufig ein Kampf um Leben und Tod, hier in den Metropolen sind wir vorerst nur über die steigende Wasserrechnung unmittelbar betroffen (und abstrakt von der Gewinnmaximierungslogik, dass die transnationalen Konzerne versuchen, möglichst jeden Bereich des öffentlichen Lebens zu kommerzialisieren und daraus Profit zu schlagen).

Privatisierung von bisher freien (oder öffentlichen) Gütern geschieht in Ländern des Trikonts wie hier - genauso unterliegen auch hier Arbeitsbedingungen und Sozial-



politik immer mehr Einschnitten und Angriffen, wenn auch noch nicht so tödlich wie anderswo. Die beste internationale Solidarität ist nicht die moralisch begründete, die nur auf die Verhältnisse woanders schießt und diese unerträglich finden mag, während es hier ganz passabel ist, sondern die Verbindung von Lebensbedingungen und Widerstand hier und dort. Beim Thema Wasserprivatisierung kommt hinzu, dass die Gegner dieselben sind: Suez, RWE, Veolia (früher Vivendi) und Coke nehmen im Trikont den Tod von Tausenden zur Steigerung ihrer Profitoraten in Kauf, und hier zwingen sie uns über die Erhöhung der Wasserrechnung, entweder mehr zu arbeiten oder den berühmten Gürtel noch enger zu schnallen.

Der Kampf gegen genveränderte oder patentierte Lebensmittel bringt hier zumindest einige VerbraucherInnen und BäuerInnen zusammen, im Irak beispielsweise gilt für die BäuerInnen momentan eine vom Zivilverwalter Paul Bremer erlassene Richtlinie, wonach nur noch US-patentiertes Saatgut verwendet werden darf. Eine Wiederaussaat aus Teilen der letzten Ernte ist unter Strafe gestellt, die Saatgutrechte gehen über auf den Agrobusinesskonzern Monsanto, der im Irak eine Monopolstellung innehat. In McPomm wird es im Sommer 2007 Genfelder geben - sie können dort (und natürlich nicht nur dort) ein Aktionsfeld im wahrsten Sinne des Wortes sein.

Der Orte und Anlässe gibt es unserer Ansicht nach mehr als genug - legen wir los!

■  
autopool, Berlin,  
Frühjahr 2006

Endnoten:

- 1 Die Eckpunkte stehen auf <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/de/pgainf/os/hallmde.htm>
- 2 im Text "Dissent - dem globalen Kapitalismus entgegentreten. Thesen zur linksradikalen G8-Mobilisierung 2007" Gruppe Six Hills, Berlin, Nov. 2005, siehe [http://www.gipfelsoli.org/Heiligendamm/sixhills\\_november2005.html](http://www.gipfelsoli.org/Heiligendamm/sixhills_november2005.html)
- 3 In der Hinsicht fanden wir einige berlinweite Nachtreffen ganz produktiv. Dort wurde sich darüber ausgetauscht, wie sich bspw. gute und schlechte Erfahrungen aus früheren Vollversammlungen im Mehringhof heute auswirken, oder warum viele es z.B. im Hinblick auf internationale Treffen für unabdingbar halten, mehr Zeichensprache zu benutzen
- 4 Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, dass viele schon sehr schlechte Erfahrungen mit scheinbar neutralen, basisdemokratischen Moderationen gemacht haben, z.B. im Anti-Castor-Widerstand, wo bestimmte (häufig militantere) Positionen tatsächlich wegmoderiert worden sind. Auch beim Anti-G8-Widerstand in Gleneagles wurden diejenigen Meinungen quasi totmoderiert, die sich dafür aussprachen, trotz der Anschläge in London an den Demos festzuhalten. All solche Erfahrungen erklären andererseits nicht manche Überreaktion auf den bundesweiten Treffen, die davon ausging, immer

- aus Prinzip und absichtlich übersehen worden zu sein.
- 5 "Kapital Macht Krieg - die Beherrschung verlieren!" ([http://gipfelsoli.org/Inhalt+Theorie/Kapital\\_Macht\\_%20Krieg.html](http://gipfelsoli.org/Inhalt+Theorie/Kapital_Macht_%20Krieg.html))
  - 6 Wir halten es zudem für eine durchaus haltbare Position, gegen den Krieg im Irak aktiv zu werden, ohne uns positiv auf "den irakischen Widerstand" zu beziehen. Praktisch heißt das nicht, wie vom GIB gern und schnell kurzgeschlossen wird, dass wir im Zweifelsfall nicht solidarisch sind, sondern dass es uns von vorne herein ein eigenes Anliegen ist, gegen den Irakkrieg etwas zu machen - erst daraus ergibt sich die Perspektive, sich positiv, negativ oder kritisch auf den dortigen Widerstand zu beziehen.
  - 7 Auch wenn es uns freut, dass auch Öl-Multis (Bsp. Shell in Nigeria) angreifbar sind, haben wir das Bedürfnis, genauer zu wissen, wer da kämpft und wie solidarisch wir damit sein können. Gerade an solchen Punkten, wo es um Besitz, Verteilung und Abhängigkeiten von Rohstoffen und natürlichen Ressourcen geht, sehen wir aber Potenziale und sogar die Notwendigkeit, unsere Positionen zu schärfen. Dabei schielen viele von uns bestimmt mit mehr Bewunderung oder Interesse auf diejenigen KämpferInnen, die mit der Waffe in der Hand spektakuläre Aktionen begehen, als auf beispielsweise Frauen, die sich in Argentinien leer stehende Häuser nehmen, Volksküchen organisieren und in besetzten Fabriken und der Landlosenbewegung teilweise die Mehrheit bilden. Dem Thema Ressourcen im weiteren Sinne und Grundbedürfnissen, z.B. der Agrarfrage, wie Bremen sie aufgeworfen hat, sollten wir uns gerade als internationales und aktuelles Thema viel stärker als bisher stellen.
  - 8 Zur Situation in Argentinien, auf die wir uns hier beziehen, siehe den Artikel "Erkämpfte Ordnung, verordnete Kämpfe | Argentinien soziale Bewegungen zwischen Selbstorganisation und Klientelismus" von Birte Gold in der iz3w Nr. 289, November 2005 ([http://www.iz3w.org/iz3w/Ausgaben/289/LP\\_s13.html](http://www.iz3w.org/iz3w/Ausgaben/289/LP_s13.html)). Ziemlich treffend zur Situation der sozialen Bewegungen unter mehr oder weniger linken Regierungen in Lateinamerika formuliert auch das argentinische AktivistInnen/KünstlerInnen-Kollektiv colectivo situaciones: "Die neoliberalen Lebensbedingungen, die durch den Zusammenbruch der vormaligen (wohlfahrts)staatlichen Strukturen und Entwicklungsmodelle entstanden waren, existieren unverändert weiter, nur der neoliberale Diskurs der neunziger Jahre ist verschwunden" in der Jungle World Nr. 9 vom 1. März 2006 (<http://www.jungle-world.com/seiten/2006/09/7289.php>)
  - 9 Dass auch bei Chavez z.B. Antikolonialismus nur leeres Gerede ist, zeigt das Beispiel vom

12. Oktober 2004, dem Tag des indigenen Widerstandes: AktivistInnen aus Basisorganisationen hatten eine fette Kolumbusstatue niedergehauen, woraufhin Chavez diese öffentlich als Straftäter und Verräter bezeichnete - kurz zuvor hatte er eine flammende Rede gegen Kolonialismus gehalten...
- 10 Hierzu müssten auch noch genauere Diskussionen und Definitionen her, etwa in Bezug auf religiöse Gesellschafts- oder Naturvorstellungen und Ideen in z.B. Indigena-Bewegungen oder auch was eurozentristischen Naturwissenschaftsglauben angeht.
- 11 Wie könnte es anders sein, der Namensgeber Johannes Steinhoff (1913-1994) war mehrfach ausgezeichnete Pilot der nationalsozialistischen Luftwaffe und später ganz vorne mit dabei beim Aufbau der Luftstreitkräfte der Bundeswehr, sowie hohes Tier in der NATO.
- 12 z.B. in dem Papier: "Aneignung - Migration - Prekarisierung eine 3-D-Kampagne in Hanau" (<http://www.metzgerstrasse-hanau.org/3d/text.html>)
- 13 Zudem fallen unter den Begriff "MigrantInnen", wie er meistens in der linken Szene verwendet wird, meistens nur diejenigen, die vor Verfolgung, Krieg, Armut etc. flüchten - diese stellen aber nur einen Teil derjenigen dar, die aus verschiedensten Gründen und unterschiedlichsten sozialen Lagen heraus migrieren. Auch hier wäre ein genauere Begriff erforderlich.
- 14 Die alltägliche Erfahrung von Unterdrückung und Ausbeutung entlang rassistischer und/oder sexistischer Schemata muss zwar anerkannt werden, sagt aber noch nichts darüber aus, welche persönlichen Konsequenzen aus dieser aufgezwungenen Sensibilisierung gezogen werden. Insofern bleibt das Dilemma als Herausforderung bestehen, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus etc. gleichzeitig anzuerkennen und überwinden zu wollen.
- 15 im selben Papier aus Hanau
- 16 Bis zur 1997 erfolgten Übernahme durch Boeing US-amerikanischer Rüstungskonzern, der vor allem Militärflugzeuge herstellen ließ
- 17 Abnehmer ist unter anderem die deutsche Firma H.C. Starck, Goslar, eine Tochterfirma der BAYER AG. Die Mine liefert Rohstoffe für Düsenmotore und Raketenteile.
- 18 Wir benutzen weiterhin die Begriffe "Trikont" und "Metropolen", obwohl sich auch hier erhebliche Veränderungen ereignet haben. Die zwei kleinen aber fast überall vorhandenen Zonen des Reichtums in vielen trikontinentalen Ländern verdeutlichen die Notwendigkeit von Differenzierung und auch neuen Einordnungen einhergehend mit der Benutzung neuer Begriffe.



# Selber machen, damit nicht andere das Bild bestimmen!

## Überlegungen zum Stand der Mobilisierung gegen den G8-2007

**Auf der Aktionskonferenz am 25./26. April in Rostock gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm wurden erneut wichtige Grundsteine für eine spektrübergreifende Zusammenarbeit gelegt. Bereits im Vorfeld des Sozialforums in Erfurt hatte die Interventionistische Linke für eine solche Zusammenarbeit vier Punkte als Grundlage vorgeschlagen: die Delegitimierung der G8, Akzeptanz unterschiedlicher Widerstandsformen, verbindliche und solidarische Zusammenarbeit und die klare Abgrenzung gegen Rechts. Allerdings gab es nach Rostock auch Stimmen, die grundsätzlich eine breite bündnispolitische Zusammenarbeit in Frage stellten.**

Auf Grund der Erfahrungen bei den Gipfelprotesten in Gleneagles 2005 warnen VertreterInnen dieser Position vor einer Zusammenarbeit mit großen NGOs. Sie befürchten, die Gipfelproteste 2007 könnten dadurch zu einer großen Legitimierungsparty werden. Doch was nützt es, auf Geldof und einzelne NGOs mit dem Finger zu zeigen? Die eigentliche Frage müsste doch lauten: Warum ließ es die Linke in Schottland zu, dass sich Geldof&Co so in Szene setzen konnten, während das Dissent!-Netzwerk isoliert blieb.

### Linke Strömung statt Legitimierungsparty

Dass Bob Geldof 2007 am Brandenburger Tor auftreten wird, werden wir ehrlicher Weise ebenso wenig verhindern können, wie die Tatsache, dass Ereignisse in den Medien präsent sein werden, die mit linksradikalen Positionen wenig gemein haben. Die Erfahrungen aus Gleneagles zeigen aber, dass ohne breites Bündnis und ohne Bejahung der Pluralität der Protestbewegungen die Marginalisierung linksradikaler Ansätze weiter fortschreiten kann. Galt es für die italienische Linke im Genua Social Forum immer wieder, Kompromisse zu schließen und eigene Konzepte der Militanz und linksradikaler Inhalte neu zu diskutieren, so standen linke Strömungen in Gleneagles trotz erfolgreicher Aktionen wie Info-Tour, Clowns-Army und Aktions-Camp isoliert. Forderungen nach Bewegungsfreiheit, Teilhabe für Alle und Abschaffung der herrschenden Verhältnis-

se konnten lediglich an sich selber, nicht aber nach Außen vermittelt werden. Das aber müsste Ziel einer "interventionistischen" Praxis sein, die für linke Ideen und Aktionen gewinnen will.

"Ihr 8 - wir 8 Milliarden" und "G8 illegitim" lauteten die Slogans der Anti-G8-Mobilisierung in Genua und Evian. Allerdings ist seitdem die Delegitimierung der G8 durch den Funktions- und Darstellungswandel der Gipfeltreffen immer schwerer geworden. Im Laufe der Jahre änderten sich nicht nur die G8-Themen - Armutsbekämpfung, Wasserversorgung oder Klimawandel wurden mit auf die Agenda gesetzt -, sondern die Gruppe der Acht band auch zunehmend große NGOs mit ein.

Die Spaltung in gute und dialogbereite KritikerInnen auf der einen und gewaltbereite Spinner, Außenseiter und Chaoten auf der anderen Seite ist nichts anderes als eine Strategie zur Stärkung des neoliberalen Projektes. Insofern macht die Vereinnahmungs- und Spaltungstaktik seitens der G8 eine möglichst breite Delegitimierung umso notwendiger, aber auch schwerer. Deshalb gilt es in den kommenden Monaten zu zeigen, dass es nicht entweder linksradikalen Protest auf der einen oder Hegemonie-stützende Massenaktionen auf der anderen Seite gibt. Wir sind gut beraten, die uns zugeschriebene Rolle der Marginalisierten nicht anzunehmen, und stattdessen dafür zu kämpfen, dass sich im Protest ein Profil herausbildet, das keine große NGO-Allianz, keine Linkspartei, keine Regierung und schon gar nicht die G8 vereinnahmen können oder wollen.

### Gibt es jetzt ein Bündnis oder gibt es keines?

Mit der Konferenz Ende März in Rostock wurde ein erster Versuch unternommen, über die Phase der spektrbezogenen Planungen hinaus Ideen zusammen zu führen. Denn: Wenn der Gipfelprotest einen nachhaltigen Niederschlag haben soll, setzt das einen Prozess im Vorfeld und die Kommunikation der verschiedenen Protestspektrern voraus. Ganz in diesem Sinne wurde bisher kein Bündnistreffen im klassischen Sinne initiiert, vielmehr einigten sich die an der Ausrichtung der Konferenz beteiligten AkteurInnen auf die Form einer Aktionskonferenz. Die Idee der offe-

nen Aktionskonferenz baut auf die Erfahrungen der sozialpolitischen Proteste auf: Die Organisation des G8-Protests soll nicht, wie oft in der Vergangenheit, am Grünen Tisch zwischen RepräsentantInnen großer Verbände hergestellt werden. Die Teilhabe an Entscheidungen und die Möglichkeit der Partizipation für Akteure jeglicher Couleur und Größe ist die Voraussetzung dafür, dass die Bewegung die angestrebte Vielfalt und Schlagkraft entwickeln kann.

Nach der Rostocker Konferenz herrschte jedoch bei vielen AktivistInnen Unklarheit über die Form der weiteren Zusammenarbeit. Die auf der Konferenz gebildeten Arbeitsgruppen (Blockade, Groß-Demo, Kultur, Gegengipfel, Camp, Repression und Migration) haben sich zu weiteren Treffen verabredet und auch der Wunsch nach weiteren Aktionskonferenzen wurden geäußert. Gleichzeitig wurden aber auch Stimmen laut, die ein spektrübergreifenden Bündnis über die Absprache in Arbeitsgruppen und auf Aktionskonferenzen hinaus grundsätzlich in Frage stellen. Bedarf es aber nicht in den kommenden Monaten gerade auf Grund der unterschiedlichen Formationen und entsprechend verschiedenen Organisationsprinzipien der beteiligten Akteure (NGOs, Verbände, Netzwerke, Initiativen, lokale Zusammenschlüsse) der Herausbildung eines zentralen, aber offenen Ortes der Koordinierung? Nur hier können Einzelaktivitäten und Arbeitsgruppen-Ergebnisse sowie quer liegende Fragen wie die nach einer gesamtgesellschaftlichen Delegitimierung der G8 oder der Abgrenzung gegen Rechts koordiniert, diskutiert und transparent gemacht werden. Nur hier können Absprachen über einen solidarischen Umgang untereinander gemeinsam diskutiert und festgelegt, aber auch eingeklagt werden.

### Linke Strömung heißt Zuspitzung, Aktion und Kultur

Inzwischen haben diejenigen Gruppen und Einzelpersonen, die die Konferenz in Rostock vorbereiteten, für ein offenes Nachbereitungstreffen in Hannover eingeladen. Jetzt geht es darum, auszuprobieren, wie der häufig postulierte Wunsch nach Kooperation gefüllt werden kann, inwiefern politische Debatten Raum haben und welche Bereitschaft es gibt, sich auf



die (ehrlicher Weise) gegenseitige Beeinflussung der eigenen Praxis einzulassen, um gemeinsame Stärke entwickeln zu können.

Inhaltliche Profilierung, eigene kulturelle Akzentsetzung sowie Aktivierung und Radikalisierung durch Aktion - das sind die drei Stichworte, anhand derer zur Zeit einige sich in der Interventionistischen Linken zusammengefundene Gruppen und Personen diskutieren.

Inhaltliches Profil in den Protesten herauszubilden, geht über den Versuch der Delegitimierung der G8 hinaus und müsste heißen, das Eintreten für globale soziale Rechte konkret anhand von Forderungen beispielsweise nach globaler Bewegungsfreiheit, einem bedingungslosen Existenzgeld für Alle und der Aufhebung patriarchaler Differenzierungen zuzuspitzen oder die Frage nach Schulden des globalen Südens in die Frage nach Reparationszahlungen von Nord nach Süd umzukehren.

Das wird aber auch bedeuten, eigene Publikationen herauszugeben und mit eigens entwickelten Bildungsmaterialien Veranstaltungen zu organisieren, um so die Funktionsweise und Interessen der G8 allgemein verständlich zu machen und sich somit Raum für grundsätzliche Kritik an bestehenden Herrschaftsmechanismen und -strukturen zu erschließen. Als Orte für diesen Ansatz kristallisieren sich neben den Aktionskonferenzen und Bündnistreffen der Gegengipfel, Protestcamps, aber auch Seminare und Groß-Veranstaltungen der Bündnispartner heraus. Des weiteren sollte eine interventionistische Linke zwischen Sozialprotesten und der Politik der G8 Zusammenhänge herausstellen; dies passiert bei der 3.-Juni-Demo, kann aber auch bei antirassistischen oder Anti-Atom-Aktionen passieren.

Aktivierung und Radikalisierung drückt sich jedoch nicht nur in inhaltlicher Profilierung aus, sondern bedeutet auch Zuspitzungen in der Aktion. Wie kann der Protest sich radikalieren und zum Widerstand werden? Als Aktionsperspektive bietet sich hier an, Konzepte vergangener Gipfelproteste, wie beispielsweise in Genua, zum Ausgangspunkt zu nehmen und als Ziel für 2007 zu formulieren, den Gipfel

## Stand der Dinge in den jeweiligen Protestspektren

Das **Dissent!-Netzwerk**: Auf dem Buko 28 ins Leben gerufenes Netzwerk, das an das im Zuge der Gleneagles-Proteste entstandene Dissent!-Netzwerk anknüpft. Die Treffen mit 100-300 Leuten sind offen, Grundlage der Debatte sind die Hallmarks von People Global Action. Infotour, Camp 2006, Antirepression und die Mobilisierung nach Petersburg sind aktuelle Schwerpunkte.

Anfang März hat sich ferner ein **Revolutionäres Bündnis** mit stark antiimperialistischer Ausrichtung gegründet.

Die **Bundeskoordination Internationalismus** und darin v.a. der Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft beteiligen sich sowohl auf inhaltlicher als auch organisatorischer Ebene an der Protestmobilisierung. Einige aus der BuKo kooperieren mit dem Dissent-Spektrum, der Interventionistischen Linken oder sind zu NGO-Treffen eingeladen.

Das **No-Lager-Netzwerk** signalisierte bereits Ende 2005 eine Beteiligung an den Gipfelprotesten und verabschiedete einen Aufruf für eine migrationspolitische Großaktion im Rahmen der Proteste. Sowohl im Rahmen von Dissent! als auch der Rostocker Konferenz gab es erste Planungstreffen.

Die **Interventionistische Linke (IL)** geht aus einem Zusammentreffen hervor, dass zum ersten Mal nach dem G7-Treffen 1999 in Köln zusammenkam. Die IL, in der heute unterschiedliche Kräfte der radikalen Linken vertreten sind, will den Protest nach links ziehen und die Ablehnung des kapitalistischen Weltsystems sichtbar machen. Die IL gibt das G8Xtra heraus, tritt für ein breites Bündnis ein und war maßgeblich an der Vorbereitung der Aktionskonferenz in Rostock beteiligt.

Innerhalb von **attac** gründete sich eine Projektgruppe, die sich als Schwerpunktthemen innerhalb der G8-Mobilisierung Globale Sozial Rechte und Armut/Reichtum setzte. Ziel ist neben der Protestmobilisierung innerhalb eines breiten Bündnisses die Bildungsarbeit.

**Entwicklungspolitische NGO-Szene**: Es treffen sich u.a. Akteure wie Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst, VENRO, medico international, Gerechtigkeit Jetzt!, Forum Umwelt und Entwicklung sowie kleinere NGOs. Auch attac und BUND sind vernetzt. Inwiefern es Interesse an einer Koordinierung in einem gemeinsamen Bündnis gibt oder sich aber lediglich Koordinierungen zu Themen wie Gegengipfel oder Großdemonstration ergeben, muss sich noch herausstellen.

**Gewerkschaften**: Es gab sowohl von Gliederungen des DGB als auch der Mitgliedsgewerkschaften Signale sich an den Protesten gegen den G8-Gipfel zu beteiligen. Besonders die Gewerkschaftsjugend diskutiert über konkrete Projekte und signalisierte Beteiligung an einem Bündnis.

blockieren zu wollen. Diese Blockaden können und müssen, wenn wir für eine breite Konstellation werben wollen, unterschiedlich aussehen: Sitz-, Steh-, Materialblockaden; und auch die unterschiedliche Konfrontations- und Risikobereitschaft der AktivistInnen ist zu berücksichtigen.

Entscheidend für den Erfolg von Blockadeaktionen wird sein, dass sich viele Menschen aus unterschiedlichen Spektren beteiligen und sich solidarisch zueinander verhalten. Die Breite könnte auch helfen, der Repression entgegen zu wirken und hier neue Spielräume zu eröffnen. Doch was sind die Voraussetzungen dafür? Es müsste kalkulierbare, niedrighschwellige Angebote für Massenblockaden geben. Nicht bundesweit, sondern lokal könnten sich in den kommenden Wochen und Monaten Aktionsbündnisse gegen G8 bilden.

Um zu verhindern, dass die öffentliche Wahrnehmung der Gipfelproteste 2007 ähnlich wie 2005 in Schottland von inhaltsleeren Events wie den Live8-Konzerten dominiert wird, ist es jetzt an der Zeit, große Kulturveranstaltungen mit KünstlerInnen und MusikerInnen zu organisieren, die sich als Teil der Bewegung verstehen und sich nicht vor den Karren der G8 spannen lassen. Auch hier gilt wieder: Selber machen, damit Geldof&Co-Bühnen nicht alleine das Medienbild bestimmen können.

■  
Berit Schröder,  
aktiv bei FelS und in der IL  
Erschienen in der AK 506, Mai 2006



# Für ein ganz anderes Ganzes!

## Reflexion und Beitrag zur Diskussion der Inhalte AG

**Nachdem sich die Diskussionen der Inhalte AG während der ersten beiden Treffen um die inhaltliche Ausrichtung der teilnehmenden Gruppen drehte und versucht wurde, einen kleinsten gemeinsamen Nenner herauszuarbeiten, hatte mensch in Leipzig den Punkt erreicht, an dem das gegenseitige Abtasten unter einem inhaltlichen Slogan für die weitere inhaltliche Arbeit bzw. Mobilisierung zusammengefasst werden sollte. Als größtes Problem erwies sich dabei, dass die Grundlage für die Diskussion in Leipzig die festgestellte Heterogenität der radikalen Linken in Deutschland war. Diese sollte und soll nun unter einem Dach in Form eines inhaltlichen Slogans zusammengefasst werden.**

Der inhaltliche Slogan sollte seinem Charakter nach einer sein, der die Heterogenität der Diskussion widerspiegelt und es den verschiedenen Gruppen bzw. Einzelpersonen ermöglicht, die eigenen inhaltlichen Ausrichtungen darunter zu vermitteln. Dem gemäß wird er sich von den Mobilisierungsslogans (die ihrer Absicht nach komplexe inhaltliche Analysen auf griffige Forderungen herunterbrechen, wie z. B. smash capitalism) unterscheiden, deren Aufgabe es sein wird, als identitätsstiftendes Moment den Protesten auf den Straßen Mecklenburg-Vorpommerns Zugkraft und Schlagfertigkeit zu verleihen. Aufgabe der Inhalte AG des dissent!-Spektrums sollte es nun sein, einen inhaltlichen Rahmen zu entwickeln, mit dem es möglich wird, gesellschaftliche Diskurse mit (heterogenen) linksradikalen Positionen zu verändern.

### **Globale Rechte aneignen? Diskussionsbeitrag des Bremer G8-Plenums**

inlager Bremen stellte den Slogan "Globale Rechte aneignen!" zur Debatte. Rechte seien in dieser Argumentation festgeschriebene Ergebnisse sozialer Kämpfe, die in formalen Aussagen festgehalten würden. Gleichzeitig formiere sich die bürgerliche Gesellschaft genau auf diese Weise. Insofern sei die Forderung nach Rechten schwierig, obwohl die Frage bleibe, ob Recht gleich (bürgerliches) Recht sein müsse (vgl. "Globale Rechte aneignen?", Bremer G8-Plenum).

Meiner Ansicht nach ist diese Frage in sich problematisch, vor allem durch den

Rechtsbegriff. Rechte auch als Ergebnis sozialer Kämpfe zu sehen, ist zwar prinzipiell möglich, unterschätzt aber die Bedeutung der Tatsache, dass die Strukturierung des Zusammenlebens der Menschen durch Rechte eben ein Hauptmerkmal der bürgerlich organisierten Gesellschaft ist. Rechte werden innerhalb des herrschenden gesellschaftlichen Diskurses gewährt, d. h. sie richten sich maßgeblich nach dem Konsensrahmen der *volonté générale*, dem maßgeblichen Organisationsprinzip moderner Gesellschaften. Dieser steht synonym für die Zurichtung des Menschen zum bürgerlich vergesellschafteten Subjekt (von lat. *subiacere* = unterwerfen), also genau dem in Zwangsverhältnissen lebenden Menschen, der die Organisation seines sozialen Zusammenlebens an eine ihm übergeordnete Instanz abgibt. Es ist also grundsätzlich eine zweiseitige Angelegenheit, von Rechten zu sprechen.

Innerhalb dieses Rahmens bewegen sich auch die von sozialen Bewegungen erkämpften Rechte. Sie mögen zwar ein Schritt hin zu einer "befreiten Gesellschaft" sein, doch ist die Rede von einer "befreiten Gesellschaft" genauso problematisch wie die Rede von Rechten. Beide Male wird nicht mit den herrschenden Organisationsprinzipien moderner Gesellschaften gebrochen, die m. E. als erster Schritt für die Organisation emanzipatorischen gesellschaftlichen Zusammenlebens nötig ist, sondern versucht, bestehende Strukturen zu infiltrieren und auszuhöhlen.

Durch eine Aneignung von Rechten wird zunächst nicht mehr erreicht, als eine Verschiebung des status quo nach links. Die so gewonnenen (abstrakten) Freiräume können der Ort sein, an dem Menschen beginnen, sich von gesellschaftlichen Zwängen zu emanzipieren. Sie können aber genauso gut der Ort sein, an dem eine ursprünglich emanzipatorisch gedachte Bewegung zum Stillstand kommt.

### **Gegen die Vernichtung Verwertung Verelendung durch die G8! Emanzipatorische, soziale Kämpfe unterstützen/organisieren/führen**

Nachdem der Slogan "Globale Rechte aneignen!" in der Diskussion der Inhalte AG in Leipzig keinen Konsens gefunden hatte, wurden verschiedene Slogans jeweils in Form eines "3-Klangs" plus Zusatz vorgeschlagen. Exemplarisch werde ich für meine Ausführungen hierzu "Gegen die Vernichtung Verwertung Verelendung

durch die G8 - Emanzipatorische, soziale Kämpfe unterstützen/organisieren/führen" heranziehen.

Die Griffigkeit eines "3-Klangs" für die inhaltliche Mobilisierung steht außer Frage. Die inhaltliche Schwere der Begriffe Vernichtung, Verwertung und Verelendung erfasst die schwerwiegendsten Auswirkungen kapitalistischen Wirtschaftens, die sich institutionell u. a. durch die G8 ausdrücken. Doch ist die inhaltliche Mobilisierung in dieser Form des "3-Klangs" m. E. zu eng geführt, so dass sie die Heterogenität der Diskussion, v. a. in der analytischen Herangehensweisen, darin nicht wieder gegeben wird.

"Vernichtung Verwertung Verelendung" verweist auf eine kapitalismuszentrierte Analyse. In den vorangegangenen Diskussionen der Inhalte AG wurde aber durch die Inhalte AG des Anti-G8-Plenums Mannheim/Heidelberg immer wieder darauf hin gewiesen, dass gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse nicht nur in und durch die ökonomische Sphäre zustande kommen, sondern dass Unterdrückungsverhältnisse, wie Rassismus, Sexismus, vertikale Gesellschaftsstrukturen, etc. auch unabhängig davon entstehen. Dementsprechend hat die Inhalte AG des Anti-G8-Plenums Mannheim/Heidelberg stets von multiple oppression gesprochen. Damit ist ein analytischer Ansatz gemeint, der gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse ausgehend vom Individuum, dem kleinsten unteilbaren Element jeder Gesellschaft, beschreibt.

Und genau diesen Aspekt der Diskussion finde ich in den Begriffen Vernichtung, Verwertung und Verelendung nicht wieder. Es fehlen die anderen Unterdrückungsverhältnisse, für die die G8 ebenfalls symbolisch herangezogen werden kann. Die G8 sind eine Spitze des Eisbergs deren Fundament ein breites Geflecht aus Unterdrückungsmechanismen bildet, das einzelne Menschen zum gesellschaftlichen bürgerlichen Subjekt zurichtet. Konkret heißt das: Die G8 stehen am oberen Ende einer vertikalen Struktur, die aufgrund von kapitalistischen, sexistischen, rassistischen, etc. Ausgrenzungsmechanismen zustande kommt und beibehalten wird. Der inhaltliche Slogan sollte auch diesen Aspekt in sich aufnehmen.

### **G8 abschaffen! Emanzipatorische Kämpfe unterstützen! Soziale Revolution machen! Vorschlag eines inhaltlichen Slogans**

Zusammenfassend lässt sich also für die bis jetzt gemachten Vorschläge für Slogans für eine inhaltliche Mobilisierung festhal-

ten, dass alle dafür geeignet waren, die Diskussion zu eröffnen, aber m. E. keiner den Kern dessen getroffen hat, was mit der Mobilisierung erreichen werden soll und zugleich auch das heterogene linksradikale Spektrum unter sich vereint. "Globale Rechte aneignen!" steht dabei für eine zu bestimmte politische Ausrichtung und der "3-Klang" für eine analytische. Mein Vorschlag für einen Slogan für die inhaltliche Mobilisierung ist daher folgender: "G8 abschaffen! Emanzipatorische Kämpfe unterstützen! Soziale Revolution machen!"

Es handelt sich dabei um den Versuch einer Synthese aus den beiden vorgeschlagenen Slogans. Einerseits ist es ein "3-Klang", unter dem sich inhaltliche Positionen verschiedener Couleur sammeln können (wie z. B. "Globale Rechte aneignen!"). Andererseits gibt er die politische Richtung in so weit vor, als dass er die radikale Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse fordert.

Konkret wird darin als erstes der Anlass und die Forderung genannt, weshalb sich das dissent!-Spektrum zusammenfand und in Mecklenburg-Vorpommern im Juni 2007 zusammenfinden wird (G8 abschaffen!). Zweitens wird darin die internationalistische Perspektive betont und klar gemacht, dass gesellschaftliche Veränderung nicht punktuell an einem Ereignis

festzumachen ist, sondern ein breites Netzwerk verschiedenster emanzipatorischer Bewegungen weltweit an jedem Ort und zu jeder Zeit erfordert (Emanzipatorische Kämpfe unterstützen!). Und als drittes ist eine Formel genannt, die den Zweck und die Absicht einer jeden emanzipatorischen Bewegung auf den Punkt bringt: radikale gesellschaftliche Veränderung - soziale Revolution! (Soziale Revolution machen!)

### Quo vadis, radikale Linke? Schlussbemerkungen

Der G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm war und ist Anlass für das (deutschsprachige) linksradikale Spektrum sich zu (ver)sammeln und zu diskutieren, wie linksradikale Positionen Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse nehmen und die herrschende gesellschaftliche Organisation maßgeblich verändern können. Dieser Gesichtspunkt scheint mir bei der laufenden Mobilisierung zu kurz zu kommen bzw. aus dem Blick geraten zu sein.

Ein blockierter Gipfel und die gelungene Organisation dessen ist ein großer Erfolg und Grund zu feiern. Die herrschenden Verhältnisse werden sich aber nicht allein dadurch ändern, dass ein Treffen nicht stattgefunden hat, auf dem u. a. die Zurichtung der Menschen zu geknechteten Wesen diskutiert und geplant wird. Es wird vielmehr, seien wir realistisch, weitergehen

wie zuvor.

Deshalb sollten wir weiterhin das Unmögliche versuchen zu schaffen - eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Eine Chance bietet sich uns dazu in der Mobilisierung nach Heiligendamm. Wir bauen Strukturen auf, die es Tausenden Menschen ermöglichen wird, im Juni 2007 ihre Ablehnung gegenüber diesen Zuständen zu zeigen. Diese Strukturen könnten wir auch nach dem Gipfel weiter nutzen: zur Diskussion nach innen, zur größeren Wahrnehmbarkeit nach außen.

Gerade aus der internationalistischen Perspektive, die Vernetzung von Menschen über Ländergrenzen hinweg, böte uns die Möglichkeit emanzipatorische Kämpfe aus verschiedensten Regionen der Welt miteinander zu verbinden, aufzunehmen und an welchem Ort auch immer weiter zu kämpfen und zu entwickeln. Veränderung kennt keine Zentren, sie findet dezentral statt. Doch es sollte ein Rahmen geschaffen werden, innerhalb dessen ein Austausch stattfinden kann. dissent! wäre m. E. eine ideale Grundlage dafür.

Einzelperson, Heidelberg,  
Mai 2006

## G8-Mobilisierung: Infos zur Vorbereitung

### auf den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm und kritische Blicke auf die Organisationsstrategien

#### Die Lage zu Beginn:

Etwas Neues wird sichtbar ... im Sog der Einheitslinken-Parolen rund um die Gründung einer "neuen" linken Partei veränderte sich die Lage. In der G8-Mobilisierung hatten die Eliten der verschiedenen Strömungen innerhalb sozialer Bewegung von Beginn an engste Kontakte. Gleichzeitig wurde der Abstand zwischen Führungsgruppen und zu mobilisierenden Massen weiter vergrößert. Mehrere große Blöcke wurden sichtbar, allerdings jeweils nur verkörpert durch ihre Eliten sowie im Nachgang durch das tatsächliche schafherdige Hinterhertröten der identitär verbundenen "Basis".

\* Noch Ende 2005 trafen sich in Hamburg ca. 200 Personen aus linksradikalen Gruppen, die klassisch autonomen, anti-imperialistischen oder nach Selbsteinschätzung selbstorganisierten Spektren angehörten. Hinsichtlich der Organisationsform treffen vor allem AnhängerInnen

von Konsenskultur aus verschiedenen Projekten, Gruppen und der BUKO sowie autoritäre Linke aus anti-imperialistischen, trotzkistischen Gruppen und der ÖkoLi aufeinander. Alle erheben deutlich den Hegemonialanspruch für das Bündnis. Einigkeit besteht weitgehend darin, dass es ein Bündnis mit einheitlichen Strukturen, Namen, Slogans usw. werden soll. Antihierarchische Stimmen und Vorschläge für eine Organisation von unten gibt es selbst hier nur sehr vereinzelt. Internetseite dieser Organisation ...

\* Zudem organisierten sich als neue formalisierte Strömung die ProtagonistInnen einer "interventionistischen Linken", die sich fortan auch neben dem Label ihrer jeweiligen Gruppe als "IL" vorstellten. Kern sind stark labelorientierte und seit Jahren mit Führungsanspruch nach außen und innen agierende Gruppen wie felS, ALB, die Zeitung "Fantomas" und AVANTI. Typisch für sie ist der unbedingte Wille zu Stellvertretung, Führung und verbindlicher Organisation unter einheitlichen Labeln. Internetseite dieser Organisation ...

So liest sich das im Neuen Deutschland am 13.01.06:

»Wir plädieren dafür«, sagt Tanja Menze, die bei der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) mitmacht, »erst mal mit allen zu reden und dann zu entscheiden.« Gemeinsam mit Gruppen wie Libertad, FELS, medico international und der BUKO hat sich die ALB deshalb zur Interventionistischen Linken zusammengetan, um ein breiteres Bündnis auch unter Beteiligung von Gewerkschaften, Kirchen, NGOs und Linkspartei gegen den Gipfel der Acht auf die Beine zu stellen.

Das einzige, was fehlt, ist der Hinweis, dass die Entscheidung längst in kleinen Zirkeln gefallen ist und Attac-Führer bei der Interventionistischen Linken mitmischen ... aber die zu mobilisierenden Herden werden wie üblich mit Nebelbomben beworfen ...

\* Auch die großen NGOs organisieren sich und starten z.T. eigene Kampagnen, siehe z.B. die Internetseiten zu G8 von Attac ...

\* Daneben bereiten AkteurInnen wie

die Linkspartei, Gewerkschaften, kirchliche Gruppen ihre Aktivitäten vor. Insbesondere die Linkspartei darf aber wegen der zu großen Teilen erfolgreichen Vereinnahmungsstrategien des Jahres 2005 als selbst oder über ihren Ausleger Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) samt Tarnorganisationen als Teil aller Mobilisierungen zu betrachten sein.

Das Neue ist, dass all diese Mobilisierung nur auf dem Papier getrennt stehen. Hier hat sich ein Wandel ergeben, der sich aus dem Bedeutungsverlust politischer Inhalte und dem Bedeutungsgewinn der Macht- und Teilhabefrage im Konzert gesellschaftlicher Eliten begründen lässt. Sichtbar wird die Verzahnung der Eliten u.a. auch darin, dass einzelne Personen sogar Führungsrollen in schlicht allen Bündnissen spielen, z.B. der Attac-Führungsapparatschik Pedram Shayar.

Strategietexte zu Beginn

Verschiedene, üblicherweise hegemonial auftretende Gruppen und Zusammenhänge produzierten die üblichen Papiere, die als Vorschlag für das Gemeinsame gedacht waren. Damit erfolgt der Versuch, die eigenen Ideen dem Gesamten aufzudrücken. Ein Prozess der Erarbeitung wird abgekürzt, Vielfalt von nebeneinanderstehenden Positionen ist nicht gewollt. Meist entsteht sie aber trotzdem und auch gerade durch die Hegemonialkämpfe, denn da mehrere Positionen eingebracht werden, laufen Spaltungen zwischen diesen Gruppen mit Führungsanspruch. Genauer: Sie laufen zwischen deren Eliten - Geschichte ist die Geschichte der Elitenkämpfe.

### Blicke in die Papiere

Intellektuell aufgeladen klingt es im Papier von "nolager bremen":

statt uns auf die suche nach einer thematischen zuspitzung zu begeben, möchten wir vorschlagen (...) mit einer art transthematicen klammer zu experimentieren ... konkret möchten wir als eine solche klammer das motto "globale rechte aneignen!" vorschlagen.

Anmerkung: Zum Begriff "Recht" siehe hier ...

### Auszug aus dem Papier "Zum Konsens im Dissens" der konsens-vorschlagenden Gruppen:

Wir finden, dass zu einer hierarchieblehenden Organisation auch die Reflexion der internen Umgangsweisen gehört. Und eine Form von "Konsens" halten wir für die in dieser Hinsicht grundsätzlich beste Art der Entscheidungsfindung, beim Treffen in Hamburg gab es dazu auch

keine Gegenvorschläge.

Anmerkung: Zur Kritik an Entscheidungsfindung insgesamt sowie speziell an Konsensverfahren und den alternativ von anderen vorgebrachten Mehrheitsabstimmungen. Zu Vorschlägen des Verzichts auf Entscheidungsfindung ...

### Zu Organisierungsfragen in der AVANTI-Zeitung vom 12.12.2005

Die Aufgabe einer radikalen Linke muss es sein, diese Bewegungsdynamik zu befördern. Dazu braucht es die Kritik und Auseinandersetzung mit der Linkspartei und ihren autoritär-sozialstaatsromantischen Tendenzen, gleichzeitig aber auch die Bereitschaft zur offenen und fairen Zusammenarbeit auf der Ebene sozialer Bewegungen. ...

Bewegung braucht Organisation

Um eine Gegenmacht zum globalisierten Kapitalismus zu entwickeln, die den Lauf der Welt tatsächlich ändern kann, braucht es als Grundlage die beschriebenen Prozesse der Stärkung und des Zusammengehens von Bewegungen. Aber es braucht auch die organisierten Kräfte in den Bewegungen, diejenigen, die sich die Aufgabe der Entwicklung einer interventionistischen Linken bewusst stellen. Zu dieser Aufgabe wird AVANTI seinen Beitrag leisten.

EIN Profil, EINE linke Strömung, mit EINER linksradikalen Forderung

Auszug aus dem Papier von fELS

Wir möchten gerne, dass die linksradikale Mobilisierung ein Profil hat, das auch innerhalb einer gesellschaftlichen Debatte erkennbar ist. Das mediale Szenario bzw. die Vermittlung der Inhalte ist unserer Auffassung nach ein zentraler um nicht zu sagen der neuralgische Punkt: Wer bringt wie die eigenen Inhalte an die Öffentlichkeit? ... Das ist auch ein wesentliches Argument dafür, dass wir Teil der Interventionistischen Linken sind und uns für einen breiten Bündnisprozess einsetzen, in dem eine linke Strömung sichtbar ist. ...

Die Stärke der undogmatischen Linken ist mitunter ihr Problem: Die Vielfalt ...

### Kommentar

Die Darstellung eines Gegensatzes von "Unorganisiert, chaotisch, ineffizient" und "Organisiert, handlungsfähig, effizient" erinnert an die Diffamierung von Selbstorganisationsprozessen und Herrschaftsfreiheit durch Regierungen bis AnhängerInnen autoritärer Ideologien. Auch dort bedeutet die Abwesenheit von Ordnung und Kontrolle immer gleich Chaos und Anarchie, Faustrecht und Hunger. Das binäre Denken, das dahintersteckt, ist tatsächlich vor-

handen (Populismus und verkürzte Analyse bauen auf Schwarz-weiß bzw. Gut-Böse auf), aber auch taktisch bedingt, denn das eigene Machtstreben ist gut hinter dem Warnen vor Chaos und Faustrecht (Gesellschaft) bzw. vor Uneffizienz und Durcheinander (Debatte in Bewegung) zu verstecken. Es geht den ProtagonistInnen dieses Schein-Gegensatzes um Macht sowie um die Verschleierung dieses Interesses. Sie verhindern damit eine Debatte um Organisationsformen, die Horizontalität mit Produktivität, Kooperation und Autonomie koppeln. Durch die Reduzierung auf die zwei Schein-Alternativen wird nach der 2-Haufen-Scheiße-Theorie einfach etwas Schlechtes durch das Angstschüren vor noch etwas Schlechterem gehypt.

### Auszug aus einem Aufruf der Interventionistischen Linken vom 19.1.2006

Wir hoffen, dass auf dieser Konferenz die Initiativen aus allen Spektren der Linken zusammen kommen: Die lokalen Sozialforen, Erwerbslosen- und Sozialinitiativen, Antifagruppen, Flüchtlings-Initiativen, Umweltgruppen, bewegungsorientierte Linksradikale, autonome Gruppen und PGA-AktivistInnen, 3.Welt- und Kirchengruppen, attac und die no-global-Netzwerke, traditionskommunistische und trotzkistische Organisationen, Gewerkschaftsgliederungen und -jugendverbände, Linkspartei (PDS und WASG) usw. Darüber hinaus treten wir als Interventionistische Linke dafür ein, dass die Rostocker Konferenz das Startsignal für ein großes und breites Anti-G8-Bündnis setzt, in dem alle relevanten Gruppierungen an den Vorbereitungen gleichberechtigt teilnehmen können. Hierfür schlagen wir einen Grundkonsens vor, der um die Unterschiede wissend ein offenes Miteinander ermöglicht, nicht zu eng gefasst ist und dennoch klar Position bezieht:

- Die eindeutige Delegitimierung der G-8
- Die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktions- und Widerstandsformen
- Ein solidarischer, verlässlicher Umgang miteinander, der verbindliche Absprachen erlaubt
- Eine klare und offensive Abgrenzung gegenüber rechtspopulistischen und rechten Kräften.

### Kommentar

Schon die Vorbereitung der Konferenz zeigte, was tatsächlich Stil der Eliten ist: Intransparenz war die meiste Zeit prägend. Der Anspruch, dass alle zusammen arbeiten sollen, ist meist der Vorwand, dann im Namen aller aufzutreten. Dass gleichzeitig



mit dem Anspruch, es sollen alle mitmachen, schon formuliert wird, was für alle dann zu gelten hat (das wird nicht mit den anderen abgeklärt), ist typisch für die Eliten sozialer Bewegung, die immer Offenheit predigen und tatsächlich autoritär steuern. Dabei dürften den Führungskadern klar sein, dass mehrere ihrer Vorfestlegungen hochumstritten sein dürften, z.B. das Mitmachen von Parteien und die Existenz "verbindlicher Absprachen" - das klingt klar nach Abstimmungsritualen und Kollektivität.

### Aus einem Protokoll zur Debatte über die Konferenz in Rostock

es gab aber, besonders bei den aktions-konferenz-besucherInnen, einen Konsens, dass es manipulationsversuche seitens der veranstaltungs-gruppen gegeben habe, z.B. in der entscheidungsfindung vor plena, im arrangement einer erst im nachhinein mitgeteilten pressekonferenz, auf der dann auch noch geäußert wurde, was das plenum vorher bereits abgelehnt habe („weißrussland“).

### Die ersten Vorbereitungstreffen

G8-Arbeitskreis auf der Aktions- und Strategiekonferenz in Frankfurt (Nov. 2005)

Eigentlich hätte das schon reichen können, dieser Arbeitskreis auf dem insgesamt extrem hierarchisch durchgeführten Kongress, wo Fragen aus dem Plenum vorher auf Karten geschrieben werden mußten und mußten von der Kongressleitung nach nicht erkennbaren, aber durchaus politischen Kriterien ausgewählt wurden - z.B. wurden alle kritischen Beiträge zum Kongressverlauf zensiert. Im Arbeitskreis gab es dann einen interessanten Schulter-schluss von Attac bis Radikal-Links. Den gab es nicht nur bei der Darstellung, was alles laufen sollte, sondern auch gegen Kritik. Wenn so ein Aufgebot von Wichtgleuten wie Katja Kipping (stellv. Linkspartei-Chefin) über Pedram Shayar (Attac- und gleichzeitig Interventionistische-Linke-Funktionär) bis zu linksradikalen Antira-Leuten Schulter an Schulter und mit üblichen Sprüchen ("Spinner", "so Leute brauchen wir nicht" usw.) gegen Vorschläge antreten, über den Ablauf z.B. von Gegenkonferenzen gegen den G8-Gipfel zu reden, damit nicht einfach wieder nur die gleichen Wichtgleute nacheinander reden, dann weht ein Hauch von neuer Geschlossenheit durch die Bewegungseliten - geschlossen vor allem bei dem Versuch, ihre Dominanzansprüche zu verteidigen

und zu sichern. Klar wurde aber auch: Es gibt keine breite Gegenposition - Jahrzehnte deutscher linker Organisierung haben eine extrem hohe Akzeptanz gegenüber Machtausübung entstehen lassen. Dass. z.B. dem unglaublich mackerig auftretenden Attac- und IL-Funktionär Shayar niemand klarmachte, dass er seine Ausgrenzungssprüche sein lassen sollte, spricht für sich.

### \* Bericht auf Indymedia

### G8-Mobilisierungstreffen (6.-8.1.2006 in Berlin)

Die KonsensbefürworterInnen dominierten das Treffen in den meisten Plenumsphasen deutlich. Klassisch sind der Ersatz von Abstimmungen durch "Feststellungen" der Moderation nach Handzeichen - manchmal reichen nur wenige Hände, um mit dem "OK, dann ..." der moderierenden Person wie ein Abstimmungsergebnis das weitere Prozedere zu bestimmen. Immer wieder auch: In kritischen Phasen sagten drei bis fünf ModeratorInnen nacheinander und außerhalb der Redeliste auch mal was zum Thema ... wer das Mikro hat, hat die Macht.

Einige schön etwas ältere Damen und Herren bildeten einen spürbaren Pöbelblock mit anti-imperialistischem Gehabe. Obwohl sich nie eine Person aus antideutschen Spektren zu Wort meldete, wurde deren Rauswurf mehrfach indirekt gefordert. Und als Kritik an den KonsensfetischistInnen und den damit verbundenen Handzeichen waren Zwischenrufe wie "Epileptiker" und "BSE" zu hören. Behindertenfeindliche Sprüche also inbegriffen ...

Als am letzten Tag eine Gruppe die Idee einer zweimonatigen Fahrradtour vorstellte, kam der Zwischenruf "wohl alles Hartz-IV-Empfänger, was?". Linke Politik an Diskriminierung: Hartz-IV-Empfänger jetzt als Schimpfwort!

Die Phasen mit Kleingruppen wurden von den meisten, die sich später äußerten (und erst recht in den Gesprächen auf dem Innenhof, in den Fluren usw., wo auch die was sagten, die im Plenum den Wichtig-RednerInnen meist nur zuhören), als produktivste Zeit eingestuft. Innerhalb der Sphären derer, die die Mobilisierung zu dominieren versuchen, änderte das aber wenig bis nichts an ihrer Meinung, möglichst viel im Plenum zu arbeiten und möglichst viel kollektive Entscheidungen zu treffen.

### \* Bericht auf Indymedia

### Aktionskonferenz am 25./26.3. in Rostock

- \* Indymedia-Bericht
- \* Junge Welt am 27.3.2006 (S. 5)
- \* taz am 27.3.2006

### Mobilisierungstreffen in Leipzig (31.3.-2.4.)

Das Anfangsplenum in Leipzig war geprägt durch eine Debatte um den Verlauf und die Diskussionsformen. Einige frühe Wortbeiträge verschiedener Menschen führten zu einer stärkeren Orientierung auf hierarchieärmere Diskussionsformen, einer Ausdehnung von Kleingruppenphasen, der Stärkung der Autonomie von Klein- und Aktionsgruppen und einer kritischen Diskussion über kollektive Entscheidungsfindung. Diese wurde jedoch nicht abgeschafft, aber immerhin beschlossen, vor jeder zentralen Entscheidung deren Notwendigkeit kritisch zu überprüfen und durch besondere Kommunikationsmethoden (Tuschelrunde usw.) stets zu überprüfen, wieweit noch ungehörte Stimmen und Meinungen vorhanden sind. Für einen deutlichen, autonom orientierten linken Zusammenhang waren diese Verfahrensweisen eher ungewöhnlich, sind doch sonst eher kollektive Ausdrucksformen angesagt und gelten auch als Stärke ("gemeinsames Motto", "Geschlossenheit" ...).

Als Folge entstand kein Paradies an Horizontalität, aber eine etwas verbesserte Entscheidungskultur - aus emanzipatorischem Blickwinkel betrachtet. Sichtbar war aber auch, dass Teile der Anwesenden Probleme hatte - nämlich die Teile, die auf starke Kollektivität setzen, um Einheitlichkeit zu erzeugen als Selbstzweck und um diese dann dominieren zu können. Wo Vielfalt und Differenz herrschen, wo aus der Vielfalt freie Kooperation der Teile je nach Wunsch und Bedarf, aber nicht kollektive Entscheidung entstehen, ist es für die AnhängerInnen von gleichgeschalteter Außenpolitik und einer Innenstruktur des MitläuferInnentums bei den Ideen von Bewegungseliten schwer, sich durchzusetzen. Da jedoch die Situation im Plenum des Treffens in Leipzig für Dominanzversuche nur noch sehr eingeschränkt brauchbar war, entstand schon im Laufe des Samstags eine andere Debatte. Völlig unverfroren debattierten klassische Wichtgleute aus den verschiedenen Strömungen und Gruppen mit Dominanzanspruch neben Plenum und Kleingruppen daher über andere Modelle der Dominanz. Am wichtigsten war ja nicht die formale Macht



über den Zusammenschluss, sondern die instrumentelle. Das Dissent!-Spektrum benötigt einen einheitlichen Außenaufritt, damit sich Gruppen und SprecherInnen als VertreterInnen des Ganzen aufspielen und damit politisch wichtig machen können, z.B. gegenüber Medien, gegenüber anderen Bündnissen, gegenüber zu mobilisierenden Menschen (die dann nur als MitläuferInnen gedacht werden). Am Abend präsentierten dann plötzlich auf dem Plenum einige die Idee einer starken Pressegruppe mit Außenvertretungskompetenz - hinsichtlich instrumenteller Macht (für andere rede) also eine mit voller Herrschaftstechnologie ausgestattete Führungsgruppe. Zum Teil hatten sogar schon Klärungsprozesse stattgefunden, wer in diese Gruppe gehen sollte. Kackenfroh formulierten VielrednerInnen (z.B. vom NoLager-Netzwerk), dass es wichtig sei, dass erfahrene Personen in dieser Gruppe mitwirken sollten. Das steigerte sich am Sonntagmorgen (nachdem am Samstagabend die Debatte noch in einem heftigen Streit endete) in Bemerkungen, es könne nicht angehen, dass jedeR im Dissent!-Netzwerk (inzwischen war der Name beschlossen) für das Ganze und auch nicht für "xxx aus dem Dissent-Netzwerk" reden könne, weil das zu Missverständnissen führen würde. Wie üblich, wurden die AktivistInnen nur als MitläuferInnen gedacht, gleichzeitig in eigenständige Aktion keinerlei Vertrauen gegeben. Gleichzeitig wurde wörtlich für "mehr Vertrauen" geworben (z.B. von einem NoLager- und einem BUKO-Aktivisten), wenn es darum ging, dass erfahrene BewegungsfunktionärInnen mit besonderer Macht ausgestattet werden sollten (eben in einer nach außen vertretungsberechtigten Pressegruppe).

Bemerkenswert war noch, dass auf dem Leipziger Treffen auch eine Presse-AG stattfand. Deren Ergebnisse interessierten die Wichtigeleute zunächst gar nicht. Erst im Verlauf des Streit wurde das Ergebnis der AG, die sogar explizit zum Streit einen Kompromiss formuliert hatte, wichtiger, weil eine Einigung auf die krasse Dominanzposition der daran interessierten Kreise nicht widerstandsfrei gelang. Allerdings bleibt der Verdacht, dass die Presse-AG überhaupt nur beachtet wurde, weil an ihr auch wiederum einzelne "Wichtig-Leute" teilgenommen hatten. Mit dem Ende des Leipziger Treffens war der Versuch, eine hierarchieärmere und horizontalere Organisation zu versuchen, eher wieder beendet. Das sollte sich beim Folgetreffen in Berlin beweisen ...

## Mobilisierungstreffen in Berlin auf dem BUKO

Herrschaftsstrukturell ist dieses Treffen schnell beschrieben: Es bestand im wesentlichen aus Plena. Die Diskussionen der ersten Phasen aus Leipzig spiegelten sich im Ablauf nicht mehr wieder. Der Moderator redete auch am meisten, zudem redeten nur extrem wenige Personen - immer die gleichen und aus den bekanntesten, sich ständig dominant verhaltenden Gruppen. Diese haben untereinander Meinungsverschiedenheiten, aber Einigkeit in der Frage, die Mobilisierung zentralistisch zu steuern (nur wer am Steuer steht, ist umstritten).

Symptomatisch für die Gesamtsituation war die auf dem Berliner Treffen ganz nebenbei verkündete Planung für einen Blockadetag am 8. Juni 2007 und den Großdemotag am 9. Juni danach. Wer das wann und wo beschlossen hatte, interessierte gar nicht mehr. Den Wichtig-Leuten wird das klar gewesen sein und der Rest übte sich, wie leider üblich, in Tuscheleien am Rande des Plenums, wie bescheuert hier alles sei - hielt aber den Mund und wird als telegene Demo-Staffage und als FlugblattverteilerInnen für die Pläne der Wichtigen zur Verfügung stehen. Ein Hauch von "Von-unten-Organisation" war nicht mehr spürbar. Damit kann das Geplänkel eine Ebene höher beginnen: Die FunktionärInnen des Dissent! mit denen von Attac, denen von IL usw. Die Menschen werden nur noch als zu dirigierende Masse betrachtet, natürlich eingebunden in Plena, Konferenzen und mehr, bei denen ihnen eine Teilhabe suggeriert wird, die nicht besteht.

Aber halt: Nicht so tun, als wäre das eine Verschwörung von oben. Das ist eine Situation, die überall, vor allem aber in der deutschen Linken naturgesetzmäßig immer wieder auftritt. Nur ist sie kein Naturgesetz, sondern ein tradiertes Rollenmuster, dass wie die Schwerkraft über linken Mobilisierungen liegt und zu immer gleichen Situationen führt. Die Nuancen, die den Prozess von Heiligendamm von den spektakulären Machtkämpfen 1999 in Köln (siehe "Köln-Reader", als Download noch verfügbar über [www.projektwerkstatt.de/topaktuell/expo/k\\_reader.pdf](http://www.projektwerkstatt.de/topaktuell/expo/k_reader.pdf)) unterscheiden werden, haben etwas mit geänderten Diskursen der Machtübung und den Verschiebungen an Handlungsstärke zwischen den Eliten zu tun, aber nicht mit einer Veränderung hin zu Horizontalität und Selbstorganisation. Daher ist schlicht nichts zu erwarten als die

ständige Wiederholung: Das Grundset an linker Langeweile (Gegenkonferenz, Latschdemo, Blockadetag), voraussehbar, dominanzgeprägt (Kampf um beste Redepunkte auf der Großdemo ist dann das wichtigste Geplänkel) setzt sich durch, wichtige Teilströmungen werden um ihren Platz auf dem 2. Rang kämpfen (mal zur "Abwechslung" noch 1-3 Latschdemos an den Tagen vorher mit bestimmten Schwerpunktthemen, damit diese Teilströmungen auch ihre Wichtig-Leute als RednerInnen auf mindestens halb wichtigen Massenergebnissen einsetzen können?). Und nur ganz am Rande werden einige Gruppen mit eigenen, kreativen Ideen für spannende Effekte sorgen. Der Blick auf die mythenbeladenen Aktionen von Seattle, Genua oder auch den Castorprotest können dagegen lehren, dass nicht Zentralität und Einheit, sondern Vielfalt und trainierte Handlungsfähigkeit möglichst vieler Teile Widerstandskraft fördern. Doch das ist eigentlich nirgends erwünscht, weder in den Eliten von Bewegung noch bei denen, die das MitläuferInnenentum als politisches Programm längst gefressen haben ...

## Andere Bündnisse

Diese Kritik beschreibt vor allem die Geschehnisse des Dissent!-Spektrums. Andere Mobilisierungen sind noch viel deutlicher machtförmig strukturiert und verzichten gleich ganz auf Plena - nicht zugunsten selbstbestimmter Teile, sondern zugunsten von Steuerungsgruppen auf FunktionärInnen, die sich im Zweifelsfall auch mal wochentags vormittags treffen, weil die "Normalen" da ohnehin gar nicht mehr mitgedacht werden.

Im Supermarkt beschissener Organisationen gibt es also ein reichhaltiges Angebot. Manch Animosität von Schwarz-Kapuzi-Träger mit Attacies täuscht auch eher darüber hinweg, dass im Kern alles recht ähnlich ist. Wer etwas anderes will, kann zur Zeit nur etwas anders machen - aber leider außerhalb jeglicher Vernetzung und Breite an Organisation. Das deutet an, dass die Ursache für das Desaster nicht nur bei den Eliten liegt, die Selbstorganisation auch gar nicht wollen. Sondern auch bei denen, die es nicht können oder auch nicht wollen, weil es gar nicht ihr politischer Anspruch ist oder Mitlatschen einfacher ist, aber dennoch für die Selbstwahrnehmung als politisch aktiv und widerständig ausreicht.

Jörg Bergstedt,  
Mai/Juni 2006

## Teil II: Inhaltliche Auseinandersetzung

# Agendavorschlag für das hamburger Treffen

## zur inhaltlichen Ausrichtung

wir halten die inhaltliche Ausrichtung zunächst für die zentrale Frage, da davon ja maßgeblich abhängt, wie weit diese G8-Mobilisierung tatsächlich das Potential hat "längerfristige Struktureffekte" zu entfalten, wie ihr es nennt. Wichtig ist uns, Schwerpunkte herauszudiskutieren, entlang derer sich verschiedene Gruppen und Spektren aktiv in die Mobilisierung einbringen werden. Was sind dazu die ersten Überlegungen der einzelnen? Wo gibt es schon anklingende gemeinsame Interessen? Wo bietet sich die Möglichkeit über diese Mobilisierung verschiedene Themenstränge miteinander in Bezug zu bringen? Die von euch aufgezählten Beispiele (Wasserprivatisierung sowie Arbeit und Migration) erscheinen uns ziemlich willkürlich benannt und sie waren ja vielleicht sogar so gemeint - um Klärung herauszufordern.

In der Debatte sollten Themenfelder und Forderungen etc. vor allem auf zwei Ebenen genauer unter die Lupe genommen werden: Wie lassen sie sich inhaltlich gegen den G8 in Anschlag bringen? Und wo liegt ihr Potential an gegenseitiger Bezugnahme, wo liegen die möglichen Brücken zwischen verschiedenen Bewegungsteilen? Also durchaus auch eine strategische Diskussion: Auf welchen Ebenen verdichtet sich gerade sowieso was? Wie kann uns da die G8-Mobilisierung helfen weiterzukommen? Um die Debatte ein bißchen anzuheizen, spitzen wir mal auf eine mögliche inhaltliche Ausrichtung zu - und sind gespannt, was ihr davon haltet.

## Globalisierung von unten - Aneignung, Migration und Prekarisierung

wir schlagen "Globalisierung von unten" als zentrales Motto einer anti-G8-Mobilisierung vor. Es signalisiert einen offensiven globalen Bezug und steht gegen die immer wieder verbreitete Wahrnehmung, wir seien "Globalisierungsgegnerinnen". Damit fordern wir zudem jede nationalstaatliche oder auch (Euro)protektionistische Herangehensweise heraus, wie sie ja z.B. in der Linkspartei oder Teilen der Sozialforumsbewegten sehr präsent ist (und von Nazis gar nicht zu reden).

"Globalisierung von unten" muss allerdings übersetzt und gefüllt werden, und damit in jedem Fall über den klassischen (Unterstützungs-)Internationalismus hinausgehen und sich auf konkrete Auseinandersetzungen hier beziehen. Deshalb schlagen wir als Unterzeile das Dreieck "Aneignung,

Migration und Prekarisierung" vor.

In diesen drei untereinander sehr komplex verbundenen Feldern stecken für uns die wesentlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen (siehe auch unseren Text unter <http://www.metzgerstrasse-hanau.org/3d/text.html>) und sie bieten Anknüpfungspunkte in verschiedenste Richtungen.

## Aneignung

als "Antwort" auf Enteignung und Ausbeutung - als treibendes Offensiv zu lesendes Moment von Alltagskämpfen. Während hier mit z.B. den Umsonst-Kampagnen und den "Überflüssigen" der Bezug zu sozialen Auseinandersetzungen gesucht wird, lassen sich auf globaler Ebene massenweise Geschichten finden, an die anzuknüpfen sich lohnen würde: Ob Landbesetzungen oder Kämpfe gegen Wasserprivatisierung in Lateinamerika, massenhafter Stromklau in Südafrika, Produktpiraten-Märkte in Osteuropa...

## Migration

beeinhaltet auf der einen Seite Flucht, Krieg und Vertreibung, die Zurückung der Herkunftsländer, Neokolonialismus... kürzlich hatte es ja von der Bremer Nalagergruppe schon eine diesbezügliche Anregung gegeben, die im Zuge der Mobilisierung für letztes Wochenende nach Mecklenburg-Vorpommern diese Brücke gesucht hatten. (Und Sonntag vor dem Schweriner Innenministerium gab es dann übrigens auch die Ansage: 2007 im Zuge des G8 werden wir mit Tausenden wiederkommen - und die Lager schließen!) Im Sinne von "Globalisierung von unten" würden wir Migration aber auch als soziale Bewegung, als Aneignungsbewegung lesen: Menschen die sich dieser Zurückung widersetzen, das Ausbeutungsgefälle unterlaufen, die Grenzen unterwandern oder -wie aktuell in Ceuta und Melilla- sogar regelrecht stürmen.

## Prekarisierung

wäre dahingehend zu thematisieren, dass dieser Prozess eben nur in den Metropolen (und dort ja auch nur für einen Teil der Bevölkerung) ein "Neueres", sich verbreitendes Phänomen ist und im historischen und globalen Rahmen schon immer "Normalzustand" war. Und dass dies keine einfache Erfindung aus den kapitalistischen Kommandozentralen ist, sondern auch Reaktion auf die "Flexibilisierung von unten", auf die Verweigerungen und Fluchten aus dem Fabrik- und Hausarbeitsalltag.

noch eine Zusatzbemerkung: Seit geraumer Zeit gibt es Bemühungen, insbesondere durch die Konferenz "Die Kosten Rebellieren" sowie den EuroMayday, die Querverbindungen zwischen Prekarisierung und Migration zu thematisieren bzw. die dazu arbeitenden Initiativen aus Antirassistischer und Gewerkschaftslinker in intensiveren Austausch zu bringen. Im kommenden Jahr wird es möglicherweise mit einer Kombination aus "Kosten-Rebellieren-II" und EuroMayday II weitergehen (wozu bei einem Treffen Mitte Oktober dazu eine Vorentscheidung fallen wird). Und dabei wird sich sicherlich auch die Frage auftauchen, welche Schubkraft sich für diese Prozesse auch durch eine G8-Mobilisierung erhofft wird bzw. wie sich EuroMayday und G8-Mobilisierung aufeinander beziehen könnten.

## Zusätzliche Schwerpunktsetzung Osteuropa?

angesichts der Tatsache, dass der nächste G8 in St. Petersburg stattfinden wird, stellt sich für uns die Frage, ob in der angehenden Mobilisierung nicht ein besonderer Schwerpunkt auf Osteuropa gesetzt werden sollte. Die Kontakte haben sich in den letzten Jahren ja u.a. durch NoBordercamps, diverse Touren und gegenseitige Besuche verstärkt. Aneignung, Migration und Prekarisierung ließe sich auch hier, vom eigenmächtigen Kohleabbau über die Arbeitsmigration oder das Osterweiterte Grenzregime bis hin zu den unterschiedlichen Arbeitskämpfen, auf verschiedenste Prozesse und Konfliktualitäten beziehen.

## Schlussbemerkung:

Zwei Bereiche fielen uns auf, die in unseren bisherigen Ausführungen und auch in "unserem inhaltlichen Dreieck" nicht ganz so einfach querzuverbinden sind:

- Krieg (innen und außen)
- Ökologie/ neue Technologien

Wahrscheinlich gebe es noch mehr Themenbereiche, die fehlen. Aber uns wäre es wichtig für die inhaltliche Mobilisierung, nicht einen großen Themenjahrmarkt aufzumachen, sondern auf bestimmte Themenfelder zu focussieren und eben nach den Brücken zwischen den Bereichen zu suchen.

Darüber zu diskutieren, fänden wir jedenfalls die wirklich spannende erste Runde. Und daher nochmal der Vorschlag: Drei volle Stunden - ruhig in kleineren Arbeitsgruppen - aber eben konzentriert an diesen Fragen.

die Glocals aus Hanau  
Oktober 2005

# ...zum Treffen in Hamburg

**wir möchten ebenfalls – wie schon die ha-nauer/innen – einige anmerkungen zum berliner agenda-vorschlag fürs nächste wochenende in hamburg machen. (...)**

## zum inhaltlichen:

Wir möchten an dieser stelle weder ein motto noch konkrete schwerpunktsetzungen vorschlagen. stattdessen möchten wir einige der probleme bzw. kriterien festhalten, entlang derer wir bislang die frage der inhaltlichen ausrichtung diskutiert haben:

### a) gemischtwaren-laden vs. inhaltliche zuspitzung

klar ist: eine breite protestbewegung gegen den g8, an der die unterschiedlichsten menschen, gruppen und sozialen bewegungen mit von der partie sein sollten (was wohl in unser aller interesse liegen dürfte), wird sich nicht auf einen gemeinsamen nenner bringen lassen. das zu erwarten wäre weder realistisch noch klug. und doch: vielfalt kann auch zur schwäche werden, und zwar dann, wenn die öffentlichkeit nicht mehr erkennt, worin eigentlich ‚unser‘ anliegen besteht (außer halt zu den leuten zu gehören, die ohnehin immer gegen alles sind). diese erfahrungen haben manche von uns z.b. auf dem frankfurter (2001) und kölnener (2003) grenzcamp gemacht. demgegenüber würden wir - vor dem hintergrund unserer inzwischen 3jährigen nolager-erfahrungen - sagen, dass es für die vermittlung sowohl nach ‚innen‘ als auch nach ‚außen‘ politisch nützlich (gewesen) ist, mit ‚nolager‘ einen konkreten politischen focus (gehabt) zu haben.

in diesem sinne möchten wir vorschlagen, dass ‚wir‘ versuchen sollten, uns auf einige zentrale schwerpunkte zu verständigen. das dürften sicherlich nicht solche relativen) mini-themen sein wie ‚nolager‘. wir denken eher an großthemen bzw. -forderungen wie ‚schuldenstreichung‘, ‚reparationen‘, ‚wto abschaffen‘, ‚soziales existenzgeld weltweit‘, ‚globale bewegungsfreiheit‘ etc. in diesem zusammenhang finden wir die hanauer dreieinigkeit aus "aneignung, migration und prekarisierung" im übrigen hilfreich, bietet sie doch für die gemeinsame suchbewegung sinnvolle anhaltspunkte.

ach ja: wenn wir von ‚zentralen schwerpunkten‘ sprechen, dann meinen wir nicht,

das andere themen nicht verhandelt werden sollten bzw. dürften. nein, natürlich nicht! alle sollten mit ihren steckenpferden am start sein, unser anliegen ist einzig, dass wir aus den genannten gründen auch über einige (wenige) zentrale themen und forderungen verfügen sollten.

### b) nord/süd-konflikt vs. sozialpolitische themen

das ‚empire‘, der ‚autoritäre neoliberalismus‘ oder wie immer mensch dieses ‚ding‘ nennen möchte, ist global. vor diesem hintergrund ist es natürlich richtig bzw. notwendig, dass mensch die herrschenden verhältnisse aus unterschiedlichen perspektiven in frage stellt bzw. angreift. konkret: es gibt keinen privilegierten standpunkt - der kampf z.b. gegen die wto geht alle menschen an, ob im süden oder norden. er umfasst den kampf gegen den abbau sozialer und politischer rechte im norden genauso wie den kampf um wasser oder gegen biopiraterie im süden. und doch: wir fänden es falsch, würden die unterschiede zu sehr eingeebnet werden. so wie prekarisierung für unterschiedliche menschen unterschiedliches bedeutet (die berühmte programmiererin hat einfach andere sorgen als die papierlose haushaltshilfe), so gibt es auch im globalen rahmen ein krasses nord-süd-gefälle.

dies sollte unseres erachtens bei der debatte um die inhaltliche ausrichtung berücksichtigt werden. konkret fänden wir es durchaus angemessen, wenn die globale nord-süd- (bzw. west-ost)problematik ein relativ stärkeres gewicht bekäme als nord-immanente themen. wir betonen das, weil dies unserer erachtens beim diesjährigen (dissent-)g8-protest nicht immer der fall gewesen ist. wenn mensch einmal davon absieht, dass dort (außer bei einigen wenigen aktionen) ohnehin nicht all zu viele inhalte ventiliert wurden, so hat es in schottland kaum bezug auf die globalisierungskritischen bewegungen im süden gegeben - weder auf inhalte noch forderungen bzw. slogans á la "die welt ist keine ware".

apropos "die welt ist keine ware". auch wenn es sich bei diesem und verwandten slogans - etwa: "eine

andere welt ist möglich" - um slogans handelt, die bereits politisch besetzt sind (nicht zuletzt durch attac), wir finden es durchaus überlegenswert, bei der frage des zentralen mottos bezugnahmen bzw. anleihen bei anderen bewegungen zu machen. zumindest in klangästhetischer hinsicht fänden wir das reichlich attraktiver als das von hanau (experimentell vorgeschlagene) motto "globalisierung von unten"...

### c) breites vs. weniger-breites bündnis

wir waren etwas erstaunt, dass diese zentrale frage (schließlich gibt es ja auch das bündnisprojekt der interventionistischen linken) gar nicht direkt im agenda-vorschlag aus berlin auftaucht. wir denken mal, dass dies nicht völlig zufällig ist, und doch finden wir, dass wir dieser frage auf entspannte (!) weise von anfang an unsere aufmerksamkeit widmen sollten.

wir denken, dass sich viele der damit verknüpften fragen am besten zusammen mit den inhalten diskutieren lassen. schließlich hängt es sehr stark von der inhaltlichen ausrichtung ab, mit wem mensch es als potentiellen bündnispartner/innen zu tun hat bzw. zu tun haben will. so stellt sich bei sämtlichen nord-süd-themen insbesondere die frage, wie mensch es mit attac, weed und co hält, bei sozialpolitischen fragen dagegen kommt vor allem die frage auf, welches verhältnis mensch zu linken gewerkschafter/innen oder gar zur linkspartei einnehmen möchte. wir sollten diese frage auf keinen fall erst in der abschlussrunde am sonntag diskutieren, wir denken stattdessen, dass sie je nach diskussionverlauf ggf. auch früher auf die tagesordnung kommen sollte.

■  
nolager bremen  
Oktober 2005



# Unser Nein ist das Ja zum Nichts des Ganzen

**Als Inhalte-AG des G8-Plenums Mannheim/Heidelberg wollen wir unseren Teil zur inhaltlichen Debatte, und speziell zum Treffen der Inhalte-AG am 10. Dezember beitragen.**

**Wir werden im folgenden Text unsere Positionen zum Thema darstellen und uns dabei an den PGA-Hallmarks orientieren und diese wo nötig kritisieren und erweitern. Dabei werden wir auch zu den bereits vor dem Hamburger Treffen bestehenden Papieren (Glocals Hanau, NoLager Bremen und die Berliner Gruppen SINN, Revolution, Rote Aktion Berlin, Arbeitermacht, Autonome Kommunisten) Stellung nehmen.**

Eine klare Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus und Feudalismus; und aller Handelsabkommen, Institutionen und Regierungen die zerstörerische Globalisierung vorantreiben."

Im Laufe unserer Diskussion über die Grundlagen einer inhaltlichen G8-Kritik stießen wir auf Widersprüche in Bezug auf die in der PGA-Hallmark 1 genannten Begriffe. Eine monolithisch kapitalismuszentrierte Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen erschien uns als unzureichend. Diese sind komplexer, als sie durch diese Sichtweise, die nur einen Ausschnitt der Realität erfasst, abgebildet werden könnte.

Hierbei besteht die Gefahr, dass die notwendige Kritik an den anderen Macht- und Unterdrückungsformen aus den Augen verloren wird. Hierzu zählen wir unter anderem: Nation und Nationalismus, autoritäre und vertikale Strukturen, Sexismus, Rassismus und Ausbeutung der Natur. Der Hass auf "Schwule", "Neger" und "Behinderte" und die Unterdrückung von Frauen sind Strukturen, die auch außerhalb des Kapitalismus, wenn auch in anderer Form existieren können. Mit der Entstehung der modernen, bürgerlichen Gesellschaft wurden lediglich bereits bestehende Unterdrückungsverhältnisse in unterschiedlichem Maße modifiziert, neu konstruiert und neu zueinander in Beziehung gesetzt. So bedingen sich z.B. das moderne Patriarchat, Nationalismus, Staat und Entstehung des Kapitalismus gegenseitig. In Abgrenzung zu den PGA-Hallmarks sehen wir den Kapitalismus also nicht als einzig bestimmende Größe, sondern nur als Teil der Verhältnisse, die uns als Netzwerk verschiedener Unterdrückungsmechanismen entgegentreten. (Im gruppeninternen Diskussionsprozess haben wir hierfür in Anlehnung an das "tri-

ple oppression"-Konzept von "multiple oppression" gesprochen)

Besonders kritisch sehen wir bei der Aufzählung im Punkt 1 der Hallmarks den Begriff Imperialismus, der für uns für eine verkürzte Kapitalismuskritik steht. Im Kapitalismus gibt es keine weißen Flecken auf der Weltkarte. Eine monochrome Sichtweise, die Welt in böse "weiße" Unterdrücker und gute "schwarze" Unterdrückte einzuteilen, finden wir realitätsfern. Eine rein anti-imperialistische Kritik ist auf dem eigenen Auge blind. Wenn die USA als einziges Synonym für die Unterdrückungsmechanismen gesehen werden, dann werden die Unterdrückungsmechanismen in den eigenen Verhältnissen verschleiert und nach außen projiziert. Nationale Befreiungsbewegungen, die ebenfalls, wie der Name schon sagt, auf ausschließenden Prinzipien aufbauen und deshalb in sich die gleichen Strukturen reproduzieren, aber auch deren UnterstützerInnen, die dieses noch forcieren, sind daher grundsätzlich zu kritisieren. Die extremste Ausprägung dessen, nämlich die Solidarität mit den bekannten palästinensischen "Befreiungsbewegungen" in denen ein (z.T. eliminatorischer) Antisemitismus vertreten wird und wie sie von SINN, Revolution, Rote Aktion Berlin, Arbeitermacht und den Autonomen Kommunisten praktiziert wird, ist für uns indiskutabel. Eine ähnliche Diskussion über die 10-Euro-Kampagne für den irakischen Widerstand, die von den oben genannten Gruppen ebenfalls unterstützt wurde, ersparen wir uns an dieser Stelle.

Auch das Konzept des Internationalismus lehnen wir ab, da es sich positiv auf die Idee Nation bezieht, die als Prinzip wiederum Diskriminierungen durch Exklusion beinhaltet. Das Konstrukt der Nation und der dazu notwendige Nationalismus verhalten sich daher diametral zu unserer Position.

Entsprechend unserer Auslegung der Aufzählung in Punkt 1 deuten wir auch den Punkt 2 der PGA-Hallmarks: "Wir lehnen alle Formen und Systeme von Herrschaft und Diskriminierung ab, einschließlich aber nicht beschränkt auf Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art. Wir anerkennen die vollständige Würde aller Menschen." Allerdings sei auch hier darauf hingewiesen, dass Aufzählungen wie diese für uns niemals vollständig sein können, weil die Komplexität der Verhältnisse weder durch einen noch durch mehrere Begriffe adäquat erfasst werden können. In der Forderung nach Herrschaftsfreiheit sehen wir eine Bestätigung unserer eigenen Position und eine Ablehnung der Behauptung, vertikale

Strukturen seien unvermeidbar und könnten gegebenenfalls sogar positive Effekte haben (Vgl. Papier der Gruppen SINN, Revolution, Rote Aktion Berlin, Arbeitermacht, Autonome Kommunisten). Sie sind grundsätzlich antiemanzipatorisch, reproduzieren das Alte und verhindern Lernprozesse.

## "Search & Destroy"

"Eine konfrontative Haltung, da wir nicht glauben, dass Lobbyarbeit einen nennenswerten Einfluss haben kann auf undemokratische Organisationen in die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflusst sind". Allgemein stimmen wir diesem Punkt zu. Uns ist es jedoch dabei wichtig, dass im Laufe der Diskussion Auswahl und Umgang mit (un-)möglichen BündnispartnerInnen konkretisiert und die entsprechenden Strukturen benannt werden (z.B. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Attac...). Es ist Aufgabe der Vorbereitungsstrukturen einen Konsens darüber zu finden, welche Gruppen und Strukturen dies konkret sein können. Als Vorschlag haben wir für uns den Konsens erarbeitet, alle Gruppen und Strukturen, die autoritäres, elitäres, nationalistisches, rassistisches und sexistisches Gedankengut transportieren und/oder entsprechende Verhaltensweisen an den Tag legen, abzulehnen. Diese Position stellen wir zur Diskussion.

Die ebenfalls in Punkt drei erwähnte "konfrontative Haltung" ist für uns eine radikale Haltung. Radikalität nehmen wir dabei wörtlich (lat.: radix = Wurzel): "Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst" (Marx). Wir wollen das Netzwerk in seiner Tiefe und Struktur begreifen und benennen, um in unserer alltäglichen Praxis zu versuchen, mit den modernen Gesellschaftsverhältnissen zu brechen und ihre Reproduktion zu verweigern. Sowohl theoretische Erkenntnis als auch praktische Umsetzung sind für uns kontinuierliche Lernprozesse. Diesen Lernprozess nennen wir Revolution. Möglichkeiten revolutionärer Praxis können für uns unter anderem "ein Aufruf zu direkter Aktion und zivilem Ungehorsam, Unterstützung für die Kämpfe sozialer Bewegungen, die Respekt für das Leben und die Rechte der unterdrückten Menschen maximieren, wie auch den Aufbau von lokalen Alternativen zum Kapitalismus" (Punkt 4 Hallmarks) sein. Der Ansatzpunkt für diese Praxis sollte radikal in unserem Sinne sein, also konkret, unmittelbar und nicht reformistisch.



## Utopia must burn

Die Forderung nach einer "Organisationsphilosophie die auf Dezentralisierung und Autonomie aufgebaut ist." (Punkt 5 Hallmarks) hat uns verwirrt, denn die isolierte Forderung nach "Dezentralisierung und Autonomie" als Gesellschaftsmodell ist unserer Meinung nach verkürzt und unzureichend. Der Versuch, individuelle Gesellschaftsentwürfe und Utopien durchzusetzen blockiert diesen Lernprozess, da dies einerseits elitäre, autoritäre und arrogante Züge trägt und andererseits nur bestehende Verhältnisse reproduzieren kann. Nicht in Entwurf und Utopie, sondern im konkreten Lernprozess werden die zukünftigen Formen des Zusammenlebens entstehen. Revolution schafft sich ihre Verhältnisse selbst!

## "Paint it black"

"Sie haben sich ein Denkmal gebaut... Die G8 treten nur einmal im Jahr bei

ihrem Gipfel in Form eines informellen Treffens in Erscheinung. Dieses Ritual ist ein möglicher Ansatzpunkt für konkrete Kritik. In dieser Eigenschaft dient der G8-Gipfel nicht dazu, konkrete Entscheidungen zu treffen, sondern alte repressive Strukturen zu konservieren und arrogant zur Schau zu stellen. So bauen sie sich ihr eigenes Denkmal, errichtet auf einem Fundament aus Kapitalismus, Nationalismus, Rassismus, Sexismus...

## "...Ho! den Vorschlaghammer!"

Unser Ziel muss es also sein, das Denkmal zu stürzen und sein Fundament zu zertümmern. Den ersten Teil erledigen wir in Heiligendamm, der zweite Teil ist Hausaufgabe. Das soll heißen, dass es uns neben dem punktuellen Vorgehen gegen den G8-Gipfel vor allem wichtig ist, uns in unserem Alltag Freiräume zu schaffen. Das Camp könnte dabei die Schnittmenge zwischen konkretem Protest und alltäglicher Praxis bilden, indem es uns vor Ort die

Möglichkeit bietet, uns eine Verschnaufpause zu verschaffen von Kapitalismus, Nationalismus, Rassismus, Sexismus....

## "We are anti-everything"

Priorität heißt für uns, dass der Wille das Denkmal zu stürzen im Vordergrund steht. Dazu können verschiedene Hebel angesetzt werden. Gerade eben in der Pluralität liegt unsere Stärke. Insofern stimmen wir mit den Positionspapieren aus Hanau und Bremen überein, in denen sie fordern, dass jede Gruppe zu ihrem Steckenpferd arbeiten solle. Inhaltliche Hegemonieansprüche, wie von den Berliner Gruppen geäußert, sind daher grundsätzlich zu vermeiden. Im Rahmen von Mobilisierung und Aktionen sollen alle die Möglichkeit haben, zu ihrem bereits vorhandenen Themenschwerpunkt zu arbeiten, sei es Kapitalismus, Nationalismus, Rassismus, Sexismus...

Inhalte-AG des G8-Plenums Mannheim-Heidelberg, November 2005

# no lager bremen zum internationalismus

**vor 2 wochen (16.11.) hat die "inhalte-ag des g8-plenums mannheim-heidelberg" ein längeres diskussionspapier über die mailing-liste verschickt. konkret wird sich dort mit den pga-hallmarks auseinandergesetzt. wir schätzen dieses vorgehen, wird doch so endlich der raum für die am ende des hamburgers treffens eingeforderte debatte über die pga-hallmarks und somit das selbstverständnis 'unseres' bündnisses eröffnet. und doch: inhaltlich haben wir in mancherlei hinsicht bauchschmerzen mit den von den m-h/innen formulierten positionen.**

Einige unserer einwände haben wir bereits in unserem gestern verschickten papier zu g8 und wto am rande angedeutet. wir möchten heute eine weitere anmerkung machen. wieder wird's nur um einen einzelnen aspekt gehen, einfach deshalb, weil wir nicht zu jedem der von den m-h/innen angesprochenen positionen einen gemeinsamen diskussionsstand haben.

relativ zu beginn setzten sich die m-h/innen mit dem themen-komplex (anti-)imperialismus & nationale befreiungsbewegungen auseinander. nicht unerwartet (nimmt mensch die auf dem hamburgers treffen gelaufenen diskussionen als bezugspunkt) fällt dieser part äußerst kritisch aus. unmittelbar im anschluss an diesen abschnitt heißt es sodann:

"auch das konzept des internationalismus lehnen wir ab, da es sich positiv auf die idee nation bezieht, die als prinzip wiederum diskriminierungen durch exklusion beinhaltet. das konstrukt der nation und der dazu notwendige nationalismus verhalten sich daher diametral zu unserer position."

so sehr wir die anti-nationale perspektive im grundsatz teilen, die art und weise, wie diese unmittelbar mit dem so genannten "konzept des internationalismus" kurzgeschlossen wird, hat uns, gelinde gesagt, die schuhe ausgezogen - auch wenn uns die postion selbst bereits vom hamburgers treffen bekannt war. das ist nicht polemisch oder gar unfreundlich gemeint, wir wollen hiermit vielmehr eine deutliche inhaltliche differenz markieren - eine differenz, die wir jedoch - jedenfalls an dieser stelle - gänzlich (!) von der debatte um (anti-)imperialismus & nationale befreiungsbewegungen entkoppelt wissen wollen.

was ist unser problem? unseres erachtens gibt es kein "konzept des internationalismus". was es gibt, ist vielmehr eine lange und äußerst vielschichtige, ja heterogene geschichte der internationalismusbewegung. das ist etwas völlig anderes, ja, das ist der unterschied ums ganze! die geschichte der 'neuen' internationalismusbewegung - im unterschied zur geschichte der diversen kommunistischen internationalen - beginnt in den metropolen des nordens spätestens in den 60-er jahren; in

gewisser hinsicht könnte mensch auch die in den 50-er jahren entstandenen solidaritätsbewegungen anlässlich des algerienkriegs, der kubanischen revolution oder des antikolonialen unabhängigkeitkampfes im kongo als wiege des 'neuen' internationalismus bestimmen. die internationalismusbewegung hat in ihrer rund 40-jährigen geschichte zahlreiche (auch anti-national inspirierte) wandlungs- und häutungsprozesse durchlaufen. vieler dieser weiterentwicklungen und veränderungen sind das produkt von erfahrungen und debatten sowohl innerhalb der einzelnen strömungen des internationalismusspektrums als auch zwischen ihnen gewesen. konkret lassen sich mindestens 4 strömungen unterscheiden: christlich-humanistische strömungen (woraus u.a. die weltläden hervorgegangen sind), traditionelle linke gruppen (dkp etc.), undogmatische linke strömungen (wofür mehr oder minder die mitgliedsgruppen des buko standen) und sozialrevolutionäre ansätze. zu nennen wären außerdem die anti-imperialistischen gruppen (auch die, die im bewaffneten kampf steckten), wobei hierzu anzumerken ist, dass sich anti-imperialistischen zusammenhänge häufig vom internationalismus abgegrenzt haben - was natürlich nicht ausschließt, dass die übergänge in personeller, inhaltlicher und praktischer hinsicht fließend gewesen sind.

kurzum: wer a-historisch vom "konzept des internationalismus" spricht, entledigt sich mit einem federstrich (stichwort: "lehnen wird ab") einer der größten und wirk-

mächtigsten sozialen bewegungen der neuen (nicht zuletzt radikalen) linken in den vergangenen 40 jahren. unser problem damit ist nicht, dass das ungebührliche verhalten gegenüber den ‚alten‘ wäre - oder ähnlicher unsinn. unser problem ist vielmehr, dass mensch sich hierdurch ein äußerst reichhaltiges reservoir konkreten bewegungswissens, d.h. konkreter politischer, praktischer und sozialer erfahrungen durch die lappen gehen lässt, sich also auch um die chance bringt, an diesem reservoir zu partizipieren und auf diese weise wichtige schlussfolgerungen für seine bzw. ihre kämpfe im hier und jetzt zu ziehen.

dies formulieren wir insbesondere im hinblick darauf, dass viel von dem, was heute am so genannten internationalismus kritisiert wird (häufig ohne wirkliche kenntnis der damaligen gesellschaftlichen situationen), bereits innerhalb der internationalistischen bewegung selbst massiv und erfahrung aufgeladen kritisiert wurde und folglich immer wieder zu richtungsänderungen, weiterentwicklungen, spaltungen u.ä. geführt hat. wir möchten ein winziges beispiel nennen: in der nicaragua-solidarität, die eine der größten solidaritätsbewegungen in den 80-er jahren gewesen ist, hat die kritische auseinandersetzung mit der zum teil äußerst repressiven politik der sandinist/innen gegenüber der indigenen bevölkerung eine absolut zentrale rolle gespielt. die kritik an der logik nationaler oder ethnisch begründeter ausschlussmechanismen ist mit anderen worten nichts, was erst von ‚außen‘ - 20 jahre später - hätte formuliert werden müssen; es ist stattdessen etwas gewesen, das sich im konkreten solidaritätsalltag von selbst aufgedrängt hat - schließlich sind seinerzeit mit den solidaritätsbrigaden etwa 15.000 (!) aktivist/innen v.a. aus

westeuropa in nicaragua gewesen.

dass internationalismus heute von vielen aktivist/innen als nationaler schmarren abgetan wird, ist unseres erachtens überwiegend diskusartefakt, d.h. ergebnis einer unter anti-nationalen (und anderen) vorzeichen mehr oder weniger a-historisch operierenden kritik an irrtümern, fehlern und fehlerentwicklungen innerhalb linker internationalistisch ausgerichteter bewegungen in den vergangenen 40 jahren. ein zentrales problem scheint uns hierbei nicht zuletzt eine sachlich falsche und politisch unproduktive engführung zu sein: auch wenn den meisten durchaus klar sein dürfte, dass es beträchtliche unterschiede zwischen internationalistischen strömungen (wozu z.b. auch der sozialrevolutionäre anti-imperialismus der rz in den 80-er jahren gehörte) und einem im kielwasser der raf daherkommenden anti-imperialismus gab, wird die debatte um die geschichte internationalistischer/antiimperialistischer solidarität immer wieder - so auch in hamburg - auf die frage "kritik an (anti-)imperialismus und nationalen befreiungsbewegungen" reduziert. zum einen hat das damit zu tun, dass es an diesem punkt auch heute noch reale politische konflikte gibt - wobei diese unseres erachtens auch anders verhandelt werden könnten, als das häufig der fall ist. zum anderen spielt hierin besagte geschichtsvergessenheit in sachen ‚internationalismusbewegung‘ eine wichtige rolle (eine geschichtsvergessenheit im übrigen, deren tiefere ursachen zu ergünden, eine durchaus spannende angelegenheit sein dürfte).

vor diesem hintergrund möchten wir alle einladen, sich an einer kritischen (wieder)aneignung der geschichte internationalistischer bewegung(en) zu beteiligen. wir glauben, dass dies in politischer hin-

sicht eine absolute wohlthat für unser ja erst am anfang stehendes bündnis wäre!!! im bremer anti-g8-bündnis haben wir mit dieser aneignung bereits begonnen. wir schicken deshalb im anhang dieser mail 5 texte mit rum, von denen wir glauben, dass sie für die debatte hilfreich sein könnten. die texte sind allesamt in der alaska, der zeitschrift des buko erschienen (im untertitel definiert sich die alaska als "zeitschrift für internationalismus", sie schmückt sich außerdem mit den adjektiven "internationalistisch, feministisch, links, anders"). konkret geht es um folgende artikel:

1. bernd hüttner, hoch die...die geschichte der internationalismusbewegung in der brd bis 1992, alaska nr 223, dezember 1998
2. redaktion alaska, 150 west - 60 nord. eine standortbestimmung jenseits des neuen internationalismus, alaska nr. 223, dezember 1998
3. moe hierlmeier, wer stets das gute will. zur kritik des alten internationalismus, alaska 227, august 1999
4. moe hierlmeier, times they are a changing' - (k)eine nostalgie. internationalismusbewegung im wandel, alaska 238, frühjahr 2003
5. annette massmann/dima zito, hoch die internationale solidarität. zur geschichte des nicaragua-infobüros, alaska 238, frühjahr 2003 wenn wir von politischer wohlthat sprechen, dann meinen wir folgendes: eine präzise, historisch einigermaßen informierte aneignung internationalistischer geschichte ist unseres erachtens geeignet, kenntnis und verständnis unterschiedlicher konzepte & selbstverständnisse innerhalb der internationalismusbewegung zu befördern. diese (und andere) konzepte & selbstverständnisse kontrovers zu diskutieren, ist das, was in unseren augen absolut not tut! denn erst von einer solchen (bewegungshistorisch inspirierten) selbstvergewisserung aus lässt sich einigermaßen sinnvoll bestimmen, was ‚wir‘ mit ‚unserer‘ 2007-mobilisierung überhaupt erreichen wollen. und haben wir das erst einmal präzise benannt, dürfte es auch ein leichtes sein, sich terminologisch zu einigen, d.h. zu bestimmen, ob wir das kind als ‚internationalismus‘, ‚globalisierungskritik‘, ‚globaler widerstand von unten‘ oder wie auch immer bezeichnen möchten.

■  
nolager bremen,  
November 2005

## Hoch die ...

### Die Geschichte der Internationalismusbewegung in der Bundesrepublik bis 1992

**Irgendwie hängt mensch mental noch tief in den 80er Jahren. Nicht nur die anderen, auch man selbst. Da war alles viel besser, oder zumindest vieles: es gab die relativ übersichtlichen Blöcke samt ihrer Konfrontation, auch wenn der Osten schon etwas schwächelte. Es gab eine Unzahl von 3.Welt-, interntionalistischen und antiimperialistischen Gruppen. Der KB, von dem heute nur noch die Zeitschrift "ak" übrig ist und linke Grüne bildeten das politisch-strategische Scharnier zwischen ChristInnen, Gewerkschaften und anderen "ReformmistInnen" einer-, und Autonomen, AntiimperialistInnen und anderen "RevolutionärInnen" andererseits. Den Begriff NGO gab es noch nicht, oder**

**man bezeichnete damit transnationale Konzerne oder die Weltbank.**

**E**s gab zwar eine Unmenge an Bündnisverhandlungen und Streit, z.B. um die Gewaltfrage, aber mensch war in einem Bündnis und immerhin ist Streit immer noch besser als gar keine Auseinandersetzung.

Heute sind die 90er, wie mensch in Norddeutschland sagt, auch schon durch, also vorbei und die politischen Geschehnisse und Konstellationen der 80er (und die der 90er??) sind fast nur noch Geschichte, die in diversen Archiven

öffentlich zugänglich ist und in Bananenkisten in diversen Privatkellern und Dachböden, der (fragwürdigen Wieder-?)Entdeckung oder der Entsorgung im nächsten Altpapiercontainer harren.

#### Geschichte - im Schnelldurchlauf

Vorab zum Begriff: Die Internationalismusbewegung ist mit der Dritte-Welt-Bewegung nicht deckungsgleich. Zur Dritte-Welt-Bewegung gehören z.B. auch die kirchlichen und halbstaatlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen, die sich vor allem auf Spendensammeln konzentrieren, oder z.B. in der sog. "Entwicklungshilfe" tätig sind. Im Gegensatz

können antirassistische oder feministische Gruppen sehr wohl Teil der Internationalismusbewegung sein, würden sich aber nicht als 3. Welt-Bewegung verstehen.

Die Geschichte der Internationalismusbewegung ist ohne die Revolte von 1968 nicht zu denken. Der Aufbruch in den Metropolen traf auf antikoloniale Befreiungsbewegungen im Süden. Zwar hatte es auch schon vor 1967/68 in Deutschland internationalistische Arbeit gegeben, etwa zu Algerien oder zum Kongo, und auch die Vietnambewegung begann schon ab ungefähr 1965, eine breitere Öffentlichkeit erreichte sie aber erst ab 1968/69. Die Internationalismusbewegung der 70er Jahre war eine der klassischen Ländersolidarität. Zwar verstand mensch, zumindest der linke Flügel, seine Tätigkeit schon in einem weiter gespannten Rahmen, aber vieles war doch auf ein Land, eine Region oder ein Thema zugeschnitten. 1974 begann die Nelkenrevolution in Portugal, 1978 die Soli-Arbeit zu Nicaragua, in diesem Jahr gab es auch eine Kampagne zu Argentinien, und ab 1980 zu El Salvador. Große Bedeutung hatte in den 80er Jahren auch die Arbeit zu Südafrika, und es gab, heute kaum noch vorstellbar, Solidarität mit Libyen. Einen eigenen Stellenwert nimmt die Arbeit zu Palästina ein, weil sie aus heutiger Warte besonders peinlich war. In den 90er Jahren fand die klassische Länderarbeit vor allem zu Mexiko (Chiapas) und Kurdistan statt.

### Selbstverständnis, ...

Die Aktionen und die Arbeit der Internationalismusbewegung ist, natürlich je nach politischen Spektrum und Zeitpunkt in der Selbstdefinition und der Außensicht in verschiedene politische Strömungen unterteilbar. Die beiden größeren waren zum einen die christlich-humanistische und die traditionell-linke Strömung. Der ersten geht es um die Beseitigung von Ungerechtigkeit in der Welt. Sie geht, wenn auch in unterschiedlichem Maße karitativ an die Dinge heran, hatte aber auch eine größere Offenheit als andere für Veränderungen im eigenen Handeln im Norden. So entstanden viele Welt-Läden aus diesem Spektrum und auch das Personal des BUKO war in den 80ern von diesem Spektrum geprägt.

Die traditionell-linke Strömung, dazu zählte die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), samt ihrer Vielzahl an befreundeten Organisationen, ging es zwar um eine sozialistische Transformation, aber mindestens genauso wichtig, um die Unterstützung der (Außen-) Politik der sozialistischen (Bruder-) Staaten im Ostblock und der sogenannten Dritten Welt. Bündnispolitisch stand dieses Spektrum noch stärker als das christliche für eine sehr breite Herange-

hensweise gegenüber Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Kirchen ("Unser Bündnis ist so breit, wie unsere Plattform platt ist").

Als dritte Strömung ist die undogmatische Linke zu zählen, die teilweise aus "über- und fortgelaufenen" aus den bisher genannten Strömungen bestand. Es verband die Kritik an den internationalen Verhältnissen mit einer starken Kritik an den Verhältnissen im Norden, es verfügte über eine halbwegs konsistente und sich auf der Höhe der (damaligen) Verhältnisse bewegendes Kapitalismusanalyse und -kritik. Auch diese Strömung propagierte kollektive kulturrevolutionäre Veränderungen.

Eine kleinere Strömung war die sozialrevolutionäre. Sie verfolgte unter dem Motto "Eine Mordmaschine kann man nicht reformieren" die radikale Kritik der bestehenden Weltwirtschaft und bezog sich auf die Menschen der internationalen Massenarmut und ihre Aufstände ("riots"). Diese Strömung legte beeindruckende Texte vor, etwa in den Zeitschriften AUTONOMIE. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft (1985 eingestellt), wildcat und der Buchreihe "Materialien für einen neuen Antiimperialismus". Aus diesem Spektrum kam schon früh die Aufforderung an die Linke, sich mit Rassismus, Migration und Asylpolitik zu befassen. Ein Höhepunkt an Aktionsfähigkeit und theoriepolitischem Einfluß dieser Strömung war die Kampagne gegen den 1988 in Berlin tagenden IWF-Kongreß. SozialrevolutionärInnen kritisierten ebenfalls schon sehr früh die Orientierung der Internationalismusbewegung an nationalen Befreiungsbewegungen und an einem irgendwie gearteten Sozialismus.

Im Vergleich kann festgehalten werden, daß heute die traditionelle Linke fast völlig verschwunden ist. Dies mag mensch in Hinsicht auf ihre doch eher drögen politischen Inhalte nicht bedauern, im Sinne einer heute fehlenden flächendeckenden linken Präsenz ist es ein Rückschritt. Geschwächt ist das undogmatisch-linke und das sozialrevolutionäre Lager. Beide stürzten sich zwar in eine Debatte um theoretische Erneuerung, praktische Wirkung konnten sie aber nur vereinzelt entfalten, die sozialrevolutionäre Strömung etwa in der Flüchtlingspolitik.

### ... Neuer Internationalismus und ...

Die sozialrevolutionäre und die undogmatisch-linke Strömung propagierten die Herausbildung eines sog. "neuen Internationalismus", der sich sowohl von der karitativen Ländersolidarität und vom proletarischen Internationalismus absetzte. Danach beinhaltete Internationalismus eine kritische Überprüfung der eigenen Bilder vom Süden, die Reflektion der eigenen

Verwobenheit in das Weltsystem und der daraus auch für die (männlich geprägte) Linke resultierenden Privilegien und vor allem der Bezug zur Situation und den Kämpfen im Norden. Der neue Internationalismus äußerte sich nach der Anti-IWF-Kampagne z.B. in den Aktionen gegen den Energiekonzern Shell, oder auch in der Beschäftigung mit people of colour in den USA (Stichwort: Mumia Abu Jamal) oder in Deutschland (letzteres aber mehr durch Feministinnen).

Grundsätzlich gab es nahezu strömungsübergreifend in den 80er Jahren eine gewisse Abwendung von der am Land oder einer Region orientierten internationalistischen Arbeiten hin zu allgemeineren Fragen. Zum einen die Fragen von politischer Organisation, Strategie und Hegemonie, zum anderen inhaltliche Punkte, die "über" den einzelnen Ländern lagen, wie etwa Weltwirtschaft und -handel, Kritik von Entwicklungspolitik, Feminisierung der Arbeit und der Armut oder auch Militarisierung.

Zur Selbstkritik der End-80er Jahre gehört auch "Drei zu Eins", bzw. die Debatte zu triple oppression. Was wie ein Fußballspielergebnis klingt, ist ein Text, der 1990 erschien und dann für viel Diskussionsstoff sorgte. Er versucht, das Verhältnis der drei Herrschaftsformen und die Gesellschaft strukturierenden Prinzipien Kapitalismus, Sexismus und Rassismus zu thematisieren. Die These vom Haupt- und Nebenwiderspruch wird abgelehnt, vielmehr seien die verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse ineinander verschränkt. Diese Diskussion kam aus dem feministischen und antirassistischen Spektrum, also eher von den Rändern der Linken, und führte zu einer Kritik bisheriger Auffassung von Politik, Organisation und Revolution.

### ... Aktionsformen

Die Aktionsformen der Internationalismusbewegung waren zunächst einmal die klassischen: Aufklärung durch Öffentlichkeitsarbeit, Information und Aktion. Es wurde über die Ereignisse anderswo berichtet, die Verbindungen zu Deutschland gezogen und Delegationen entsandt, die wiederum hier berichteten. Wie auch später wurden Spenden in Geldform oder auch als Sachen gesammelt. Bald gehörten auch Demonstrationen zum Repertoire und bewaffnet kämpfende Gruppen wie etwa die Rote Armee Fraktion, die Revolutionären Zellen oder die militanten Frauengruppe Rote Zora gaben ihren Anschlägen einen internationalistischen Begründungszusammenhang. In den 80er Jahren war das Aktionsspektrum am weitesten ausdifferenziert: Nun gehörten auch Formen des zivilen Ungehorsams, wie etwa eine

Umzingelung genannte Belagerung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn, zu den praktizierten Aktionsformen. Gleichzeitig waren alltagskulturelle Verhaltensweisen, die zwar auch Konsum, aber eben nicht vorrangig waren, weit verbreitet: Einkauf von 3. Welt-Waren, vor allem Kaffee, Tragen von PLO-Tüchern etc.

### Der Bruch von 1990/92

Die Diagnosen nach der Untersuchung des in Koma liegenden Patienten "Internationalismusbewegung" fallen unterschiedlich aus. Als drei große Einschnitte lassen sich nach meiner Einschätzung drei Ereignisse festmachen: Die (verlorenen) Wahlen in Nicaragua 1990, der sog. Golfkrieg 1991 und die Pogromwelle in Hoyerswerda etc. 1992 in Deutschland.

Die Abwahl der aus der Revolution entstandenen Regierung in Nicaragua zeigte der Internationalismusbewegung Grenzen auf. Dieses Ereignis war für die Mittelamerika-Solidarität, die die gesamten 80er Jahre eines der Themen der Bewegung war, ein herber (Rück-)Schlag.

1991 wurden im Golfkrieg kritische und undogmatische Positionen zwischen den kriegsbefürwortenden Linken und der deutschümelnden Massenhysteriebewegung (sog. "Kein Blut für Öl"-Bewegung) eingeklemmt. Waren die einen antiamerikanisch und taten so, als würden die (amerikanischen) Bomben auf Bagdad auf deutsche (!) Städte fallen, propagierten andere den Militäreinsatz und spielten so Antifaschismus gegen Antimilitarismus aus. Die Internationalismusbewegung machte in dieser Auseinandersetzung keinen guten Eindruck.

Dieses Bild setzte sich in den - ausbleibenden - Reaktionen auf die rassistische Pogromwelle in Deutschland 1992 fort. Neben einigen Lichterketten, in denen doch der Tenor war, daß mensch ganz entsetzlich darunter leide, in einem Land leben zu müssen, in dem Ausländer nicht als Arbeitskraft anerkannt seien, sondern unter klatschendem Beifall schon mal verbrannt oder erschlagen werden würden, war wenig zu sehen. Die Dritte-Welt-Bewegung versagte, ebenso wie Kirchen oder Gewerkschaften, vor der rassistischen Eskalation, die Internationalismusbewegung war schon viel zu geschwächt, um hier noch politisch gegensteuern zu können.

In Folge kam es zu einem stetigen Utopieverlust, zum wachsenden Wunsch nach Mitgestaltung - 1992 fand die berühmte "Rio-Konferenz" zu Umwelt und Entwicklung statt, in deren Folge viele Dritte Weltgruppen vollends auf nachhaltige Mitgestaltung und Lobbypolitik umstellten. So gesehen war die Kampagne "500 Jahre

Conquista" die letzte klassische Kampagne der alten Internationalismusbewegung. Danach brachen die Spektren vollends zusammen, bzw. entfernten sich soweit voneinander, daß eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich war. Auch radikalere Kräfte sahen sich einem Zerfallsprozeß ausgesetzt: Vormalig illegal (und bewaffnet) agierende Gruppen erklärten nach und nach ihre Selbstauflösung, meist verbunden mit herber Selbstkritik.

### Wo bleibt das Positive?

Die Antwort auf die MAOAM-Frage ("Was wollt ihr dann") wird auch dieses Mal nicht gegeben werden. Natürlich ist mensch heute schlauer als früher. Hinterher ist man immer schlauer. Zumindest sollte mensch das sein. Es führt aber oft nicht weiter, wenn heutige Erkenntnisse und Debatten auf vergangene politische Bewegungen angewandt werden. Es gilt sich zu vergegenwärtigen, daß das was heute Stand ist, oder zumindest sein sollte, bei seiner Einführung auf Widerstände stieß, wie auch großes positives Erstaunen und Lernbegierigkeit auslöste.

Fraglich ist, ob eine größere Radikalität zu mehr Erfolg geführt hätte. In der Anti-IWF-Kampagne war es zum Beispiel so, daß linksradikale Gruppen zum Gipfelsturm mobilisierten, gleichzeitig aber ein Riesenpolizeiaufgebot an die Wand malten. Dieses war dann auch am Platz, und agiert auch gemäß seiner Aufgaben gar nicht gewaltfrei, den öffentlich wahrnehmbaren Protest machten aber nicht Linksradikale, sondern eher gemäßigte Menschen, die die BankerInnen und andere mit ihren Aktionen nervten.

Internationalismus unterlag immer schon geographischen und kulturellen Beschränkungen und Vorlieben. Interessant war immer die gerade stattfindende Revolution und die Reihenfolge auf der Beliebtheitsskala an Kontinenten, zu denen gearbeitet wurde, ist immer noch die gleiche: Auf Platz 1 liegt Süd- und Mittelamerika, dann folgt Afrika, dann Asien, dann der Rest.

Internationalismus ist heute kulturell unattraktiv. Früher war Internationalismus Pop. Politische Figuren (und Ideen) mit denen sich mensch identifizieren konnte (Che, Ho-Tschi-Minh, etc. pp.), gibt es heute nicht (mehr). Nicht zufällig konnte Sub Marcos in seinem Outfit eine so große Aufmerksamkeit erringen. Nun geht es

nicht darum, daß Menschen sich mit anderen identifizieren, sondern das Fehlen solcher populärer Ideen und Motive verschlechtert die Bedingungen des Kampfes um eine linke Hegemonie. Die Orientierung am Alltag, die einmal von undogmatischen und feministischen Gruppen gegen das linke Politikmodell gefordert wurde, ist heute in eine Konsumorientierung verwandelt.

Die Aussichten sind also trübe. Potentiale für eine theoretische Erneuerung einer linken und feministischen Internationalismusbewegung sind nicht/kaum zu sehen oder verfügen über zu wenig Power. Dies scheint mir neben anderen, wie etwa der Überalterung auch des linken Internationalismus, eines der Probleme der heutigen Reste der Bewegung zu sein: Während verbürokratisierte Gruppen und Institutionen (und dazu gehören auch linke) und reformistische NGOs mit viel Know-How und Geld Themen und Aktionsformen setzen, können sich "unprofessionelle" neue Gruppen kaum artikulieren, geschweige denn durchsetzen. Dies führt, und in dieser Situation befinden wir uns schon, daß neue, linke Gruppen marginalisiert werden, ohne Kenntnis der älteren Debatten und Ereignisse sind, während die alteingesessenen ihr Ding durchziehen.

Bernd Hüttner

### Literatur:

- Werner Bansen/Karl Rössel, Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986 (Das Keksbuch ist das Standardwerk, Restexemplare für nur 10 DM bei Buchvertrieb Anares fax 05132/93833)
- Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 3/1994, Solidaritätsbewegungen. Zwischen Hoffnung und Resignation (Darin ein sehr typischer historischer Aufsatz von Ex-BUKO Geschäftsführer R. Bräuer und von Malte Letz zur "ostdeutschen" Soli-Bewegung)
- Gruppe Feministischer Internationalisms (Hg.), Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse, Bremen 1989
- Marion Kraft u.a. (Hg.), Schwarze Frauen der Welt, Berlin 1994 (zur neueren Debatte zum feministischen Selbstverständnis)
- PIZZA (Hg.), ODRANOEL. Die Linke - zwischen den Welten, Hamburg 1992 (Das Pizza-Buch als guten Überblick über die damalige Debatte des linken Internationalismus)

### Autor:

Bernd Hüttner nahm 1985 an der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn teil und erlebte dort seine erste und bislang letzte polizeiliche Festnahme.

### Quelle:

alaska 223, Dezember 1998





# Wer stets das Gute will ...

## Zur Kritik des alten Internationalismus

**Die Suche nach einem neuen Internationalismus führt zu seinen Vorgängern. Die vereinfachenden Analysen, die Aufteilung der Welt in gut und böse und die krassen Fehleinschätzungen von Revolten und Revolutionen haben eine marginalisierte Bewegung hinterlassen, die sich erst allmählich von den zuweilen religiös anmutenden Lehren löst.**

In den 60er Jahren speisten sich internationalistische Impulse vor allem aus dem Protest gegen die Vietnam-Politik der USA. Das Massaker von My Lai, bei dem US-Soldaten die Zivilbevölkerung des Dorfes grausam ermordeten, wurde zum Symbol für die Verbrechen der USA. Ab diesem Zeitpunkt galt sie als das absolut Böse, als säkularer Antichrist. Mit Containment, Counterinsurgency und Low-Intensity-Warfare-Programmen versuchten sie emanzipatorische Bewegungen oder Regierungen zu unterdrücken. Guatemala, Kuba, Chile, Grenada, Nicaragua, El Salvador seien nur als Beispiele für die "Befriedung" des "natürlichen Hinterhofs" der USA genannt. Die Liste ließe sich für andere Kontinente fortsetzen.

### Spurensuche 1 - "USA, SA, SS"

Der Protest und die Rebellion gegen diese Politik war und ist mehr als berechtigt. Dennoch ist es eine unerträgliche Verharmlosung des deutschen Nationalsozialismus, die Politik der US-Regierungen mit der SA oder gar der SS zu vergleichen, wie dies mit der Parole "USA-SA-SS" geschah, einem Evergreen auf Demos gegen die US-Politik. Durch diese Gleichsetzung wurde der deutsche Faschismus damit bereits zu einer Zeit von Linken normalisiert, zu der ein Nolte oder ein Walser noch nicht im Traum daran gedacht haben. Aus dem "Zivilisationsbruch Auschwitz" (Dan Diner) als Metapher für die Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus wurde eine Alltagsfloskel. "Kapitalismus führt zum Faschismus" war die Parole, die die Gleichsetzung von SS-Politik und US-Politik legitimieren sollte. Diese Parole stand in der Tradition einer ökonomistisch verkürzten Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale (G. Dimitroff) und der KPD der Weimarer Republik, derzufolge "Faschismus an der Macht (...) die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des

Finanzkapitals" ist.

Warum der Faschismus gerade in Deutschland einen solchen Erfolg hatte, warum es gerade hier bis zum Ende eine Massenunterstützung gegeben hat, warum gerade hier der Massenmord an Juden, Sinti und Roma und anderen "Außenseitergruppen" in seiner technologisch industriellen Effizienz durchgeführt werden konnte, solche Fragen drangen mit diesen Parolen nicht mehr in das Blickfeld. Diese Form der Normalisierung konnte nur eine doppelt unschuldige Generation leisten: unschuldig, weil links; und unschuldig, weil nachgeboren. Der Faschismusrwurf blieb nicht auf die USA beschränkt, sondern wurde zum Schlagwort schlechthin. Jedem reaktionären Diktator wurde h das Adjektiv faschistisch angehängt. Jede Gesetzesverschärfung war ein Beitrag im Prozeß der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Solch ein Katastrophen-Superlativismus macht blind für die sensible Wahrnehmung geschichtlicher Veränderungen. Wenn das Schlimmste immer schon eingetreten ist, stumpft man ab, man ist nicht mehr offen für politische Veränderungen.

### Spurensuche 2 - Antizionismus und Antisemitismus

Diese doppelte Unschuld begegnet uns auch im Antizionismus, der manchmal nur schwer seinen antisemitischen Hintergrund verdecken konnte. Seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kam es zu einer antizionistischen Wende relevanter Teile der deutschen Linken. Heftige Debatten um die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht Israels wurden geführt. Die Diskussionen darüber, ob die Israelis überhaupt ein Volk seien, denen man das Selbstbestimmungsrecht zugestehen dürfe, muten heute grotesk an.

1982, als es zu den Massakern an der palästinensischen Bevölkerung in den Beiruter Stadtteilen Saba und Schatila mit Unterstützung der israelischen Armee kam, gab es in linken Zeitschriften Überschriften wie "Die Endlösung der Palästina-Frage". In manchen Städten wurden sogar Einrichtungen jüdischer Kultusgemeinden besetzt. Der damalige Regierungschef Israels, Menachem Begin, wurde in einer der meistgelesenen Internationalismus-Zeitschriften, der iz3w, mit einer Hakennase dargestellt (Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich die iz3w in der Folgezeit kritisch mit ihrer eigenen Geschichte auseinandersetzte). Ulrike Meinhof und Horst

Mahler feierten den Anschlag des Kommandos "Schwarzer September" auf die israelische Olympia-Mannschaft als "mutiges Kommando (...) gegen zionistische Soldaten, die in München als Sportler auftraten." Und bei einer Flugzeugentführung organisierte ein Mitglied der RZ die räumliche Trennung nach jüdischen (!) und nichtjüdischen Passagieren. Auch hier fehlte es nicht an der Gleichsetzung von faschistischer und zionistischer Politik.

Sicherlich waren die meisten Linken keine Antisemiten. Aber die angeführten Beispiele waren auch keine Einzelfälle, wie das Buch "Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses" von Michael W. Kloke dokumentiert. Das zeigt sich nicht nur in den idiotischen Parolen antimperialistischer Gruppen, sondern auch auf subtileren Ebenen. So war in gewaltfreien und links-christlichen Kreisen das Argument des "Gerade-Israel-hätte-doch-aus-der-Geschichte-lernen müssen" zu hören. Anstatt die konkrete Politik Israels zu kritisieren, wurden die Erfahrungen mit dem Faschismus bemüht.

### Spurensuche 3 - "Sieg im Volkskrieg"

Die Internationalismusbewegung hatte lange Zeit ein nachgerade mythisches Verhältnis zu den Völkern in der Dritten Welt. Das Volk wurde als vorgegebene Einheit gesehen, die immer das Gute will: Befreiung. Das Volk, das war die festgeschlossene Einheit von Unterdrückten, denen eine kleine Clique von Ausbeutern (spricht Regierung und Kompradoren-Bourgeoisie) gegenüberstand, die nur mit Bestechung oder mit militärischer Unterstützung des Imperialismus überleben konnte. Diese Metaphysik des An-sich-revolutionären Volkes korrespondiert in der Geschichte der Linken mit der Metaphysik des Proletariats.<sup>1</sup>

Da in den sechziger Jahren die Arbeiterbewegung sich im keynesianischen Wohlfahrtsstaat offensichtlich bestens eingerichtet hatte, fiel sie als Hoffnungsträger für eine emanzipatorische Politik aus. Als neuer Hoffnungsträger fungierten jetzt die Völker der Dritten Welt. Sie waren die Garanten für eine bessere Welt. In Analogie zur chinesischen Revolution, in der die Dörfer die Städte einkreisten, sollten jetzt die Völker der Welt die imperialistischen Zentren einkreisen. Die Erfolge antikolonialistischer und -imperialistischer Befreiungsbewegungen, vor allem des Vietcong, hatten einen überhöhten Geschichtsoptimismus zur Folge. Dieser war in den

Beiträgen auf dem Internationalen Vietnam-Kongreß 1968 in Berlin offensichtlich: "Vietnam kommt näher, in Griechenland beginnen die ersten Einheiten der revolutionären Befreiungsfront zu kämpfen. (...) Es hängt von unseren schöpferischen Fähigkeiten ab, kühn und entschlossen die sichtbaren und unmittelbaren Widersprüche zu vertiefen und (...) kühn und allseitig die Initiative der Massen zu entfalten", führte Rudi Dutschke aus. Man müsse neben dem Viet-Cong noch einen asiatischen, amerikanischen und europäischen Cong schaffen.

Im Beitrag von Bahman Nirumand nimmt das Pathos religiöse Züge an. "Denn wir stehen jetzt an dem Übergang zur dritten Welt, zur Welt des neuen Menschen, mit der die Vorgeschichte des Menschen, seine Unterdrückung und Zerstückelung beendet sein wird."

Die Studenten sahen sich in diesem Prozeß als Avantgarde. Sie hatten, so Dutschke, die Initiative der Massen zu entfalten. Dahinter steckt die Annahme, dass die Menschen in einem Verdinglichungszusammenhang stehen, der sie von ihrem wahren Wesen entfremdet. Das Tauschprinzip des Marktes verdecke die Ausbeutungsstrukturen des Kapitalismus. Die Oberflächenstruktur schaffe somit verdinglichte Bewußtseinsformen, die verhindern, das Wesen des Kapitalismus, die Ausbeutung in der Produktion und der 3. Welt zu durchschauen. Das andere Erklärungsmuster für die scheinbare Angepasstheit der Massen war, dass die Herrschenden durch die Manipulation über die Medien (Springer!) einen Verblendungszusammenhang herstellen. Diese Manipulationsmechanismen galt es zu entlarven, damit die Massen ihre fortschrittlichen Potentiale entfalten könnten. Es galt nur noch die Wahrheit zu verkünden. Die K-Gruppen waren geboren.

Religiöse Anleihen sind hier unverkennbar. Die Studenten waren sozusagen - wie früher das Proletariat - das auserwählte Volk, denen die Wahrheit geoffenbart worden war. Sie waren jetzt die Prediger der neuen Zeit. Die dritte Welt nahm in dieser Weltsicht eine ganz bestimmte Rolle ein. Sie galt als Synonym für das Neue Jerusalem der Johannes-Apokalypse, das die Hure Babylon, also den Imperialismus, zerstören wird und das Paradies auf Erden schafft. Die Weltgeschichte verstand man im Sinne Hegels als Weltgericht. Nur sah man das Ende der Geschichte nicht mehr in der Verwirklichung des preußischen Staates erreicht oder wie die heutigen Neoliberalen in der Verwirklichung des freien kapitalistischen Marktes, sondern mit dem Sieg des Proletariats (traditioneller Marxismus) oder dem Sieg der Völker der Dritten Welt im Volkskrieg gegen den Imperialismus. Gerade darin bestand die

"List der Vernunft" (Hegel), daß die 3. Welt die 1. Welt befreien sollte (Erlösungsmotiv), indem sie das globale Herr-Knecht-Verhältnis umkehrte. Die Internationalisten sahen sich als ein Moment einer Totalität, die sich in Richtung Befreiung entwickelte.

Trotz der eigenen gesellschaftlichen Isolierung konnten sich so die Studenten- und die Internationalismusbewegung in einen größeren Zusammenhang stellen. Dies führte zu einer völligen Verkennung der eigenen Handlungsmöglichkeiten: Revolution durch Suggestion. Man war Teil einer übergroßen Mehrheit im Kampf um Befreiung. Dies schuf Wärme, Geborgenheit und Identität durch die Zugehörigkeit zu einem großen Ganzen. In der "masochistischen Begeisterung" dieser Jahre steckte das "tiefe Bedürfnis nach Transzendenz" (Peter Wahl). Die Betonung des Willens fand ihre Berechtigung in der Tatsache, dass selbst eine kleine Gruppe von Aktivisten eine Revolution auslösen konnte. "Ein Funke kann zum Steppenbrand werden" (Mao); dies hatte auch die kubanische Revolution in der Praxis bewiesen, in der eine kleine Gruppe um Fidel Castro und Che Guevara die treibende Kraft für die Revolution bildete.

#### Spurensuche 4 - Von Pol Pot zum Projekt

Die Befreiungseuphorie mit ihrem Höhepunkt des Anti-Vietnam Kongresses ging bereits in den 70er Jahren verloren. Der Sieg des Vietcong 1975 wurde nur noch beiläufig zur Kenntnis genommen. Einen Bruch gab es, als sich die Berichte über die Massenmorde Pol Pots in Kambodscha bestätigten. Lange Zeit wurde dies als Propaganda des Imperialismus abgetan. Die eintretende Ernüchterung führte zu einem ersten Abgesang auf den zurückliegenden Internationalismus. Der heutige Außenminister Joschka Fischer bekannte in einer Diskussion, ein "entschiedener Verfechter des revolutionären Terrors" gewesen zu sein - und beschloß zur Sühne Außenminister zu werden. Daniel Cohn-Bendit zeigte in derselben Diskussion gleich, was es für ihn hieß, aus den Fehlern gelernt zu haben: "Ich habe keine Sympathien für die Sandinisten."

Viele hatten aber doch Sympathien mit den Sandinisten. Zuerst kam die Unterstützung aus christlichen Kreisen, die sich an den Ideen der lateinamerikanischen Befreiungstheologie orientierten. Mit den neuen sozialen Bewegungen Anfang der 80er Jahre entstand auch eine neue Internationalismusbewegung. Sie spürte nicht mehr den Wind der Geschichte in ihrem Rücken. Vielmehr spürte sie Gegenwind, da sich die internationalen Rahmenbedingungen trotz des Sieges der Sandinisten entscheidend verändert hatten. Der Neoli-

beralismus war mit Reagan und Thatcher in den USA und GB an der Macht. Die Diskussionen um eine neue Weltwirtschaftsordnung in der UN-Vollversammlung und der UNCTAD waren durch die Stärkung des GATT und durch Integrationsangebote wie dem Lomé-Vertrag zu einem vorläufigen Ende gekommen. Zudem hatte sich das Vertrauen in die Massen/das Volk in der iranischen Revolution als trügerisch erwiesen.

Vor diesem Hintergrund hatte die neue Internationalismusbewegung einen ganz anderen Ansatzpunkt. Gespeist von theoretischen Überlegungen und praktischen Erfahrungen der Alternativbewegung ging es jetzt nicht mehr um Weltrevolution, sondern um die Erkämpfung und Verteidigung autonomer sozialer Räume. Es ging um die Verteidigung der kommunikativen Vernunft in der Lebenswelt gegenüber den zweckrationalen Imperativen des Systems mit seiner instrumentellen Vernunft. Übertragen auf die internationale Ebene hieß dies: es ging um die Verteidigung des Anspruchs eines Landes wie Nicaragua, einen eigenen Entwicklungsweg einzuschlagen.

Den theoretischen Debatten der 60er und 70er Jahre über Totalität und Weltrevolution stand die neue Internationalismusbewegung deshalb ziemlich sprachlos gegenüber. Sie war stärker an der konkreten Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den jeweiligen Ländern interessiert. Mit dem Verlust der globalen Perspektive verengte sich der Blick in Richtung Länder- und Projektesolidarität. Man wachte eifersüchtig über das eigene Projekt. Vielfach führte dies zu einer Ignoranz und Unkenntnis über die gesellschaftlichen Verhältnisse. Ein entscheidendes Element der damaligen Solibewegung war das Brigadenkonzept in der Nica-Solidarität. Es sollte nicht nur die internationale Aufmerksamkeit erhöhen und damit ein Schutzschild gegen mögliche militärische Interventionen seitens der USA darstellen, sondern auch die Distanz zwischen den Menschen hier und in den Ländern Mittelamerikas verringern. Neue Probleme und Projektionen tauchten auf. Die BrigadistInnen blieben meistens unter sich. Unter der Hand schlichen sich paternalistische Hilfs- und eurozentristische Entwicklungsvorstellungen ein. Ein "HelferInnensyndrom" machte sich breit. Viele zogen sich enttäuscht zurück, wenn die Bevölkerung in Nicaragua sich nicht so helfen lassen wollte, wie es die HelferInnen wollten.

Auch wenn sich die Internationalismusbewegung der 80er Jahre deutlich von ihrer Vorgängerin unterschied, indem etwa der globale Begründungszusammenhang verloren ging, so wurden doch unhinterfragt Traditionslinien mitgeschleppt. Die wichtigste war dabei wiederum die Kategorie des Volkes. Vor allem die Befreiungs-

bewegungen als Ausdruck der Organisation des Volkes wurden unkritisch als eine Einheit wahrgenommen. Dass die Befreiungsbewegungen etwa in Mittelamerika höchst labile Bündnisstrukturen mit explizit unterschiedlichen Fraktionen und Parteien waren, war oft nur den Eingeweihten bewußt. Auch machistische Politikstile, die etwa in der ungemein wichtigen Rolle der líderes zum Ausdruck kommt, wurde lange Zeit nicht wahrgenommen oder verdrängt.

### Spurensuche 5 – Der neue Mensch

Eine weitere Gemeinsamkeit der beiden Internationalismusbewegungen war das Lob der Gewalt. Daß die Waffe der Kritik die Kritik der Waffen nicht ersetzen konnte, war ein Gemeinplatz, woraus hierzulande allerdings nur eine Minderheit die praktischen Konsequenzen zog. Frantz Fanon und Jean Paul Sartres Rechtfertigung der revolutionären Gegengewalt kam einer Apotheose der Gewalt gleich. Durch die Anwendung der Gewalt sollte der neue Mensch entstehen, indem er sich seiner entfremdeten Existenz bewußt wurde und sich ihrer entledigte. Da die Gewalt Voraussetzung für den neuen Menschen war, mußte man sie nicht mehr rechtfertigen, sie war an sich gerechtfertigt. Das Naturrecht auf Widerstand wurde fast selbstverständlich als Naturrecht auf bewaffneten Kampf interpretiert. Der linke, harte und vor allem kompromißlose Heroe (Che) galt als Inkarnation des neuen Menschen. In diesem Bild wurde offensichtlich der Wunsch nach Widerspruchlosigkeit mittransportiert: ein Mensch ohne Schwächen. In dieser Figur bündelten sich die romantischen Träume vieler InternationalistInnen. Es ist der Traum vom Paradies auf Erden, die hegelianische Vorstellung vom Zusammenfallen von Faktischem und Normativen, von Sittlichkeit und Vernunft, das der "wissenschaftliche Sozialismus" im proletarischen Arbeiter verwirklicht sah und viele Internationalisten im Neuen Menschen der 3. Welt.

Auf der anderen Seite führte das Lob der Gewalt zu einer Abwertung nicht-militanter Aktionsformen. Der Kampf um politische und soziale Menschenrechte etwa wurde als etwas typisch "bürgerliches" abgewertet und denunziert. Gewerkschafts- und Menschenrechtsarbeit, Arbeit in Frauenorganisationen und Umweltschutzgruppen hatten immer den schlechten Beigeschmack eines "weniger" oder "noch nicht". Sie hatten ihre Funktion als Transmissionsriemen von Befreiungsbewegungen. In ihrer Eigenwertigkeit wurden sie kaum wahrgenommen.

### Spurensuche 6 – Die NGOisierung der Bewegung

Seit Anfang der 90er Jahre hat ein radikaler Politik- und Diskurswechsel stattgefunden. Das, was von der Bewegung übriggeblieben ist, hat sich zum größten Teil als professionelle NGOs, die sich die Politikberatung auf die Fahnen geschrieben hat, institutionalisiert.<sup>2</sup> Dahinter steckt der Glaube an das bessere Argument und an die Einsicht des aufgeklärten Individuums, das in seinem eigenen "wohlverstandenen" langfristigen Interesse die Ausbeutung von Mensch und Natur aufgibt und einen Politikwechsel herbeiführt. Begründet werden solche Konzepte gerade mit den Erfahrungen des Scheiterns linker Politik. Insofern verbietet es sich, sie nur als opportunistisch zu begreifen. Denn sie sind auch das Ergebnis eines gescheiterten linken Internationalismus. Andererseits liegen die Defizite dieser Konzepte geradezu auf der Hand. Um überhaupt als Dialogpartner für Wirtschaft und Politik akzeptiert zu werden, darf man keine grundsätzliche Kritik üben. Es entstehen neue Wunschbilder und Projektionsflächen: man imaginiert sich das Bild eines harmonischen Zusammenlebens, wenn nur alle ihrem wohlverstandenen Interesse folgen würden.

Man kann die eigene Schwäche nicht allein dem Zeitgeist in die Schuhe schieben. Wir waren selbst "ein Teil von jener Kraft, die stets das Gute will und stets das Böse schafft" (Goethe). Wir<sup>3</sup> haben selbst imaginäre Linien gezogen, um ein politisch-korrektes Freund-Feind-Weltbild zu konstruieren: wir - ihr; oben - unten; Volk/Masse - Regierende/Unterdrückter; institutionelle Politik - basisdemokratisch; gut - böse. Dieses dichotome Weltbild funktioniert so nicht. Wir müssen uns eingestehen, dass wir uns nicht einfach per Willensakt auf die andere, die bessere Seite der Barrikade versetzen können. Wir sind selbst ein Teil von dem, was wir kritisieren oder zumindest kritisch hinterfragen müssen. Wir stehen nicht in einem imaginären Jenseits, sondern befinden uns selbst im Schnittpunkt diskursiver Kämpfe um die gesellschaftliche Hegemonie. Rationalismus, Eurozentrismus, wissenschaftsgläubige Fortschrittseuphorie (man denke nur an die Dependenztheorie), patriarchale Strukturen oder ein (quasi-)religiöser Messianismus haben uns geprägt und nachhaltige Spuren in unseren Denk- und Politikformen hinterlassen - und uns die Munition für unsere Fehler geliefert.

Aus der Einsicht der Fehler zu folgern, man müsse sich auf einen pragmatischen Internationalismus beschränken, der sich am "Machbaren" orientiert, halte ich für völlig verkehrt. Die NGO-isierung hat ihre Grenzen, zuvorderst selbstgezogene,

indem die Schere im Kopf im Hinblick auf Realitätstauglichkeit ihrer Konzepte schon immer zugeschnappt hat, bevor ein Gedanke auch nur ansatzweise zu Ende gedacht ist. Radikale Positionen und Praxen jenseits der sterilen Dichotomie von Reform und Revolution zu entwickeln, wäre die Aufgabe eines neuen Internationalismus.

■  
Moe Hierlmeier

#### Anmerkungen

- 1) Daß sich heute ehemalige Protagonisten der Studentenbewegung wie Bernd Rabehl oder Horst Mahler in einem rechten nationalrevolutionären Spektrum verorten, hat m.E. viel mit diesem metaphysischen Volksbegriff zu tun.
- 2) Die politischen Ansätze der verschiedenen NGOs sind sehr widersprüchlich und lassen sich auch theoretisch nur schwer vereinheitlichen. WEED ist nicht Germanwatch. Was ich kritisiere, sind Positionen und Entwicklungen, die ich als die vorherrschenden wahrnehme.
- 3) Das von mir verwendete "Wir" ist selbst imaginär. Es existiert so nicht. Angesichts des begrenzten Platzes verwende ich es der Einfachheit halber. Mir ist bekannt, daß viele diese Fehler nicht begangen haben. Trotzdem wurden diese Fehler nicht zufällig begangen: sie haben ihre eigene Logik.

#### Literatur:

- Balsen, Werner/Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt Bewegung in der Bundesrepublik. Köln 1986
- Fanon, Frantz: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/Main 1981
- Foitzik, Andreas/ Athanasios Marvakis (Hg.): Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche. Hamburg 1997
- Internationaler Vietnam-Kongreß, VLA-Reprint von 1987
- Juchler, Ingo: Rebelle Subjektivität und Internationalismus: der Einfluß Herbert Marcuses und der nationalen Befreiungsbewegungen in der sog. Dritten Welt auf die Studentenbewegung in der BRD. Marburg 1989
- Kloke, Martin W.: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses. Frankfurt 1994
- Peripherie 71: Stichwort NGO. Frankfurt 1998
- Pizza: Odranoel. Die Linke - zwischen den Welten. Hamburg 1992

#### Quelle: Alaska 227, August 1999

Entnommen ist der Text der bereits in der alaska beworbenen Broschüre "kölngehen" des Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des BUKO. Zu beziehen ist die Broschüre über die BUKO Geschäftsstelle.



# Eine Antwort auf das Papier "Unser Nein ist das Ja zum Nichts des Ganzen"

**Aufgrund der vielen Verdrehungen in o.g. Papier der Inhalte-AG des G8-Plenums Mannheim-Heidelberg (im folgenden Inhalte-AG), aber auch aufgrund der Verleumdungen, mit denen ein Teil unseres Bündnisses konfrontiert wird, sehen wir uns gezwungen, Stellung zu beziehen.**

## 1. Zur vermeintlich kapitalismuszentrierten Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen

Eigentlich sollte die Inhalte-AG erkennen können, dass es sich bei den fünf PGA-Hallmarks nicht um eine "kapitalismuszentrierte Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen" handelt. Denn schließlich wird schon in Hallmark 1 nicht nur vom Kapitalismus gesprochen, sondern zumindest auch von einem anderen Herrschaftsverhältnis, nämlich dem Feudalismus.

Außerdem werden in Hallmark 2 genau die Unterdrückungsverhältnisse genannt, die der Kritik der Inhalte-AG zufolge angeblich nicht benannt sind. Mit anderen Worten: Eine "kapitalismuszentrierte Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen" ist nicht vorhanden, im Gegenteil ist diese Kritik auf mehrere Unterdrückungsverhältnisse ausgedehnt. Dies kann erkannt werden, wenn nicht nur der erste Hallmark gelesen wird.

## 2. Zur Ablehnung der Kritik am Imperialismus

Die Inhalte-AG kritisiert in ihrem Papier die Benennung des Imperialismus als "verkürzte Kapitalismuskritik". Dieser von antideutscher Seite gern benutzte Begriff entbehrt jedoch jeder Grundlage. Außerdem unterstellt die Inhalte-AG "eine monochrome Sichtweise" der Aufteilung "in böse ‚weiße‘ Unterdrücker und gute ‚schwarze‘ Unterdrückte". Aber nicht nur, dass das Fremdwort hier fehl am Platz ist (monochrom = einfarbig): Unabhängig von jeglicher marxistisch-leninistischen Schulung sollte bekannt sein, dass die kapitalistischen Verhältnisse sich weiterentwickelt haben und nicht mehr auf dem Stand sind wie zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Es ist bekannt, dass der Kapitalismus wesentlich zur Schaffung eines deutschen "Nationalstaates" beigetragen hat, ebenso wie die Tatsache, dass das deutsche Kapital sofort nach Schaffung dieses Staates begann,

seine gierigen Finger auszustrecken nach Gebieten außerhalb dieses Staates. Zuerst noch in Europa, dann aber auch im Verbund mit den anderen europäischen Mächten zur Unterwerfung und Ausplünderung Afrikas (Berliner Konferenz 1884/85). Diese Phase wird gemeinhin Imperialismus genannt. Dass wir uns nach wie vor in der imperialistischen Phase des Kapitalismus befinden, wird schon allein dadurch deutlich, dass täglich um die 35 000 Menschen verhungern, und zwar in den Gebieten, die zuvor europäische Kolonien waren, also in Afrika, Teilen Asiens und in Mittel- und Südamerika. Dieses Verhältnis zu kritisieren hat weder etwas damit zu tun, die Welt bichrom (zweifärbig) zu betrachten, noch ist dies eine "rein anti-imperialistische Kritik", da es sich analog zu Punkt 1 nach wie vor schlicht um eine Aufzählung verschiedener Unterdrückungsverhältnisse handelt. Und da gehört der Imperialismus eben dazu.

Die Inhalte-AG unterstellt darüber hinaus, dass "die USA als einziges Synonym für die Unterdrückungsmechanismen gesehen werden". Es ist ja bekannt, dass Antideutsche sich zu Verteidigern der USA erkoren sehen. Da aber die USA gar nicht in den Hallmarks auftauchen, ist diese Kritik schlichtweg absurd und kann allenfalls unter der Kategorie "Der Wunsch war Vater des Gedankens" einsortiert werden. Wie wenig lesefest die Inhalte-AG zudem ist, zeigt sich hierbei besonders deutlich, denn in unserem Diskussionspapier "Imperialismus pur" benennen wir zwar die USA, allerdings in einer Aufzählung der Gründungsmitglieder der heutigen G8. Ansonsten schreiben wir von "Weltmachtambitionen des deutschen Imperialismus", was sicher nicht dazu führen kann, dass "die Unterdrückungsmechanismen in den eigenen Verhältnissen verschleiert und nach außen projiziert werden".

## 3. Zu unserer Solidarität mit der palästinensischen Befreiungsbewegung

Wer das Papier der Inhalte-AG liest, wird denken, dass wir "Solidarität mit den bekannten palästinensischen ‚Befreiungsbewegungen‘ üben. Dieser Plural suggeriert eine Unterstützung nicht nur der palästinensischen Linken und des Kampfes gegen Vertreibung und Besetzung, sondern auch eine Solidarität mit den politischen Zielen von bürgerlichen und/oder reaktionären palästinensischen Kräften.

Wer jedoch unsere Praxis kennt, wird wissen, dass wir bisher nicht nur mit der palästinensischen Linken zusammengearbeitet haben, sondern auch mit allen emanzipatorischen israelischen Kräften, die sich sowohl für eine gerechte Nahost-Regelung, als auch für Frieden und Internationalismus einsetzen.

## 4. Zur sog. "Unterstützung der 10-Euro-Kampagne"

Die Inhalte-AG Mannheim-Heidelberg behauptet, dass wir den bewaffneten irakischen Widerstand gegen die Besatzungsmächte in Form der 10 Kampagne unterstützen würden und lehnt sich damit an eine antideutsche Kampagne a la Bahamas an, die darauf lauert mit denunziatorischen Methoden Personen aus der linken Szene und Antikriegsbewegung bei der Staatsgewalt anzuschwärzen. Davon abgesehen operiert hier die Inhalte-AG aus Mannheim-Heidelberg mit bewußt falschen Behauptungen.

Grundsätzlich halten wir fest, daß der Widerstand gegen imperialistische Kriege und Besetzung, wie auch im Irak, legitim und notwendig ist.

## 5. Zur Ablehnung des Internationalismus

An diesem Punkt lehnt sich die Inhalte-AG linguistisch besonders weit aus dem Fenster. Denn nicht nur bezieht sich Internationalismus nicht "positiv auf die Idee Nation". Im Gegenteil ist die Idee von Internationalismus die Absage an den Nationalstaat, eine Solidarität untereinander (inter. . .) und das gemeinsame Eintreten füreinander, z.B. indem wir im imperialistischen Europa nicht einfach nur von den Vorteilen unserer auf weltweite Ausbeutung begründeten Verhältnisse profitieren, sondern versuchen, diese zu bekämpfen, auch im Herzen der Bestie. Der Begriff "Nation" hat im übrigen nur etwas mit "Geburt" zu tun, und solange Menschen geboren werden, sollten sie untereinander solidarisch sein und nicht der eine den anderen ausbeuten. Als Beispiel sei uns hier ein Verweis auf die historische Erfahrung der Linken gestattet: Unabhängig von aller Kritik an der Politik der Komintern ist die Bereitschaft Zehntausender aus allen Ländern der Welt, 1936 die Freiheit der Bevölkerung im spanischen Staat zu verteidigen, die nach wie vor bedeutendste internationalistische Tat, die die Menschheit kennt.



## 6. Zur Kritik an unserem Festhalten an vertikalen Strukturen

Es ist nun einmal eine Tatsache, dass die Linke nur dann erfolgreich diese Gesellschaft bekämpfen kann, wenn sie fähig ist, jede Form der Repression zu verkraften. Es ist dabei egal, ob die Repression zuschlägt, wenn die Linke noch nicht die Herrschenden vertrieben hat, oder aber die alten Herrschenden sich nach der Revolution neu sammeln und von außen die Revolution angreifen. Repression ist beides - und für beides gibt es Beispiele: Die Linke in Deutschland konnte im Nationalsozialismus mit kläglichen Resten nur deshalb überleben, weil eben vertikale Strukturen bestanden, und zwar nicht nur bei der Agitation auf der Straße, sondern selbst in den Konzentrationslagern. Wie stellt ihr euch eigentlich die Selbstbefreiung von Buchenwald vor, mit Hilfe einer VW? Oder aber den Widerstand in Frankreich, Jugoslawien, Griechenland, Albanien und Italien? Wie glaubt ihr, konnte die Rote Armee die faschistische Bestie bis nach Berlin verfolgen? Wir haben schon immer vermutet, dass Antideutsche mit Antifaschismus rein gar nichts zu tun haben, hier zeigt sich eklatant die Distanz zur Geschichte der Linken, die auch unsere ist.

Selbstverständlich ist es notwendig, auch nach der Revolution Strukturen zu haben, die die Verteidigung organisieren. Das zeigt der faschistische Überfall auf die Sowjetunion, dies zeigen aber auch die imperialistischen Angriffe auf Kuba und Nicaragua, oder aber die Militärputsche gegen missliebige Regierungen wie von Mossadegh im Iran oder Lumumba im Kongo. Egal was wir wollen, die Repression zwingt uns dazu, vertikale Strukturen zu unterhalten. Und damit diese nicht wieder in einen Personenkult und zur Internierung und Liquidierung linker Kritik und Opposition führen, ist es notwendig, diese Strukturen genau zu diskutieren und gegebenenfalls zu korrigieren. Eine Haltung, die dies schlicht leugnet, wird jedoch verdammt sein, die Geschichte zu wiederholen.

Des Weiteren ist die Kritik der Inhalte-AG an unserer Position eine einzige Heuchelei. Wer auf der einen Seite gegen vertikale Strukturen wettet, sollte nicht Sachverhalte verdrehen oder mit Unterstellungen arbeiten, denn beides reproduziert vertikale Strukturen.

## 7. Zur Forderung, uns auszuschließen

Schon das Motto "Search & Destroy", mit dem dieser Abschnitt überschrieben ist, zeigt deutlich, um was es der Inhalte-AG

tatsächlich geht. Mit diesem Motto benannte die US-Armee ihre Strategie, um die kommunistische Linke in Vietnam zu liquidieren. Unter diesem Motto wurden Dörfer verbrannt, Hunderttausende mit Agent Orange vergiftet und etwa vier Millionen Vietnamesen umgebracht. Nun fordert die Inhalte-AG mit demselben Motto den Ausschluss linker Gruppen und Strukturen, die z.B. den Befreiungskampf im Trikont nicht ablehnen oder diesen Kampf führen.

Diese Forderung ist aber eine Abkehr von allen bisherigen Gegengipfeln wie bspw. in Porto Allegre. Außerdem ignoriert diese Forderung das imperialistische Unterdrückungsverhältnis, was aber aufgrund der zuvor benannten Positionen der Inhalte-AG nicht verwunderlich ist. Trotzdem bleibt es eine Tatsache, dass Menschen sich wehren, wenn sie angegriffen werden. Und wenn dies durch ein imperialistisches Verhältnis geschieht, kann dieser Widerstand auch einen nationalen Charakter annehmen. Wichtig muss für uns Linke sein, zu überprüfen, ob dieser Widerstand emanzipatorisch ist. Zwei Beispiele seien hierfür genannt: Wenn in Vietnam nach dem Sieg der vietnamesischen Kommunisten die Alphabetisierung der Kinder nicht nur in Vietnamesisch, sondern in allen dort gesprochenen Muttersprachen erfolgt, dann ist das ein Schritt hin zu mehr Emanzipation und dies ist zu unterstützen. Wenn in Kuba die revolutionäre Regierung als erste Regierung überhaupt die wenigen hundert Indigenas schützt, die nach fast 500 Jahren kolonialistischer und imperialistischer Unterdrückung überlebt haben, dann ist dies ebenfalls zu unterstützen.

Wir reden nicht einer irgendwie gearteten "nationalen Befreiung" das Wort. Es ist klar, dass es immer nur um emanzipatorische Bewegungen gehen kann, auf die wir uns solidarisch beziehen können und die sich ebenfalls auf uns solidarisch beziehen. Die kommunistische Linke hat dieses Prinzip beherzigt, Ho Chi Minh war Mitbegründer der Kommunistischen Partei Frankreichs. Den Unterschied zu begreifen zwischen dem deutschen Nationalismus einerseits und nationalen Befreiungsbewegungen wie in Amerika anderer-

seits ist sicherlich nicht schwierig. Beides gleichzusetzen dient aber nur dazu, weiterhin von den imperialistischen Verhältnissen zu profitieren.

## 8. Schlussfolgerungen

Wir haben aufgezeigt, dass die Inhalte-AG nicht nur Sachverhalte falsch darstellt, sondern mit Lügen, Verleumdungen und Unterstellungen arbeitet. Aufgrund unseres internationalistischen und historischen Bewusstseins wissen wir, was es bedeutet, mit solchen Mitteln zu arbeiten. Es geht einzig darum, die Linke zu zerstören und die herrschenden Verhältnisse zu zementieren. Als Beispiele seien hier die Machenschaften des US-amerikanischen FBI erwähnt, das mit gefälschten Telefonmitschnitten versuchte, selbst die Privatsphäre von Martin Luther King zu zerstören. Gleiches geschah auch bei den Black Panther, indem mit gefälschten Dokumenten "bewiesen" werden sollte, dass die eine Strömungen die andere verrät. Die verschiedenen Strömungen wurden aufeinandergehetzt, mit dem Ergebnis, dass es die Black Panther nicht mehr gibt. Wer unter dem Motto "Search & Destroy" fälscht und lügt, hat zur Linken keinen Bezug außer den Hass auf sie.

Zum Wohle eines solidarischen Miteinanders sollte sich die Inhalte-AG überlegen, ob sie mit ihren Fälschungen und Lügen in den Geruch o.g. FBI-Methoden geraten will, oder wie es in der Linken eigentlich üblich sein sollte, sich erst einmal auf eine inhaltliche Debatte einlässt. Dies hat den Vorteil, zum einen andere Standpunkte erst einmal kennenzulernen, zum anderen aber vielleicht auch einen gemeinsamen Nenner zu finden. Eine Distanzierung der Inhalte-AG von ihren Methoden können wir mindestens erwarten. Wir fordern, dass dieser Punkt auf dem nächsten Treffen als erstes behandelt wird.

Kampfinitiative Berlin,  
Dezember 2005



# input-papier zum anti-g8-vorbereitungstreffen...

...in berlin (6. - 8. januar 2006)

**zweimal hatten wir uns schon zu wort gemeldet: einmal zu "wto & g8" und einmal zu "internationalismus" – einschließlich einer kleinen text-sammlung zur geschichte der bundesdeutschen internationalismusbewegung (diese textsammlung ist wie vieles andere auf folgender website dokumentiert: [www.gipfelsoli.org](http://www.gipfelsoli.org)). heute hingegen möchten wir etwas allgemeiner werden, nicht im analytischen schweinsgalopp einmal rund um den globus. nein, unser anliegen ist vielmehr, einige der fragen näher zu beleuchten, von denen wir denken, dass sie für den fortgang der inhaltlichen debatte in nächster zeit von belang sein könnten. in diesem sinne werden wir uns immer wieder auf einige der bereits über die mailing-liste verschickten texte beziehen.**

## 1. ausgangspunkt: "internationalismus neu begründen!"

Bereits auf dem hamburgertreffen hatten wir uns (als eine von mehreren gruppen) dafür ausgesprochen, die kommende g8 2007-mobilisierung als chance für eine neubegründung internationalistischer politik zu begreifen, und zwar unter berücksichtigung sowohl der irrtümer als auch der stärken internationalistischer organisierungen in den vergangenen 40 jahren. da in sachen "internationalismus" seit dem hamburgertreffen einiges auf der g8-mailing-liste geschehen ist (ausgehend von einem papier der "inhalte-ag des g8-plenums mannheim-heidelberg"), möchten wir die debatte an dieser stelle nicht wieder aufnehmen. wir möchten stattdessen eine (mittel-)kurze bestimmung davon geben, was wir meinen, wenn wir von internationalistischer politik sprechen. uns scheint das sinnvoll zu sein, lassen sich doch daraus kriterien für die debatte um die thematische, organisatorische und praktische ausrichtung des g8-widerstands gewinnen. konkret: wenn wir von internationalismus sprechen, geht uns nicht um die zärtlichkeit zwischen nationen & völkern oder ähnlichen anti-emanzipatorischen schmarrn. nein, wir haben vielmehr eine bestimmte haltung im auge:

a) analyse, praxis und organisierung linker politik sollte immer schon global angelegt sein. aus internationalistischer perspektive (jedenfalls in unseren verständnis) ist der nabel der welt die welt selbst.

b) die verschiedenen, weltweit auszumaachenden ‚probleme‘ dürfen nicht als einzelmissstände interpretiert werden, die je einzeln zu ‚bearbeiten‘ wären. sie sind stattdessen als ausdruck unterschiedlicher, wechselseitig und global verschränkter herrschaftsverhältnisse zu begreifen. dies gilt es stets im hinterkopf zu behalten, auch dann, wenn mensch sich aus pragmatischen gründen auf bestimmte ‚themen‘ konzentriert.

c) es gibt keinen privilegierten standpunkt für die erkenntnis und veränderung globaler verhältnisse, d.h. niemand - ob im süden oder norden - sollte für sich in anspruch nehmen, wichtigere kämpfe als andere auszufechten. einzig auf der basis global vernetzter erkenntnis-, organisierungs- und widerstandsprozesse kann die herrschende welt aus den angeln gehoben werden.

d) viele der unmittelbaren problemlagen existieren im norden und süden gleichermaßen, das ist ein direkter effekt kapitalistischer globalisierung. exemplarisch seien die systematische zerstörung der existenzgrundlagen von kleinbäuerinnen und -bauern, die privatisierung von wasser, bildung, gesundheitsdienstleistungen etc. und die verschuldungsspirale öffentlicher haushalte genannt. und doch: so sehr die strukturellen gemeinsamkeiten herauszustellen und zur grundlage gemeinsamer kämpfe zu machen sind, die meist nicht minder großen niveau-unterschiede dürfen auch nicht aus den augen verloren werden. denn letztlich führt kein weg an der einsicht vorbei, dass dem globalisierten kapitalismus strukturelle interessensgegensätze (inklusive tiefgreifender ausbeutungsverhältnisse) zwischen norden und süden innewohnen - eine feststellung, die das wissen darum einschließt, dass die peripherisierung auch im norden voranschreitet, so wie umgekehrt, die interessensgegensätze im süden ebenfalls immer schärfer werden. den nord-süd-interessensgegensatz anzuerkennen, heißt indes nicht, sich (schuldgequält) nur noch für die kämpfe des südens solidarisch in's zeug werfen zu müssen. angesagt ist vielmehr, einen solidaritätsbegriff zu entwickeln, der solidarität als gleichberechtigte politische kooperation jenseits von paternalistischer dominanz, karitativem unterstützungseifer und unkritischer glorifizierung sozialer (bzw. nationaler befreiungs-)bewegungen im süden begreift. nur so können niveau-unterschiede (und andere differenzen) im direkten kontakt zwi-

schen nördlichen und südlichen bewegungsaktivist/innen offen kommuniziert und daraus gemeinsam die erforderlichen (ggf. auch programmatischen) schlussfolgerungen gezogen werden.

e) internationalismus ist ein offensiver, auf die aneignung globaler rechte (s.u.) abzielender kampf. die wahl der mittel ergibt sich einzig aus den jeweils konkreten gesellschaftlichen umständen.

f) last but not least: wie mensch das eben skizzierte verständnis bezeichnet, ist uns in letzter konsequenz egal: wir favorisieren zwar den begriff internationalismus, einfach deshalb weil es ein bewegungshistorischer aufgeladener begriff ist und weil wir glauben, dass um die jeweilige bedeutung von begriffen ohnehin ein ständiger kampf tobt, aber wir können auch andere positionen akzeptieren.

## 2. thematische ausrichtung des anti-g8-protestes

### a) auf dem weg zum gemischtwarenladen:

eine debatte um die thematische ausrichtung oder gar zuspitzung des anti-g8 2007-widerstands kann unseres erachtens nur sinnvoll geführt werden, wenn mensch sich zunächst einmal die gesamte palette möglicher thematischer anknüpfungspunkte vor augen führt. das mag simpel anmuten (zumal wir ja in hamburg bereits damit begonnen hatten), aber in unseren augen ist ein derartiges vorgehen geradezu notwendig, hilft es doch, voreilige engführungen zu vermeiden. in diesem sinne haben wir einige themen wild (!) zusammengestellt, die liste ist sicherlich nicht vollständig:

krieg/bürgerkrieg, iwf/weltbank (verschuldung & strukturanpassungsprogramm), wto (privatisierung, liberalisierung und deregulierung), slum-cities/stadt-landmigration (1 milliarde menschen leben weltweit in sog. slum cities), ressourcenkämpfe (wasser, strom, saatgut, boden etc.), flucht & migration vs. migrationspolitik/rassistische ein- und ausschüsse, hunger (kapitalistische agrarindustrie vs. ernährungssouverenität), krankheit & gesundheit (zugang zu medikamenten etc.), gesellschaftliches naturverhältnis (ökologische zerstörungen, ressourcenverbrauch, verlust von biodiversität), destruktions-technologien (atom, gentechnologie,

waffen etc.), patriarchale geschlechterverhältnisse & globalisierung, neoliberale umstrukturierung der arbeitswelt (prekariisierung/informelle schatten-ökonomien), antisemitismus, faschismus und weitere, reaktionäre ideologien/organisierungen (mit kapitalistischer globalisierung als zusätzlichem nährboden), ausbau staatlicher repressionsapparate (antiterrorabwehr, umstrukturierung urbaner räume etc.), abbau staatlicher sozial- und infrastruktureleistungen, usw. usf.

wir fänden es politisch wichtig, wenn möglichst viele, ja alle dieser (und weiterer) themen platz im anti-g8-bündnis bekämen. ja, wir denken, dass es angesagt ist, gruppen und netzwerke, die zu einzelnen dieser themen arbeiten, gezielt anzusprechen bzw. zu gewinnen. das ist im übrigen auch auf soziale bewegungen im globalen süden gemünzt, selbst wenn es diesbezüglich nur eingeschränkte kooperationsmöglichkeiten gibt (hierüber würden wir uns gerne intensiver austauschen - erinnert sei nur an die indische bauern- und bäuerinnen-karawane 1999). klar sollte allerdings auch sein, dass solche themen nicht nur schlicht addiert werden sollten, sie müssen vielmehr als ausdruck unterschiedlicher herrschaftsverhältnisse systematisch aufeinander bezogen werden. wir wissen selbst, dass das nicht immer einfach ist, schließlich ist sozialer widerstand keine seminarveranstaltung. aber eine balance sollte doch gehalten werden. wir finden (als einer von mehreren kritikpunkten), dass dies im kölnener aufrufentwurf überhaupt nicht geglückt ist: dieser wirkt auf uns bestenfalls wie ein brainstorming. was wir absolut vermissen, sind roten fäden, gewichtungen und kristallisationspunkte.

einzig: selbst wenn mensch viele dieser themen kompetent in unserer organisation unterbringen und außerdem einigermaßen gehaltvoll miteinander kurzschließen würde, es bliebe die frage, wie das ganze zugespitzt werden könnte - eine frage, die uns ja das gesamte hamburgertreffen über begleitet hat. im lichte der vielfalt und jeweiligen bedeutsamkeiten der oben aufgelisteten themen (und im lichte davon, dass sie alle einen klaren bezug zu g8 aufweisen) denken wir nicht, dass es sachlich gerechtfertigt wäre, bestimmte themen eigens herauszuheben. deshalb können wir dem von den hanauer/innen gemachten vorschlag nicht zustimmen (auch wenn er nah an unserer eigenen politischen ausrichtung liegt), "aneignung, migration und prekariisierung" als richtungweisenden untertitel einer gemeinsamen anti-g8-organisation zu wählen: über das konzept "aneignung" gibt es zwar brückenschläge zu allen möglichen themen (da stimmen wir hanau zu - s.u.),

indem das aber rückgebunden wird an prekariisierung und migration, findet letztlich doch eine thematische engführung statt, bei der vieles anderes, nicht minder bedeutsames außen vor bleiben würde (und das sagen wir durchaus im wissen darum, dass sich die hanauer/innen für einen analytisch breit ausgefächerten prekariisierungsbegriff stark machen). hieraus folgt für uns, dass wir uns auf dieser ebene eher für den thematischen (ursprünglich von uns ja ebenfalls verschmähten) gemischtwarenladen aussprechen möchten. das problem der thematischen zuspitzung (und somit klareren profilierung nach ‚innen‘ und ‚außen‘) muss demgegenüber anders gelöst werden.

### **b) vom gemischtwarenladen zur thematischen klammer "globale rechte aneignen!":**

statt uns auf die suche nach einer thematischen zuspitzung zu begeben, möchten wir vorschlagen (so wie es bereits in der einladung für das berliner treffen formuliert ist) mit einer art trans-thematischen klammer zu experimentieren: diese klammer sollte einerseits hinreichend allgemein sein, so dass sich möglichst alle themen darunter versammeln lassen, andererseits sollte die klammer eine politisch eindeutige bestimmung haben. denn beabsichtigt ist ja nicht, werbepsychologisch geschickt alle unsere themen unter einen hut zu kriegen; ziel ist es vielmehr - jedenfalls in unseren augen - einen kristallisationspunkt zu finden, mittels dessen sich die unterschiedlichen themen & kämpfe inhaltlich auf einen gemeinsamen nenner bringen und somit - trotz vielfalt - politisch überzeugend nach ‚außen‘ und ‚innen‘ vermitteln lassen.

konkret möchten wir als eine solche klammer das motto "globale rechte aneignen!" vorschlagen. wir begreifen diesen vorschlag als (experimentelle) alternative zum bereits in hamburg intensiv diskutierten konzept der hanauer/innen: "globalisierung von unten. angeignung - migration - prekariisierung". das politische hantieren mit globalen (sozialen und anderen) rechten ist innerhalb der radikalen linken eher eine jüngere erscheinung. in der anti-rassistischen linken ist es zwar schon seit längerem üblich - stichwörter wären "gleiche rechte für alle", "recht auf globale bewegungsfreiheit" oder "recht auf rechte", auch in der debatte um bedingungsloses grundeinkommen spielt der bezug auf "globale soziale rechte" nicht erst seit vorgestern eine zentrale rolle; doch grundsätzlich dürften es erst die letzten 1-3 jahre gewesen sein, in denen die rede von "sozialen rechten" - meist im direkten zusammenhang mit "aneignungskämpfen" - fuß innerhalb größerer teile der radikalen

linken gefasst haben. als exemplarische stichwörter seien die umsonst-kampagnen (inklusive "yomango"), der buko in kassel mit dem titel "aneignung - das ende der bescheidenheit", die gesellschaft für legalisierung oder die euromayday-parade in hamburg unter dem motto "ein sonntag für globale rechte" genannt.

uns ist durchaus bewusst, dass es trotz dieser aktuellen entwicklungen weiterhin starke vorbehalte gegen das politische operieren mit globalen (sozialen und anderen) rechten gibt. viele denken bei "rechten" sofort an den staat oder supra-staatlichen organisationen wie die uno, an die mensch sich bittstellend zu wenden habe, sobald globale (soziale und andere) rechte als forderung formuliert würden. allein: wir denken, dass diese spontane staats-assoziation weniger mit der logik globaler rechte selbst zu tun hat als vielmehr mit einem nicht-politischen (mainstream-)verständnis von rechten. denn rechte sind nichts, was mensch einfach hätte (qua menschlicher geburt), rechte müssen erkämpft werden. der grad ihrer verwirklichung - so medico international in einem papier - unterliegt der dynamik des sozialen und geschichtlichen kontextes und somit konkreten gesellschaftlichen kräfteverhältnissen. ablesbar ist dies am einfachsten daran, dass viele rechte das papier nicht wert sind, auf dem sie festgehalten werden. in diesem sinne möchten wir für ein politisches verständnis in sachen globaler rechte werben: globale rechte sind nichts, was einfach einklagbar wäre (die klage ist allenfalls ein element der politischen strategie, nämlich dann, wenn bestimmte rechte bereits schriftlich fixiert sind). globale rechte sind vielmehr etwas, das es zu erkämpfen gilt. sie werden mit anderen worten wirklichkeit, insoweit es gelingt, sich das dauerhaft (!) anzueignen, was einer/m zusteht.

"globale rechte aneignen!" ist nicht nur eine offensive forderung, sie geht auch ins grundsätzliche. dirk hauer hat das aus anti-kapitalistischer perspektive in einem thesenpapier unter dem titel "wir wollen alles - supermärkte und bäckereien" pointiert auf den punkt gebracht: "worum es in einer linken aneignungsperspektive vielmehr gehen muss, ist die kollektive (wider-)aneignung des eigenen lebens, d.h. der bruch mit der kapitalistischen herrschaft und kontrolle über unsere tätigkeiten, unsere zeit, unsere bedürfnisse (...), aneignung der arbeit" als aneignung der eigenen existenzbedingungen, als kampf gegen die herrschaft und kontrolle im arbeitsprozess, in den arbeitsbedingungen, in der arbeitsorganisation, im technikeinsatz."

wir denken, dass sich sämtliche der oben aufgelisteten themen mehr oder weniger bruchlos auf je konkrete (!!!) globale rechte beziehen und außerdem - so

denn gewollt - in entsprechende richtungsforderungen übersetzen lassen, ganz gleich, ob es sich um das recht auf wasser, das recht auf grundeinkommen, das recht auf unversehrtheit, das recht auf körperliche selbstbestimmung, das recht auf medizinische versorgung, das recht auf globale bewegungsfreiheit oder was auch immer handelt. wie flexibel das rechte-konzept ist, zeigt sich auch daran, dass andere netzwerke und bewegungen ebenfalls damit arbeiten: so fordert via campesina (ein weltweites netzwerk von kleinbauern und -bäuerinnen, landlosen und landarbeiter/innen mit ca. 200 millionen mitgliedern) schon seit langem das recht auf ernährungssouveränität. es versteht darunter nicht nur das recht auf nahrung, sondern auch freien zugang zu den für die selbstbestimmte nahrungsproduktion erforderlichen ressourcen, insbesondere land, wasser und saatgut.

### c) patriarchale geschlechterverhältnisse:

der umgang mit diesen scheint uns auch im neuen jahrtausend mehr als unausgegoren zu sein. zwar bestreitet niemand, dass es sich um ein zentrales herrschaftsverhältnis handelt, aber passieren tut im regelfall wenig - eigentlich nur dann, wenn auf der ‚persönlichen‘ ebene wieder mal ‚etwas‘ vorgefallen ist. auf der politischen ebene hingegen wird das thema meist dadurch (ruck-zuck) abgehandelt, dass die besondere auswirkung von herrschaftsverhältnissen auf frauen beschrieben wird (was im übrigen immer unterstellt, dass die norm männlich ist). hintergrund davon ist, dass frauen gemeinhin für kinder und andere reproduktive aufgaben zuständig sind und deshalb meist einer spezifischen situation unterliegen, sei es in der migration, im falle der privatisierung von wasser oder der streichung von lebensmittelsubventionen im zuge eines iwf-strukturanpassungsprogramms (um nur einige beispiele zu nennen). sachlich sind das zweifelsohne richtige aussagen, insofern ist es auch richtig, dass sie eigens genannt werden, dennoch finden wir es falsch, dass zu selten erwähnt, geschweige denn politisch ausbuchstabiert wird, dass dies mit einer bestimmten geschlechtlichen arbeitsteilung und somit patriarchalen geschlechterverhältnissen zu tun hat, einem verhältnis, wo der mann ja ebenfalls eine ‚besondere‘ position innehat. hierfür hat sich schon seit längerem der begriff des "strategischen schweigens" etabliert: mensch weiß zwar um ‚etwas‘ bestens bescheid, thematisiert ‚es‘ aber trotzdem nicht, mit dem effekt, dass dieses ‚etwas‘ zunehmend in der versenkung verschwindet und darin eine art zweite naturalisierung erfährt ("zweite naturalisierung" deshalb, weil es ja um die poli-

tische, d.h. gender-kritische thematisierung der reproduktionssphäre schon einmal wesentlich besser gestanden ist). unter'm stich kann das zu durchaus paradoxen situationen führen. zwei beispiele:

a) im köln paper wird den patriarchalen geschlechterverhältnissen eine ganze menge platz eingeräumt - was wir natürlich gut finden. am ende des aufrufentwurfs ist jedoch lediglich von "g8 verhindern - kapitalismus abschaffen - soziale revolution weltweit" die rede. hier fordert also das strategische schweigen auf der ebene der forderungen doch noch seinen tribut. für uns ist das mehr als ein missgeschick, wir sehen darin eine klare thematische prioritätensetzung, die wir auch als relativierung der geschlechterbezogenen abschnitte im aufrufentwurf interpretieren. b) auch im six hills-paper wird den patriarchalen geschlechterverhältnissen eine erklärtermaßen große bedeutung eingeräumt. dennoch reproduziert six hills (sicherlich ungewollterweise) die leerstellen, die das strategische schweigen innerhalb linker mainstream-kapitalismus-analysen hinterlassen hat: dort, wo six hills den globalisierten kapitalismus analysiert, werden die patriarchalen geschlechterverhältnisse nicht mit einem wort erwähnt. das aber führt in die irre, denn die weltweit vorangetriebenen liberalisierungs-, deregulierungs- und privatisierungsregime nehmen die patriarchalen geschlechterverhältnisse nicht nur als eine ihrer zentralen (aber ungenannten) voraussetzungen in regie, sie modeln sie auch grundlegend um - im süden wie im norden. wir möchten an diesem punkt stellvertretend ariane brensell zitieren, die das bereits vor 5 jahren in einem iz3w-sonderheft zur "zwischenbilanz der globalisierungskritik" mit deutlichen worten benannt hat: "begleitet vom umbau der staatlichen und überstaatlichen institutionen und arrangements - abbau des sozialstaats, privatisierung der öffentlichen aufgaben und zuständigkeiten - kommt es zu nachhaltigen verschiebungen zwischen öffentlichen und privaten sowie zwischen profit- und non-profit-bereichen, die das soziale ökonomisieren und es effizienz-kriterien unterwerfen. was diesen kriterien nicht unterworfen werden kann, wird noch weiter ins gesellschaftliche abseits katapultiert. damit sind diese tätigkeiten aber noch lang nicht überflüssig. sie werden vielmehr nebenbei und unbezahlt geleistet, jenseits der kriterienkataloge, in geringer werdenden zeitlücken. und zwar oftmals von frauen. daher ist ein ‚hinterland‘, das nicht unmittelbar nach kapitalgesetzen reguliert ist und nicht den gesetzen von profiten und produktivitätssteigerungen gehorcht, eine zentrale bedingung, eine art untergrund neoliberaler globalisierung."

insgesamt scheint uns an diesem punkt noch eine ganze menge debatte und gemeinsamer wissensaneignung ins haus zu stehen. auch hinsichtlich anderer aspekte der patriarchalen geschlechterverhältnisse, etwa zur frage, ob und in welchem ausmaß das weltweit hohe, teils sogar steigende gewaltlevel gegen frauen, mädchen, jungen, homosexuelle und transgender - ganz gleich ob in europa, lateinamerika oder anderswo - als ergebnis eines komplexen zusammenspiels zwischen patriarchaler kultur und neoliberalen bedingungen ohnmachts- und deklassierungserfahrungen verstanden werden kann (eine frage, die sich im übrigen auch hinsichtlich männerinterner gruppen- und einzel-gewalt stellt).

last but not least: wir möchten mit diesen anmerkungen nicht den eindruck erwecken, dass sich hinsichtlich der patriarchalen geschlechterverhältnisse innerhalb linker politik gar nichts bewegen würde. zwei (unmittelbar g8-bezogene) beispiele seien stellvertretend erwähnt: a) die auseinandersetzungen mit der situation (papierloser) hausarbeiterinnen - selbst ein geschlechterpolitisches thema - ist in den vergangenen jahren sehr ausdrücklich mit verschiebungen im geschlechterverhältnis der mittel- und oberklassen verknüpft worden: zunehmend wird es selbstverständlich, dass frauen aus diesen klassensegmenten ebenfalls erwerbsarbeit nachgehen, möglich wird das dadurch, dass frauen aus den subalternen klassen die hausarbeit übernehmen. b) im antimilitaristischen spektrum wird schon seit längerem der zusammenhang zwischen militär, krieg und geschlecht/zwei-geschlechtlichkeit thematisiert; in der auf dem hamburgertreffen verteilten zeitungsausgabe von "resista! wiederentwaffnung jetzt!" ist dieser thematik auf seite 3 ein langer artikel gewidmet. wir erwähnen das, weil wir auf gar keinen fall eine (meta-)debatte darüber führen wollen, wie in der linken politischen arena mit patriarchalen geschlechterverhältnissen zu verfahren sei. wir wollen nur, dass damit verfahren wird. nicht mehr und nicht weniger!

### d) globalisierung/aneignung/internationalismus/anti-imperialismus etc.:

dieses feld scheint mittlerweile (das hatte sich in hamburg bereits abgezeichnet) zu einem äußerst vielschichtigen gebilde angewachsen zu sein - weshalb wir die diesbezügliche bezugnahme im aktuellen einladungspapier ("globalisierung von unten vs. internationalismus") absolut verkürzt finden. konkret sehen wir mindestens 4 strömungen am werk: erstens sozialrevolutionäre optimist/innen wie die hanauer/innen, die vor allem auf weltwei-



te aneignungsbewegungen setzen und deshalb das motto "globalisierung von unten" stark machen, zweitens skeptiker/innen (zu denen wir uns zählen), die zwar gerne genauso optimistisch wie hanau wären, sich gleichzeitig aber auch von den negativen destruktionspotentialen des herrschenden globalisierungsprozess nachhaltig beeindruckt lassen, drittens apokalyptische melancholiker/innen wie die genoss/innen aus köln, denen - so jedenfalls haben wir ihr papier gelesen - fast jede hoffnung auf emanzipatorische veränderungsprozesse flöten gegangen ist und viertens anti-imperialistische gruppen, die in bastionen wie kuba und vietnam, aber auch in den "nationalen befreiungsbewegungen, etwa in kolumbien und venezuela, in nepal, in palästina, kurdistan und im baskenland" (input-papier für hamburg) wichtige kontra-punkte gegen den (g8-

)imperialismus sehen. wir denken, allen beteiligten gruppen dürfte klar sein, dass es kaum möglich sein wird, sämtliche dieser strömungen auf einen nenner zu bringen. vor diesem hintergrund ist es uns ein anliegen, dass wir uns gemeinsam verständigen, worüber wir tatsächlich diskutieren möchten und worüber nicht. denn wir fänden es fatal, wenn immer wieder die gleichen diskussionen hochkochen würden, deren verlauf ohnehin jede/r kennt. die in unseren augen beste lösung wäre, konkret zu bleiben. wir glauben nicht an den erfolg von debatten, wo mensch von der oktoberrevolution über den vietnam-krieg bis nach bolivien (und zurück) jettet. erfolgreicher sind unseres erachtens debatten, die anhand konkreter beispiele wie z.b. venezuela über strittige fragen geführt werden (etwa die frage, was die etwaige notwendigkeit sog. "vertikaler strukturen" unter

spezifischen historischen bedingungen betrifft). antworten auf diese und ähnliche fragen zu geben, fänden wir auch im hinblick auf bündnisfragen wichtig. konkret wäre es in unseren augen hilfreich, würde sich auf dem berliner treffen intensiver über die frage verständigt, wo die herrschende (globale) gesellschaft hinsteuert und welche rolle die (globale) linke in diesen prozessen spielt bzw. spielen könnte. wir sagen das nicht zuletzt im hinblick auf die initiative der interventionistischen linken, die ja ihr plädoyer für ein breites bündnis unter anderem mit der zeitdiagnostischen einschätzung begründet, dass es reale chancen gibt, durch explizit breite bündnispolitik die neoliberale hegemonie noch stärker als bislang zum bröseln zu bringen.

no lager bremen,  
Januar 2006

# Kapital Macht Krieg

## die Beherrschung verlieren!

**In Teilen des linksradikalen Spektrums gehört es zum guten Ton, politische Begriffe wie Kapitalismus, Imperialismus und Internationalismus zu verwischen oder zu vermeiden und sie unreflektiert durch den neuen Modebegriff "Globalisierung" zu ersetzen. Damit geht nicht nur eine inhaltliche Relativierung von realen weltpolitischen Zusammenhängen einher, sondern auch eine Diffamierung der Linken, die an diesen Zusammenhängen ihre politische Praxis orientieren.**

Wir wollen versuchen einige Argumente/Begriffe, die schon fast standardartig und nicht mehr hinterfragt innerhalb der Linken kursieren, durch konkrete Sachverhalte zu definieren. Damit wollen wir die inhaltliche Vorbereitung zum G8-Gipfel schärfen. Wir beziehen uns dabei auf Papiere, die bereits in der Diskussion sind.

1. Ist der Kapitalismus nur ein Teil der Unterdrückungsverhältnisse?
2. Imperialismus oder Globalisierung?
3. Emanzipation als ideologischer Standort und ideologisches Maß?
4. Sind nationale Befreiungsbewegungen reaktionär und nicht mehr solidaritätswürdig?
5. Sind die gegenwärtigen Kämpfe in Palästina und Irak reaktionär?

### 1. Ist der Kapitalismus nur ein Teil der Unterdrückungsverhältnisse?

Der Kapitalismus ist nicht "nur ein Teil der Verhältnisse"(1), er schafft diese Unterdrückungsverhältnisse, wie Sexismus, Rassismus und so weiter immer wieder neu. Es ist nicht entscheidend, ob es auch außerhalb des Kapitalismus Unterdrückungsmechanismen gibt, wir leben im Kapitalismus und entscheidend ist, dass er sie ständig neu gebiert, weil er sie für sein uraltes Konzept "teile und herrsche" braucht. Wir werden sie niemals los, wenn wir den Kapitalismus nicht loswerden. Der Kampf in Teilbereichen hat seinen Sinn - seine politische Perspektive nur dann, wenn in ihm ein Bewusstsein und eine Praxis stecken, die immer das Gesamte im Blick hat. Alles andere ist entweder Illusion oder linke Sozio-Kultur. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist jeder humanistische Fortschritt, jeder kollektive emanzipative Schritt, der Opportunität des Systems unterworfen und jederzeit rücknehmbar. Im letzten Jahrhundert ist das allein in der deutschen Geschichte schon ablesbar: Weimarer Republik, dann Faschismus, der alles erledigte was zuvor an Freiheiten erkämpft wurde, danach auf der einen Seite die DDR mit ihrem Sozialismusversuch, auf der anderen Seite die kapitalistische Kontinuität, Postfaschismus, dann die 68er Rebellion, die wieder Räume erkämpfte, jetzt seit mehr als zehn Jahren wieder die Verdichtung, das Rollback, die völlige Verwertung, Besetzung und Kontrolle.

So ist trotz der Frauenbewegung der Sexismus immer noch gesellschaftsfähig und hat sich verbrecherisch etabliert und ausgeweitet - ein Beispiel dafür ist der Frauenhandel. Der Rassismus ist institutionalisiert und abrufbar. Noch mal: Der Kapitalismus ist das Treibhaus aller Unmenschlichkeiten. Nicht die alleinige Geburtsstätte. Es gibt in ihm keine Möglichkeit für die kollektive/gesellschaftliche Überwindung der archaischen Unmenschlichkeiten. Und darum geht es. Nicht darum, was das einzelne Individuum oder eine kleine Schicht für sich zu erreichen in der Lage ist.

### 2. Imperialismus oder Globalisierung?

Wie ist die kriegerische Zerstörung der ökonomischen und kulturellen Grundlagen des Trikonts durch die Zentren zum Zwecke der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Arbeitskräfte anders zu nennen als Imperialismus!

Das gesellschaftliche Prinzip des Kapitalismus ist Konkurrenz. Sein Grundgesetz ist, dass der durch Ausbeutung erpresste Profit in neue Produktion investiert wird zur Erzeugung höheren Profits. Das verlangt die ständige Eroberung neuer Märkte, die Konzentration von Kapital und Produktion, Fusionen und feindliche Übernahmen von Konkurrenten, die Verschmelzung der Banken mit dem Industriekapital, bis hin zur Schaffung der Multis - der ganze ökonomische Ausdruck, den wir hier nicht näher beschreiben wollen. In diesem Rahmen vollzieht sich die Politik: Innenpolitisch in

der Ausbalancierung der Widersprüche und der Unterdrückung des Widerstandes, außenpolitisch als Ausweitung von Macht durch ökonomische Erpressung und nötigenfalls mit Krieg.

Die Einverleibung ganzer Kontinente durch heutige Industriestaaten hat im sechzehnten Jahrhundert mit der Kolonisierung begonnen, wurde einige Jahrzehnte lang durch die Oktoberrevolution und die nachfolgende Blockbildung des Sozialistischen Lagers gebremst, um nach dessen Zerfall mit entfesselter krimineller Energie nach dem Rest der Welt zu greifen. Der "Rest", das sind nicht nur die Territorien des ehemaligen sozialistischen Lagers, das sind alle Ressourcen der Welt und das sind die staatlichen Dienstleistungen: Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung.

Der Krieg und seine propagandistische Maskierung ist schon immer das erste und letzte Mittel der imperialistischen Mächte gewesen. Die Einverleibung ist von jeher mit Heilsbringung legitimiert worden. Zuerst war es das "Christentum", dann die "Demokratie", jetzt die "Menschenrechte". Der Widerstand wird immer von "Barbaren" geführt. Die mächtigsten imperialistischen Blöcke treiben heute die Ausbeutung der Welt voran. Hier in Konkurrenz, da gemeinsam. Die Gemeinsamkeiten liegen vor allem in der Bekämpfung des Widerstands gegen ihre Pläne. Und gemeinsam ist ihnen die Meinung, dass die Welt ihnen gehört. Die USA geben seit dem ersten Weltkrieg ökonomisch, seit dem zweiten militärisch und politisch den schmutzigen Ton an. Europa konsolidierte seine militärische und ökonomische Macht im profitablen Windschatten der USA und hat mittlerweile das ökonomische Potential der USA übertroffen.

Die Traditionslinien der imperialistischen Interessen Deutschlands/Europas, und der USA können wir hunderte Jahre zurückverfolgen, ausgehend von den heutigen Brennpunkten und Kriegen. Warum soll das plötzlich nicht mehr Imperialismus, sondern Globalisierung sein. Unser Kampf kann nur ein antiimperialistischer sein.(2)

Die USA sind kein "Synonym für Unterdrückungsmechanismen"(3), die funktionieren in allen kapitalistischen Gesellschaften ähnlich umfassend, hier subtiler, da brutaler. Der US-Imperialismus treibt eine am Ende zerstörerische Perspektive für die Menschen und ihre Umwelt brutaler vorwärts, als jede andere imperialistische Macht. Weil sie noch die Stärksten sind.

Die Herrschenden tragen ihre sinnentleerte Lebensphilosophie von der Freiheit der Ware in jeden Winkel der Welt. Ihre Mittel und Methoden sind Korruption, Betrug, Raub, Krieg und Folter. Ohne irgendwelche Bemäntelung proklamieren sie die Vernichtung jeden Widerstandes

gegen ihre Pläne der weltweiten Ausbeutung und reden dabei vom "Kampf gegen den Terrorismus".

Der G8-Gipfel ist das Treffen der Imperialisten, auf dem das Zusammenspiel der Rollen - einschließlich der Konkurrenzen - ausbaldowert wird. Sie besprechen die Reibungslosigkeit ihrer imperialistischen Strategien, handeln ihre Anteile an der Ausbeutung der Welt und ihre Anteile bei der Unterdrückung des Widerstands aus. Sie sind keine "Global Player", keine "Globalisierer", sondern die schamlose imperialistische Führungsbagage.

Die neoliberale Ideologie und Praxis bringt keine "Globalisierung" hervor, sondern mit konkreten Programmen schafft sie neue Erscheinungsformen von Abhängigkeitsverhältnissen. Das ist Neokolonialismus. Sie schafft neue Formen der Beherrschung, der Sklaverei und des Rassismus. Zum Beispiel ist eine Arbeit im Bereich der Migration nur dann sinnvoll, wenn ihre Ursache, das heißt der Imperialismus, bekämpft wird.

"Globalisierung" ist eine Bezeichnung, die mit einem Pokerface daherkommt und harmlos tut. Sie legt dem kapitalistischen Unterwerfungsprozess einen Mantel über, unter dem die konkreten Machenschaften verschwinden sollen, damit alles ganz zwangsläufig und alternativlos aussieht. Ein Begriff aus den neoliberalen Denkfabriken - in die Linke transportiert durch die NGOs. Die ideologischen Strategien des Gegners zielen immer erst auf die Neutralisierung und Entschärfung von Eindeutigkeit. Auf die Umwandlung von Begriffen mit geschichtlicher Erfahrung in leere Hüllen.

Wieso sollen wir uns diese Hülle aneignen! Dass dieser Begriff auch im "linksradikalen" Spektrum verteidigt wird, zeigt das Ausmaß des Verfalls von kritischem Denken. Es gibt auch keine "Globalisierung von unten"(4). Es gibt nur den Widerstand von unten, der sich organisiert, vernetzt und vielleicht lernt miteinander zu kämpfen. Alles andere ist modernistische Nachquatscherei, unerkant geschluckter Herrschaftsschleim.

### 3. Emanzipation als ideologischer Standort und ideologisches Maß?

"Selbstbestimmung ist nicht nur ein fernes Ziel, sondern zentrale Voraussetzung politischer Aktivität"(5). Welch fatale Illusion: die privilegierten Räume für die Bewusstseinsbildung hier in den kapitalistischen reichen Zentren für eine Voraussetzung zur Emanzipation zu halten. Wer ist hier frei? Unsere Emanzipation (Selbstbestimmung) ist ein ideologisches Ghetto, eine Pseudofreiheit im Kopf. Unsere Freiheit endet doch an jedem Arbeitsamt, vor

jeder Amtsstube, jeder Fabrik, an jeder öffentlichen Kamera, an jeder Bullenhundertschaft, an jedem Bankschalter, vor jedem Gericht und in jedem Supermarkt, der uns Nahrung aufzwingt, von der wir keine Ahnung haben, was drin ist.

Wie "selbstbestimmt" und "frei" sind wohl die Individuen in Bolivien, Venezuela, Chiapas, Palästina, Irak, Nepal und so weiter. Ist es nicht eher so, dass die zentrale Voraussetzung für politische Aktivitäten - wir sagen lieber die Voraussetzung zum kämpfen - das Bewusstsein von Unterdrückung ist und dass gerade dieses Bewusstsein hier bei uns fehlt und stattdessen eine elitäre Ideologie Fuß gefasst hat, die in ihrem Wesen nur auf ihre eigenen Prozesse und Diskurse schaut?

Mit welchem Recht werden diese Prozesse für universal gehalten und hegemonial in Beziehung gesetzt zu den Realitäten anderer, weit entscheidenderer Prozesse?

Die Vision einer befreiten Gesellschaft, in der dem Individuum alle Möglichkeiten seiner Emanzipation offen stehen, ist eine Sache. Eine andere Sache ist, anzunehmen, diese Vision sei nur realisierbar über Ansätze/Konzepte, die sich im Wesentlichen im europäischen Diskurs entwickelt haben, und die nicht den tatsächlichen Kämpfen in der Welt entsprechen.

Es gab ja vielfältige Ansätze: das Avantgardekonzept, die zentralistischen Partiestrukturen und Staatssozialismus, die nationalen Befreiungsbewegungen, die Guerilla in den kapitalistischen Ländern. Es gab den basisdemokratischen Ansatz bei den spanischen Anarchisten, bei den Räten, es gab große militante Massenbewegungen et cetera ... Alles falsch? Und nur noch der Distanzierung wert? Was ist das für ein Bewusstsein! Die Geschichte der Befreiung ist keine Wegwerfgeschichte. Das alles sind unsere Wurzeln. Was wir uns an Bewusstsein angeeignet haben kommt aus diesen Kämpfen. Es werden nach wie vor in der Welt heftige Kämpfe nach diesen Konzepten ausgefochten (Baskenland, Kurdistan, Kolumbien, Nepal, Palästina ...). Wir haben keinen Grund, ihnen die Solidarität aufzukündigen.

### 4. Sind nationale Befreiungsbewegungen reaktionär und nicht mehr solidaritätswürdig?

Kommen wir noch mal zu der unsäglichen Geschichtslosigkeit, die sich nach 1989 wie ein schleichendes Gift der Linken bemächtigt hat. Mit zwei Sätzen werden - schwupp - die nationalen Befreiungsbewegungen aus der Geschichte der Befreiung - in der unsere Geschichte ja nur ein kleiner Ausschnitt ist - herauskritisiert. Die mehr als dreißig Jahre lange internationalistische Arbeit und Solidarität sowohl

der BRD-Linken, als auch der DDR, wird mit all ihren Facetten in die Tonne getreten. Weil "wie der Name [nationale Befreiungsbewegung] schon sagt, sie auf ausschließenden Prinzipien aufbauen und die gleichen Strukturen reproduzieren"(6). Hier ist wieder dieser Blick, der sowohl die historischen, als auch die gegenwärtigen Prozesse in der Welt mit einem Bewusstsein erfasst, das sich im privilegierten Ghetto linker Debatten deutsch/europäischer Herkunft herausgebildet hat. Hier würden wir den bösen Vorwurf "eurozentristisch" ansprechen.

Dass in der bürgerlichen Herrschaft die eigene Nation stets ein ausschließendes Projekt ist, ist eine Binsenweisheit. Der Prozess der nationalen Befreiungen ist in der Geschichte aber eine historische Realität. Für die vom Kolonialismus ausgebeuteten Menschen war - und ist - der durch die Kolonisatoren gegründete und dominierte Nationalstaat der nahe liegende und zwangsläufige Bezugspunkt ihrer Kämpfe um Befreiung. Oder sollen die Bewegungen in Mexiko, Nepal oder sonst wo in der Welt gemeinsam gegen das nebulöse Empire antreten?

Eine Bevölkerung, die in ihrem eigenen Territorium besetzt und unterdrückt ist und für die keine anderen Werte als die der Kolonialisten gelten dürfen, vollbringt einen Akt der Emanzipation, wenn sie sich befreit. Die Befreiungsbewegung ist das Subjekt, das diesen Akt vorwärts treibt, indem sie organisiert gegen die Herrschaft kämpft. Das ist objektiv so, und völlig unabhängig davon, wie diese Befreiungsbewegung strukturiert und organisiert ist. Natürlich wird der Befreiungsprozess nicht von einem kollektiven Subjekt (einer Klasse) allein geführt, allerdings ist der geschichtliche Impuls für den Prozess sehr wohl abhängig von einem konkreten revolutionären Subjekt. Einem kollektiven revolutionären Subjekt, das im bestimmten Moment beginnt, die Machtfrage zu stellen.

Wer will widerlegen, dass die Befreiungsbewegungen im Trikont, einen Weg zur Entkolonisierung geöffnet haben, dass sie die scheinbar gottgegebenen Unterdrückungsverhältnisse zum Tanzen gebracht und dann zunächst zu ihren Gunsten verändert haben. Es gibt keine nationale Befreiungsbewegung mit der wir solidarisch waren, die nicht die universellen Ideale von der Befreiung des Menschen von Ausbeutung als Perspektive hatte. Nicht umsonst haben sie die Linken in Europa inspiriert. Die Organisation von Widerstand im nationalen Rahmen ging im 20. Jahrhundert keineswegs mit nationalistischen - im Sinne von chauvinistischen, ausschließenden - Ideologien einher. Weder in Lateinamerika, noch in Afrika. Selbst heute sprechen die Zapatisten von

nationaler Befreiung (EZLN). Will sie jemand als nationalistisch oder ausschließend verleumden, beziehungsweise ihre emanzipatorische Bedeutung in der Region wegzukritisieren?

Die heutigen Deformierungen (Korruption, Rückschritt, Aufgabe alternativer/antikapitalistischer Konzepte) bei nahezu allen einstmaligen emanzipatorischen Bewegungen und Organisationen, kann ihre geschichtliche Rolle als emanzipatorischen Impuls in einer ganz bestimmten weltpolitischen Kräftekonstellation des 20. Jahrhunderts nicht auslöschen. Die Geschichte aus der heutigen Deformierung wahrzunehmen ist zwar ein Trend, aber es ist dumm.

Wer die einfache Erklärung für diesen Niedergang in den politischen und organisatorischen "Fehlern" findet, macht sich keinen Begriff von der komplexen Macht und der komplexen Erfahrung des Systems - in hunderten von Jahren gesammelt und perfektioniert - mit der Widerstand zerschlagen, Alternativen verhindert, aufgelöst oder integriert werden.

Und schauen wir doch hier in Europa in den Spiegel: die gesamte Linke, die radikale ausdrücklich eingeschlossen, ist dem eigenen Deformierungsprozess nicht entkommen. Und das Problem ist: weil die Deformierung hier über die Enteignung von Bewusstsein und Geschichte läuft, kann sie es nicht mal reflektieren.

Es ist politisch unverantwortlich, den Widerstand der nationalen Befreiungsbewegungen, der sich auf linke und demokratische Inhalte bezieht, zu diskreditieren und jede Solidarität als politisch anrüchig zu verwerfen.

Der Begriff "national" wird in anderen Ländern von linken und fortschrittlichen Kräften inhaltlich anders gefüllt, als wir es mit der speziellen chauvinistischen und faschistischen deutschen, und der europäischen kolonialistischen Geschichte tun. Die sozialen Massenbewegungen zum Beispiel in Bolivien und Venezuela haben dazu ein ganz anderes Verhältnis.

Unverantwortlich deshalb, weil erstens damit auch den reaktionären und religiösen Kräften, die durch den entfesselten Kampf um Profite nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers auf die politische Bühne gespült wurden, die Räume überlassen werden. Zweitens, weil damit die staatliche Definition "Terrorismus" und die imperialistischen Programme für "den Kampf gegen den Terrorismus" implizit legitimiert werden.

### **5. Sind die gegenwärtigen Kämpfe in Palästina und Irak reaktionär?**

Und da sind wir jetzt bei dem, worum es heute geht: Die teilweise Unübersichtlichkeit der heutigen militärischen Kämpfe

gegen Besatzung, Unterwerfung, soziale und kulturelle Auslöschung, Feudalismus, neokoloniale Ausplünderung. Also konkret: Die Kämpfe in Palästina/Israel, Irak, Kolumbien, Nepal, Kurdistan, Baskenland.

Dazu zitieren wir einen Auszug aus einer Rede(7) von Arundhati Roy:

"Der irakische Widerstand kämpft auf der Frontlinie des Kampfes gegen das Imperium. Und daher ist dieser Kampf unser Kampf.

Wie jede Widerstandsbewegung vereinigt diese bunt zusammen gewürfelte Fraktion frühere BaathistInnen, Liberale, IslamistInnen, beleidigte Kollaborateure, KommunistInnen, und andere. Selbstverständlich ist sie voll von Opportunismus, inneren Streitigkeiten, Demagogie und Kriminalität. Aber wenn wir nur makellose Bewegungen unterstützen, dann wird keine Widerstandsbewegung unserer moralischen Reinheit würdig sein.

Das soll nicht heißen, dass wir Widerstandsbewegungen nicht kritisieren sollen. Viele von ihnen leiden an einem Demokratiemangel, an einer Verherrlichung ihrer "Führer", einem Mangel an Transparenz, einem Mangel an Vision und Zielrichtung. Aber am meisten leiden sie an ihrer Verteufelung, Unterdrückung und einem Mangel an Ressourcen.

Bevor wir vorgeben wie ein moralisch hochwertiger irakischer Widerstand seinen weltlichen, feministischen, demokratischen, gewaltfreien Kampf zu führen hat, sollten wir den Widerstand auf unserer Seite verstärken, und die USA, sowie die mit ihr verbündeten Staaten, dazu zwingen sich aus dem Irak zurückzuziehen.

In den Vereinigten Staaten fand die erste militante Konfrontation zwischen der Bewegung für weltweite Gerechtigkeit und der neoliberalen Junta, wie gut bekannt ist, im September 1999 bei der WTO-Konferenz in Seattle statt. Für viele Massenbewegungen in Entwicklungsländern, wo sie schon seit langem einsam und isoliert gekämpft hatten, war Seattle das erste erfreuliche Zeichen, dass ihr Zorn und ihre Vision für eine andere Art von Welt, von Menschen in den imperialistischen Ländern geteilt wird."

Alle gegenwärtigen antiimperialistischen Kämpfe beinhalten sowohl emanzipative als auch reaktionäre Momente. Das ist ja nichts Neues, die Geschichte kennt es gar nicht anders. Es hängt doch auch von den unterstützenden Kräften ab, welche Momente erstarken und eine fortschrittliche Perspektive einleiten können. Es ist ja kein Zufall, dass die reaktionären und religiösen Kräfte nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers überall die Felder besetzten, die von den Linken verlassen wurden.

Diese reaktionären Kräfte waren bis dahin immer die heimlichen Verbündeten der imperialistischen Politiker gewesen. Dass sie jetzt ein Teil des Widerstands gegen die imperialistische Besetzung sind, ist eine Realität, die uns nicht gefällt, die aber nicht den Widerstand grundsätzlich delegitimiert.

Ein reaktionäres Regime wie im Irak, das den Interessen der Besatzer dient, das die Sharia wieder einführt, die Ressourcen des Landes plündern lässt, jedem US-Soldaten und herscharren von Söldnern privater Konzerne das Recht zu morden, zu foltern, zur Freiheitsberaubung gibt, hat keinerlei Legitimität. Das Recht zum Widerstand dagegen ist selbst nach dem Völkerrecht verbrieft. Wir müssen die fortschrittlichen Kräfte des Widerstands moralisch und politisch unterstützen, damit sie in einem von der Besetzung befreiten Irak den fundamentalistischen Kräften bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse

nicht unterliegen.

Das gleiche gilt für Palästina. Der Widerstand der PalästinenserInnen gegen die israelische Besetzung wird nicht dadurch illegitim, dass es einen von den deutschen Faschisten zu verantwortenden Holocaust gab. Wer sagt: wir sind zwar gegen die Besetzung, aber der Widerstand dagegen ist reaktionär, der kann sich sein Lippenbekenntnis gegen die Besetzung sparen.

### Schluss

Die PGA-Hallmarks bieten ein breites politisches Fundament, das den verschiedenen Spektren der radikalen Linken, sowohl Handlungseinheit, wie auch Handlungsfreiheit erlaubt. In ihnen sind die wesentlichen Grundlagen linken Bewusstseins enthalten.

Gegeninformationsbüro Berlin | Januar 2006

### Fußnoten:

- 1 aus "Unser Nein ist das Ja zum Nichts des Ganzen" der Inhalte-AG Mannheim-Heidelberg
- 2 Mit welchen ineinander greifenden Strategien, welchen Mitteln und Methoden und mit welchen Auswirkungen auf unser Leben die Eroberung und Zerstörung der Welt gegenwärtig betrieben wird können wir in dem Papier der Kölner GenossInnen "Kapital Macht Krieg" nachlesen
- 3 aus "Unser Nein ist das Ja zum Nichts des Ganzen" der Inhalte-AG Mannheim-Heidelberg
- 4 Vorschlag für das Motto der G8-Gegenaktivitäten der Glocal Group (Hanau)
- 5 aus "Dissent - dem globalen Kapitalismus entgegentreten" von der Gruppe Six Hills
- 6 aus "Unser Nein ist das Ja zum Nichts des Ganzen" der Inhalte-AG Mannheim-Heidelberg
- 7 gehalten am 16. August 2004 in San Francisco, Kalifornien mit dem Titel "Die Macht der Zivilgesellschaft in einer imperialen Zeit"

# Über die Notwendigkeit einer Wiederentdeckung Globale Landwirtschaft und die Macht kapitalistischer Agrarindustrie

**So erfreulich die Tatsache an sich war, es hatte etwas Eigentümliches, streckenweise auch Befremdliches, mit welcher Ausführlichkeit und freimütigen Sachlichkeit (nicht nur) die Mainstream-Medien dem Themenkomplex globale Landwirtschaft vor und während der WTO-Tagung in Hongkong im Dezember 2005 Aufmerksamkeit zollten. Kaum zu übersehen war allerdings auch, dass dies ohne nennenswertes Zutun größerer Teile der Bewegungslinken erfolgt ist. Vielmehr blieb es hier zu Lande (wie bereits in den vergangenen Jahren) vor allem attac und Resten der BUKO, einigen wenigen NGOs sowie kleinbäuerlichen Zusammenschlüssen, z.B. der Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft, überlassen, diesbezüglich überhaupt so etwas wie kritische Öffentlichkeit herzustellen, mit-hin zu simulieren.**

Die Zeiten scheinen längst vergessen, als sich ganze Generationen junger Linker nicht zuletzt an der so genannten Hungerfrage (und somit an der Macht kapitalistischer Agrarindustrie) politisierten, meist sogar radikalisierten. Exemplarisch erwähnt seien in dieser Hinsicht der 1975 erstmalig veröffentlichte Klassiker "Vom Mythos des Hungers", die Film-Doku "Septemberweizen" über die (mittlerweile verblichene) Marktmacht von Getreidehändlern und das heute noch (in vielen Abschnitten) aktuelle BUKO-Handbuch "Wer Hunger pflanzt und Überschuss erntet" (1987). Eingebettet sind diese Auf-

klärungs Bemühungen stets in konkrete politische Arbeit gewesen, nicht nur kampagnenförmig, etwa durch die von der BUKO lancierte Kampagne "Stoppt Futtermittelimporte", sondern auch praktisch-solidarisch, sei es beim Brigadeneinsatz auf dem Feld in Nicaragua oder durch den Aufbau direkter Vermarktungsstrukturen für Kaffee und andere Produkte (Stichwort: Sandino-Dröhnung). Politischer Höhepunkt dürfte die Anti-IWF-Kampagne 1988 gewesen sein; die unmittelbaren Auswirkungen der IWF-Strukturanpassungsprogramme wurden seinerzeit insbesondere anhand der (Ernährungs-)Situation sowohl von Kleinbauern und -bäuerinnen als auch der subalternen Klassen in den Städten bzw. slum-cities verdeutlicht.

An diese Kämpfe kann heute nicht mehr nahtlos angeknüpft werden. Nicht nur weil das Thema in der Zwischenzeit an Komplexität reichlich zugenommen hat, sondern auch deshalb, weil es innerhalb der radikalen Linken im Zuge der 1990er Jahre zu einem handfesten Bewusstseinsbruch in Sachen globaler Landwirtschaft gekommen ist, oder ungeschminkt: zu regelrechter kollektiver Amnesie. Der gesamte Themenkomplex gilt als out, er wird lieber NGOs überlassen (auf die mensch gleichzeitig schimpft) oder klassischen Hilfswerken (von denen mensch eigentlich weiß, dass sie Teil des Problems sind). Im Regelfall werden besagte Kämpfe als Sinnbild einer Epoche linker Politik begriffen, um die mensch vorzugsweise einen Bogen schlägt. Gemeinhin wird dies - wenn überhaupt - mit dem Überschuss

moralischen Adrenalins begründet, das anno dazumal in zahlreichen Aktionen und Kampagnen mit am Start gewesen sei.

### 30 Mio. Hungertote sind eine politische Herausforderung

So berechtigt die Kritik in vielerlei Hinsicht ist, die Konsequenzen, die daraus gezogen werden, sind dennoch falsch, mitunter auch zynisch: Erstens gilt es weiterhin, die barbarische, jede konkrete Vorstellungskraft sprengende Zahl von jährlich ca. 30 Mio. Hungertoten weltweit als politische Herausforderung zu begreifen, sie taugt nicht als diskursiver Einsatz, weder um Aktivismus zu erpressen, noch politische Indifferenz zu rechtfertigen. Zweitens: Landwirtschaft ist im globalen Maßstab immer noch die dominante Realität schlechthin - konkreter: Weltweit lebt etwas mehr als die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung von der Landwirtschaft, ob als (subsistenzorientierte) Kleinbäuerinnen und -bauern oder als LandarbeiterInnen.

Die Konsequenzen agrarpolitischer Beschlüsse durch die WTO und anderer, gleichfalls auf Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung abzielender Vertragswerke betreffen also unmittelbar Hunderte Millionen Menschen, womöglich mehr. Dem entspricht in Europa, dass zwar die Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe eine ökonomisch nur noch untergeordnete Rolle spielt, dass jedoch die weiterverarbeitende Ernährungs- und Getränkeindustrie (als eine zentrale Säule des Agrobusiness) mit einem Umsatz von rund



800 Mrd. Euro und ca. vier Mio. Beschäftigten weiterhin der größte verarbeitende Sektor in der EU ist - noch vor der Automobil- und Chemieindustrie.

Drittens steht globale Landwirtschaft für zahlreiche weitere Problemkomplexe. Beispielhaft genannt seien nur die massiven ökologischen (und somit sozialen) Verwerfungen im Zuge kapitalistischer Agrarindustrie oder Landflucht, zu deren Kehrseiten unter anderem die Existenz gigantischer, jeder Beschreibung spottender slum-cities im globalen Süden gehört (s.u.).

Feststehen sollte demnach zumindest soviel: Der Themenkomplex globale Landwirtschaft harrt neuerlicher Aneignung durch politische und soziale Bewegungen in (West-)Europa; damit könnte auch eine (neue) Brücke zu den unterschiedlichen bäuerlichen Bewegungen rund um den Globus geschlagen werden - als dem wohl immer noch stärksten Arm innerhalb der globalen Multitude. Und doch: Es dürfte kaum bestreitbar sein, dass eine derartige Renaissance politischer Auseinandersetzung mit globaler Landwirtschaft derzeit wenig wahrscheinlich ist. Dennoch lohnt es, einen (groben) Überblick über die einzelnen damit verknüpften Facetten und Kämpfe herzustellen. Nicht nur weil die Problematik weiterhin existiert und deshalb von Zeit zu Zeit in Erinnerung gerufen werden sollte. Nein, genauso wichtig ist, dass derzeit mindestens zwei politisch bedeutsame Anknüpfungspunkte existieren.

Einerseits die Proteste und Organisationen, die sich im (aktuellen) WTO-Kontext herausgebildet haben; sie sind vor allem deshalb bedeutsam, weil ja in Hongkong kaum konkrete agrarpolitische Beschlüsse gefällt wurden, es also auch in den nächsten Jahren massive Auseinandersetzungen darüber geben wird, wo, durch wen und unter welchen (Produktions-)Bedingungen zukünftig landwirtschaftliche Rohstoffe sowie Nahrung und Getränke weltweit produziert werden. Andererseits ist der im Mai 2007 im Ostseebad Heiligendamm/Mecklenburg-Vorpommern gastierende G8-Gipfel zu nennen. Klar scheint nämlich, dass sich hier zu Lande (nahezu) die gesamte Linke - von entwicklungs- und umweltpolitischen NGOs über attac bis hin zur radikalen Linken - auf den Gipfel beziehen wird. Hierin liegt die Chance, den Themenkomplex globale Landwirtschaft innerhalb linker Zusammenhänge zumindest wieder diskurs- und somit salonfähig zu machen.

### **Für das Recht auf Ernährungssouveränität**

Ausgangspunkt jeder Auseinandersetzung mit globaler Landwirtschaft sollte das Recht auf Ernährungssouveränität sein. Die Forderung stammt ursprünglich von via

campesina, einem weltweiten Zusammenschluss von Kleinbauern und -bäuerinnen, LandarbeiterInnen und Landlosen mit ca. 200 Mio. Mitgliedern. Ernährungssouveränität umfasst mehr als das Recht auf freien Zugang zu einer ausreichenden Menge gesunder, nahrhafter und kulturell üblicher Lebensmittel; vielmehr ist auch das Recht gemeint, Nahrung in bäuerlicher, d.h. nicht-industrialisierter Produktion herstellen zu können und somit das Recht, über die hierfür erforderlichen Produktionsmittel zu verfügen, insbesondere Land, Wasser und Saatgut. Grundlegende Eigentums- und Verteilungsfragen sind demnach durch das Recht auf Ernährungssouveränität ebenfalls adressiert. Allein: Im globalisierten Kapitalismus ist dieses Recht mehr denn je für unzählige Menschen in Frage gestellt, ja außer Kraft gesetzt; verantwortlich ist hierfür ein Bündel ganz unterschiedlicher Ursachen.

1. Seit den frühen 1980er Jahren hat der IWF im Rahmen seiner Strukturanpassungsprogramme zahlreiche Länder des globalen Südens zur Reduzierung von Lebensmittelsubventionen, zur weitgehenden Aufgabe staatlicher Infrastrukturleistungen im landwirtschaftlichen Sektor (z.B. staatliche Vertriebsstrukturen, von denen vor allem Kleinbauern und -bäuerinnen profitiert haben), zur umfassenden Öffnung ihrer Agrarmärkte und zur Ausrichtung landwirtschaftlicher Produktion auf cash-crop-Exportprodukte wie z.B. Kakao, Zuckerrohr oder Baumwolle gezwungen (hinter Letzterem stand das Interesse, dass die betroffenen Länder die für ihre Schuldentilgung erforderlichen Devisen verdienen mögen). Im Gegenzug haben die EU und die USA das genutzt, ihre systematisch erzeugten Agrarüberschüsse loszuschlagen: Mittels Exportsubventionen wurden die Märkte der betreffenden Länder mit Getreide, Milchprodukten, Zucker, Fleisch etc. zu Dumpingpreisen überschwemmt. Folge war, dass viele Kleinbauern und -bäuerinnen (auch aus anderen Ländern des globalen Südens) ihre Produkte nicht mehr losschlagen konnten und Pleite machten. (vgl. ak 500)

2. Das im Rahmen der WTO 1995 abgeschlossene Agrarabkommen hat die durch den IWF hervorgebrachten Verhältnisse einerseits im globalen Maßstab verankert, andererseits vertieft und unumkehrbar gemacht. Ein einfaches Beispiel möge dieses Zusammenspiel illustrieren: Zwischen 1990 und 2000 wurden die Zölle auf landwirtschaftliche Produkte in den Ländern des globalen Südens von 30 Prozent auf 18 Prozent gesenkt: Diese Reduzierungen waren zu 66 Prozent IWF-Vorgaben, zu 25 Prozent dem WTO-Agrarabkommen und zu 10 Prozent anderen Frei-

handelsabkommen geschuldet.

3. Sämtliche Phasen der Agrar-Wertschöpfungskette sind von jeweils wenigen transnationalen Konzernen bestimmt - mit katastrophalen Auswirkungen für die kleinbäuerlichen ProduzentInnen: Die Saatgutkonzerne nutzen ihre Marktmacht, um immer höhere Preise für Saatgut durchzusetzen, so wie es das ebenfalls im WTO-Rahmen abgeschlossene TRIPS-Abkommen den Saatgut-Konzernen zusätzlich ermöglicht, qua Patentrecht die Saatgut-Abhängigkeit der ProduzentInnen permanent zu vergrößern - einschließlich Biopiraterie und weiteren, meist gentechnologisch fundierten Schikanen. (vgl. ak 499) Die großen Zwischenhändler kaufen aus Kosten- und anderen Gründen (Verpackungsstandards etc.) ihre Produkte überwiegend bei GroßproduzentInnen; Kleinbauern und -bäuerinnen haben demgegenüber immer weniger Möglichkeiten, ihre Produkte überhaupt zu vermarkten. Am Ende der Wertschöpfungskette sitzen die Supermarktketten, sie zahlen den Zwischenhändlern immer weniger, was diese wiederum den ProduzentInnen vom Preis abziehen. Konsequenz hiervon ist, dass es zu einer immer stärkeren Umverteilung zwischen ProduzentInnen und den nachgelagerten Instanzen in der Agrar-Wertschöpfungskette kommt: So hat sich zwar der Kaffee-Umsatz im weltweiten Einzelhandel zwischen 1990 und 2003 verdoppelt, die Einnahmen der kaffeeproduzierenden Länder hingegen halbiert.

4. Durch gezielte Ausweitung der auf Großplantagen betriebenen Exportproduktion (s.o.), Übertage-Goldabbau, Ölpipelines, Großstaudämme etc. - alles Maßnahmen, die nicht selten im Namen von IWF und Weltbank erfolgen - werden Kleinbauern und -bäuerinnen systematisch von ihrem Land vertrieben. Ohnehin bestehende Verteilungsgerechtigkeiten in Sachen Land werden dadurch verschärft, zumal IWF und Weltbank nichts unversucht lassen, umfassende Landreformen aus prinzipiellen (d.h. politischen) Gründen zu verhindern.

### **Im Zangengriff von IWF, WTO und transnationaler Konzerne**

Die Konsequenzen der hier geschilderten, sich häufig überlappenden Prozesse sind vielfältig, sie lassen sich nicht auf einen Nenner bringen:

1. Hunger: Etwa 850 Mio. Menschen hungern weltweit, ca. 30 Mio. sterben jährlich, davon ungefähr 6 Mio. Kinder. Weitere Konsequenzen sind unter anderem Kleinwüchsigkeit, Blindheit und stark eingeschränkte Arbeitsfähigkeit. 80 Prozent der Hungernden sind (landlose)

Klein(st)bauern und -bäuerinnen, 20 Prozent lebt in der Stadt, meist Menschen, die vom Land geflohen sind. Hunger ist stets das Ergebnis komplexer Prozesse, auf keinen Fall sollte er als Mengenproblem beschrieben werden (Stichwort: "Vom Mythos des Hungers").

2. Die in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten forcierten Umstrukturierungsprozesse in der Landwirtschaft enden immer häufiger im weitgehenden Verlust kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen und somit in (absoluter) Armut. Das gilt - bei allen Niveau-Unterschieden - für Kleinbauern und -bäuerinnen im Süden genauso wie im Norden. Denn überall stehen diese unter massivem Konkurrenzdruck; auch in der EU ist das endgültige Aus für die Mehrzahl kleinbäuerlicher Betriebe nur noch eine Frage der Zeit. Dies sich in aller Deutlichkeit vor Augen zu führen, ist wichtig. Denn der eigentliche Interessensgegensatz verläuft nicht - wie immer wieder suggeriert - zwischen Norden und Süden, sondern zwischen einerseits agrarindustrieller und andererseits kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Während z.B. in der EU ein Großteil der Agrar-Subventionen in die Taschen agrarindustrieller Großbetriebe und der weiterverarbeitenden Nahrungsmittelindustrie (Molkereien, Zuckerraffinerien, Schlachtereien etc.) fließt, sind es im Süden allenfalls die großen cash-crop-Plantagenbesitzer, die von Marktöffnungen im Norden profitieren. Letzteres ist z.B. auf dem Zuckerweltmarkt zu beobachten: Dort stehen sich brasilianische Zuckerbarone und kleinbäuerliche ZuckerproduzentInnen (unter anderem aus zahlreichen afrikanischen Ländern) unversöhnlich gegenüber. Derartige Süd-Süd-Interessensgegensätze zu betonen, heißt im übrigen nicht, die Tatsache zu leugnen, dass die KonsumentInnen im Norden hochgradig von den Machtungleichgewichten auf den globalen Agrarmärkten profitieren, nicht zuletzt in Gestalt niedriger Preise.

3. Sowohl die radikalen Marktöffnungen als auch die Ausrichtung landwirtschaftlicher Produktion auf cash-crop-Exportprodukte haben die Importabhängigkeit der betroffenen Länder massiv erhöht: So ist z.B. in Kenia der Wert der Nahrungsmittelimporte in den ersten drei Jahren nach In-Kraft-Treten des WTO-Agrarabkommens um 30 Prozent gewachsen, in Indien sogar um 168 Prozent. Faktisch heißt das, dass aus vielen Nettoexporteuren Nettoimporteure in Sachen Nahrung geworden sind. Da im Gegenzug jedoch der Wert für die meisten cash-crop-Produkte auf den Weltmärkten massiv gesunken ist (Stichwort: terms of trade), müssen viele Länder mittlerweile beträchtliche Summen ihrer Devisen-Exportgewinne für Nahrungsimporte

aufwenden. Hinsichtlich cash-crop-Produktion sei noch angemerkt, dass deren Nutzen für die Bevölkerung tendenziell gleich Null ist. Erstens werden auf den Plantagen nur wenige und obendrein schlecht bezahlte Arbeitsplätze geschaffen, zweitens ist das Land nicht für kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion verfügbar und drittens kommen die dort erwirtschafteten Gewinne vornehmlich den Plantagenbesitzern zu Gute. Die gerne zitierten trickle-down-Effekte zu Gunsten allgemeiner Infrastrukturentwicklung u.ä. fallen demgegenüber eher läppisch aus.

Katastrophale Folgen der Agrar-Wertschöpfungskette

4. Nahrungsmittelproduktion und -zubereitung ist auf das Allerengste mit patriarchalen Geschlechterverhältnissen verschränkt. Konkret: Auf lokaler Ebene sind es weltweit überwiegend Frauen, die mit Nahrungsdingen zu schaffen haben. Sämtliche der hier geschilderten (Negativ-)Entwicklungen müssen demnach insbesondere von Frauen aufgefangen werden, sind also ohne Verschiebungen in den patriarchalen Geschlechterverhältnissen nicht denkbar. Erschwert wird die Gesamtsituation außerdem durch oftmals klassisch-sexistische Verhältnisse; z.B. dürfen Frauen vielerorts weder Land besitzen noch Kleinkredite aufnehmen.

5. Es ist in jüngerer Zeit vor allem Mike Davis gewesen, der die Entstehung riesiger slum-cities mit weltweit knapp 1 Mrd. (sic) BewohnerInnen auf die insbesondere durch IWF und WTO hervorgerufene Abwanderung überflüssiger landwirtschaftlicher Arbeitskräfte zurückgeführt hat - ein Prozess, der laut Davis auch unabhängig davon stattfindet, dass die Städte schon lange ihren Status als Jobmaschinen eingebüßt haben. Samir Amin, Direktor des Dritte Welt Forums in Dakar, wird diesbezüglich noch deutlicher: "Eine Forcierung der Kapitalisierung der Landwirtschaft wird nämlich nichts weniger als den sozialen Genozid der Hälfte der Menschheit nach sich ziehen. Für sie gäbe es keinen Platz mehr." Das mögen zwar drastische Worte sein, sie verweisen aber darauf, dass Landflucht im 21. Jahrhunderts anders als im Europa des 19. Jahrhundert keinesfalls bedeutet (mit tendenzieller Ausnahme von China), automatisch ein neues Auskommen zu finden. Solcherart Zusammenhänge zur Kennt-

nis zu nehmen, ist wichtig. Denn sie machen deutlich, dass die "Verteidigung" kleinbäuerlicher Landwirtschaft nichts mit rückwärts gewandter Romantisierung bäuerlicher Lebensart zu tun hat (wie in linken Zusammenhängen gerne kolportiert), stattdessen jedoch mit praktischen Fragen des nackten Überlebens.

6. Industrialisierte Landwirtschaft schlägt auch ökologisch negativ zu Buche (inklusive sozialer Rückkoppelungseffekte wie Landflucht etc.). Stellvertretend seien genannt: Bodenerosion bzw. Boden- auslaugung, Versteppung, Wasserverschmutzung, Senkung des Grundwasserspiegels, Verlust von Biodiversität, Qualitätsverlust der Nahrungsmittel (nebst gesundheitlicher Folgekosten) und Waldrodungen. Schätzungen vermuten, dass z.B. in Indien jeder US-Dollar, der aus Agrarexporten erzielt wird, einen ökologischen Schaden von etwa fünf bis zehn US-Dollar verursacht.

Das Recht auf Nahrungssouveränität ist eingangs als archimedischer Bezugspunkt der politischen Auseinandersetzung mit globaler Landwirtschaft vorgestellt worden. Dieses Recht kann auch als Richtungsforderung verstanden werden. (vgl. Seibert/Rätz in ak 499) Denn enthalten sind nicht nur Bezugnahmen auf konkrete Kämpfe im Hier und Jetzt (einschließlich mehr oder weniger realpolitischer Forderungen, z.B. des Rechts einzelner Staaten, ihre eigenen Agrarmärkte durch Zölle zu schützen). Vielmehr gibt es auch Bezugnahmen auf weiterreichende Perspektiven. Verkörpert werden diese nicht zuletzt durch soziale Bewegungen im globalen Süden, seien es Landbesetzungen in Brasilien, koreanische Bauern und Bäuerinnen auf den Barrikaden von Cancun und Hongkong oder Baustellenbesetzungen in Indien - etwa im Kampf gegen Großstaudämme.

Gregor Samsa

erschieden in: ak, 502, Januar 2006



# Von G8 zu COP9 - Zwei Gipfel, ein Protest!

Wir mobilisieren gegen den Raub der biologischer Vielfalt und die Patentierung von Leben

Wir – die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie – beteiligen uns an den Protesten gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Wir wollen unterbinden, dass biologische Vielfalt und traditionelles Wissen weiterhin zur grünen Beute von Konzernen werden. Wir sehen aber auch die Kontinuität dieser neuen Form des Kolonialismus, bei der das G8-Treffen nur ein Forum unter vielen ist. Nach der Enteignung von Land und der Versklavung von Menschen im Laufe der kolonialen Eroberung der Welt ist Biopiraterie eine weitere große Enteignungswelle im Rahmen der kapitalistischen Expansion.

## G8 – geistige Eigentumsrechte auf dem Vormarsch

Die Regierungschefs der G8-Länder sprechen auf ihren jährlichen Gipfeltreffen das politisch-strategische Vorgehen ab. Die weitere Durchsetzung „geistiger Eigentumsrechte“ wird ein Schwerpunkt der Absprachen in Heiligendamm sein. Unter anderem geht es dabei um Patente auf Pflanzen und Tiere, deren Gene sowie Gene des Menschen - mit anderen Worten um Biopiraterie.

Biopiraterie bedeutet: biologische Substanzen und das dazu gehörige traditionelle Wissen werden zu Privateigentum gemacht. Es klingt paradox, aber es ist so: zuerst wird gestohlen und danach wird das Diebesgut rechtlich geschützt. Diesem

Zweck dienen Patent-, Sortenschutz- und Markenrecht sowie internationale Verträge wie das TRIPS-Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO). Die Verschärfung dieser "Schutzmechanismen" wird in den informellen Gesprächen der Regierungschefs vorangetrieben.

## Von G8 zu COP9

Die Spur führt vom G8-Treffen in Heiligendamm geradewegs nach Bonn, wo sich 2008 die COP9 versammeln wird, das neunte Nachfolgetreffen der Teilnehmerstaaten der UN-Konvention über Biologische Vielfalt (CBD). Während es bei G8 um die Absicherung (nicht nur) der grünen Beute geht, steht bei COP9 die Reglementierung dieses Diebstahls auf dem Programm. Die CBD setzt auf eine Kombination von Schutz und Nutzung der Natur, die ausdrücklich ihre Kommerzialisierung einschließt - eine Gleichung, die so nicht aufgeht. Schutz der Biodiversität gelingt nur mit den Menschen vor Ort unter Respektierung ihrer Rechte ? etwas, das die CBD bislang nicht leisten kann und will.

Deshalb fordern wir:

- die Abschaffung geistiger Eigentumsrechte auf Leben, wie Patente, Sortenschutzrechte u.a.;
- die volle Anerkennung der Rechte der indigenen und kleinbäuerlichen Gemeinschaften sowie ihre Beteiligung an jeglicher Entscheidungsfindung im Rahmen der CBD;
- die Umwandlung der schwachen

Schutzempfehlungen der CBD in starke juristische Instrumente.

Die Kämpfe sozialer Bewegungen gegen Patente, gegen Machtkonzentration, gegen Privatisierung und gegen die Kontrolle über biologische und kulturelle Vielfalt müssen gestärkt werden.

So wehren wir uns gegen die Kontrolle unserer Ernährung und unserer Gesundheitsversorgung durch Agrar-, Pharma- und Nahrungsmittelkonzerne.

Wir wollen eine Kampagne initiieren, die sich über den G8-Gipfel hinaus auf die COP9 richtet. Dazu suchen wir noch MitstreiterInnen, die Interesse und Lust haben, gemeinsam kreative Aktionen zu entwickeln. Wir laden Euch zu einem Auftaktwochenende im November ein (der genaue Termin wird in Kürze bekannt gegeben), um uns gemeinsam zu informieren, zu diskutieren und mit vielen MitstreiterInnen diese Kampagne zu starten: Biopiraterie ist exemplarischer Ausdruck kapitalistischer Verhältnisse; Diskussionen und Aktionen im Vorfeld und während der bevorstehenden Gipfel sind eine gute Gelegenheit, hierzulande Contrapunkte gegen die herrschende Politik zu setzen.

BUKO Kampagne gegen Biopiraterie, Juni 2006

Weitere Infos unter [www.biopiraterie.de](http://www.biopiraterie.de)  
 Kontakt: BUKO Kampagne gegen Biopiraterie, c/o  
 BUKO Agrarkoordination,  
 Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg;  
 info@biopiraterie.de bzw. 040 - 39 25 26

# SUBJEKTIVES PROTOKOLL...

## ...ZUM TREFFEN DER INHALTE AG IN BERLIN

**Am Ende des letzten Treffens der Inhalte AG in Berlin wurde der Vorschlag gemacht, dass alle teilnehmenden Gruppen den Verlauf der Diskussion anhand subjektiver Protokolle festhalten. Das Anliegen dahinter ist, aufzuzeigen, wie sich Positionierungen nach Berlin entwickelt haben. Damit soll der Inhalte AG für Leipzig ein Anstoß gegeben werden, indem die verschiedenen subjektiven Eindrücke des inhaltlichen Verlaufs des letzten Treffens wiedergegeben und im Vorfeld zur Diskussion gestellt werden. Da wir diesen Vorschlag gut fanden, hat die teilnehmende Einzelperson der Inhalte AG des g8-plenums mannheim-heidelberg ihren persönlichen Eindruck in diesem subjektiven Protokoll zusammengefasst. Dieser Text hat daher keinerlei Anspruch darauf, allgemein**

**gültiges Protokoll des letzten Treffens zu sein, sondern es will eines neben vielen sein, die den Stand der Diskussion vor dem nächsten Treffen reflektieren.**

Im Vorfeld des letzten bundesweiten Treffens sind durch Positionspapiere verschiedener Gruppen inhaltliche Spannungs- und Konfliktlinien aufgebrochen. Der Streit entzündete sich vor allem an einigen wenigen Begriffen: Ist es angemessen von Imperialismus oder von Globalisierung zu sprechen oder greifen beide analytischen Ansätze zu kurz, weil sie den Hauptwiderspruch zu emanzipatorischen Bestrebungen in der ökonomischen Sphäre

verorten und alle anderen Widersprüche (Nationalismus, Rassismus, Sexismus, etc.) von diesem ableiten, anstatt sie als gleichwertig anzusehen? Meine Position dazu ist bekannt.

Im Verlauf des Treffens der Inhalte AG in Berlin hangelte sich die Diskussion auch an diesen Punkten entlang. Dabei wurde sowohl über die gesellschaftsanalytische Positionierung verhandelt als auch davon ausgehend über den Rahmen einer gemeinsamen konkreten Mobilisierung nach Heiligendamm. Entlang dieser Linie wird sich auch dieses subjektive Protokoll des letzten Treffens entwickeln. Begriffliche Positionierungen und Differenzen sollen so weit wie möglich geklärt und verdeutlicht und eine Perspektive auf die Mobilisierung soll eröffnet werden.

## Globalisierung vs. Imperialismus?

Am Anfang einer jeden Diskussion steht der Gegenstand, über den diskutiert wird. Im Fall der Debatte über die inhaltliche Mobilisierung nach Heiligendamm heißt dieser „Kapitalismus“. Damit hat das Kind zwar einen Namen, sein Charakter ist aber noch nicht festgelegt. Genauso setzt sich die Mobilisierung einen Rahmen, innerhalb dessen sie operiert, ohne genau zu wissen, mit welchen Inhalten sie argumentiert. Und eine schlichte Reduktion auf die Kernaussage „Kapitalismus abschaffen“ (nolager bremen) ist zwar förderlich dafür, das heterogene Spektrum der radikalen Linken unter einen Hut zu bringen, aber nicht dafür, konkreten Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse auszuüben. Dazu ist es nötig, eine differenzierte Positionierung zu aktuellen Entwicklungen des Kapitalismus herauszuarbeiten, die auf einer ebenso differenzierten Analyse dessen basiert. Diese ist auch gleichzeitig Voraussetzung, wenn die radikale Linke aus ihrem Status als reagierende Akteurin herauskommen und zur Agendasetzerin werden will. Demnach bin ich der gleichen Meinung wie nolager bremen, dass es vielmehr darum gehen sollte, den Kapitalismus konkret und auf der Höhe seiner Zeit zu begreifen (nolager bremen & Gregor Samsa zur WTO und Heiligendamm).

Exemplarisch dafür war auf dem letzten Treffen der Inhalte AG die Diskussion darüber, ob von Globalisierung oder von Imperialismus zu sprechen sei. Globalisierung betont die transnationale Komponente des aktuellen Zustands der Entwicklung des Kapitalismus. Verwertungsprozesse, konkret festzumachen an globalen Finanzstrukturen, werden primär nicht mehr auf (national)staatlich organisiertes Kapital zurückgeführt, sondern anhand weltweiter Entwicklungen betrachtet. Imperialismus dagegen sieht den globalisierten Kapitalismus als eine Konkurrenzveranstaltung nationalen Kapitals. Die Staaten der kapitalistischen Zentren streiten um (neue) Märkte und Ressourcen und sorgen so für die Ausbreitung kapitalistischer Vergesellschaftungsformen. Damit einher geht die Implementierung einer imperialen Herrschaft des „Zentrums“ über die „Peripherie“.

### Befreiungsbewegungen?

Im Zentrum der Kritik beider analytischen Ansätze stehen transnationale Institutionen: u. a. Weltbank, IWF, WTO und nicht zuletzt die G8. Sie sind deren konsequente Ausprägung transnationaler politischer Organisation. Die Rollen, die ihnen dabei zugeschrieben werden, bewegen

sich in einem weiten Rahmen. Transnationale Organisationen können beispielsweise als Diskussions- und Planungsforen für die Vertreterinnen kapitalistischer Zentren zur Unterjochung der Peripherie gelesen werden oder als Verwaltungsinstanzen globalisierter Finanzströme gelten.

Als Gegenbewegungen dazu werden eine Vielzahl von Beispielen herangezogen. Diese lassen sich im Wesentlichen entweder unter den Begriff „nationale Befreiungsbewegungen“ oder „soziale Bewegungen“ einordnen. Der Hauptunterschied besteht dabei in der Organisationsstruktur. „Nationale Befreiungsbewegungen“ können, meist aufgrund des mit dem Zweck der Machtübernahme von ihnen vertretenen Militarismus, auch vertikal organisiert sein, während „soziale Bewegungen“ eine themenbezogene Spontaneität innewohnt und damit eine stringente Durchstrukturierung meist nicht zu Stande kommt.

In Berlin wurden die unterschiedlichen Ansätze dann am Beispiel der „sozialen Bewegungen“ verhandelt – nachdem „nationale Befreiungsbewegungen“ als positive Bezugspunkte für eine Mobilisierung keinen Konsens fanden. Konkret diskutiert wurde dann, ob eine Machtübernahme durch „soziale Bewegungen“ als Grundlage für emanzipatorische Prozesse als notwendig erachtet wird oder ob sie auch immer einen Kampf gegen Herrschaft fechten, um sich eigene Rechte anzueignen.

An diesem Punkt blieb die Diskussion ergebnislos. Es wurde nicht eingetütelt geklärt, ob es nun darum ginge, sich umkämpfte Räume anzueignen, um darin eigene Ansprüche umzusetzen, oder darum, den Kampf um diese als Kampf gegen imperiale Vorherrschaft zu begreifen. Die Diskussion entwickelte sich aber dahingehend, dass versucht wurde, diesen Widerspruch unter dem Begriff „Neu-Imperialismus“ aufzulösen.

### multiple oppression => multiple resistance

Nachdem in den ersten Abschnitten der Verlauf der Diskussion anhand zweier heterogener Positionen dargestellt wurde, werde ich nun versuchen, die darin aufgezeigten Widersprüche nun ausgehend von der Position, die wir mit unserem letzten Papier bezogen, aufzulösen. Dementsprechend werde ich auch von dem Schubladendenken der ersten Abschnitte Abstand nehmen, das mir zur begrifflichen Darstellung nötig erschien.

Kapitalismus ist ein Verhältnis zwischen

Menschen. Er kann nichts anderes sein. Denn er steht für die ökonomische Ausprägung herrschender Vergesellschaftung, die an und für sich nur ein Verhältnis zwischen Menschen sein kann. Gleichzeitig stellt er damit auch nicht nur das Problem an und für sich dar, sondern ist nur ein Teil des Problems. Es kann nur gelöst werden, wenn die herrschende Vergesellschaftung als Ganze angegangen wird. Deshalb wollen wir diese „in seiner Tiefe und Struktur begreifen und benennen, um in unserer alltäglichen Praxis zu versuchen, mit den modernen Gesellschaftsverhältnissen zu brechen und ihre Reproduktion zu verweigern“ (unser nein ist das ja zum nichts des ganzen, Inhalte AG Mannheim-Heidelberg).

Dass im Hinblick auf eine Mobilisierung nach Heiligendamm – und allgemein in den Diskursen der radikalen Linken – Kapitalismus eine exponierte Stellung einnimmt, hat insofern seinen Berechtigung, dass in der ökonomischen Sphäre die Grundlegung für das menschliche (Über)Leben vorgenommen wird. „Erst kommt das Essen, dann die Moral“ (Brecht). Damit wird aber der Tatsache noch nicht Rechnung getragen, dass andere Unterdrückungsverhältnisse (Nationalismus, Rassismus, Sexismus, etc.) ihren Ursprung nicht im physischen Überleben des Menschen haben, sondern in seiner Bewusstseinsstruktur. Es gibt auch hungrige Nationalistinnen, Rassistinnen, Sexistinnen, etc.

An diesem Punkt griff die Diskussion in Berlin meiner Ansicht nach zu kurz. Es trifft zwar zu, dass sich im Rahmen internationalistischer Bewegungsgeschichte Kapitalismus am besten als einendes Moment für transnationale emanzipatorische Bestrebungen eignete und eignet. Dies ist aber der Tatsache geschuldet, dass sich die anderen – gleichwertigen – Unterdrückungsverhältnisse in ihrer Gewichtung lokal stark voneinander unterscheiden. Sexismus beispielsweise gibt es in allen Gesellschaften. Wie er sich äußert, hängt aber ab von seinen konkret gegebenen Erscheinungsformen. Ob Frauen dazu gezwungen sind, die Öffentlichkeit verschleiert zu betreten, oder ob sie in Rollen gedrängt werden, die ihnen zwar ihre „Individualität“ nach außen lassen, ihnen aber in der Gesellschaft untergeordnete Positionen (z. B. als Hausfrau und Mutter) zuschreibt, ist zwar ein (immenser) gradueller Unterschied, aber kein wesentlicher. Dieser bestimmt nur, wie ihm begegnet werden muss, aber nicht, dass ihm begegnet werden muss. (Das bedeutet aber keinesfalls, dass ich es nicht als Fortschritt erachte, wenn niemand mehr gezwungen ist, die Straße verschleiert zu betreten.)



Kapitalismus ist also nicht das einzige Unterdrückungsverhältnis, das sich überall auf der Welt breit gemacht hat. Deshalb sollten die transnationalen Organisationen eben auch nicht nur als symbolisch für ihn angesehen werden. Vor allem die G8 stehen genauso für u. a. nationalistische, rassistische und sexistische Verhältnisse. Es geht mir daher im Rahmen der Mobilisierung nach Heiligendamm darum, diesen Aspekt mit zu berücksichtigen. Der oben aufgezeigte Widerspruch, ob wir es mit „Globalisierung“ oder mit „Imperialismus“ zu tun haben, ist demnach für mich zunächst ein untergeordneter. Wesentlich erscheint es mir, den Verhältnissen als ein Ganzes etwas entgegenzusetzen. Dazu möchte ich einen „dritten Weg“ der radikalen Linken – nicht zu verwechseln mit dem „dritten Weg“ Schröder/Blairs – vorschlagen, der ausgehend von unserem analytischen Konzept der multiple oppression versucht, alle Unterdrückungsverhältnisse gleichwertig zu behandeln.

### Was tun! mit Heiligendamm

Nachdem ich nun versucht habe, die verschiedenen Positionierungen auf analytischer Ebene dar- und gegenüberzustellen, soll im nun folgenden Abschnitt versucht werden, eine konkrete, politische Perspektive für die Mobilisierung nach Heiligendamm zu eröffnen. Dies will ich anhand der in Berlin angerissenen Diskussion über einen „Gemischtwarenladen“ oder eine „thematische Klammer“ machen.

Das letzte Treffen in Berlin war geprägt von Auseinandersetzungen über politische Positionierungen, die nicht zuletzt aufgrund unseres letzten Inhaltspapiers zustande kamen. Denn durch unsere eindeutige Stellungnahme zu bestimmten Themen hatten wir die cleavages innerhalb der radikalen Linken aufgezeigt und den Graben zwischen inhaltlichen Verortungen aufgerissen. Welche Auswirkungen dies auf die inhaltliche Debatte hatte, habe ich versucht, oben darzustellen. Dass sich die Mobilisierung unserer Ansicht nach trotzdem auf einen Rahmen zu bewegt, innerhalb dessen eine gemeinsame Zusammenarbeit möglich scheint, begrüße ich. Trotzdem gibt es für mich noch wesentliche Punkte, die diskutiert werden sollten.

Der am Ende des letzten Inhalte-Treffens offen im Raum stehen gebliebene Begriff „Neu-Imperialismus“ deutet zwar an, dass eine allgemeine Bereitschaft dazu besteht, althergebrachte Begriffe zu überdenken und sie den modernen Entwicklungen entsprechend anzupassen, doch verweist er auf eine analytische Herangehensweise, die unserem multiple oppression-Konzept

in Teilen widerspricht. Wer von „Neu-Imperialismus“ spricht, spricht von Haupt- und Nebenwiderspruch, von Zentrum und Peripherie, kurz: von Schwarz und Weiß. Demnach wäre es „auch nicht entscheidend, ob es außerhalb des Kapitalismus Unterdrückungsmechanismen gibt, [...], und entscheidend ist, dass er sie ständig neu gebiert, weil er sie für sein uraltes Konzept ‚teile und herrsche‘ braucht“ (Kapital Macht Krieg, gegeninformationsbüro). Wenn Mensch davon ausgeht, dass Kapitalismus ein dem Menschen übergeordneter Mechanismus ist, dann mag diese Analyse korrekt sein. Tatsache aber ist, um es an dieser Stelle nochmals zu betonen, dass alle gesellschaftlichen Verhältnisse Verhältnisse zwischen Menschen sind. Daher ist es auch wichtig, alle „Unterdrückungsmechanismen“ gleichwertig und zeitig zu problematisieren. Vor allem wenn an vertikalen Strukturen festgehalten wird(„[...] die Repression zwingt uns dazu, vertikale Strukturen zu unterhalten.“ Antwort der „Kampfgruppe Berlin“ auf die Kritik der G8-Vorbereitung Mannheim-Heidelberg), werden aus der richtigen Analyse kapitalistischer Verhältnisse die falschen Schlüsse gezogen. Kapitalistische Strukturen sind repressiv, aber aufgrund ihres kapitalistischen Charakters und nicht aufgrund ihrer Verikalität. Menschen, deren Zusammenleben in vertikalen Strukturen organisiert ist, sind wegen der hierarchisch gegliederten Zuschreibung gesellschaftlich determinierter Rollen immer Repression ausgesetzt. Demnach gibt es nach meiner multiple oppression-Analyse sowohl den Unterdrückungsmechanismus „Kapitalismus“ (in der ökonomischen Sphäre) als auch das Unterdrückungsmechanismus „Vertikale Struktur“ bzw. „Hierarchie“ (in der politischen Sphäre). Ich begreife „den gesamtgesellschaftlichen Unterdrückungsmechanismus“ damit als Summe von atomaren Unterdrückungsmechanismen. Dementsprechend würde ich es begrüßen, wenn auf dem nächsten Treffen der Inhalte AG in Leipzig die Diskussion darüber fortgesetzt würde, unter welchen Begriff der gegenwärtige Stand der kapitalistischen Entwicklung zu fassen sei.

Als allgemeine Perspektive für eine Mobilisierung nach Heiligendamm und darüber hinaus teile ich den Vorschlag von nolager bremen, den Internationalismus neu zu begründen. Für die globale Ausrichtung linksradikaler Politik ist es meiner Ansicht nach von Vorteil, auf diesen Begriff aus bewegungshistorischen Gründen zurückzugreifen, auch wenn er meiner analytischen Terminologie widerspricht (vgl. dazu meine Antwort auf die Kritik von nolager). Denn wie für nolager „aus internationalistischer perspektive der nabel der welt die welt selbst [ist]“ (input-papier zum

anti-g8-vorbereitungstreffen in berlin) ist für mich allgemein „die Wurzel für den Menschen der Mensch selbst“ (Marx). Dementsprechend teile ich auch die Ansicht, dass „die verschiedenen, weltweit auszumachenden ‚probleme‘ nicht als einzelmissstände interpretiert werden [dürfen], die je einzeln zu bearbeiten wären. sie sind stattdessen als ausdruck unterschiedlicher, wechselseitig und global verschränkter herrschaftsverhältnisse zu begreifen.“ (input-papier, nolager).

Für die thematische Ausrichtung des Camps und der Aktionen gegen den G8-Gipfel ist uns wichtig, dass sowohl unsere Ablehnung der G8 konkret offensichtlich wird als auch die Absicht, eine starke internationalistische Bewegung über den Gipfel hinaus auf die Beine zu stellen. Vorschläge, die dafür bis jetzt gemacht wurden, sind u. a.: „G8 stoppen! Gipfel blockieren“ (Imperialismus pur, berliner gruppen), „aneignung, migration und prekarisierung“ (hanau) und „globale rechte aneignen!“ (nolager bremen). Aus dieser Aufzählung wird bereits deutlich, dass sich die Diskussion vom „Gemischtwarenladen“ wegbewegt hat und sich auf eine „thematische Klammer“ geeinigt zu haben scheint. In dieser Entwicklung sehe ich den Vorteil, dass sich die Mobilisierung dabei auf einen Punkt konzentriert und gleichzeitig der Heterogenität der radikalen Linken Raum gewährt wird. Nach außen wird Geschlossenheit suggeriert, nach innen wird diskutiert.

Offen bleibt dann noch die Frage, mit welchen Inhalten sich diese „thematische Klammer“ füllen wird. Bis jetzt zeichnet sich ab, dass die meisten Gruppen „Aneignung“ und/oder „Migration“ favorisieren. Mir erscheinen beide Themen geeignet, denn jedes für sich greift aktuelle globale Entwicklungen auf. Dementsprechend wird es auch Aufgabe des nächsten Treffens der Inhalte AG in Leipzig sein, einen Rahmen für die Mobilisierung zu diskutieren, um die inhaltliche Ausrichtung des Camps 2006 und der Aktionen 2007 vorzubereiten.

Einzelperson der Inhalte AG des G8-Plenums  
Mannheim-Heidelberg,  
Februar 2006



# Autonome Hintereingänge in die Festung Europa?!

## Antirassistische Perspektiven in Sachen G8-2007

**Ist von Flucht bzw. Migration die Rede, durchzieht die (antirassistische) Linke bereits seit Jahren ein tiefer Riss: Während die einen von der "Festung Europa" sprechen und vornehmlich das immer ausgeklügelte organisierte Grenz-, Lager- und Abschieberegime attackieren, favorisieren andere das Konzept der "Autonomie der Migration" als archimedischen Bezugspunkt. Demnach dürfe nicht aus dem Blick geraten, dass allen Abschottungsbemühungen zum Trotz jährlich mehrere Hunderttausend Menschen irregulär in die EU einreisen und ihr Überleben unter selbstbestimmten, wenn auch äußerst prekären Bedingungen organisieren würden. Migration sei in diesem Sinne als "sozialer Protagonismus", d.h. Widerständigkeit zu dechiffrieren, ja sie könne sogar als "erfolgreichste soziale Bewegung" bezeichnet werden (Seibert/Rätz, ak 499).**

Antworten auf die mit beiden Perspektiven verknüpften Frage- und Problemstellungen zu suchen, ist nicht nur aus prinzipiellen, sondern auch bewegungspolitischen Gründen relevant. Aktueller Hintergrund ist der G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Verschiedene Gruppen und Netzwerke setzen sich dafür ein, 'Migration' zu einer zentralen thematischen Säule des Anti-G8-Widerstands zu machen. Offen ist jedoch der Blickwinkel, aus dem das geschehen soll. Hinzu kommt, dass sich andere, ebenfalls an der Mobilisierung beteiligte Gruppen in Sachen Migration reichlich bedeckt halten. Prominentestes Beispiel ist zweifelsohne attac. Hervorzuheben ist deswegen, dass der Themenkomplex Migration im Schnittfeld zahlreicher Kämpfe um (globale) soziale Rechte steht. Es wäre mit anderen Worten geradezu sträflich, die einschlägigen Zusammenhänge nicht systematisch auszuloten, auch im Hinblick auf die für den G8-Gipfel allenthalben ins Auge gefasste Kooperation unterschiedlicher Protestspekren.

### Im Schnittpunkt der Kämpfe um globale soziale Rechte

Die Rede von der Festung Europa zielt im Kern auf drei Entwicklungen: Erstens, dass es immer weniger Menschen gelingt, überhaupt als AsylbewerberInnen nach Europa zu kommen. Zweitens, dass es in den meisten EU-Ländern kaum noch möglich ist, als AsylbewerberIn anerkannt zu werden. Drittens, dass Jahr für Jahr ca.

30.000 - 50.000 Menschen allein aus Deutschland abgeschoben werden; eine Zahl, in der noch nicht einmal die rund 70.000 Menschen berücksichtigt sind, die jährlich - so der Behördenjargon - "freiwillig" ausreisen, die meisten von ihnen einzig deshalb, um ihrer zwangsweisen Abschiebung zuvorzukommen. Ermöglicht worden ist diese zunehmend eskalative Repressionsdynamik durch eine Unzahl rechtlicher, administrativer und institutioneller Verschärfungen bzw. Neuentwicklungen seit Beginn der 1990er Jahre. Hierzu passt, dass die EU in ihrer erst jüngst verabschiedeten Asylverfahrensrichtlinie das ursprünglich von Deutschland ersonnene Konzept so genannter "Sicherer Drittstaaten" übernommen hat. Danach können sich Flüchtlinge, die über einen "Sicheren Drittstaat" in ein EU-Land einreisen, nicht mehr auf das Asylrecht berufen. Zu den sicheren Drittstaaten der EU sollen zukünftig auch Länder gehören, die noch nicht einmal die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben haben, etwa Libyen, Marokko oder Weißrussland. Unmittelbare Konsequenz wäre nicht nur, dass die von Italien schon seit längerem rechtswidrig praktizierten Abschiebungen von boatpeople-Flüchtlingen nach Libyen bald rechtlichen Segen erhalten könnten. Vielmehr ist beabsichtigt, fortan alle an der EU-Außengrenze aufgegriffenen Flüchtlinge und MigrantInnen direkt zurückzuschicken - nicht zuletzt in diesem Kontext sind die mit EU-Unterstützung in Libyen, Mauretanien oder der Ukraine errichteten Auffang- bzw. Abschiebelager zu begreifen. Nicht unerwähnt bleiben sollte auch die neoliberale Dauerbeschallung, mit der seit nunmehr anderthalb Jahrzehnten das Ende des fordistischen Sozialstaatsmodells propagiert und somit die rassistische Ausgrenzungsbereitschaft großer Teile der Gesellschaft massiv angestachelt wird. Davon künden nicht nur "national befreite Zonen" in Ostdeutschland, sondern auch nicht enden wollende Integrationsdebatten um Kopftücher, Berliner Schulhöfe oder pseudo-homophile Einbürgerungstests.

Demgegenüber zeichnen die ProtagonistInnen der Autonomie der Migration ein ungleich helleres, ja opulenteres Bild: So sei die Behauptung schlicht falsch, wonach heutzutage weniger Flüchtlinge und MigrantInnen nach Europa kämen. Richtig ist aus ihrer Sicht vielmehr, dass die im Festung Europa-Diskurs minutios geschilderten Technologien der Migrationskontrolle die Bedingungen, unter denen Migration stattfindet, verändert haben. Konkret: Es ist zu einem "Formwechsel der

Migration" gekommen (Transit Migration). Die Menschen treten nicht mehr primär die Ochsentour durch das ohnehin aussichtslose Asylverfahren an (so denn sie überhaupt die Möglichkeit haben, einen Asylantrag zu stellen), sie kommen aber trotzdem. Sie kommen als undokumentierte MigrantInnen, zu Hunderttausenden, und meist aus den gleichen Gründen wie früher. Dieser Umstand verweist auf das, was die Autonomie der Migration in ihrem Kern ausmacht, "nämlich dass Migration ein Moment der Selbstständigkeit gegenüber politischen Maßnahmen besitzt, die sie zu kontrollieren beabsichtigen." (Transit Migration) Hintergrund ist, dass sich Flüchtlinge und MigrantInnen nicht allein, sondern mit Hilfe von Community-Netzwerken auf den Weg machen: "Sie werden von einer Bewegung unterstützt, die Wissen besitzt, eigenen Regeln folgt und ihre Praxis kollektiv organisiert" (Yann Moulier Boutang).

### Auslassungen und radikale Vereinseitigungen

Dass es Flüchtlingen und MigrantInnen gelinge, Migrationskontrollen zu "umgehen, ihnen auszuweichen und sie ins Leere laufen zu lassen" (Transit Migration), habe allerdings nicht nur mit der Autonomie der Migration selbst zu tun. Genauso wichtig ist, dass die vom Festung Europa-Diskurs behauptete Abschottung überhaupt nicht Ziel moderner Migrationspolitik ist. Beabsichtigt ist vielmehr, auf der Basis beschäftigungspolitischer Bedarfsrechnungen "einen aktiven Prozess der Inklusion migrantischer Arbeit durch ihre Klandestinisierung zu produzieren" (Sandro Mezzadra). An der Grenze wird mit anderen Worten weniger über die Quantität der Zuwanderung gewacht, wichtiger ist demgegenüber die qualitative Stellung von Flüchtlingen und MigrantInnen. Denn erst ihre (hierarchisch gestaffelte) Entrechtung macht sie zu flexibel verfügbaren und in Sachen Lohn und Arbeitsbedingungen mehr oder weniger einfach erpressbaren ArbeitsnomadInnen.

Und doch: So prekär die Aufenthalts-, Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse sein mögen, eines darf aus Sicht der Autonomie der Migration keineswegs hinten unterfallen: Ist von migrantischen Kämpfen die Rede, sind die alltäglichen, seitens des Staats nur schwer kontrollierbaren Überlebensstrategien von Flüchtlingen und MigrantInnen an sich gemeint. Diese mögen zwar größtenteils keine politische Artikulation erfahren (was oftmals auch

gar nicht so einfach wäre), sie stellen jedoch eine ständige Herausforderung der herrschenden Ordnung dar, ja durch ihre pure Faktizität verändern sie die Europäischen Gesellschaften ständig - es mag diesen gefallen oder nicht.

Bei aller Vorläufigkeit in der Darstellung, es lässt sich bereits festhalten, dass das Konzept der Autonomie der Migration in dreierlei Hinsicht eine wertvolle Ergänzung, mithin Relativierung des Festung Europa-Diskurses darstellt: Erstens wird dessen tendenziell flüchtlingspolitische Engführung aufgebrochen und somit der politische bzw. antirassistische Raum weit geöffnet. Das geht zweitens mit einem in seiner politischen Bedeutsamkeit kaum überschätzbaren Brückenschlag ins Feld (prekariertes) Erwerbsarbeit einher - Stichwort: Kommunikation der Bewegungen. Drittens wird jeder Form von Viktimisierung eine offensive Absage erteilt. Die Degradierung von Flüchtlingen und MigrantInnen ist zwar mitnichten ein fester bzw. konstitutiver Bestandteil des Festung Europa-Diskurses; indem dieser jedoch vorrangig - auch aufgeladen mit apokalyptischer Rhetorik - das Moment der Abschottung in den Mittelpunkt rückt, passiert es regelmäßig, dass sowohl im linken als auch im bürgerlich-liberalen Verständnis der Festung Europa-Metapher Flüchtlinge und MigrantInnen kaum noch als handelnde Subjekte auftauchen.

Allein: Auch die Autonomie der Migration ist nicht sakrosankt. Sie enthält ebenfalls Auslassungen und radikale Vereinfachungen, und auch ist ihr - allen Dementi zum Trotz - immer wieder ein die migrantischen Kämpfe glorifizierender Zungenschlag eigen, zumindest werden Statements aus dieser Ecke häufig so aufgefasst.

### Fallstricke des Festung-Europa-Diskurses

1. Die These, wonach Migrationskontrollen die Wege von Flüchtlingen und MigrantInnen nicht aufhalten, sondern allenfalls "verlängern und umleiten" könnten (Transit Migration), ist - jedenfalls in ihrer Buchstäblichkeit - absurd. Wer so argumentiert, reißt Zusammengehöriges auseinander und blendet zentrale Sachverhalte aus: Erstens, dass jährlich weit über 500.000 Menschen aus der EU ab- bzw.

zurückgeschoben werden (zuzüglicher derer, die ‚freiwillig‘ ausreisen). Zweitens, dass Jahr für Jahr Zehntausende - womöglich mehr - Europa gar nicht erst erreichen. Erinnerung sei an den Kosovo-Krieg 1999, als ca. 550.000 von 800.000 kosovarischen Flüchtlingen direkt in temporäre und streng bewachte Flüchtlingslager in Albanien und Mazedonien ‚gelotst‘ und so an der Weiterreise in die EU gehindert wurden (Stichwort: Regional Protection Areas). Drittens, dass regelmäßig Menschen auf dem Weg in die EU ums Leben kommen. Allein seit Anfang des Jahres sollen vor den Kanarischen Inseln (im Zuge der ver-



schärften Überwachung des Mittelmeers) bis zu 7.000 Menschen ertrunken sein. Viertens, dass Flucht und Migration durch migrationspolitische Maßnahmen nicht nur teurer, sondern auch risikoreicher geworden sind, mit der Konsequenz, dass sich immer mehr Menschen abschrecken lassen und gar nicht erst aufbrechen (während zugleich die Zahl aufbruchwilliger MigrantInnen permanent im Wachsen begriffen ist). Hierfür sprechen nicht zuletzt zahlreiche Berichte und Untersuchungen aus Ländern wie Algerien, Marokko oder Nigeria, wo zwar große Teile der überwiegend arbeitslosen Jugend geradezu besessen von der Idee zu sein scheinen, ihr Glück in Europa oder den USA zu suchen, wo in letzter Konsequenz jedoch relativ wenige tatsächlich den Sprung wagen.

Konkret folgt hieraus: Es ist irreführend, Migrationspolitik als defensive (sic) Reaktion des Staates zu bestimmen, welcher es darum ginge, Flüchtlinge und MigrantInnen zu illegalisieren (und somit der Überausbeutung preiszugeben), gleichsam als Kompensation dafür, dass es ihr nicht gelinge, die Zugänge nach Europa effektiv zu regulieren. Es stimmt zwar, dass allem Potenzgehabte europäischer InnenpolitikrInnen zum Trotz die Bewegungen der Migration eine bewundernswerte Eigendy-

namik aufweisen; und auch stimmt es, dass die neoliberale EU aus ganz verschiedenen Gründen an (undokumentierten) Niedriglohnarbeitskräften aus der Peripherie interessiert ist. Vor diesem Hintergrund gewinnt die These, dass aktuell (in Südosteuropa) ein Migrationsregime entsteht, "welches den Transit und eine prekäre Einwanderung mit ihren informalisierten Ökonomien institutionalisiert" (Transit Migration), ihre spezifische Plausibilität. Genauso richtig ist es aber auch, dass das Gros der MigrantInnen aus ordnungspolitischen und finanziellen Erwägungen unerwünscht ist, das gilt insbesondere für Flüchtlinge. Insofern zielt Migrationspolitik in ihrer Gesamtheit stets auf beides: Illegalisierung einerseits, Abschottung andererseits - eine Doppelfunktion, die durch den Begriff des Filters treffend auf den Punkt gebracht wird.

2. VerfechterInnen der Autonomie der Migration beäugen die politische Auseinandersetzung mit strukturellen Hintergründen von Flucht und Migration kritisch - so wie sie sich z.B. in dem Karawane-Slogan artikuliert "Wir sind hier weil ihr unsere Länder zerstört". Eine solche Thematisierung laufe Gefahr, Menschen zum Spielball objektiver Zwangssituationen zu degradieren; auf diese Weise würde einem humanistischen Diskurs in die Hände gespielt, der Flüchtlinge und MigrantInnen einzig als hilflose Opfer wahrzunehmen, ja zu akzeptieren im Stande sei, nicht aber als gesellschaftliche Akteure, die (offensiv) ihre Rechte einfordern bzw. wahrnehmen. Diese Kritik ist zweifelsohne wichtig, mensch sollte sich jedoch davor hüten, Potemkinsche Dörfer zu errichten. Denn dass Voluntarismus vs. Determinismus bzw. Subjektivismus vs. Objektivismus falsche Gegensätze und folglich ungeeignet sind, die komplexe, mitunter widersprüchliche Dynamik von Flucht und Migration angemessen zu beschreiben, darauf lässt sich in der konkreten Debatte meist relativ einfach verständigen - und sei es mit Marx: "Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen."

### Leerstellen im Konzept der Autonomie der Migration

Politisch spricht indessen vieles dafür, die konkrete Situation in den Herkunftsländern



von Flüchtlingen und MigrantInnen mit auf die antirassistische Tagesordnung zu setzen: Flucht und Migration sind tief in die globalen Peripherie-Zentrums-Beziehungen eingebettet. Beispielhaft erwähnt seien die dramatischen, insbesondere durch IWF, WTO und transnationale Konzerne vorangetriebenen Zerstörungsprozesse kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen, welche seit den frühen 1980er Jahren nicht nur in Mittelamerika, sondern auch in zahlreichen Subsahara-Ländern oder auf den Philippinen massive Flucht- und Wanderungsbewegungen nach sich gezogen haben (ak 502). Einen Brückenschlag zwischen hiermit verknüpften Forderungen - z.B. das ‚Recht auf Ernährungssouveränität‘ - sowie migrationsbezogenen Forderungen - z.B. ‚Für globale Bewegungsfreiheit‘ - herzustellen, würde erstens soziale Bewegungen zusammenbringen, die gemeinhin

nichts miteinander zu tun haben und somit deren Proteste wechselseitig stärken. Zweitens dürfte auf diese Weise deutlicher als sonst sichtbar werden, dass Migration elementare Fragen globaler (Verteilungs-)Gerechtigkeit aufwirft - woraus z.B. die Forderung erwächst, europrotektionistischen Lösungsstrategien prinzipiell eine Absage zu erteilen: Einerseits weil derartige Optionen politisch-ethisch nicht legitimierbar sind - Stichwort: Globale Rechte. Andererseits weil sich soziale Verwerfungen, die im Zuge kapitalistischer Globalisierung auch in

Europa verstärkt auftreten, weder kurz- noch langfristig dadurch abfedern lassen, dass Flüchtlinge und (undokumentierte) MigrantInnen entrechtet und strukturell in Lohn- und andere Konkurrenzen zu EU-BürgerInnen gebracht werden.

### Ins Blickfeld nehmen: Fragen und Widersprüchlichkeiten

3. Aus Sicht der Autonomie der Migration gehörten die kollektiv organisierten Flucht- und Migrationsbewegungen zu den erfolgreichsten sozialen Bewegungen überhaupt. Begründet wird dies damit, dass es Flüchtlingen und MigrantInnen immer wieder gelingt, temporär oder dauerhaft in den reichen Industrieländern Fuß zu fassen - ob durch schrittweise Statusfestigung, Heirat, Familienzusammenführung, undokumentierten Aufenthalt oder staatliche Massenlegalisierung. Auf diese Weise ist selbst Deutschland in den letzten 50 Jahren wider Willen zum faktischen Einwanderungsland geworden - mit

Städten wie Frankfurt, München oder Stuttgart, wo über 20% der Bevölkerung einen migrantischen Hintergrund aufweist. Mit anderen Worten - die auf den ersten Blick etwas gewöhnungsbedürftig anmutende Argumentation beruht auf der Prämisse, dass der Begriff der ‚sozialen Bewegung‘ nicht politizistisch verkürzt, sondern um die Dimension alltäglicher, oft still von statten gehender Widerständigkeit ergänzt werden sollte. Konkret folgt hieraus, dass es auch die Alltagskämpfe von MigrantInnen als politische Widerstandsakte zu begreifen gilt, d.h. als Versuche, die Grenzen der Staatsbürgerschaft aufzubrechen, neue Räume der Freiheit und Gleichheit zu erschließen, transnationale Räume aufzubauen, das Recht auf Mobilität einzufordern bzw. in Anspruch zu nehmen etc. (vgl. Frassanito-Netzwerk 2006). Als Paten dieser Argumentation fungieren meist - das



nur am Rande - Toni Negri und Michael Hardt, die "Desertion, Exodus und Nomadismus" in ihrem Buch "Empire" als zeitgemäße "Grundform von Widerstand", ja als "machtvolle Form des Klassenkampfes" konzeptualisieren.

Und doch: es spricht einiges dafür, politische und alltägliche Widerständigkeiten nicht umstandslos ineinander aufgehen zu lassen. Denn es gibt keinen automatischen Umschlag von individuellen (wenn auch netzwerkförmig organisierten) Überlebensstrategien zu kollektiv strukturierten Prozessen emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung. Oder ungeschminkt: Wer Grenzen undokumentiert überschreitet und somit das Grenzregime faktisch unterminiert, ist noch lange keinE KämpferIn für globale Bewegungsfreiheit (und muss es auch gar nicht sein). Massenhafter Nomadismus ist zwar die zentrale Quelle, aus der sich die Idee globaler Bewegungsfreiheit speist, dennoch sollte dieses ‚theoretisch‘ gewonnene Konstrukt auf keinen Fall Flüchtlingen und Migran-

tInnen projektiv als ‚Überzeugung qua Position‘ zugeschrieben werden. Vielmehr dürfte die Idee globaler Bewegungsfreiheit ihre praktische Wirkmächtigkeit einzig unter der Bedingung entfalten, dass sie in politischer Absicht kollektiv und massenhaft Aneignung erfährt - sei es durch Flüchtlinge und MigrantInnen selbst oder durch Dritte. Erst also wenn sich politische und alltägliche Widerständigkeiten im Rahmen gemeinsamer sozialer Bewegungspraxen überlagern, mithin amalgamieren und auf diese Weise zum wechselseitigen Resonanzraum werden (ohne je deckungsgleich zu sein), sind die Voraussetzungen geschaffen, aus denen substantielle Verschiebungen im gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis hervorgehen können.

Bis das jedoch tatsächlich der Fall ist, gilt es, auch jenen Fragen und Widersprüchlichkeiten stärker Aufmerksamkeit zu schenken, die im Diskurs der Autonomie der Migration regelmäßig ins Hintertreffen geraten. Gemeint sind hiermit - über das bereits Gesagte hinaus - die fürchterlichen Arbeitsverhältnisse im prekarierten Niedriglohnssektor, oder die Tatsache, dass die reichen Industrieländer bereits seit langem auf Niedriglohnarbeitskräfte angewiesen sind und es deshalb auch von dieser Warte aus fragwürdig ist, (undokumentierte) migrantische Arbeit als subversive Aneignungsakt zu etikettieren. Selbst die viel zitierten Rücküberweisungen durch ArbeitsmigrantInnen an ihre Familien gehen Hand in Hand mit systemstabilisierenden Effekten: Denn vielerorts, etwa in El Salvador, fördert der Staat die Rücküberweisungen als hochwillkommene Kompensation für Einnahmeausfälle, mit denen sich die Menschen im Zuge neoliberaler Politiken konfrontiert sehen.

Es dürfte klar sein, die Debatte ist an diesem Punkt nicht beendet. Eine Chance, sie fortzusetzen, könnte die bereits angelaufene Anti-G8-Mobilisierung sein, womöglich auch im Hinblick auf die von verschiedenen Gruppen vorgeschlagene Großaktion für ‚Bewegungsfreiheit‘ und ‚Gleiche Rechte‘ kurz vor Gipfelbeginn (vgl. [www.nolager.de](http://www.nolager.de)).

Gregor Samsa (NoLager Bremen)

erschieden in:  
ak - analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 506 / 19.5.2006



## Teil III: Kampagnen- und Aktionsvorschläge

# Erster Aufruf zu einer Großaktion

unter dem Motto "Für globale Bewegungsfreiheit" und "Gleiche Rechte für Alle" ("freedom of movement" and "equal rights") im Rahmen der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 in Deutschland

Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört." In diesem zentralen Slogan der "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" wird ausdrücklich ein Zusammenhang zwischen kapitalistischer Zerstörung einerseits und Flucht und Migration andererseits hergestellt. Die G8-Regierungen - wie auch WTO, IWF und Weltbank - tragen jedoch nicht nur die Verantwortung für neokoloniale Ausbeutungsverhältnisse im globalen Süden. Sie setzen vielmehr auch gezielt auf Prozesse verschärfter Auslese und Ausgrenzung in den nördlichen Teilen des Globus, auf Hierarchisierungen in rechtlicher, sozialer und politischer Hinsicht. Diese und weitere Entwicklungen - ob im Norden oder Süden - sind es, was uns von globaler Apartheid sprechen lässt.

Als im Oktober 2005 Tausende Flüchtlinge und MigrantInnen kollektiv die Grenzzäune in Ceuta und Melilla stürmten, drangen die zentralen darin zum Ausdruck kommenden Forderungen nach globaler Bewegungsfreiheit und Teilhabe ("gleiche Rechte") für einen kurzen Moment ins Bewusstsein der allgemeinen Öffentlichkeit. Gleichzeitig traten auch die unmenschlichen und repressiven Maßnahmen des europäischen Migrationsregimes mehr als deutlich zu Tage: Todesschüsse, Internierungen, Massenabschiebungen und dergleichen mehr.

Seit vielen Jahren kämpfen wir gegen das brutale EU-Grenzregime, gegen Abschiebungen, gegen rassistische Kontrollen wie z.B. die "Residenzpflicht", gegen Lager etc.. Insbesondere der Widerstand gegen Lager und Abschiebeknäste hat an Bedeutung zugenommen, seit das Lagersystem nicht nur innerhalb der EU ausgebaut sondern sogar "externalisiert" wird, also vorverlagert z.B. in Länder wie die Ukraine, Libyen oder Tunesien. Als antirassistische Netzwerke werden wir unsere Kämpfe gegen diese Politik fortsetzen, 2006 z.B. mit weiteren NoLager-Aktionen, aber auch auf der alltäglichen Ebene dadurch, dass wir den permanenten Prozess unterstützen, mit dem das rassistische Migrationsregime Jahr für Jahr hunderttausendfach unterlaufen wird.

Globale Bewegungsfreiheit (freedom of movement) war bereits der zentrale Slogan einer migrationsbezogenen Großdemonstration während der Anti-G8-Mobilisierung in Genua 2001. Für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht lautete im April 2005 auch das Motto des europaweiten Aktionstages, der auf dem Dritten europäischen Sozialforum in London beschlossen und entsprechend in der dortigen Abschlusserklärung festgehalten worden war. Wir wollen diesen und ähnlichen Beispielen folgen und schlagen deshalb vor, im Rahmen der Anti-G8-Aktivitäten 2007 zu einer erneu-

ten Großaktion aufzurufen, wahrscheinlich in Form einer Großdemonstration einen Tag vor dem Beginn des Gipfels, auf jeden Fall mit den zentralen Forderungen nach globaler Bewegungsfreiheit und gleichen Rechten (und womöglich weiteren Slogans).

Hiermit laden wir die verschiedenen Netzwerke und Organisationen, die an den kommenden Protesten gegen den G8 beteiligt sein werden, dazu ein, diesen Vorschlag aufzugreifen und damit unser Anliegen zu unterstützen, globale Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte gegen das weltweite Apartheidregime zu einer zentralen Säule der gemeinsamen Anti-G8-Mobilisierungen zu machen. Im Gegenzug bedeutet das für uns natürlich auch, dass wir Schwerpunkte und Forderungen anderer Netzwerke ebenfalls unterstützen wollen. Denn genau in solchen Querverbindungen und Kooperationen liegt unser Interesse an einer starken und gemeinsamen Anti-G8-Mobilisierung.

NoLager-Netzwerk im Dezember 2005  
<http://nolager.de/>

Weitere ErstunterzeichnerInnen: Karawanegruppe Bremen, Karawanegruppe München, Antirassismuspodium Göttingen, kein mensch ist illegal Hamburg, Kanak Attak Hamburg, Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main, Bürengruppe Paderborn, Initiative gegen das Chipkartensystem Berlin, kein mensch ist illegal Hanau

## Fels zu Migration

Liebe Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm,

innerhalb der Mobilisierung gegen den G8 dreht es sich im Rahmen von Dissent! mit den Fragen nach Namen und Bedeutung der Hallmarks darum, so etwas wie eine Identität zu finden und den Charakter der Mobilisierung auszuhandeln. Über diese zwei Punkte hinaus besteht, wie sich in Hamburg abzeichnete, die Frage nach der Struktur der Mobilisierung. Wir wollen an dieser Stelle nun einen Beitrag zur inhaltlichen Diskussion einbringen.

Wie auch bei den jüngsten Texten aus Bremen ausgedrückt, meinen wir, dass die Debatte um eine inhaltliche Stoßrichtung im Vordergrund stehen und weitergeführt werden sollte. Wir beziehen uns dabei nicht auf den Ansatz, "Internationalismus neu zu begründen", sondern, in Abgren-

zung von der Idee des "Gemischtwarenladens", darauf, einen "roten Faden" und eine gute Art der "Zuspitzung" zu erreichen. Deshalb wollen wir den zuletzt in Hamburg unterbreiteten Vorschlag aus Hanau, bestimmte Themenfelder stärker ins Auge zu fassen, aufgreifen. Denn wir als Fels-AG plädieren ebenfalls für eine thematische Klammer bei der Mobilisierung und wollen Euch vorschlagen, das Thema Migration ins Zentrum zu rücken.

### I. Plädoyer für eine "thematische Klammer"

Wir möchten gerne, dass die linksradikale Mobilisierung ein Profil hat, das auch innerhalb einer gesellschaftlichen Debatte erkennbar ist.

Das mediale Szenario bzw. die Vermitt-

lung der Inhalte ist unserer Auffassung nach ein zentraler um nicht zu sagen der neuralgische Punkt: Wer bringt wie die eigenen Inhalte an die Öffentlichkeit? Dabei verweisen die Erfahrungen darauf, dass RegierungsvertreterInnen mit ihren Verlautbarungen und (v)erklärten Verhandlungsergebnissen Rang eins, danach NGOs und nahestehende KünstlerInnen mit Rang zwei in der Wahrnehmbarkeit "der Öffentlichkeit" stehen. Linke und linksradiale Themen und Ansätze sind häufig auf dem "Siegertreppchen" nicht vorhanden, sind von Außen nur sporadisch und zufällig erkennbar, und wenn doch, dann steht die Berichterstattung von Riots im Vordergrund. Unsere Rolle besteht traditionell in der Störung des Gipfels, und uns bleibt in der Regel, die massive Gegenmobilisierung und die vielfältigen Aktionsformen hervorzuheben und zu loben.

Wir (als FeS) beteiligen uns an der Mobilisierung zu den G8-Protesten in Heiligendamm, weil wir den Versuch unternehmen wollen, darüber hinaus zu gehen. Das ist auch ein wesentliches Argument dafür, dass wir Teil der Interventionistischen Linken sind und uns für einen breiten Bündnisprozess einsetzen, in dem eine linke Strömung klar sichtbar ist.

Die Mobilisierung wird darin bestehen die erfolgreiche Störung und mittelfristige Abschaffung des Gipfels zum Ziel zu haben. Oder sie kann darin bestehen, die Verschiebung gesellschaftlicher Diskurse zu erreichen. Oder sie kann BEIDES sein!

Wir haben uns als ein wesentliches Ziel gesetzt, eigene Inhalte deutlich in einem bestehenden gesellschaftlichen Diskurs unterzubringen. Es sollte bei der Mobilisierung auch darum gehen, aus der besagten Rolle auszubrechen und die Grenzen zu verschieben, die andere, aber auch wir selbst, uns gesetzt haben.

Deshalb machen wir den Vorschlag, ein Thema (oder ein Themenbündel) offensiv in den Vordergrund zu rücken, das weder von der G8-Agenda noch von den NGOs bestimmt wird. Diesen thematischen Schwerpunkt wollen wir innerhalb der Proteste stark machen, um eine linksradikale Position sichtbar werden zu lassen, die sich nicht so schnell im Wust parallel vorgetragener Meinungen und Forderungen verliert. Die Auseinandersetzung mit der konkreten Agenda des G8-Gipfels (zum jetzigen Zeitpunkt noch unbekannt) wird sicherlich vom NGO-Spektrum abgedeckt werden. (Wie wir uns dazu verhalten, müssen wir im Laufe des Prozesses ausloten.) Mit einer eigenen Schwerpunktsetzung laufen wir nicht Gefahr, vom Gravitationsfeld der NGOs angezogen und dann inhaltlich übertönt zu werden. Und selbst wenn wir mit unserem Themenschwerpunkt nicht so deutlich an die Öffentlichkeit kommen sollten, haben wir dennoch den wichtigen Schritt getan, für uns weitergekommen zu sein.

Dieser Gedanke beruht auf den Erfahrungen der letzten Gegengipfel, und der vielfach geäußerten Erkenntnis, neben den Aktionen eine nachhaltige Entwicklung politischer Projekte schwer aufrecht erhalten zu können. Dabei handelt es sich auch um den Wunsch, konstruktive Debatten innerhalb der Bewegung anzustoßen, die ihr über den Anti-Kapitalismus hinaus ein schärferes Profil verleihen und damit die Schlagkraft erhöhen. Davon völlig unbelastet ist eine rasante Mobilisierung gegen den Gipfel selbst.

Wir sehen mit dem Ansatz einer eigen-

ständigen und unabhängigen Themenwahl die Möglichkeit, von einer thematisch defensiven in eine offensive Haltung zu kommen: Nicht wir hängen davon ab, was von oben an Themen diktiert wird, sondern wir sind selbst diejenigen, die wissen, was wichtig ist und woran wir arbeiten wollen.

Eine thematische Klammer ist gleichbedeutend mit einer Energiebündelung. Eine Konzentration auf emanzipationshaltige Themen erleichtert die Abgrenzung gegen liberale und rechte Versuche der Vereinnahmung. Die Vorstellung, die Mobilisierung gegen den Gipfel (strategisch, auf mittel- bis langfristige Ziele gerichtet) auch als "Transmissionsriemen" zu anderen Bewegungen zu sehen, klang auch bei anderen Vorschlägen, zuletzt beim Inhalts-AG-Treffen in Berlin, durch.

Unser Vorschlag bedeutet keineswegs, dass es inhaltliche Vorgaben oder Zwänge geben soll, wie sich Einzelne oder Gruppen auf den G8 vorbereiten. Sondern bei der vorgebrachten Überlegung handelt es sich lediglich um einen strategischen Vorschlag: parallel zu dem Ziel, den G8 zu verhindern, inhaltlich markante Pflöcke in eine breitere gesellschaftliche Debatte einzuschlagen.

Es geht unserer Ansicht nach darum, Themen heraus zu greifen, die möglichst weitreichende Wirkung sowie Potenzial zur Polarisierung und Abgrenzung haben, und sie in eine gute Mobilisierung gegen den G8-Gipfel einzubetten. Denn diese Verknüpfung verspricht den größten gesellschaftlichen Effekt. Und den wollen wir.

## II. Schwerpunktthema Migration

Wir schlagen vor, sich auf Migration als inhaltliches Schwerpunktthema der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 zu konzentrieren.

Die Stärke der undogmatischen Linken ist mitunter ihr Problem: die Vielfalt. Daher wünschen wir uns, bei der Mobilisierung aus der Vielfalt heraus das Thema Migration heraus zu greifen: denn durch die Fokussierung ist die Wahrscheinlichkeit am größten, außerhalb "unserer" Strukturen Öffentlichkeit zu erreichen, einen eindeutigen Kontrapunkt zu Regierungspositionen zu beziehen, und von der Anti-Haltung zu einer konstruktiven Haltung zu kommen.

Die Vorteile des Themas bestehen darin, mit einer linksradikalen Forderung neben NGOs ein eindeutiges Profil zu haben, das deutliche Position gegen die gnadenlose EU-Abschottungs-Politik einnimmt und auch eine eindeutige Abgrenzung gegen

Rechts und Rechtspopulisten bedeutet. Wie die Erfahrungen der Gipfelmobilisierungen in den letzten Jahren gezeigt haben, wurden linke Forderungen/Themenfelder immer wieder, insbesondere von NGO-Seite, in den herrschenden Diskurs übersetzt. (Dies wurde und wird besonders deutlich anhand der Debatten rund um Verschuldung.) Mit der Einforderung von globalen sozialen Rechten entgeht mensch einerseits weitgehend dieser Vereinnahmungsproblematik, knüpft andererseits aber zugleich an aktuellen gesellschaftlichen Debatten an: Migration und Prekariisierung sind in aller Munde. Diese notwendige Anschlussfähigkeit an gesellschaftliche Debatten sehen wir bei anderen möglichen Themenfeldern (z.B. Privatisierung, Militarisierung) weniger gegeben.

Auch innerhalb eines breiten Bündnisprozesses ist es möglich über das Thema Migration und über die Forderung nach gleichen sozialen globalen Rechten immer wieder auf Auswirkungen der Politik der G8-Staaten im hier und jetzt und die damit verbundenen Ausgrenzungsmechanismen zu verweisen

Das Thema Migration in den Mittelpunkt zu stellen bedeutet, Bündnisse mit denen zu schließen, die von der neoliberalen Attacke im globalen Maßstab am ärgsten betroffen sind: den Menschen im Trikont und denjenigen, die gekommen sind, um im industrialisierten Norden leben. Dabei wollen wir versuchen, die Zusammenhänge zwischen Kolonialismus und Neokolonialismus, der Abschottungspolitik der G8, der IWF-Auflagenpolitik, mangelnden Einkommensmöglichkeiten in Herkunftsländern, Krieg und Verfolgung und den Flucht- und Wanderungsbewegungen aufzuzeigen. Der Gegensatz, den globaler Kapitalismus hervorbringen kann, drückt sich deutlich im Nord-Süd-Gefälle aus. Eine Linke, die sich radikal gesellschaftlichen Veränderungen verschreibt, wird sich zu dieser Situation verhalten. In traditioneller Lesart könnten wir schreiben, dass es sich um die global gestellte Klassenfrage handelt. Migration ist der Anspruch auf Teilhabe am Reichtum - und bedeutet damit: die soziale Frage global neu zu stellen.

Fest steht, dass die Freiheit der Kapitalströme zusammen mit dem Versuch, "unqualifizierte" Arbeitskräfte in den armen Ländern festzuhalten, zu einem Merkmal wenn nicht der tragenden Säule des heutigen Kapitalismus und seiner Ausbeutungsstrukturen geworden ist. Wesentlich ist dabei die Kontrolle der Grenzen sowie entsprechender Maßnahmen, die MigrantInnen abschrecken sollen - das Ganze wird "Zuwanderungssteuerung" genannt. Sich

eindeutig und positiv auf aktive und unkontrollierte Migration und damit offene Grenzen zu beziehen, beinhaltet eine Menge Sprengkraft.

Was wir bei einer Mobilisierung gegen den G8-Gipfel unserer Auffassung nach brauchen, ist ein deutliches Zeichen globaler Solidarität. Wir denken, dass unkontrollierte Migration ein wichtiger Teil unserer "Globalisierung von unten" und damit eine Antwort auf den globalen Kapitalismus ist. Die Schwerpunktsetzung Migration bietet das Potenzial, in bestehende Debatten zu intervenieren - und aktuell einen klaren Kontrapunkt gegen EU-Politik ("dynamische EU-Migrationspolitik" und "Kampf gegen illegale Einwanderung") zu setzen. Ein weiterer wichtiger Zusammenhang wäre, das Thema Migration mit Prekarisierung zu verknüpfen.

Auch Krieg und Flucht sind Migrationsgründe, die im Zusammenhang mit dieser Schwerpunktsetzung stark gemacht werden können.

Das Thema Migration im Rahmen der Mobilisierung in den Vordergrund zu rücken, bedeutet für uns als Fels in einem ersten Schritt, uns in Kommunikation mit den dazu arbeitenden migrantischen und nicht-migrantischen Gruppen zu begeben. Dazu ist es sinnvoll, die Ergebnisse der bisherigen Zusammenarbeit mit Flüchtlingsorganisationen zu beachten, bewußt ein gleichberechtigtes Verhältnis anzustreben und beispielsweise Raum und Zeit für Übersetzung fest einzuplanen.

Starke und aktive Einbindung von migrantischen Gruppen ist gerade im Vorfeld der Vorbereitungen zur Mobilisierung

als auch bei Aktionen und Aktivitäten das, was wir uns vorstellen. Wir wollen gerne einen Aktionstag zum Thema "Bewegungsfreiheit" oder Forderung nach gleicher Teilhabe im Vorfeld des G8-Gipfel unterstützen oder mitinitiieren, der in der Größe und Schlagkraft eher an den Aktionstag in Genua erinnert, als an die Stadtrundgänge "make borders history" in Glasgow. Sicherlich waren letztere von der thematischen Ausrichtung her gut, aber in der Öffentlichkeit nicht oder kaum sichtbar. Wir wollen damit gerne mit Euch zusammen versuchen, die europäische Grenzpolitik, die Ausgrenzung von MigrantInnen und die Forderung nach Teilhabe in die Öffentlichkeit zu bringen. Und dies durch eine starke Mobilisierung gegen den G8 in Heiligendamm.

Fels-G8-AG  
fels-g8-mob@nadir.org

## aufmerksamkeit auf den widerstand

### antirassistischer und selbstorganisierter flüchtlingsgruppen aus mecklenburg-vorpommern lenken

**in den letzten wochen und monaten ist immer wieder die forderung erhoben worden, dass wir mit ‚unserem‘ g8-widerstand nicht einfach in mecklenburg-vorpommern einfallen dürfen. vielmehr müsste sich konkret auf die lokale situation bezogen werden. vor allem gelte es, die sozialen kämpfe, die bereits ausgefochten werden, als wichtige bezugspunkte zu begreifen. nur so sei es möglich, nicht in die ‚wir-die‘-falle zu tappen, sondern den widerstand gegen den g8 als einen gemeinsamen prozess zu gestalten – mit politischer (signal-)wirkung über die tage des gipfels hinaus.**

Im großen und ganzen teilen wir diese einschätzung. wir möchten deshalb die aufmerksamkeit auf den (lokal und überregional organisierten) widerstand antirassistischer und selbstorganisierter flüchtlingsgruppen gegen abschiebungen aus mecklenburg-vorpommern nach togo lenken (als dem derzeit wohl wichtigsten antirassistischen kampf in mecklenburg-vorpommern). wir möchten das aus drei gründen tun: erstens finden wir diesen und vergleichbare kämpfe wichtig (wir sind an ihnen deshalb auch beteiligt), zweitens befindet sich der kampf gegen abschiebungen nach togo derzeit in einer äußerst kritischen phase und drittens lassen sich aus den dort (erst jüngst wieder) gemachten erfahrungen interessante rückschlüsse ziehen, ‚welch‘ ambivalenter prozess es ist, konkret mit der linkspartei.pds zusammenzuarbeiten. letzteres scheint uns deshalb

wichtig zu sein, weil ja diese frage vor allem unter bündnispolitischen gesichtspunkten bereits mehrmals zu äußerst kontroversen debatten unter ‚uns‘ geführt hat (und im zusammenhang mit dem von der interventionistischen linken angestoßenen breiten bündnis noch führen dürfte).

1. ausgangspunkt ist, dass in mecklenburg-vorpommern (m-v) derzeit mehr als 300 flüchtlinge allein aus togo akut von abschiebung bedroht sind. ‚akut bedroht‘ heißt, erstens, dass die betreffenden nur noch eine duldung haben (d.h. umgehend abgeschoben werden können, sobald alle für die abschiebung erforderlichen reise-papiere vorliegen und auch ansonsten keine hindernisse wie z.b. krankheit im weg stehen), zweitens dass sich die deutschen behörden in direkter kooperation mit der togoischen botschaft derzeit erfolgreich um die erforderlichen reise-papiere bemühen (dafür gab es u.a. im juni 2005 zwangsvorfürhungen mehrerer hundert togoischer flüchtlinge aus mehreren bundesländern) und drittens dass es seitens der innenminister den konkreten beschluss gibt, auch langjährig geduldete flüchtlinge vermehrt abzuschieben. die abschiebung

der togoischen flüchtlinge mit duldung aus m-v soll in den nächsten 6-12 monaten stattfinden (jedenfalls wenn es nach dem willen der behörden geht). dafür ist u.a. eine sammel-charterabschiebung nach togo im april von hamburg aus geplant. charterabschiebungen heißt, dass sich an board des flugzeugs (neben der crew) ausschließlich flüchtlinge und abschiebebulen (und ggf. -ärzte) befinden. solche sammelabschiebungen soll es laut eu-beschluss in zukunft häufiger geben. denn bei solchen flügen sind keine proteste durch passagiere oder aktivist/innen am flughafen zu erwarten, außerdem sind die piloten auf ihre ‚gäste‘ eingestellt, es ist also nicht davon auszugehen, dass eine abschiebung an der crew scheitert.

2. wie ernst es den behörden (u.a.) in







landesvorsitzende der linkspartei.pds. peter ritter in m-v hat sich in einem langen brief direkt ans außenministerium gewandt und die lageberichte (u.a. über togo) kritisiert. auch petra pau (mdb) und dietmar bartsch (bundesgeschäftsführer der linkspartei.pds) haben sich gegen eine abschiebung

m-v mit abschiebungen nach togo ist, zeigt die gestern als nacht- und nebel-aktion durchgeführte abschiebung von allassane moussbaou. allassane moussbaou saß seit dem 2. dezember in abschiebehaft im abschiebegefängnis bützow, zusammen mit dem ebenfalls aus togo stammenden regimegegner adzrakou komi anani befand er sich seit über 2 wochen im hungerstreik und war deshalb bereits auf die krankenstation verlegt worden. nachdem eine abschiebung am 10. januar am widerstand von allassane moussbaou gescheitert war (auf diesen termin hatten verschiedene flüchtlingsaktivist/innen während des berliner treffen immer wieder hingewiesen), kamen die abschiebebullen gestern nacht und brachten allassane moussbaou direkt zum flughafen.

3. der ‚fall‘ allassane moussbaou ist nicht nur deshalb wahnsinnig bitter, weil allassane moussbaou in togo direkte verfolgung droht (laut amnesty international landen viele abgeschobene flüchtlinge direkt im knast, dort erleiden sie folter, viele verschwinden oder sind 1-2 jahre ohne jeden prozess eingesperrt; darüber hinaus müssen auch familienmitglieder und freund/innen mit direkten repressio- nen rechnen). vielmehr zeigt dieser verlorene kampf auch, wie schwach die linke derzeit ist. oder ungeschminkt: wir, die (radikale) linke, sind derzeit noch nicht einmal in der lage, erfolgreich unsere genoss/innen zu verteidigen - jedenfalls nicht im größeren maßstab (von mehr ganz zu schweigen). was diese schwäche konkret bedeutet, kann mensch sich am ‚fall‘ allassane mousbaou klar machen: für allassane mousbauou haben sich unglaublich viele leute stark gemacht: einerseits gab es über 1000 direkt an die behörden gerichtete briefe und faxe sowie mehrere aktionen. andererseits haben sich zahlreiche prominente politer/innen, ngos und politische gremien für allassane mousbauou ausgesprochen. genauer: der

von allassane mousbauou ausgesprochen. tobias pflüger (mitglied des eu-parlaments), hinrich küssner (spd, ehemaliger präsident des landtags in schwerin) und wolfgang dietrich (landesvorstand linkspartei.pds und sprecher der landesarbeitsgemeinschaft migrationspolitik und antifa- schismus) haben sich in eigenen presseerklärungen nicht minder klar positioniert. hinzu kamen der unhcr (der darauf hingewiesen hat, welche konkrete gefahr allas- sane moussbaou im falle seiner abschiebung drohen würde), der m-v-landesverband von bündnis90/die grünen und zu guter letzt der petitionsausschuss des schweriner landtags, der ausdrücklich darum gebeten hatte, von einer abschiebung allassane moussbaous abzusehen und stattdessen die vorherige anhörung von expert/innen abzuwarten.

und doch: es hat nicht sein sollen: allas- sane moussbaou ist abgeschoben worden. dies darf auf keinen fall einzig dem für seine brachialität einschlägig bekannten spd-innenminister timm angelastet werden (seines zeichens: ex-pastor). in der tatsache, dass diese abschiebung trotz aller proteste stattfinden konnte, drückt sich vielmehr ein gesamtgesellschaftliches kräfteverhältnis aus: die behörden wissen, dass solche abschiebungen (d.h. abschiebungen von etwas prominenteren leuten) stets einiges an staub aufwirbeln, sie wissen aber auch, dass ihnen hierdurch derzeit (noch) kein politisches ungemach droht. sie können mit anderen worten davon ausgehen, dass sich solcher staub bald wieder legen wird. in diesem sinne müssen die für die nächsten monate geplanten massenabschiebungen nach togo sehr ernst genommen werden!!!

4. der ‚fall‘ allassane moussbaou und die linkspartei.pds: es dürfte bereits deutlich geworden sein - die linkspartei.pds ist eine der maßgeblichen kräfte, die sich für allassane moussbaou eingesetzt hat, und zwar mit politer/innen aus der ersten reihe!!!. gleichzeitig ist die pds aber auch,

das darf nicht vergessen werden, an der regierung in m-v beteiligt. mit anderen worten: die linkspartei.pds hätte es durch- aus in der hand gehabt, diese konkrete abschiebung zu verhindern. sie hätte dafür der spd allerdings klar machen müssen, dass mit ihr an diesem punkt nicht zu scherzen ist. das hat die linkspartei.pds nicht getan - die gründe müssen an dieser stelle wohl kaum erläutert werden. aus unserer sicht folgt hieraus nicht, dass nie und auf keinen fall mit der linkspartei.pds zusammengearbeitet werden sollte, der ‚fall‘ allassane moussbaou ist aber ein gutes beispiel, wo die absoluten grenzen einer zusammenarbeit liegen - oder positiv formuliert: wo eine kritische zusammenar- beit mit der linkspartei.pds ansetzen muss. konkret für die nächsten monate sollte das aus unserer sicht heißen: mehr denn je dürfte es nun gelten, die linkspartei.pds beim wort zu nehmen. die linkspartei.pds hat sich in sachen togo sehr weit aus dem fenster gehängt. dies gilt es, in der ausein- andersetzung offensiv an die linkspartei.pds als forderung heranzutra- gen. denn in dieser positionierung (genau- so wie in der positionierung vieler anderer einzelpersonen, gruppen, parteien, institu- tionen etc.) liegt auch die chance, zumin- dest in m-v. einen abschiebestopp für togo zu erreichen (auf jeden fall standen die chancen noch nie so gut wie heute). ein solcher vorläufiger abschiebestopp wäre sicherlich ein erster konkreter sieg über

## Hintergrund- informationen zu Togo:

für die, die mehr über togo wissen möchten, haben wir im anhang bzw. als link einige (mehrheitlich grundsätz- lich ausgerichtete) texte zu togo mit auf die reise geschickt:

- a) text aus le monde diplomatique (april 2003)
- b) karawane-flugblatt (april 2004): <http://carava.net/download/auf-ruf.togo.2004.de.pdf>
- c) telepolis-artikel (märz 2005)
- d) taz-artikel von dominic johnson (mai 2005)

hinsichtlich aktueller entwicklungen sei des weiteren auf die karawane- website verwiesen ([www.thecaravan.org](http://www.thecaravan.org)) und auf einen aktuellen bericht auf der website von umbruchbildarchiv: [http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/280106alassane\\_mous-sbaou.html](http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/280106alassane_mous-sbaou.html)

den g8 in m-v - wie es ein aktivist von the voice auf einem treffen formulierte. gleichzeitig ist aber auch klar: ein togo-abschiebestopp allein genügt nicht. denn erstens gibt es noch viele andere flüchtlinge in m-v (die genauso von abschiebung bedroht sind) und zweitens gilt natürlich immer noch das motto: "für globale bewegungsfreiheit! gleiche rechte für alle!" konkret könnte das aus unserer sicht heißen, dass sich der anti-g8-widerstand in nächster zeit auch praktisch (!) mit dem widerstand gegen abschiebungen nach togo solidarisiert. aktionen (z.b. morgen, am 2. februar in schwerin) und kritische zeitpunkte (z.b. geplante sammelabschiebung im april) gibt es ja zuhauf. eine solche praktische beteiligung würden wir als (erste) konkrete realisierung einiger der vorschläge und forderungen begreifen, die in der

anlässlich des berliner treffens veröffentlichten deklaration des nolager-netzwerks und anderer gruppen formuliert wurden (vgl. www.gipfelsoli.org).

5. togo mag zwar nur (wie es immer heißt) ein handtuchgroßes land in westafrika sein - und obendrein eine völlig anachronistische diktatur (wie es sie in dieser form heutzutage ungleich seltener gibt als noch vor 20 jahren), und doch: togo steht auch (mit bestimmten aspekten) exemplarisch für die die art und weise, wie sich in den letzten 6 jahrzehnten die postkolonialen beziehungen zwischen globalem süden und globalem norden entwickelt haben. in dieser hinsicht ist die bezugnahme auf togo und vergleichbare länder in afrika (und anderswo) etwas, was im g8-widerstand geradezu zu hause sein sollte. d.h.

unseres erachtens sollte die länder-bezogene perspektive genauso bestandteil des g8-widerstands sein (zumindest dort, wo das durch die konkreten verhältnisse geboten erscheint) wie die quer zu einzelnen ländern liegende auseinandersetzung mit bestimmten problemkomplexen wie z.b. iwf, wto, kampf um wasser, globale landwirtschaft etc. etc. (vgl. unser inputpapier für das berliner treffen).

neben dem, dass togo als ‚exemplarisches land‘ in sachen post-koloniale entwicklung zu begreifen ist, darf aber auch nicht übersehen werden, dass hier & heute konkrete menschen - vor allem direkt betroffene - gegen abschiebungen nach togo kämpfen. und mecklenburg-vorpommern ist ein ort dieser kämpfe...

nolager bremen ,

## Folterwelten.

### Militarisierung - Repression - Weltwirtschaft: Kampagnenvorschlag gegen G8/2007

**G8 - rammen und versenken. Angesichts des bisherigen Mangels guter Slogans könnten wir uns mit diesem anfreunden. Auch mit anderen. Aber darum wird es in diesem Text nicht gehen.**

Fünf Jahre dauert der so genannte "Krieg gegen den Terror" schon an. Dieser Krieg dient der Absicherung des Weltmarktes und der damit verbundenen "westlichen Lebensweise" in den Wohlstandinseln der Welt.

Er ist nicht lokal begrenzt.

Mal offen, mal verdeckt ist er längst Weltinnenpolitik, um die vielfältigen sozialen und politischen Krisen in den Griff zu kriegen. Seinem Wesen nach ist er endlos. Krieg heißt Folter - und Folter ist Krieg gegen die Gesellschaft.

Die Herrschenden sagen: Das sind die Kosten der Freiheit, die wir tragen müssen. Wir sagen: Folter und bürgerliche Demokratie schließen sich so wenig aus, wie Krieg und Kapitalismus. Im Gegenteil. Deswegen: Gegen die Kosten der Freiheit!

Alle wissen es und niemand bestreitet ernsthaft, dass im Rahmen dieses Krieges Menschen entführt, in geheime Gefängnisse verschleppt und dort gefoltert werden. Der "Krieg gegen den Terror" setzt neue Maßstäbe: im globalen rechtsfreien Raum sind die Menschenrechte im Namen der Menschenrechte außer Kraft gesetzt.

Entführung und Folter der ausgemachten Feinde westlicher Freiheit und Glückseligkeit

sind nicht nur alltäglich, sondern durch ein juristisch-bürokratisches Regelwerk legitimiert. Dieser Krieg dient unmittelbar der Disziplinierung und autoritären Strukturierung der Gesellschaft. Immer mehr Menschen landen im Niemandsland der Rechtlosigkeit. Was bereits in den wenigen Jahren dieses Anti-Terror-Krieges durchgesetzt wurde - trotz, oder auch gerade durch den täglichen Skandal, wird nicht über Nacht wie ein böser Spuk verschwinden.

Die Folter formiert soziale und politische Verhältnisse; es ist jetzt schon abzusehen, dass die Anstrengung diese Formierung wieder loszuwerden immens sein wird.

Das ist unser Ausgangspunkt. Angesichts dieser Entwicklung ist es notwendig, grundsätzlich gegen Folter und Lagerhaft aufzutreten. Und weil jede Legitimierung von Folter dazu beiträgt, diese gesellschaftlich durchzusetzen, ist es darüber hinaus notwendig, gegen alle Folter-Befürworter entschieden vorzugehen. Für uns spielt da die Differenz zwischen dem Folterer und denjenigen, die sie gutheißen, keine große Rolle.

Aber - auch als Klarstellung: Antifolterkampf ist nicht Angelegenheit von Menschenrechtsgruppen. Es geht nicht um Themenpolitik, sondern um verantwortliche politische Intervention in die Verhältnisse. Menschenrechte gelten für alle - bedingungslos, unteilbar und ohne jedes Wenn und Aber.

Mit diesen Prämissen gehen wir in die

Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Daraus entwickeln wir den Vorschlag - oder: die zwingende Notwendigkeit -, die Frage von Krieg und Folter zu einem zentralen Strang in den Aktionen und Argumenten der gegen den Gipfel gerichteten Aktivitäten zu machen. Ab jetzt und unüberhörbar. Nicht alternativ oder gar konkurrenz zu anderen zentralen Achsen des Angriffs auf die imperialen Zustände dieser Welt.

Die Gipfel der selbst ernannten Führer der Welt sind ein Brennpunkt neoliberaler und imperialer Politik. Der Widerstand gegen diese Verhältnisse muss solche Events nutzen, diese Zurichtung der Welt und der Menschen grundsätzlich in Frage zu stellen und anzugreifen. Denn in Punkto Sicherheit, Ökonomie und Governance geht es bei diesen Gipfeln um den Zugriff der neoliberalen Ideologie und Praxis der Herrschenden auf alle Lebensbereiche.

Der G8-Gipfel bietet die Möglichkeit, von der entgegengesetzten, emanzipatorischen Seite unterschiedliche Kritiken und alternative Vorstellungen zusammenzuführen, zu vernetzen und zu zuspitzen - seien es feministische, antifaschistische oder antimilitaristische, sei es von Migrant/innen, Erwerbslosen, Ökoaktivist/innen oder Antikapitalist/innen - und damit die menschenverachtende Politik sichtbar zu machen und der G8 die Legitimation und politische Deutungshoheit abzuspüren.

Dabei haben wir nicht die Illusion, dass der Gipfelprotest, wie erfolgreich auch immer, die Verhältnisse grundsätzlich zum

Tanzen bringt. Aber er ist ein guter Anlass, unseren Rhythmus auszuloten - und das heißt, eine gemeinsame Praxis über den Gipfel hinaus zu finden. So gehen wir in die nächsten Monate, wissend um die "Mühen der Ebene", die vor und nach den Gipfeln liegen.

Darin verorten wir unseren Vorschlag zu einer

- die G8-Mobilisierung begleitenden Anti-Folter-Kampagne
- für Aktionen gegen Bundeswehreinräte und den drohenden Krieg gegen den Iran
- für Initiativen gegen Lagerhaft, ob nun von Flüchtlingen oder Gefangenen, ausgehend z.B. von den Camps 2006 und 2007
- für einen Aktionstag gegen Krieg und Folter während des Gipfels 2007, wie es ihn auch gegen das Migrationsregime geben muss.

In einer gemeinsamen Kampagne können wir die Zusammenhänge imperialistischer Interessen - Funktionalisierung und Liquidierung der Menschenrechte aufzeigen, die Heuchelei sowohl der "Koalition der Willigen" wie die der "Unwilligen" angreifen, den Legenden der "Ausrutscher" die Systematik gegenüber stellen, - eben Stellung beziehen gegen Krieg, Folter, gezielte Tötungen, Lager etc.

Die Aktivitäten sollen den Bogen spannen von Guantánamo-Bay, über Abu-Ghraib, den staatlichen gezielten Tötungen, den Folter-Joint-Ventures z.B. zwischen den USA und Marokko bis zu den europäischen Folterbefürwortern und -nutznießern. Verknüpfungen sollten und können hergestellt werden zu den Abschottungsstrategien gegen Flüchtlinge und Migrant/innen und der entsprechenden exterritorialen Lagerpolitik, Isolationshaft in Europa, EU-Antiterrorliste und neue Sicherheitsgesetze, DNA-Datensätze und Islamisten-Kartei....

Ziel ist dabei auch, z.B. konkret den Vorbereitungen weiterer Kriege gezielt in die Quere zu kommen. Oder, ebenso konkret in die Folterdebatte in Deutschland einzugreifen und die hiesigen "Folter-Sympathisanten" anzugreifen und blosszustellen.

Dabei geht es uns darum, die internationale Entwicklung ("Globalisierung", permanente Kriege, Menschenrechts-Shutdown...) mit der Entwicklung in Europa/Deutschland (Verschärfung der "Inneren Sicherheit", Durchsetzung der x-ten "Anti-Terror-Pakete") zu verknüpfen - und Aktionsmöglichkeiten zu schaffen.

## Die Gruppe der 8

Seit 1975 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der führenden kapitalistischen Industriestaaten jährlich zu Weltwirtschaftsgipfeln. Seit einigen Jahren inklusive Russland. Sie diskutieren ihre politischen Angelegenheiten, tragen Meinungsverschiedenheiten aus und koordinieren das gemeinsame Vorgehen in internationalen Institutionen. Beinahe keine sicherheits- und wirtschaftspolitische Entscheidung oder Initiative in Internationalen Organisationen der letzten Jahre wurde nicht vorab im Rahmen der G8 diskutiert und vorstrukturiert. Dabei stellen die Gipfel nur die symbolischen Höhepunkte eines weit gespannten Netzes von Beratungs- und Entscheidungstreffen dar. Obwohl keine gewählte Institution oder offizielles Gremium, inszenieren sich die Chefs als Sachwalter der globalen Probleme und kreieren Lösungen, worüber sie sich in der öffentlichen Wahrnehmung legitimieren. Verstärkt wird diese Legitimierungsstrategie noch dadurch, dass vorwiegend "populäre" Themen wie Armut und Entschuldung medial nach außen getragen werden und dass durch die Einladung von Regierungsvertretern der betroffenen Länder und NGOs scheinbar auch die Stimme der Kritik Gehör findet. Jenseits des eigentlichen Gipfels und abseits des Medienhypes treffen sich im Vorfeld z.B. die Finanzminister, die Außenminister, sowie zahlreiche Expertengruppen.

Mit einem Stimmenanteil von nahezu 50 % im IWF und in der Weltbank und mit 4 von 5 Stimmen im ständigen Sicherheitsrat, mit mehr als 65% des weltweiten Bruttonationaleinkommens (BNE) und 60% der Militärausgaben, konzentriert sich in den G8-Staaten der Großteil der institutionellen, ökonomischen und militärischen Macht. Das ermöglicht, quasi alle Entscheidungen in relevanten Institutionen zu dominieren und somit die kapitalistische Wirtschaftsordnung und imperiale Weltordnung auszubauen bzw. zu sichern.

Je mehr politische Felder die G8 für sich beanspruchten, je stärker der Neoliberalismus als herrschende Ideologie und Praxis propagiert und durchgesetzt wurde, desto stärker und breiter wurde auch die Kritik und der Protest. 1984 in London gab es mit "The Other Economic Summit" den ersten Gegengipfel, und

1985 in Bonn die ersten Aktionen auf der Straße. Ab den 1990er Jahren, als nach Wegfall der Blockkonfrontation die propagierte "Neue Weltordnung" dominant wurde, mehrten sich die Gegenaktionen zu den Gipfeln und Tagungen anderer neoliberaler Organisationen wie IWF, WHO und Weltbank (1988 Berlin, 1989 Paris, 1992 München etc...) Eine Kulmination fand der Protest 1999 in Seattle, wo es zehntausenden Aktivist/innen ausgerechnet in den vermeintlich sicheren USA gelang, das Treffen der WTO massiv zu stören, sowie in Genua, wo Hunderttausende auf der Straße gegen die G8 und ihre menschenverachtende Politik demonstrierten.

Der diesjährige Gipfel in St. Petersburg hat die Themen Energiesicherheit, Bildung und Infektionskrankheiten auf der Agenda. Als informelles Treffen im Geiste des Kammingesprächs sind öffentliche Protokolle nicht vorgesehen - die Prozesse der Entscheidungsfindung verschleiern die Abschlusspapiere. Wer "gerechte Lösungen" erwartet, kann sicher zu Recht als naiv bezeichnet werden. Vielmehr geht es um die geostrategische Sicherung der Energievorkommen für die Metropole auf Kosten der Peripherie, um Megaprojekte, gefördert von der Weltbank, wie Staudämme, die den westlichen Firmen viel, den Menschen aber wenig bringen, um Bioregulation statt um Gesundheitsversorgung für Alle umsonst, um Privatisierung des Bildungssektors statt um das Recht auf Bildung aller. Und im Zuge der jüngsten Eskalation ist auch das Thema Iran, bzw. ein imperialer Krieg, nicht ausgeschlossen.

2007 tagen die selbsternannten Chefs der Welt in Deutschland, in Heiligendamm. Was sie dort auszuhandeln gedenken, ist bisher nur grob bekannt. Vermutlich steht das "geistige Eigentum" auf der Tagesordnung. Dieser unscheinbare Begriff hat es in sich, dahinter verbirgt sich ein Kosmos unterschiedlichster neoliberaler Zugriffsinteressen. Die Bandbreite reicht vom Schutz vor Raubkopien bei Musik und Videos, von Patentschutz von Medikamenten beispielsweise gegen HIV bis hin zur Biopiraterie, der Patentierung von Gensequenzen von Pflanzen. Es wird also darum gehen, die "Investitionssicherheit" herzustellen und somit weitere Lebensbereiche der marktförmigen Verwertungslogik unterzuordnen.

Als Beispiel nehmen wir die aktivistische Verknüpfung der Frage von Krieg und Folter während der NATO-Sicherheitskonferenz im Februar 2006 in München. Mit dem Transparent "Stoppt den globalen Krieg der NATO-Staaten" wurde die Demonstration von einem "Gefangenentransport" der besonderen Art angeführt: eine Gruppe von Menschen in orangefarbenen Overalls marschierte durch Münchens Straßen. Guantánamo-Bay ist überall.

Solche verbindenden Aktionen wünschen wir uns zahlreich vor und während

des G8-Gipfels in Heiligendamm. Gerade im Rahmen der Gipfeltage muss es einen Aktionstag gegen Krieg, Folter und Lager geben.

Anlässe vor dem Gipfel 2007 sind z.B. die nächste Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007, der NATO-Gipfel im Mai 2007 in Portugal oder die im Frühjahr 2007 stattfindenden Treffen der EU-Minister, oder die der zahlreichen "Expertenrunden", die den Gipfel 2007 vorbeireiten.

## Foltern für die Menschenrechte

1948 wurde in der UN-Charta das Folterverbot als zwingendes Gewohnheitsrecht niedergeschrieben. In der Anti-Folterkonvention von 1984 wurde sie als absolutes Verbot, d.h. als "notstandsfeste Norm", ohne Einschränkungen festgelegt. Trotzdem wurde natürlich weiter gefoltert - werden heute immer noch in über 100 Staaten Gefangene mit allen nur erdenklichen Techniken unter Druck gesetzt, drangsaliert und misshandelt.

Also: welchen Wert haben solche

## Krieg - sicher nicht das letzte Mittel der Politik

Am 11. Dezember 1994 marschierten russische Truppen nach Tschetschenien ein, nachdem sich das Land für unabhängig erklärt hatte. Nach dem Einsetzen einer Regierung durch die russische Besatzungsmacht hat sich am permanenten Kriegszustand nichts geändert. Die zivile Infrastruktur ist weitgehend zerstört, die Hauptstadt Grosny ein riesiges Ruinenfeld, 100.000de von Zivilist/innen waren und sind Opfer der fortdauernden Kämpfe. Putin ließ ab 2000 in Tschetschenien "Bärenzwinger" anlegen: ca. fünf Meter tiefe Erdlöcher, in die willkürlich festgenommene Menschen hinein gesteckt wurden und bei eisiger Kälte stundenlang stehen mussten. In so genannten "Filterungslagern" wurden "Verdächtige" zu Tode geprügelt, mit Strom gefoltert und Menschen mit Messern verstümmelt.

Am 24. März 1999 eröffnete die NATO den Krieg gegen Jugoslawien. Zum Anlass genommen wurden die Kämpfe zwischen der Belgrader Zentralregierung und der Kosovo-Untergundarmee UCK, die sich nach der Aufhebung des Autonomiestatus der Provinz Kosovo 1989 gebildet hatte. Das Eingreifen der NATO beendete die Existenz des Staates Jugoslawien. Der erreichte "Friede" im Kosovo wird nur mit Hilfe einer internationalen Besatzungsarmee aufrechterhalten. Immer wieder kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 stellte die NATO erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall fest. Militärisch wurde die Herrschaft der Taliban in Afghanistan zerschlagen und eine neue Regierung eingesetzt. Nach fünf Jahren NATO-Truppenpräsenz in Afghanistan glaubt niemand mehr an ein "vorübergehendes Engagement". Ein weiteres Dauerprotektorat wurde eingerichtet.

Am 20. März 2003 begann der Krieg gegen den Irak. Unter Führung US-amerikanischer und britischer Truppen wurde das Land angegriffen und besetzt. Nach dem Sturz des Diktators Saddam Hussein begann der Krieg erst richtig. Private Militärfirmen stellen mit 30.000 Einsatzkräften das zweitgrößte Kontingent nach den regulären US-Truppen. Sie decken fast das gesamte Spektrum von Armeen, Polizei und Geheimdiensten ab. Sie betreiben Ausbildungslager und stellen Vernehmungsexperten, die auch als Übersetzer getarnt an Verhören in Abu Ghraib teilnahmen. Insgesamt sind Konzerne und private Militärfirmen maßgeblich an Entscheidungen, ob und wie Kriege geführt werden, beteiligt. Vom offiziellen Kriegsgrund, der Entwaffnung des Iraks in Bezug auf Massenvernichtungswaffen,

war nach dem "Sieg" nicht mehr die Rede. Nach Schätzungen sind während der Bombardierungen bis zu 100.000 Menschen getötet worden; jeden Monat kommen bis zu 1.000 zivile Opfer dazu. Der Irak ist heute ein Schlachtfeld des nicht endenden Gemetzels. Die "Koalition der Willigen" hat das Land ins Chaos gestürzt.

An den meisten Kriegen der Ära nach dem Ende der Blockkonfrontation hatten und haben G8-Staaten wesentlichen Anteil: Durch die direkte Beteiligung, Billigung oder Initiierung der Kämpfe, durch Bereitstellung der eingesetzten Waffen, durch die ursprüngliche Aufrüstung der später bekämpften Kriegsgegner und durch die Abschöpfung der Gewinne aus dem so genannten "Wiederaufbau". Krieg wird nicht als abwegiges, sondern als durchaus sinnvolles Mittel angesehen, z.B. um unbotmäßige lokale Machthaber zu disziplinieren, oder sich gegebenenfalls den Zugriff auf strategische Ressourcen, wie z.B. Erdöl zu sichern. So wie die deutschen Interessen am Hindukusch verteidigt werden (laut Ex-Kriegsminister Struck/SPD), wird "unser" Erdöl im Irak gesichert.

Das betrifft nicht nur die offiziell erklärten Kriege, auch die Konflikte, die in vielen Teilen der Welt von Söldnerheeren und paramilitärischen Einheiten geführt werden, ausgerüstet und ausgebildet von den G8-Staaten.

Oft treten in diesen Kriegen die ökonomischen Gründe in den Hintergrund. Einfluss und Macht müssen gesichert und westliche Ideologie und "Wertvorstellungen" durchgesetzt werden. Im propagierten "Kampf der Kulturen" triumphiert die Leitkultur imperialistischer Prägung als allein gültiges Modell - und subsumiert gelegentlich auch nationalistische oder religiös-fundamentalistische Kräfte, die es an anderer Stelle zum rechtlosen Feind erklärt. Dieser Krieg ist längst Dauerzustand. Jederzeit und überall können kleinere Staaten zum Ziel eines Angriffs mit nachfolgender Besatzung werden. Anders als zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation, als die "sowjetische Gefahr" an jeder Ecke dieser Welt lauerte, entdeckt die westliche Wertegemeinschaft Demokratie und Antifaschismus als militärisch durchzusetzende Zwecke. Mal gilt es "ein neues Auschwitz zu verhindern", hiltlergleiche Diktatoren zu entfernen, ABC-Waffenfreie Zonen zu errichten - und überhaupt alle Welt glücklicher zu machen. Derartige Propaganda verfängt durchaus auch bei "aufgeklärten" Menschen, und so manche europäische Ex-Linken wandelten sich zu Bellizisten, schmiedeten Koalitionen mit Besatzungstruppen oder hoffen auf alternative imperialistische Lösungen à la Eurotruppen.



Abkommen, wenn sie sowieso nicht von allen Staaten eingehalten werden? Als allgemeine Richtlinien werden sie zur Basis der Verständigung zwischen Menschen und Völkern erklärt. Alle Menschen sind gleich, aber manche sind gleicher. Das gilt auch für Staaten. Abgesehen also von der Möglichkeit der individuellen Klage vor dem europäischen oder internationalen Menschengenrichtshof, ist gegenwärtig die Frage der Menschenrechte vor allem eine ideologische Waffe in den Händen derer, die sie machtvoll aushebeln.

Darin ist der Westen geübt. Das Anprangern von Menschenrechtsverletzungen im "sozialistischen Lager" war Bestandteil des antikommunistischen Rollbacks. Im Unterschied zu heute brauchte es allerdings aus Gründen der Systemkonkurrenz die feste Behauptung, dass so was im eigenen Lager nicht vorkommt. Heute gehen die Hauptmächte viel ungenierter zur Sache, nach dem Prinzip "Wer die Macht hat, hat das Recht" - oder kriert es halt neu.

Als im Frühjahr 2004 die Fotos der gefolterten Gefangenen in Abu-Ghraib öffentlich wurden, verharmloste die US-Regierung zunächst diese erschütternden Misshandlungen als isolierte Fälle und wälzte die Verantwortung auf Einzeltäter der US-Streitkräfte ("Bad Apples") ab. Zu halten war diese Verteidigungslinie allerdings nicht, zu viele Fakten und digitale "Schnappschüsse" drangen in die Öffentlichkeit. Bis eindeutig klar war: Die Anweisungen, die Genfer Konventionen zu verletzen und die Gefangenen zu misshandeln, kamen direkt aus dem Weißen Haus und dem Pentagon. Von denen wurde natürlich bis heute niemand belangt.

### Von Panama bis Abu-Ghraib

Die Fotos aus Abu-Ghraib dokumentieren Foltermethoden, die die CIA seit über 50 Jahren anwendet, perfektioniert und in andere Länder importiert.

In der "School of the Americas (SOA)" - seit 2001 in "Institut der westlichen Hemisphäre für Sicherheitszusammenarbeit" umbenannt - wurden im Rahmen des Counter Insurgency Programms ca. 60.000 Lateinamerikaner in gezieltem Töten, psychologischer Kriegsführung und Verhörmethoden ausgebildet. Zur "Förderung der Demokratie in Lateinamerika" wurden hunderttausende Menschen durch Absolventen der SOA gefoltert, massakriert, zum Verschwinden gebracht und ermordet. Als die Tupamaros 1970 einen angeblich zivilen Berater einer US-Hilfsorganisation namens Mitrione entführten, konnten sie den Zweck seines Aufenthaltes enttarnen. Als Mitglied des Office of Public Safety hatte er die Aufgabe, Militärs und

Polizeischüler in lateinamerikanischen Ländern in Verhörmethoden für den Anti-Gueerrilla Kampf zu unterrichten. Wie diese Methoden auszusehen hatten, demonstrierte er bereits in seinen Unterrichtsstunden, in denen er vier Obdachlose mit Elektroschocks zu Tode folterte. Sein Motto lautete: "Der richtige Schmerz am richtigen Ort zur richtigen Zeit".

Über dreißig Jahre später, dem Motto stets treu geblieben und die Methoden weiter ausgefeilt, wird die Folter heute als notwendiger Teil des Kampfes für Menschenrechte legitimiert. Der Zweck heiligt also die Mittel. Internationale Abkommen, wie z.B. die Anti-Folterkonvention der UNO von 1984, die jede physische und psychische Misshandlung von Gefangenen verbietet, oder die Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen werden von der USA, Großbritannien oder anderen ihr beigetretenen Staaten ignoriert, bzw. ausgesetzt, wie Bush 2002 bekannt gab. Justizminister Gonzales erklärte 2005 öffentlich, dass sich amerikanische Agenten nicht in jedem Fall an die Antifolterkonvention halten müsse. Kriegsminister Rumsfeld erließ ein Geheimprogramm zur Verfolgung der Al-Qaida-Führung, das Folter und Mord genehmigt, und CIA-Direktor Porter Goss erklärte das "waterboarding" zur offiziellen Verhörmethode. Parallel dazu wird die Definition von Folter eingeschränkt, mit der Absicht den Taten die Schärfe zu nehmen und ungehindert agieren zu können. Durch die Verharmlosung von Folter werden weltweit Maßstäbe gesetzt und Präzedenzfälle geschaffen.

### In aller Öffentlichkeit

Darin unterscheidet sich die Situation heute von der vor 30 Jahren: Folter und Menschenrechtsverletzungen finden quasi in aller Öffentlichkeit statt; sie werden nicht grundsätzlich gelehrt, sondern relativiert und gerechtfertigt. Es ist nicht notwendig Folterspezialisten zu entführen, um Skandale aufzudecken. Diese decken sich durch heutige Informationstechnologien und dem kolonialistischen Siegergehebe der Täter fast schon von selbst auf. Die ganze Welt weiß mittlerweile darüber Bescheid, wenn auch nicht um jedes Detail. Während andere Staaten in solch einem Fall längst Strafsanktionen unterworfen worden wären, besteht diese Gefahr für die Weltmacht nicht.

Die US-Regierung präsentiert sich als grenzenlose Macht, die im "Enduring Freedom" genannten Anti-Terror Krieg über jedes Recht erhaben ist. Nicht umsonst lehnt sie den Internationalen Strafgerichtshof als Instanz ab. Niemand soll es wagen

sich dieser Macht entgegenzustellen oder über sie zu richten.

Im Zuge der globalen Machtpolitik wurde neben "Schurkenstaaten" auch eine neue Menschenklasse erschaffen: "The unlawfull enemy combatant". Einen ähnlichen Status des "Gesetzlosen" benutzte die französische Regierung bereits im Algerienkrieg, um die Gefangenen aus dem Befreiungskampf ohne Schutz durch die Genfer Konventionen foltern zu können. Ein ungehöriges Maß an Rassismus und Menschenverachtung ist vonnöten, um diese Selektion zwischen den "Zivilisierten" und "Nicht-Zivilisierten" zu betreiben oder zu unterstützen.

Weder die Genfer Konventionen, die die Behandlung als Kriegsgefangene ermöglichen, noch die amerikanische Gerichtsbarkeit werden den Gefangenen in den Lagern zugestanden. Noch immer befinden sich 400 dieser rechtlosen Menschen aus 35 Nationen in Lagern des US-Stützpunkts in Guantánamo-Bay auf Kuba. Wie viele insgesamt in geheimen Lagern und Folterkammern gefangen gehalten werden, wissen wir nicht. Aber wir wissen, dass sie existieren, und dass die US-Regierung in ihrem Krieg durchaus bereitwillige Helfer und Begleiter hat, die ebenso wenig Skrupel haben, schlimmste Menschenrechtsverletzungen im Kreuzzug für Menschenrechte zu begehen oder aus ihnen Profit zu schlagen.

Ein System, "rendition" genannt, ermöglicht die Übergabe von Gefangenen an Länder wie Syrien, Ägypten, Marokko oder Pakistan zum Zwecke der "Nachrichtengewinnung". Bush erließ 2001 eigens dafür eine Direktive, die diese Maßnahmen legitimiert. "Verdächtige Personen" werden von der CIA entführt und in entsprechende befreundete Folterregime zum Verhör gebracht. Gleichzeitig prangert der US-Menschenrechtsbericht Folter in Ägypten an. In dieses geheime CIA-Foltersystem sind dutzende Staaten involviert, solche, die Stützpunkte und Kerker zur Verfügung stell(t)en, die die Verschubung der Gefangenen durch Zwischenlandungen erlaubten, oder an Verhören teilnahmen.

Das Geheime ist allerdings nur bedingt, denn die Öffentlichkeit weiß um die Tatsache - und soll es auch wissen. So wie alle wissen, dass die Menschenwürde auf Polizeirevier, in Gefängnissen oder bei Abschiebungen nicht gerade eine Heimstatt hat. Willkür und Gewalt von Polizeibeamten, Bundesgrenzschutz oder Gefängniswärtern haben bereits mehrere Todesopfer gefordert. Die Isolationshaft wurde jahrzehntelang als "weiße" Folter gegen politische Gefangene in der BRD eingesetzt und in andere Länder exportiert.

Während aber die deutschen Regierungen öffentlich und vor Menschenrechtsgremien abstritten, dass politische Gefangene gefoltert würden, und wer das Gegenteil behauptete, strafrechtlich verfolgt wurde, interessiert das die US-Regierung wenig.

### Folter ist Krieg gegen die Gesellschaft

Folter ist eine allmächtige Waffe, die nicht nur bei den gefolterten Menschen Schmerz und Ohnmacht erzeugen soll, ausgeliefert und ohne Hoffnung. In der Gefangenschaft steht der Staat dem Menschen in voller Machtentfaltung gegenüber. Gefangene zum Sprechen zu zwingen und Geständnisse zu produzieren ist nur eine Funktion von Folter. Letztendlich geht es um die Beherrschung von Menschen - in der Folter ist das konkret und unmittelbar. Sie manifestiert die gewaltsame Dimension der Macht und zielt darauf ab, den Willen eines Menschen zu brechen. Der gefolterte Mensch soll verdinglicht, d.h. zu einer Sache herabgewürdigt werden. Auch das zeigen die Fotos von Abu Ghraib: Die Entmenschlichung der einen durch ihr eigenes grausames Tun, und die Entwürdigung und Demütigung der anderen. Diese Folterszenen dienen nicht dem Verhör, sondern der moralischen und religiösen Erniedrigung, die sich auch an die Zuschauer richtete. Die Dokumentation

## Materialien gegen Folter

Libertad! hat unter dem Motto "Solidarität & Widerstand / Stoppt Folter, Hinrichtungen, Sonder- und Lagerhaft" eine Plakatserie entwickelt. Mit ihnen werden exterritoriale Lagerhaft, extralegale Tötungen und Todesstrafe, Folter, Isolations- und Sonderhaft, Folterbefürwortung und Selektionslager für Flüchtlinge aufgegriffen und thematisiert. Die farbigen Plakate sind durch identische Elemente als Serie wiedererkennbar. So wird der Bogen gespannt von Guantánamo-Bay, über Abu Ghraib, den staatlichen gezielten Tötungen, den Folter-Joint-Ventures, der Folterdebatte in Deutschland bis zu den Abschottungsstrategien gegen Flüchtlinge und den neuen Sicherheitsgesetzen, DNA-Datei usw. Einige dieser Plakate sind bereits gedruckt. Außerdem so genannte "Fahrgastinfos" zum Aufhängen in Bus und Bahnen.

Die Materialien können bestellt werden: Libertad!, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt - oder im Internet: <http://www.libertad.de/antifolter>

der Misshandlungen, die sexuelle Erniedrigungen als gängige Praxis zeigen, die auch in den USA an der Tagesordnung sind, ist Teil der Macht- und Unterwerfungsstrategie. Demonstriert an den Gefangenen, während die Besatzungsmacht ansonsten im Irak nur Niederlagen erleidet.

Regime jeder Sorte bedienen sich der Folter, um ihre Herrschaft zu stabilisieren und oppositionelle Bewegungen abzuschrecken. Die ganze Gesellschaft soll diszipliniert und autoritär organisiert werden. Die Gewalt, die von "oben" kommt, legitimiert und forciert gewalttätige und rassistische Strukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Mitwissende werden zu Mittätern. Die Verteidigung der westlichen Lebensform fordert diesen Preis. Wer nicht dagegen ist, ist dafür. Und dagegen zu sein, beinhaltet deswegen auch die ziemlich fundamentale Kritik einer Lebensweise, die damit leben kann. Nur oberflächlich verdeckt die behauptete Normalität kolonialistisches Denken und rassistische Strukturen. Die Rechtfertigung für den "Anti-Terror-Krieg" und die Folter produzieren dabei nicht die Regierungen, sondern diejenigen, die sie zulassen.

Diese autoritäre Formierung durchdringt alle sozialen Beziehungen, vergiftet sie. Und das ist durchaus gewollt.

Wenn also nach Abu-Ghraib in Kindergärten das Räuber und Gendarm-Spiel durch das Spielen der Folter abgelöst wurde, ist das nur folgerichtig. So was kommt von so was.

### Krieg und prekäre Verhältnisse

Dass der Krieg die Lebensbedingungen der Betroffenen zu einer äußeren Angelegenheit macht, ist allen bewusst. Aber ist nicht genau das der Zweck dieses nicht-enden-dürfenden Anti-Terror-Krieges? Soziale Sicherheiten werden weltweit abgebaut und immer größere Teile der Bevölkerungen können an den produzierten Reichtümern nicht mehr teilhaben. Die neoliberale Ausrichtung des Kapitals erzeugt neue Formen einer globalen Kolonisierung. So genannte Sonderproduktionszonen wie die Maquiladoras, in denen die Arbeiter/innen keinerlei Rechte haben, erfahren globale Ausweitung. Bis zu 30 Millionen Menschen, insbesondere Frauen, auf 70 Länder verteilt, von China bis Honduras schuffen in diesen Fabriken.

Im Zuge der Privatisierung und Deregulierung wird das Heer der Ausgebeuteten und Arbeitslosen immer größer. Neo-Liberalismus, der in seiner Ideologie häufig mit dem Begriff der "Freiheit" jongliert, ist nichts anderes als ein globalisierter Kapitalismus mit transkontinentalen Oligarchi-

en. Auch in Europa vertieft sich der Bruch zwischen denen, die noch Arbeit haben, also noch gebraucht werden und denen, die keine mehr haben, also auch nicht gebraucht werden.

Kapitalistische Globalisierung bedeutet nichts anderes als Fragmentierung und soziale Ausgrenzung. Dafür sorgen elektronische Überwachungssysteme, die an den Grenzen aufgestellt werden. Dafür sorgt die Diskrepanz zwischen Industriestaaten und Billiglohnländern. Dafür sorgt die Einteilung in Menschen mit und ohne Grundrechte.

Der "Krieg gegen den Terrorismus" ist mit der Ausweitung des Welthandels verkoppelt und legitimiert jede Brutalität. Letztlich ist auch der Freihandel nur eine andere Kriegswaffe. Die neoliberale Ideologie verkauft die Gesetze des Marktes als zwangsläufig und naturgemäß. Jeder Widerstand für Veränderungen soll zwecklos erscheinen. Die Menschen sollen, verdinglicht, als Material in den Profitmaschinen eingesetzt werden oder als nutzloses Überbleibsel vermodern. Für dieses kapitalisierte Verhältnis zum Menschsein und den Grundbedürfnissen könnten zahllose Beispiele aufgezeigt werden. Armut, Hunger, wieder aufkommende Seuchen, die mit wenigen Mitteln verhindert werden könnten, die Privatisierung von Trinkwasser oder die Patentierung von Nahrungsmitteln sind nicht Auswirkungen, sondern Teil der neo-liberalen Strategie. Ehemals vorhandene soziale und politische Kontroll- und Schutzmechanismen werden im Zuge der Deregulierung und Privatisierung ab- bzw. aufgelöst.

### Ausnahmestandard ist demokratische Normalität

Die Politik des permanenten Ausnahmezustandes, die seit dem 11.9. 2001 auf allen Ebenen die globalen Strukturen bestimmt, stellt den Geltungsanspruch verfassungsrechtlicher Garantien und internationaler Verpflichtungen, also den Geltungsanspruch von Recht überhaupt, offensiv in Frage. "Verdächtigen Personen" - ein der politischen Konjunktur unterworfenen und nur dadurch bestimmbarer Personenkreis - werden in Folge Grund- und Bürgerrechte abgesprochen. Ständig erweiterte restriktive Sicherheitsmaßnahmen schränken die bürgerlichen Freiheitsrechte auf innenpolitischer und globaler Ebene immer stärker ein. Dafür werden gesetzliche Grundlagen geschaffen, vorhandene Gesetze verändert und der übergesetzliche Notstand zum Normalzustand umdefiniert.

Wir nennen nur einige Beispiele: Die EU-"Terrorliste", der europäische Haftbe-

fehl, der Flugdatenabgleich, die Aufnahme biometrischer Daten in Personaldokumente, der allgemeine Ausbau von Datenbanken und Sicherheitsbehörden, Überwachungskameras im öffentlichen Raum, Militäreinsätze im Inneren, Repression gegen Arbeitskämpfe, Flugüberwachung bei der Fußball-WM und, und, und...

Die Institutionalisierung der Ausnahme zeigten schon die Sondergesetze, die ursprünglich gegen die bewaffneten Gruppen nach 1970 eingeführt wurden. Obwohl es diese Gruppen nicht mehr gibt, werden die Gesetze weiter angewandt und ausgebaut, Sonderhaftbedingungen staatenübergreifend angeglichen und gegen immer größere Gruppen von politischen Gefangenen angewendet.

Der permanente Kriegszustand in "Zeiten des Terrors" bietet und bildet den Rahmen, die früher als Notstandsmaßnahmen definierte Außerkraftsetzung demokratischer Prinzipien als Norm zu verankern. Das ist das, was wir die Etablierung des Rechts, keine Rechte zu haben, nennen. Dies ist die Art von Weltinnenpolitik, wie sie auf G8-Gipfeln besprochen, beschlossen und in der Folge weltweit durchgesetzt wird. Bei so viel Extra-Legalität, normalisierender Ausnahme, dauerhaft temporären Sondermaßnahmen, scheinen die Herrschenden nur bedingt nach dem Motto zu verfahren: legal, illegal, schießegal.

### **Menschenrechte revolutionär durchsetzen?**

Die schon erwähnte Menschenrechtsdeklaration von 1948 behauptete eine globale Gültigkeit und gab den klassischen Freiheitsrechten universelle Geltung. Sie war nicht nur Konsequenz der maßlosen Menschenrechtsverletzungen im Faschismus und 2. Weltkrieg, sondern ihr gingen 200 Jahre heftige Auseinandersetzungen voraus. Seit der Aufklärung wurden die wichtigsten Eigenschaften der Menschenrechte mit ihrer Vorstaatlichkeit und ihrer Unveräußerlichkeit begründet.

Der Realität entsprach dies allerdings nie. Obgleich die bürgerlichen Menschenrechte z.B. in den "Virginia Bill of Rights" 1776 in den Vereinigten Staaten Verfassungsrang hatten, wurden weiter Sklaven gehalten und das Land kolonisiert.

Die Menschenrechte wurden zu einem Kampfbegriff - gegen Monarchismus und feudale Strukturen. Die Durchsetzung der Bourgeoisie, aber auch die Abschaffung der Sklaverei oder das allgemeine Wahlrecht erfolgten in ihrem Namen. Und zu diesen Bürgerrechten gehörte auch das Recht auf Eigentum an den Produktions-

mitteln und das Recht auf Ausbeutung von Menschen und Natur. Die soziale Verelendung des entstehenden Proletariats während der Industrialisierung war also durchaus menschenrechtskonform. Deswegen begriffen Marx und die sich entwickelnde Arbeiter/innenbewegung die individuellen Freiheitsrechte als bourgeoises Konzept, das dazu diente, die Position der herrschenden Klasse zu festigen, und forderte die sozialen Rechte ein.

Der Konflikt über die Gleichrangigkeit zwischen den sozialen und individuellen Menschenrechten findet sich in den globalen Auseinandersetzungen bis heute wieder. In diesem Konflikt drückt sich auch der Klassenkampf aus - und Rechtsdefinitionen enthüllen den Klassencharakter ihrer Protagonisten, selbst wenn es nur auf Papier steht und nicht Wirklichkeit ist. So war es natürlich eine wichtige Entwicklung, als in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf Druck der sogenannten Entwicklungsländer das Recht der Völker auf Selbstbestimmung in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung als Konvention angenommen wurde. 1993 wurde auf der Weltmenschensrechtskonferenz in Wien ein Verhältnis der "Nichtselektivität" zwischen den zivilen und politischen und den wirtschaftlich, sozialen und kulturellen Menschenrechten definiert. Die in diesen Jahren festgelegten Rechte für Frauen, gegen Rassendiskriminierung, gegen Folter oder gegen die Apartheid verweisen auf internationale gesellschaftliche Prozesse, die ihren Einfluss geltend machten. Denn ohne die realen Bewegungen gegen Kolonialismus, ohne die Frauenbewegung und die Kämpfe der Anti-Apartheidsbewegung hätten diese Konventionen niemals Eingang in die UNO gehalten.

Wenn wir also von Menschenrechten reden, beziehen wir uns nicht auf die Papiere und Konventionen, sondern in erster Linie auf die Prozesse, die sie formulieren und für ihre Umsetzung kämpfen.

Unbeeindruckt von diesen Definitionen verschärft sich die soziale Entwicklung weltweit. Die Widersprüche zwischen Arm und Reich verschärfen sich zusehends. In jedem Moment werden immense Reichtümer geschaffen, während gleichzeitig über zwei Milliarden Menschen in absoluter Armut leben. Täglich sterben ca 100.000 Menschen an Hunger oder seinen Folgen. Um diese Wirklichkeit geht es - und um das Regime, das diese Wirklichkeit braucht, produziert und sichert.

### **Kein ruhiges Hinterland für Folterer und ihre Befürworter**

Es wäre tatsächlicher purer Antiamerikanismus, Folter als ausschließliche US-Praxis zu thematisieren. Die amerikanisch-britische Koalition mitsamt ihren polnischen, spanischen, italienischen u. a. Hilfstruppen bilden eine internationale Foltergemeinschaft im Irak. Und die hat auch Bestand im weltweiten System der geheimen Kerker. Und da machten (und machen) auch die Staaten, wie Deutschland, mit, die nicht direkt im Irak militärisch eingreifen wollten. Täglich werden uns neue Beispiele präsentiert: Die kanadische Regierung torpedierte ein Abkommen, welches das "Verschwindenlassen von Gefangenen" verbieten sollte. Die EU-Staaten schieben in großer Einigkeit Gefangene in Folter-Staaten ab. Deutsche Sicherheitsdienste besuchen Folteropfer und übersehen die Blessuren. Bundeskriminalamt und der Bundesnachrichtendienst machen sich unter Folter erpresste Aussagen zu nutze. Undsoweiterundsofort.

Das alles verwundert nicht, gibt es doch seit Jahren hierzulande eine Debatte, die das absolute Folterverbot zunehmend in Frage stellt. Die potentiell vorhandene gesellschaftliche Bereitschaft, diesen Tabubruch zu vollziehen, zeigte sich in der Diskussion um das Verhalten des damaligen Frankfurter Polizeivizepräsidenten Daschner, der im Herbst 2002 einem Kindesentführer Folter androhen ließ, um Informationen über das Versteck zu erzwingen. Er konnte auf das Verständnis von Repräsentanten aus Justiz, Politik und Medien zählen. Auf die des Stammtisches ohnehin.

"Die auf Lebensrettung gerichtete Finalität" lässt die "Androhung oder Zufügung körperlichen Übels" schon mal zu. Das heisst, wenn Leben gerettet werden kann, dann ist der Einsatz von "ein bisschen Folter" durchaus legitim. Auf diesem Niveau wurden Positionen geltend gemacht, Grundrechte gegeneinander gerechnet, und die Menschenwürde in neuen Kommentaren zum Grundgesetz feinsinning juristisch angetastet. Damit andere die Hand anlegen können. Bedrohungsszenarien werden erschaffen, um die Notwendigkeit für Ausnahmen salonfähig zu machen. Begründet mit einer verschärften Sicherheitslage in Europa nach den Anschlägen von Madrid und London wird zuerst argumentativ die Geltung der Menschenrechte für Alle zur Disposition gestellt - um dann den handgreiflich werdenden Folterknechten und ihren Vorgesetzten ein Notwehrrecht einzuräumen.

Der Trick ist die grundsätzliche Unantastbarkeit in einen zu schützenden Kern und ein angreifbares Außen des Menschen aufzusplitten. Die Befürwortung der Zulässigkeit von Folter in Ausnahmefällen führt direkt in den Ausnahmezustand, der den Ausnahmezustand institutionalisiert. Aber allein schon, dass am Beispiel des Daschner-Falls Folter diskutabel wurde und das Für und Wider abendliches Unterhaltungsprogramm in Talk-Shows wurde, zeigt den "moralischen Dammbbruch" auf, den die Gesellschaft bereits vollzogen hat.

Deswegen auch: kein ruhiges Hinterland für Folterer und ihre Befürworter!

### **Anti-Folter-Kampf ist kein Thema, keine Sache von Menschenrechtsgruppen**

Das meinen wir wörtlich und in jedem Sinne. Zuerst mal, dass dieser Kampf von so zentraler Bedeutung für den eigenen Begriff sozialer Perspektiven ist, dass man es gar nicht irgendwelchen "Spezialgruppen", auch nicht Libertad!, überlassen darf. Deswegen ist es auch kein Thema, einzureihen in der Vielfalt linker Themen und dem seit einigen Jahren grassierenden Verständnis von Themen-Politik statt gesellschaftlicher Organisation. Dass es aber kaum ein Thema in der Argumentation und Praxis linker Gruppen ist, hat wiederum sicher damit zu tun, dass es für eine

zweitrangige Frage gehalten wird.

Tatsächlich berührt die Frage von Krieg und Folter einen Zentralbereich linker Politik und Vorstellung. Ignorieren und Nicht-Verhalten stellt die Fähigkeit, gesellschaftliche Perspektiven zu entwickeln, in Frage. Wie andererseits jedes taktische Lavieren (nicht ganz unbekannt in der Geschichte linker Bewegungen) Befreiungsansätze zerstört.

### **Globales Handeln ist möglich**

Ein zentrales politisches Anliegen in der G8/2007-Mobilisierung von uns ist, diese Zusammenhänge in den Aktivitäten aufzugreifen und Widerstandsperspektiven zu entwickeln. Der Kampf für des Menschen Recht stellt das globale Ausbeutungssystem grundsätzlich in Frage und kann unserer Meinung nach nur antikapitalistisch geführt werden. Der Kampf gegen Folter und Todesstrafe richtet sich gegen die Zerstörung jeglicher menschlicher Werte und Würde. Die neoliberale Ideologie will Solidarität zerstören - wir wollen sie aufbauen, an jedem Punkt, an dem Menschen zusammentreffen, die die kapitalistische Verwertung ablehnen und sich andere Gesellschaftsformen vorstellen können.

Dafür ist der G8-Gipfel eine gute Möglichkeit. Der Prozess der Vorbereitung und Organisation kann Strukturen der natio-

nalen wie internationalen Zusammenarbeit vertiefen und gemeinsame Ziele klarer werden lassen. Wir sind da nicht nur guten Mutes, sondern auch zu allen Schandtaten bereit. Schon jetzt sind verschiedene Schwerpunkte der politischen Arbeit und Praxis in der Mobilisierung vertreten. Wir halten das für eine große Bereicherung. Da die globalen Themen der Ausbeutung jeder Couleur miteinander verbunden sind, muss es unser Widerstand auch sein. Gegen ein System der Privatisierung setzen wir einen Prozess der Kollektivierung. Gegen soziale Ausgrenzung setzen wir auf eine Welt ohne Grenzen.

Diese Ziele wollen wir in der Mobilisierung, während des Gipfels und danach als Inhalte praktisch erfahrbar machen. Gegen die Verdinglichung setzen wir unseren Widerstand gegen alle Instanzen, die den Menschen nicht mehr als autonomes Subjekt verstehen.

Für eine radikale Intervention in die Verhältnisse.

Für das produktive Chaos des Aufbruchs.

Für einen Widerstand, der auf Befreiung zielt.

Initiative Libertad!, Mai 2006

[ Libertad!, Falkstr. 74, D-60487 Frankfurt -eMail: [kampagne@libertad.de](mailto:kampagne@libertad.de) - Internet: [www.libertad.de](http://www.libertad.de) ]



Carlo Giuliani auf der Via Tolemaide, nachdem die Carabinieri die genehmigte Demonstration angriffen. Eine Stunde später wurde er erschossen.



# Teil IV: Positionspapiere

# "Kapital - Macht - Krieg"

Widerstand gegen Verelendung, Entwertung und Vernichtung

Entwurf für einen Aufruf/ Positionspapier des Kölner Anti-G8-Bündnisses (Stand: 18. November 05)

**Im Sommer 2007 findet das nächste Treffen der Staaten der so genannten G-8-Gruppe in Deutschland statt, das erste Mal seit 1999 in Köln.**

**Auf diesen Gipfeltreffen regeln die imperialistischen Hauptländer ihre gegenseitige Konkurrenz und sprechen sich ab über die Aufteilung der Absatzmärkte, Wechselkurse, Rüstung und das Niederhalten von Opposition. Der Club des internationalen Kapitals, die Konzerne und Banken aus den G-8 - Ländern und der EU beherrschen die Weltwirtschaft und bilden eine Front gegen die Menschen im Trikont und gegen revolutionäre Bewegungen.**

**Nach den antikapitalistischen Gipfelprotesten u. a. in Seattle, Göteborg und Genua finden die Treffen nicht mehr in Großstädten statt, sondern in Luxushotels und Schlössern. Im exklusiven Kurort Heiligendamm an der Ostsee will man im Sommer 2007 abgeschottet und von Polizei und Militär geschützt im Kempinski-Hotel tagen.**

Die Entwicklung des Kapitalismus beruht auf mehr als 500 Jahren Ausbeutung, Naturzerstörung und Terror in Asien, Afrika und Lateinamerika. Mit der Eroberung Lateinamerikas ab 1492 wurde die vorher in Afrika begonnene Ausplünderung des Trikont auf die ganze Welt ausgedehnt. Die Regionen außerhalb der kapitalistischen Zentren sind heute Lieferanten von Rohstoffen, Lebensmitteln und Billigwaren, Absatzmärkte für Industrieprodukte aus den Metropolen und Reservoir für billige Arbeitskräfte. Nach dem Zerfall des RGW wird Osteuropa im Rahmen der sogenannten Osterweiterung der EU durch das Kapital aus Westeuropa kolonisiert. Die BRD versucht die Region zu ihrem Hinterhof auszubauen.

Institutionen wie der IWF und die Weltbank, GATT/WTO und seitens der EU die Lomé/Cotonou-Abkommen erzwangen nach der Entkolonialisierung die Öffnung der Märkte im Trikont für europäisches Kapital und Waren, die Privatisierung von Infrastruktur, Böden und Wasser, den Abbau von Sozial- und Gesundheitsausgaben und Lohnkürzungen. Als Folge davon leben dreiviertel der Menschheit in Armut, Unterernährung, Krankheit und Analphabetismus. Konzerne und Banken,

die herrschenden Eliten innerhalb der verelendenden Trikontstaaten sowie ein Teil der Bevölkerung in Westeuropa, Nordamerika und Japan profitieren von diesen Verhältnissen. Doch auch in den Metropolen nehmen Erwerbslosigkeit, Verelendung und mangelhafte Ernährung zu, wird der Sozialterror gegen u. a. Alte, Schwache und Kranke gesteigert, wachsen Ghettos, Slums und Obdachlosensiedlungen.

Der Kapitalismus zerrüttet und ruiniert heute das Leben von Milliarden von Menschen durch seinen totalitären Zwang zur Lohnarbeit und durch die Zerstörung der Natur. Das Kapital setzt die Ausgebeuteten am Arbeitsplatz gefährlichen Giften und einem dramatischen Anstieg von arbeitsbedingten Todesfällen aus. Zur Zeit sterben weltweit jeden Tag mindestens 5.000 Menschen an ihrem Arbeitsplatz. Dazu kommen tödliche Berufskrankheiten, wie z. B. Krebs. In den Regionen, in denen noch eine materielle Grundversorgung besteht, werden Millionen Menschen in psychische Verelendung getrieben.

In jeder Sekunde stirbt ein Mensch an den Folgen von Unterernährung. Die Zahl der Menschen, die an chronischer Unterernährung leiden, nimmt weltweit wieder zu und liegt bei etwa einer Milliarde Menschen. Nach Berechnungen der FAO, der UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung, könnten nach heutigem Stand der Lebensmittelerzeugung 12 Milliarden Menschen ernährt werden, wenn nicht aus Profitgründen der Zugang zu Nahrungsmitteln, Produktionsmitteln und Böden künstlich verknappt würde. Der Global Health Watch Report 2005-2006 verzeichnet die massive Eskalation der Armut und in ihrem Gefolge eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes vieler Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Der normale, stille Gang des Kapitalismus tötet mehr Menschen als alle seine scheinbaren Ausnahmen wie Kriege, Pandemien und kapitalismusbedingte Naturkatastrophen.

Immer mehr Menschen müssen Teile ihres Körpers verkaufen, um finanziell überleben zu können, wie z. B. in Bombay, einem Zentrum des Organhandels. Menschenhandel und Sklavenarbeit von Kindern nimmt zu. Mehr als eine Million Kinder werden jährlich für sexuelle Ausbeutung oder als billige Arbeitskräfte z. B. für

die Saatgutherstellung des BAYER-Konzerns verkauft.

U. a. in Lateinamerika breitet sich die Cholera wieder aus, weil sich Hunderte Millionen Menschen kein sauberes Wasser leisten können. RWE, der französische Konzern Suez und andere Konzerne kaufen z. B. in Indonesien die Trinkwasserleitungen auf und erhöhen die Wasserpreise drastisch. Coca Cola gefährdet durch die Entnahme und Verschmutzung von Grundwasser für die Softdrink-Produktion in Indien die Gesundheit und Wasserversorgung der Armen. Hunderte von verelendeten Menschen erfrieren im Winter in den Innenstädten von Metropolen wie New York oder London.

Frauen müssen aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung fast überall unbezahlte Reproduktionsarbeit wie Kindererziehung, Hausarbeit, soziale Versorgung, Nahrungsmittelherstellung usw. leisten, die als 'Nichtarbeit' unsichtbar zu machen versucht wird. Insgesamt verrichten sie zweidrittel aller Arbeit und den größten Anteil an ungesicherter Arbeit, erhalten aber nur ein Zehntel des Einkommens und besitzen nur 1 Prozent des Eigentums. Sie bekommen im Durchschnitt 40 Prozent weniger Lohn als männliche Arbeiter. Frauen werden bei Ernährung, Ausbildung sowie der Gesundheitsversorgung benachteiligt. 70 Prozent der Armen weltweit sind Frauen.

Im Trikont zwingen extensive Landvertreibungen und die Intensivierung der Landwirtschaft für die Exportproduktion immer mehr Frauen, sich zu entscheiden: Entweder in den Zulieferbetrieben, in der Textil- und Elektronikproduktion für die Metropolen zu schuffen oder in die kapitalistischen Zentren zu emigrieren. Die Schwemme von Fertigungsbetrieben in den Exportsonderzonen in Mittelamerika, Südostasien/China und z. T. in Osteuropa hat verheerende Folgen: 80 Prozent der ArbeiterInnen dort sind Frauen, die mörderischem Arbeitstempo, direkter sexualisierter Gewalt und fehlendem Gesundheits- und Arbeitsschutz ausgesetzt sind.

Die Deregulierung und Umstrukturierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geht zu Lasten der Frauen: Die ungesicherte Teilzeit- und Niedriglohnarbeit im Rahmen der jeweiligen "Bündnisse

für Arbeit" sind eine Ausbeutungsform, die mehrheitlich Frauen vorbehalten ist. Frauen stellen einen überproportionalen Anteil an SozialhilfeempfängerInnen. Frauenarbeit soll einhergehend mit der Zerstörung von erkämpften sozialstaatlichen Garantien als soziales Auffangnetz herhalten.

Laut einer Untersuchung von Amnesty International vom September 2005 ist jede dritte Frau weltweit bereits Opfer einer "schlimmen Gewalterfahrung" geworden. Sexuelle Gewalt ist weltweit das Verbrechene, das am schnellsten zunimmt. Frauen sind vielfältigen Formen patriarchaler, sexistischer Gewalt und Tortur ausgesetzt. Etwa zwei Millionen Frauen werden jährlich Opfer von Genitalverstümmelung, damit von Folter und Versklavung.

Während in Teilen Afrikas und des Nahen Ostens, z. B. im Irak, zunehmend Frauen durch die Scharia gedemütigt werden, droht in den USA die Revision der juristischen Abtreibungsfreiheit durch die reaktionär-konservative Umbesetzung des Supreme Court.

Ihr Körper wird als Ware gehandelt, u. a. durch den Frauen- und Mädchenhandel aus Südostasien und Osteuropa und den Sextourismus u. a. der deutschen Männer auf den Philippinen, in Thailand und Kenia. Mindestens vier Millionen Frauen werden jährlich zum Zweck der Prostitution und Sklaverei verkauft. Deutschland importiert nach Schätzungen der IMO jährlich ca. 50.000 Frauen und Kinder. Frauen leben weltweit in wirtschaftlicher und rechtlicher Abhängigkeit von (Ehe)Männern. Der Kampf gegen diese Gewaltverhältnisse wird nicht als politischer Widerstand akzeptiert. Frauenspezifische Fluchtgründe werden nicht anerkannt, und Frauen ohne eigenen Pass können in der BRD keinen Asylantrag stellen.

In den kapitalistischen Zentren wie im Trikont sind sie Objekte bevölkerungspolitischer Maßnahmen. Mit Hilfe von Gen- und Reproduktionstechnologien wird Frauen die Kontrolle über ihre Gebärfähigkeit entzogen. Das Ziel ist, genügend 'weißen' und 'gesunden' Nachwuchs zu sichern. Frauen in Afrika, Lateinamerika, Asien und Ozeanien sowie schwarze Frauen, die in den Zentren leben, werden Zwangssterilisierungen, Zwangsabtreibungen (z. B. von weiblichen Embryonen in Indien) und gesundheitsgefährdenden Verhütungsexperimenten ausgesetzt. Auf der anderen Seite wird versucht weiße, nichtbehinderte Frauen durch so genannte "Lebensschutz"-Propaganda und strafbewehrte Abtreibungsverbote zum Gebären zu erpressen.

Aufgrund dieser Verhältnisse sind täglich Menschen auf der Flucht; sie endet häufig

tödlich. Ungezählte Flüchtlinge ertrinken jeden Monat im Mittelmeer beim Versuch, die EU zu erreichen. Die Ufer der Festung Europa werden mit deutschen Schnellbooten und Überwachungsgeräten, mit NATO-Stacheldraht und sechs Meter hohen Mauern verteidigt. Otto Schily ist in der EU zum Vorreiter dafür geworden, Flüchtlinge in Nordafrika und Osteuropa in Internierungslagern zu sammeln. Kapitalismus heißt auch Rassismus heißt Pogrome und Jagd auf MigrantInnen.

Für diesen Kapitalismus und seine Zivilisation 'befreien' NATO oder Bundeswehr Afghanistan und den Irak, wo zuerst mit Unterstützung von Fischer und Schröder die Scharia als "Quelle der nationalen Kultur" in den Verfassungen positiv erwähnt wird und die danach lokal praktiziert werden darf; mit der Scharia werden Frauen zur Verschleierung gezwungen oder wegen Ehebruch gesteinigt und werden Menschen wegen Diebstahls Gliedmaßen abgehackt.

Befreiung a la NATO bedeutet Folter- und Internierungslager wie im Abu-Ghraib-Gefängnis bei Bagdad und in Guantanamo. In der BRD wird Folter als Ermittlungsmethode durch die deutsche Polizei illegal eingesetzt. Durch Vorstöße wie die von Daschner in Frankfurt und durch den Professor an der Bundeswehrhochschule München, Michael Wolffsohn soll daraus tendenziell eine legale Methode werden. Wolffsohn befürwortete die Anwendung von Folter als Druckmittel gegen "Terroristen": "Als eines der Mittel gegen Terroristen halte ich Folter oder die Androhung von Folter für legitim."

Die im kapitalistischen Zentrum BRD zeitweilig bestehenden relativen sozialen Sicherungen entsprangen aus einem Klassenkompromiss, der auf weltweiter Ausbeutung und Naturzerstörung und auf der Entmündigung der ArbeiterInnenklasse basierte.

Die Realität des Kapitalismus weltweit aber war und ist Terror: Ausbeutung, Hunger und Verelendung, das Leiden und Sterben an vermeidbaren Krankheiten und zerstörter Natur, Krieg und Diktatur. Die Lebenserwartung der Menschen wird weltweit brutal gesenkt. Nach der Öffnung Russlands für das Kapital sank z. B. die Lebenserwartung je nach Region und Klassenzugehörigkeit dramatisch, im Schnitt für Männer um knapp 5 Jahre. Ein solcher Alltag soll auch in der BRD und in der EU normal werden. Wirksamer, antikapitalistischer Widerstand der Menschen dagegen soll ausgeschaltet werden.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des RGW-Blockes steht dem Kapital und seiner weltweiten Herrschafts-

ordnung fast nichts mehr im Wege, um jeden Widerstand zu brechen und jede Region für die hemmungslose Ausbeutung zu öffnen. Für sein grenzenloses Verwertungsinteresse und unter dem Zwang der Profitmaximierung geht das Kapital rücksichtslos über Leichen. Das Kapital führt Krieg gegen die Menschen an mehreren Fronten: Nach außen über nationalstaatliche Grenzen hinweg, als imperialistische Kriege; nach innen bei der Zerstörung erkämpfter und zeitweise zugestandener sozialer Sicherungssysteme, durch die Vorenthaltung medizinischer Leistungen für Arme und Menschen mit niedrigem Einkommen, bis zur Vernichtungsdrohung gegen 'unproduktive' Menschengruppen und durch eine intensiviertere Naturzerstörung.

Durch immer wieder umgewälzte und erneuerte Produktivkraftentwicklung versucht das Kapital, die Mehrwertauspressung und Ausbeutung zu steigern und seine Kontrolle über Menschen und Natur zu vertiefen - u. a. seit einiger Zeit durch die Gentechnik und die Informations- und Kommunikationstechnik; zur Zeit durch die Nanotechnologie oder demnächst durch die Atomfusion.

Das Atomkapital bereitet eine neue Runde für die Modernisierung der Atomenergie in der EU vor:

In der BRD wurde 1999 von der SPD/Grünen Bundesregierung eine Bestandsgarantie für die bestehenden Atomkraftwerke z. T. bis zum Jahr 2030 gegeben. Die Forschung an neuen Atomtechnologien für Energiegewinnung und Atombombenbau wurde genehmigt. Der Atombombenreaktor FRM II nahm 2004 seinen Betrieb auf. Die Kapazität der Urananreicherungsanlage in Gronau wurde erweitert und die Atomfusion in Greifswald vorangetrieben.

Der Europäische Druckwasserreaktor EPR (European Pressurized Watercooled Reactor) wurde in den neunziger Jahren von Siemens und Framatome entwickelt. Das Atomkapital aus der BRD und Frankreich hat sich zusammengeschlossen, um die mörderische Technologie weiter zu entwickeln und weltweit zu verkaufen. In der EU-Konvention hat die Förderung und Nutzung der Atomenergie u. a. mit Zustimmung von Fischer (Grüne) Verfassungsrang erhalten. Der Neubau eines AKW in Finnland wurde von der EU-Kommission genehmigt. Bei dem Reaktor in Olkiluoto handelt es sich um den ersten Auftrag zum Neubau eines AKW in der EU seit 13 Jahren und um den ersten Bau eines EPR. Der bis zu drei Milliarden teure Neubau wird seit Anfang September 2005 von Siemens und Framatome errichtet.

Nach jahrzehntelangem innerimperialistischen Gerangel um Standort, Kosten

und Konzept wurde Juni 2005 der Bau eines Experimental-Fusionsreaktors ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) beschlossen. Beteiligt an den Kosten von ca. 4,6 Mrd. Euro sind die EU zu 50 Prozent und Russland, Japan, die USA, die VR China und Südkorea. Die EU hat sich in der Standortfrage gegenüber Japan und den USA durchgesetzt. EU-Forschungskommissar Janez Potocnik sprach von einem "historischen Moment für Europa". Gebaut werden soll der ITER ab Ende 2005 bis ca. 2022 im erdbebengefährdeten Cadarache (Südfrankreich).

Die Atomfusion ist keine "saubere Alternative", sondern eine kapitalintensive, zentralistische Destruktivkraft, die auf dem Prinzip der Wasserstoffbombe basiert. Ein Atomfusionskraftwerk (AFKW) gibt im Normalbetrieb tausendmal mehr Radioaktivität ab als ein AKW und produziert fünfmal so viel radioaktiven Abfall wie ein heutiges Atomspaltungskraftwerk.

2004 trat die EU-Richtlinie zur Kennzeichnung von genmanipulierten Organismen in Kraft, die die Verbreitung der Gentechnologie in der Landwirtschaft ermöglicht. Das seit 1998 bestehende inoffizielle Moratorium, das die Zulassung und Aussaat genmanipulierter Pflanzen für kommerzielle Zwecke verhinderte, war damit obsolet. Die Patentierung von menschlichen Keimzellen wurde in der EU erstmalig genehmigt. Das ist der Einstieg in gentechnische Menschenzüchtung und Selektion.

Die EU wird zu einem zweiten imperialistischen Zentrum ausgebaut. Die u. a. aufgrund der damaligen Frontstellung zum RGW in einigen Regionen abgemilderten Arbeits- bzw. Ausbeutungsverhältnisse und zugestandenem besseren sozialen Absicherungen sollen beseitigt werden und die technische diktatorische Kontrolle über die Lohnabhängigen vertieft werden. Die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums hat in der BRD wieder das Niveau der 50er Jahre erreicht. Heute müssen auch immer mehr Menschen in der BRD zwei bis drei Jobs annehmen, um ihre materielle Grundversorgung sicherzustellen.

Die Zerstörung der Natur hat weltweit verheerende Ausmaße erreicht. An jedem einzelnen Tag verschwinden 55.000 Hektar tropischer Regenwald und 100.000 Hektar fruchtbares Ackerland. Täglich heizen weitere 60 Millionen Tonnen Kohlendioxid das Treibhausklima an. Das Klima spielt verrückt. Hitzewellen, Tornados und Überflutungen quälen vor allem die Ärmsten. Jeden Tag sterben 100 bis 200 Tier- und Pflanzenarten aus. Ein Viertel aller Säugetiere und ein Drittel aller Amphibien sind akut vom Aussterben

bedroht. Der Bestand aller Fischarten in allen Weltmeeren ist in den letzten 50 Jahren auf 10 Prozent ihrer Ausgangszahlen gesunken. Wüstenbildung breitet sich in einem Gürtel von Afrika über Vorder- und Zentralasien bis nach China weiter aus. Teile Südeuropas und der USA versteppen. Binnenmeere wie der Aralsee trocknen aus und schrumpfen, spalten sich in versalzene, gifttriefende Lachen. Unerforscht gehen natürliche Ressourcen verloren, deren möglichen Nutzen zur Bekämpfung von Krankheiten wir noch nicht einmal kennen. Mehr als eine Milliarde Menschen hat nach UN-Angaben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Binnen einer Generation werden zwei Drittel der Menschheit von akuter Wassernot bedroht sein. Gleichzeitig steigt der Meeresspiegel stetig an. Teile von pazifischen Staaten sind bereits überschwemmt und die regelmäßigen Überflutungen z. B. in Bangladesh erreichen neue Höchstwerte.

Flutkatastrophen kosten Hunderttausende von Toten, weil sich für die Menschen im Trikont kein Erdbebenfrühwarnsystem 'lohnt' oder für die Armen und Schwarzen in den Slums von New Orleans kein Küstenschutz.

Anstatt über die in der kapitalistischen Produktionsweise liegenden Ursachen von Naturzerstörung aufzuklären, werden in der bürgerlichen Öffentlichkeit und Wissenschaft, aber auch innerhalb von Teilen der Ökologiebewegung reaktionäre, biologistische und ökofaschistische Weltbilder verbreitet.

Das geschichtlich errungene Menschenbild soll eingeebnet werden, indem die Menschen herabgestuft werden zu einer Tiergattung neben vielen anderen. Der Bezug auf die angebliche Gleichwertigkeit aller Lebensformen - vom Menschen über den Schimpanse bis zur Kakerlake - ist bei so genannten BioethikerInnen und ökofaschistischen Organisationen und IdeologInnen die Quelle einer totalitären, menschenfeindlichen Weltanschauung. Sie enthält wie z. B. bei den internationalen Anti-Gipfel-Bündnissen tolerierten ÖkofaschistInnen von Earth First eine umfassende Vernichtungsdrohung gegen alles in ihren Augen Entartete. Beim Gründer dieser Organisation, Dave Foreman, hieß es: "Das Schlimmste, was wir in Äthiopien (- angesichts einer Hungersnot -) machen können, ist helfen - das Beste, die Natur ihre eigene Balance finden zu lassen und die Leute dort einfach verhungern lassen". Foreman will durch einen mit allen Mitteln herbeigeführten industriellen Zusammenbruch das Sterben lassen von 80 Prozent der Bevölkerung erreichen.

Der bürgerlichen Gesellschaft ist die

Logik der Entwertung und Vernichtung nicht fremd. Die kapitalistische Produktionsweise war von Beginn an menschen- und naturvernichtend, z. B. bei der Eroberung Südamerikas. Die Begrenzungen, die dem Kapitalismus zeitweise in den Zentren auferlegt wurden, galten nicht für seine Peripherie. Mit anderen Worten: Der relative Wohlstand hier aufgrund von materiellen Zugeständnissen der Herrschenden ist aufgebaut auf der Zerstörung der ökonomischen und sozialen Grundlagen des Trikont seit dem 15. Jahrhundert.

Das Kapital setzt technologische Entwicklungen ein, um immer mehr Produktionsabläufe zu automatisieren und neue Produkte zu schaffen, um seine Profitmasse zu steigern. Technische Entwicklungen sind Teil der Produktivkraftentwicklung und senken den Wert der Ware Arbeitskraft. Der Einsatz von menschlicher Arbeitskraft wird dadurch zurückgedrängt.

Sowohl das Menschenbild des Christentums und des Judentums als auch das der französischen Revolution enthielten einen utopischen, humanistischen Überschuss und stehen jetzt zur Disposition. Ein Menschenbild, das den Menschen über seine klassenmäßige soziale Zuordnung hinaus als Träger von unveräußerlichen Rechten sieht, als einzigartiges, mit Würde ausgestattetes Wesen, kann die Durchsetzung einer schrankenlosen Verwertung des Menschen bremsen. Das heute noch existierende Bewusstsein der Menschen über sich selbst als soziale Wesen, über ihr individuelles Menschsein, über ihre sozialen Rechte, über ihre bedrohten Freiheiten soll beseitigt werden. Der Einsatz der Gentechnik zog neue Erscheinungsformen einer unmenschlichen Ethik nach sich, die Bioethik, um diese Produktivkraftentwicklung durchsetzbar zu machen. Diese Ethik kommt oft human ummantelt daher, um möglichen Widerstand zu neutralisieren.

Im Rennen um die größte Profitmasse versucht jedes Kapital, seine Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen und setzt dazu den Staat ein, um Extraprofit zu sichern. Seit dem Zweiten Weltkrieg spielt sich die Konkurrenz der Hauptkontrahenten zwischen drei kapitalistischen Zentren ab: USA, EU-Europa - mit der BRD als stärkster Macht - und Japan. Seit dem Untergang des gemeinsamen Hauptgegners Sowjetunion wird der Wettbewerb zwischen diesen Zentren verschärft ausgetragen. Auf dem EU-Gipfel in Lissabon wurde 2000 beschlossen, die EU bis zum Jahr 2010 zum "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt", zum ökonomisch führenden imperialistischen Zentrum zu machen. Tony Blair seinerzeit: "Der Gipfel hat die Sozialpolitik der 80er Jahre hinter sich gelassen; er bezeichnet damit den Über-



gang von einer Politik der Wahrung der Rechte der Beschäftigten zu einer aktiven Beschäftigungspolitik", das heißt zu dem, was heute unter 'Fördern und Fordern' bekannt ist: Keine Zugeständnisse zur Befriedung der Lohnabhängigen mehr und Zerstörung von sozialen Auffangnetzen.

Der aggressive Expansionsdrang des Kapitals findet z. Zt. seinen Ausdruck in einer Kette imperialistischer Kriege. Die USA sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke das dominierende kapitalistische Zentrum, auch in diesen Kriegen. Sie brauchen aber trotz ihrer Stärke die Kooperation mit den anderen kapitalistischen Zentren. Innerimperialistische Konflikte, Konflikte zwischen den Zentren, werden dem untergeordnet. Neue imperialistische Kriege um Rohstoffe und Einflusszonen werden vorbereitet, wie z. B. im Sudan, mit Beteiligung deutschen Öl- und Transportkapitals und der Bundeswehr.

Die Bundeswehr wurde schrittweise zu einer imperialistischen Armee aufgerüstet: Bis 2006 soll die Zahl der so genannten Krisenreaktionskräfte auf 150.000 SoldatInnen verdreifacht werden. Dazu kommen zig Milliarden teure Anschaffungen von Mordwerkzeugen für weltweite militärische Überfälle, für See- und Luftkriegführung. Im Mai 2004 wurde die Fusion der Thyssen-Krupp-Werften, Blohm+Voss und der Kieler Werft HDW beschlossen, damit deutsche Rüstungskonzerne mehr und schlagkräftigere Kriegsschiffe für die imperialistische EU-Hochrüstung liefern können, eine Art EADS zur See. Eine weitere Konzentration der Bundeswehrkapazitäten auf "Eingreifkräfte, die (...) für friedenszwingende Einsätze (...) auf hohem technischen Niveau schnell verlegbar und durchsetzungsfähig sind", die so genannte Konzeption der Bundeswehr (KdB), wurde mit Mehrheit von SPD/Grünen beschlossen.

Mit dem KSK (Kommando Spezialkräfte) verfügt die BRD über ihr eigenes Mordkommando, das an geheimen Einsätzen überall in Afghanistan beteiligt war. Zwölf Jahre ist es her, seit bayrische Feldjäger in Belet Huen im Rahmen des damaligen UNO-Einsatzes in Somalia ZivilistInnen folterten. Vor vierzig Jahren ermordete die US-Spezialtruppe green berets in Vietnam zehntausende GegnerInnen der US-Besatzung. Die besondere inhumane Qualität des KSK soll auf die ganze Bundeswehr ausgeweitet werden: "Wir brauchen den archaischen Kämpfer, der den High-Tech-Krieg führen kann", also völlig enthemmte Krieger mit animalischen Eigenschaften, die dem Menschenbild der Vorgeschichte entsprechen - so das faschistoide Denken des Heeresinspektors Generalmajor Budde. In realitätsnahen Übungen wird

diese Vorgabe umgesetzt: Folter, nachgestellte Geislerschießungen und Vergewaltigungen, Beleidigungen und Misshandlungen sind feste Bestandteile der Ausbildung zum neuen Typen des Bundeswehrsoldaten, exemplarisch für die Anforderungen der imperialistischen Kriegsführung weltweit. Ex-Verteidigungsminister Struck klopfte dazu die passenden Sprüche: "Wir sind keine einsame Insel. (...) Es wäre ein Irrtum anzunehmen, nur weil wir nicht am Irak-Krieg teilgenommen haben, würden wir verschont bleiben", sagte Struck August 2005 der Welt am Sonntag. Kurz: "Es wird Tote geben".

EU-Europa ist dabei, sich auch militärisch als eigenständiger Block zu formieren. Die BRD im Verbund mit Frankreich und mit Unterstützung Belgiens und Luxemburgs, dem so genannten Kerneuropa, treibt diese Formierung voran. Kurz nach der Eroberung Bagdads im April 2003 beschloss die EU zum ersten Mal im Rahmen eines eigenen Militärkonzepts die "präventive" Anwendung von militärischer Gewalt, um EU-Interessen durchzusetzen. Im "European Defence Paper", das unter Mitwirkung eines ehemaligen deutschen Staatssekretärs erarbeitet wurde, werden der EU-Erstschlagstrategie jetzt auch Atomwaffen zugeordnet. In die Präventivkriegsoption könnten britische und französische Nuklearstreitkräfte "explizit oder implizit" einbezogen werden, so das Strategiepapier.

Die EU will weltweit Angriffskriege zur Sicherung ihrer ökonomischen Interessen führen können. "Daher müssen wir bereit sein, vor dem Ausbrechen einer Krise zu handeln. Konflikten und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden." In der EU-Militärdoktrin heißt es: "Als eine Union mit 25 Mitgliedern, die insgesamt 160 Milliarden Euro für die Verteidigung aufwendet .... müssen (wir) eine strategische Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen begünstigt".

Kern einer einsatzfähigen Interventionsarmee der EU sollen laut einem Beschluss der EU-Kriegsminister Einsatzgruppen von 1.500 SoldatInnen sein, so genannte Battle Groups. Die BRD ist an vier der 13 geplanten Battle Groups beteiligt und damit größter Truppensteller. Ab 2007 sollen die Elitekampfruppen als multinationale Einheiten zur Verfügung stehen. Die EU-Eingreiftruppe soll innerhalb von 15 Tagen am gewünschten Angriffsort einsatzbereit sein. Um "die Lücke zwischen Streitkräften und Polizei zu schließen" beschloss die EU die Zusammenstellung einer 'EU-Gendarmerie' aus 900 Personen bis Ende 2005. Sie soll als eine Art Militärpolizei bei Kriegseinsätzen niederer Intensität eingesetzt werden.

Im Verfassungsentwurf für die EU hieß es: "Die Mitgliedstaaten unterstützen die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität". Der ausdrückliche Zwang zur regelmäßigen Aufrüstung soll für die EU-Staaten Verfassungsrang bekommen und die Mitgliedsstaaten sollen sich verpflichten, ihre militärischen Fähigkeiten ständig zu erweitern.

Die noch hinter das Grundgesetz von 1949 zurückfallende, den Kapitalismus als einzig legale Wirtschaftsordnung festschreibende EU-Verfassung wurde im EU-Konvent von CDU bis PDS von allen Parteien unterstützt.

Mit der Verschärfung des Klassenkampfes von Oben ist eine Erweiterung polizeistatlicher Maßnahmen bis hin zur staatlichen Lizenz zum Mord erfolgt. Sie hat die BRD zum Polizeistaat auf Abruf verändert, mit einer immer breiteren, kontinuierlichen Überwachung von immer mehr Lebensbereichen. Die Tendenz zum totalen Überwachungsstaat spiegelt sich auch in DNS-Massenuntersuchungen wider, die die in Rechtsstaaten gültige Unschuldsvermutung umkehren in den für Diktaturen typischen Generalverdacht gegen Alle. Sie führt zur Sonderermächtigung für den Staat, von den Notstandsgesetzen bis zu den neuesten 'Anti-Terrorgesetzen'. 2004 ist der legalisierte staatliche Massenmord durch den Abschuss eines Flugzeuges bei einem sogenannten Notstand wie z. B. einer Flugzeugentführung hinzugekommen.

Polizeiliche Todesschüsse werden nur noch in seltenen Fällen skandalisiert, wie z. B. anlässlich der Auflösung eines SEK-Kommandos in Köln, dessen Mitglieder in weitere kriminelle Aktivitäten verwickelt waren. Menschen, die allein schon durch ihr Aussehen das law-and-order-Klima in den Innenstädten stören, werden z. B. in Berlin aufgrund eines Alkoholverbots inzwischen zu Tausenden von der Polizei an den Stadtrand deportiert und bleiben dort sich selbst überlassen.

Die Möglichkeiten für staatliche Willkür in Deutschland werden ausgebaut: StraftäterInnen können ohne Gerichtsurteil in eine lebenslange Sicherheitsverwahrung gesteckt werden. Sozialdemokratische Idole wie Oskar Lafontaine sprechen sich für die Anwendung von Folter aus; die Anwendung von Folter gegen 'Feinde' gehört zum Ausbildungskanon der Spezialkräfte der Bundeswehr.

In der BRD treibt die CDU/CSU/SPD/Linkspartei.PDS/FDP/Grüne Einheitspartei das umfangreichste Verarmungs- und Verelendungsprogramm in der BRD-Geschichte voran. Es handelt sich dabei nicht um einen schrittweisen Prozess,

verharmlosend 'Sozialabbau' genannt, sondern um einen qualitativen Bruch. Leitlinie soll sein: Den Brotkorb höher hängen, Strafen verschärfen, Zwangsarbeit ausweiten, oder: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!" Was kümmert die Herrschenden Menschenwürde, individuelle Selbstverwirklichung oder die Freiheit der Berufswahl!

Der Durchmarsch des Kapitals wird durch Spaltungs- und Integrationsmechanismen erleichtert. Die Gewerkschaften vertreten nur noch ständische Interessen eines Teils der Lohnabhängigen. Bei Tarifabschlüssen wie bei Daimler/Chrysler und Siemens erkaufte sie den Erhalt des status quo für Teile der Kernbelegschaft mit der verschärften Ausbeutung von randständig Beschäftigten (z. B. Kantinenangestellte) oder Jüngeren bzw. Neuestellten. Für eine nebulöse Arbeitsplatzgarantie werden Lohninbußen und Arbeitszeitverlängerungen in Kauf genommen (Karstadt, Opel, Volkswagen AG: Reduktion von Lohnkosten um 30 Prozent bis 2011, Abbau der Haustarife).

Der Druck auf die Belegschaften und auf das erkämpfte Lohnniveau wird durch die per Hartz verordnete Zwangsarbeit und durch Ein-Euro-Jobs erhöht. Inzwischen stellen sogar die sechs kapitalkonformen Wirtschaftsinstitute in ihren 'Herbstgutachten' fest, dass die Ausdehnung des Niedriglohnssektors massiv die tariflich gesicherten Arbeitsverhältnisse bedroht.

Die gemeinsame, objektive Lage im Produktionsprozess erleichterte die Erkenntnis der Menschen über gemeinsamen Interessen und über Ansätze von Organisierung, über Keime von Klassenbewusstsein und Gegenmacht: "Gemeinsam sind wir stark" und "Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will". Durch die Zerlegung und Auslagerung von Teilen der Produktion aus den zentralen Fabrikhallen an abhängige Zulieferbetriebe und die erhöhte soziale Kontrolle durch die neue Arbeitsorganisation in Gruppen von Lohnabhängigen werden materielle Grundlagen für die Entstehung von Solidarität kaputtgemacht. Die Zersetzung kollektiver Bewusstwerdungs- und Handlungsfähigkeit ruft bei vielen der Ausgebeuteten Resignation, Ohnmacht und Selbstzerstörungstendenzen hervor. Darum finden nationalistische, sozialromantische und sozial reaktionäre Mobilisierungen ein Publikum. Ein Beispiel sind Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV unter Einschluss bzw. Tolerierung von NPD und anderen faschistischen bzw. antisemitischen Gruppen wie der BÜSo und von Gesellianern.

Gegen völkische Gemeinschaftspropaganda, gegen die Hetze gegen Zuwande-

rerInnen und "Fremdarbeiter" und gegen sozialdemokratische nationale Umverteilungs-Phantasien gehen wir von einer internationalen Perspektive sozialer Revolte und Revolution aus. Das Lebensrecht der Unterdrückten und Ausgebeuteten weltweit ist gleichrangig mit dem derer, die zufällig im Besitz eines deutschen Passes sind. Wer die soziale Frage an eine nationale Zugehörigkeit bindet, schürt einen reaktionären Protest! Die hohen Wahlergebnisse von NPD, DVU und anderen faschistischen Organisationen und die regionale Etablierung von faschistischer Hegemonie im Alltagsleben zeigen, wohin eine verkürzte Kapitalismuskritik führen kann.

Der Kapitalismus ist nicht reformierbar. Seine weltweite Verwertungslogik mit dem Zwang zu Ausbeutung, gnadenloser Konkurrenz und hemmungsloser Profitmaximierung bewirkt die Zerstörung der Natur und die Verelendung und Vernichtung von Menschen zum Vorteil einer verhältnismäßig kleinen, immer mehr Reichtum anhäufenden Klasse. Die Produktivkräfte sind längst so weit entwickelt, dass alle Menschen weltweit ihre Bedürfnisse befriedigen könnten, und das bei einem Bruchteil der Arbeitszeit von heute. Dazu müssen die Produktionsmittel vergesellschaftet und die destruktiven Technologien wie z. B. Atomkraftwerke stillgelegt werden.

Wir wollen eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit, Geld und Waren, eine Gesellschaft, die Gebrauchsgüter herstellt, ohne diese Herstellung asketisch zwanghaft zu regulieren, aber auch ohne das grenzenlose, naturzerstörerische Wachstum des kapitalistischen Wirtschaftens mit seinem

Zwang zur Konkurrenz, zu Egoismus, Ellenbogengesellschaft und Konsum.

"Der Weg dorthin beginnt mit dem Widerstand heute: Wehren wir uns gegen den alltäglichen Terror der Lohnarbeit, gegen alltägliche rassistische und sexistische Diskriminierung und Bevormundung! Kämpfen wir hier in den kapitalistischen Zentren gegen diejenigen, die die Ausbeutung des Trikont und ökologische Zerstörung weltweit organisieren! Streuen wir Sand in das Getriebe des militärischen und polizeilichen Sicherheitsapparats des Festung Europa" (Linksradikales bundesweites Bündnis gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel '99 in Köln, März 1999).

"Auch Rom ist nicht an einem Tag zerstört worden" ("Blick nach vorn im Zorn", Aufruf linksradikaler Gruppen gegen den WWG 1992 in München). Wenn sich die staatlichen Vollstrecker der kapitalistischen Weltordnung im Sommer 2007 treffen, werden wir Widerstand leisten. Widerstand gegen die Organisation von Unterdrückung und Ausbeutung, Widerstand gegen die feiste Zurschaustellung von blutiger Macht, Widerstand gegen die Lobhudeleien über die BRD, die EU, die NATO, gegen den Krieg nach Innen und Außen.

G-8 verhindern - Kapitalismus abschaffen - Soziale Revolution weltweit

Kölner Anti-G8-Bündnis,  
November 2005



# G8 delegitimieren, soziale Bewegungen stärken, Alternativen leben

Erwartungen an den G8-Prozess - ein Diskussionspapier des Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft

**Eine Welle von Vernetzungs- und Kampagnentreffen, die Planung von Camps und Aktionen ist im Gange. Bereits gut ein Jahr bevor sich die "Gruppe der 8" im mecklenburgischen Heiligendamm trifft, richten NGOs, Netzwerke wie Attac und Gruppen des linksradikalen Spektrums ihre Aktivitäten auf das Thema G8 aus, welches quer durch alle Spektren der Linken ein gewaltiges Mobilisierungspotenzial zu besitzen scheint. Das große Bedürfnis nach Protest und Organisation wird sichtbar. Die inhaltlichen Auseinandersetzungen und Aktionen im Umfeld des G8-Treffens könnten, wie schon in Seattle 1999, Genua 2001 und anderswo, zu einem dynamischen "Kristallisationsmoment" für emanzipative Bewegungen werden.**

Dies bietet große Chancen, wirft aber auch einige Fragen auf:

- Wie kann der Gipfel der 8 kritisiert werden, ohne in eine problematische Sicht der "bösen 8 gegen den Rest der Welt" zu verfallen, der den Blick auf dieses scheinbare Machtzentrum verengt und dabei globale Herrschaftsverhältnisse und -systeme ausklammert?

- Wie ist Protest möglich, ohne sich in die Inszenierung des G8 einzufügen, ja sie sogar zu stärken?

- Wie kann die Mobilisierung genutzt werden, um statt einer einmaligen und punktuellen Konzentration der Kräfte dauerhaft handlungsfähige Strukturen zu schaffen? Wie können in der Mobilisierung Alternativen aufgezeigt und aufgebaut werden?

Dieser Text ist Teil eines Diskussionsprozesses innerhalb des Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft (ASWW) der BUKO. Wir wollen dazu beitragen, eine fundierte Kritik an der G8 als Teil und Ausdruck globaler Herrschaftsverhältnisse zu erarbeiten. Ebenso wichtig finden wir, dass der Protest über das Event Heiligendamm inhaltlich und organisatorisch hinausweist.

## 1. Die aktuelle Situation

Das neoliberale Projekt steuert in eine Legitimationskrise. Das Versprechen von Glück und Wohlstand für alle, wenn denn

Konkurrenz und Marktkräfte uneingeschränkt wirken können, blamiert sich täglich. Selbst die Brosamen, die angeblich bei genügend ökonomischem Wachstum auch unten ankommen - im Vokabular der Herrschenden trickle down genannt - schmecken nach Ausbeutung und Elend, Krieg und Militarisation, Umweltzerstörung, Rassismus und patriarchalen Verhältnissen, nach Massenentlassungen bei gleichzeitig hohen Gewinnen der Unternehmen, nach der Erhöhung von Risiken im Krankheitsfall oder im Alter durch die "Reform" der sozialen Sicherungssysteme. Garniert wird das neoliberal-imperiale Modell mit Durchhalteparolen, mehr Zwang und Gewalt, aber auch mit offenem Zynismus. Die "unsichtbare Hand des Marktes" benötigt immer stärker die "Faust" des Staates und des Militärs.

Immer mehr Menschen sagen iya basta! (es reicht!). Die Kritik an der liberalen Demokratie und am kapitalistischen Weltmarkt, an den repressiven Antworten der Herrschenden und der zunehmenden Ausgrenzung von Menschen wächst. Die Suche nach Alternativen hat längst begonnen - hier zu Lande entwickelt sie bislang weniger Dynamik, in anderen Gesellschaften ist das jedoch sehr deutlich zu beobachten. Das Suchen ist nicht einheitlich und von Widersprüchen durchzogen.

In Zeiten, in denen ökonomische Krisen unberechenbarer und häufiger werden, sehen die Herrschenden auch ihre Interessen gefährdet. Im Establishment wird um eine Neuausrichtung des neoliberal-imperialen Projekts gerungen, um den globalen Kapitalismus effektiver zu gestalten und zu relegitimieren. Auch wenn die Legitimation schwindet, steckt das neoliberal-imperiale Modell (noch) nicht in einer Funktionskrise, sondern dominiert staatliche Politik nicht nur in den kapitalistischen Metropolen. Die bestehenden Verhältnisse werden wenn auch oft murrend akzeptiert und aktiv mitgestaltet. Das Vertrauen in die politischen und ökonomischen EntscheidungsträgerInnen ist noch nicht grundlegend erschüttert. In Deutschland äußert sich Kritik weniger organisiert und emanzipatorisch als vielmehr diffus und im Sinne einer autoritären Sozialstaatlichkeit. Schlimmstenfalls kommt sie im rechtsextremen Gewand daher. Insofern haben wir es mit einer "Diskrepanz zwischen der extremen Beschleunigung des Umbruchs einerseits und nur schwach ausgebildeten

Bewegungsansätzen andererseits" (Martin Dieckmann, in: ak 498, 16. September 2005) zu tun.1

In diesem Kontext sind sowohl die Treffen der politisch und ökonomisch mächtigsten Regierungschefs wie auch die Proteste zu verorten. Grundsätzlich unterschiedliche Vorstellungen von der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse treffen hier aufeinander. Diese Differenzen deutlich zu machen, die herrschende Sichtweise zu schwächen und emanzipatorische Perspektiven zu stärken, das ist ein Anliegen der Proteste.

## 2. Die G8 als Teil globaler Herrschaftsverhältnisse

Die G8 sind weniger als ein Machtzentrum zu begreifen, von dem aus Entscheidungen globaler Reichweite getroffen werden, sondern bilden einen Knoten im Netzwerk globaler Hegemonie, in dem sich Herrschaftsverhältnisse verdichten und umkonfigurieren. Dieses Netz von Trennlinien und Machtbeziehungen zieht sich durch die gesamte Gesellschaft und lässt sich nicht auf ein einfaches ‚oben‘ und ‚unten‘ reduzieren.

Vergegenwärtigt man sich die Geschichte der Gruppe der 8, so wird deutlich, dass die Regierungen sowohl Getriebene innerer und äußerer Gegensätze und Verhältnisse sind, als auch Antreiber einer wirtschaftsliberalen Politik. Ins Leben gerufen wurde die heutige G8 1975 im französischen Rambouillet. Die beteiligten sechs Regierungen wollten sich in einem informellen Rahmen über Maßnahmen verständigen, mit denen auf den drastischen Ölpreisanstieg, die ökonomische Rezession und die monetären Turbulenzen, die sich nach der Aufhebung der Goldbindung des Dollars 1971 und der Freigabe der Wechselkurse 1973 ergeben hatten, reagiert werden konnte. Mit der Schuldenkrise 1982/83 wurde die liberale Weltmarktintegration der südlichen Länder und die Liberalisierung der Kapitalmärkte erstmalig explizit gefordert. Spätestens Anfang der 1980er Jahre wurde die G8 zu einer aktiven Vertreterin eines marktformigen Währungssystems, später dann zu einer Verfechterin von Struktur Anpassungsmaßnahmen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds sowie zur Antreiberin der Welthandelsorganisation.

Seit dem Bestehen der G8 werden die

Themen beständig ausgeweitet und den neuen ‚Anforderungen‘ angepasst. Der bereits Ende der 1970er Jahre thematisierte ‚Kampf gegen den Terrorismus‘ ist in den letzten Jahren (wieder) Gegenstand der G8-Beratungen. Mit den Themen Entschuldung und Entwicklungsfinanzierung reagieren die beteiligten Regierungen seit Birmingham 1998 auf Kritik an ihrer einseitig wirtschaftsliberalen Ausrichtung. Auf dem Treffen in St. Petersburg 2006 steht der Dauerbrenner ‚Energiesicherheit‘ wieder im Zentrum.

Allerdings sollten die Abschluss-Kommuniqués der G8-Treffen nicht überschätzt werden. Neben dem durch die Medien sichtbaren jährlichen Treffen der Regierungschefs besteht der G8-Mechanismus aus vielen anderen informellen Zusammenkünften, etwa der Außen- und Finanzminister oder der Umwelt- und Entwicklungsminister. Die G8-Finanzminister etwa treffen sich unter anderem im Rahmen der Frühjahrs- und Herbsttagung von IWF und Weltbank. Somit sind die ‚Weltwirtschaftsgipfel‘ selbst eher eine große P.R.-Veranstaltung. Im Grunde findet innerhalb der G8 ein permanenter Kommunikationsfluss auf den unterschiedlichsten Ebenen statt.

Die Gruppe der 8 erfüllt verschiedene Funktionen: Erstens hat sie zwar als solche keine eigenständige formelle Entscheidungsgewalt, ja noch nicht einmal ein Gründungsdokument. Aber über die mächtigen Regierungen werden die Absprachen in andere internationale Foren eingebracht (etwa in Weltbank, IWF, WTO, OECD) bzw. über nationale Politiken umgesetzt. In den Abschlusserklärungen werden häufig Initiativen in internationalen Organisationen angekündigt oder ange-mahnt. Die Gruppe der 8 übt zudem über ‚Empfehlungen‘ oder konkrete Forderungen Druck auf andere Regierungen aus. Sie kann über ihre vielfältigen Mechanismen flexibel agieren, ohne ihre Entscheidungen in demokratischen Prozessen legitimieren zu müssen.

Zweitens werden im Rahmen der G8 Differenzen und Widersprüche zwischen den weltpolitisch und -ökonomisch dominierenden Staaten ausgetragen und bearbeitet. Gemeinsame Interessen der Mitgliedsstaaten werden destilliert, koordiniert und nach außen gebündelt. Beim Verschuldungsmanagement in den 1980ern, den Währungskrisen in den 1990ern sowie bei der heutigen Durchsetzung von Strategien ‚globaler Sicherheit‘ und der Sicherung der Energieversorgung waren und sind die G8 jeweils ein zentraler Ort der Entwicklung von Strategien des Krisenmanagements. Diese waren stets darauf ausgerichtet, eine inhärent krisenhafte Weltwirtschaft durch politische Rahmenbedingungen zu stabilisieren; im Sinne ‚makroökonomischer Stabilität‘, aber auch

zur Sicherung der bestehenden Machtverhältnisse. Die Bearbeitung von Widersprüchen zwischen den G8-Staaten stößt jedoch auch an Grenzen, wie die gegensätzlichen Positionen zum Irak-Krieg, zu umwelt- und zu handelspolitischen Fragen zeigten.

Drittens entfalten insbesondere die Treffen der Regierungschefs eine hohe symbolische Wirkung. „Schaut her, wir packen die Probleme der Welt zusammen an! Wir sind die Chefs!“ Neben der direkten Einflussnahme erfüllt die G8 also die Funktion, Zustimmung für sich zu erzeugen und somit Spielräume für ihre Politik zu schaffen. Die symbolische Inszenierung von Herrschaft und Legitimität verkörpert und stabilisiert die Verhältnisse, da die Gipfel auf dieser Ebene bis in den Verstand und die Gefühle der ‚Beherrschten‘ wirken. Auf Grund der wachsenden Kritik werden in der Öffentlichkeit weniger grundlegende wirtschaftspolitische Fragen präsentiert, sondern medienwirksam aufbereitete Themen wie Entschuldung und Entwicklungshilfe. Im Rahmen solcher Kampagnen werden auch RegierungsvertreterInnen von Nicht-Mitgliedern eingeladen (etwa aus Afrika) oder von internationalen Organisationen wie der UNO-Generalsekretär. Diese Kampagnen greifen allgemeines Unwohlsein und konsensfähige Forderungen von Teilen der Zivilgesellschaft auf und kanalisieren sie zu scheinbar unumstrittenen Maßnahmen, die letztlich auf eine Relegitimierung der G8 abzielen. Die G8 kann sich hier auf ein fest im Alltagsverstand verankertes Politikverständnis stützen, für das ein Delegieren an Regierungen selbstverständlich ist. Zusammen mit einem vermeintlich neutralen Fokus auf ‚Problemlösung‘ und einer Ideologie der Effizienz wirkt ein solches Verständnis depolitisierend und verdeckt die bestehenden Herrschaftsverhältnisse.

### 3. Delegitimierung der G8 und darüber hinaus

Die zentrale Forderung einer internationalistischen Linken kann unseres Erachtens nur die Delegitimierung der G8 sein. Darüber hinaus schlagen wir vor, dass sich im G8-Prozess die verschiedenen emanzipativen Spektren mit ihren Anliegen finden und austauschen und gleichzeitig nach thematischen Zuspitzungen suchen, die einer breiteren Öffentlichkeit verständlich gemacht werden können. Der Protest sollte sich nicht in inhaltlicher Analyse erschöpfen, sondern Raum bieten, Alternativen zu entwickeln und auch zu leben. Schließlich müssen wir uns mit den Strategien von Regierungen und herrschenden Medien auseinander setzen, die oft versuchen, durch eine Aufteilung der Proteste in ‚gut‘ und ‚böse‘ Spaltungen hervorzurufen.

#### a) Delegitimieren

Der G8 mangelt es in zweifacher Hinsicht an Legitimation: Sowohl gemessen an den für viele Menschen katastrophalen Ergebnissen ihrer Politik, als auch gemessen am eklatanten Missverhältnis zwischen den Beteiligten und den Betroffenen der G8-Entscheidungen. Was dieses Missverhältnis angeht, so erfüllt die G8 nicht einmal die selbst gesetzten Standards liberaler Demokratie. Acht Regierungen maßen sich an Beschlüsse zu treffen, deren symbolische und materielle Auswirkungen weltweit zu spüren sind. Die Regierungschefs der G8 sind auf nationalstaatlicher Ebene zwar formal demokratisch legitimiert, faktisch agieren sie aber auf vermachteten Terrains, auf denen nur diejenigen gesellschaftlichen Interessen Wirkung entfalten können, die mit den herrschenden Problemdefinitionen vereinbar sind. Dazu kommt, dass im Falle Putins selbst die formaldemokratische Legitimation in Frage steht und dass politische Herrschaft sich auch in den so genannten westlichen Demokratien ihres liberal-demokratischen Mantels immer weiter entledigt, zunehmend autoritäre Züge annimmt und sich damit gemessen an den eigenen Legitimationsstandards selbst in ein Legitimationsproblem manövriert.

Dass Delegitimierung eine schlagkräftige Forderung sein kann, zeigen die Konflikt- und Mobilisierungsformen in der argentinischen Krise. Die Parole „¡que se vayan todos!“ (sie sollen alle abhauen!) brachte hier eine Strategie der Delegitimierung auf den Punkt, d.h. verdichtete sie in einer griffigen und einleuchtenden Forderung, die eine hohe Mobilisierungswirkung entfalten konnte.

Delegitimierung beinhaltet grundsätzlich drei Elemente: Erstens spricht sie den Regierenden das Recht ab, Entscheidungen in der Form und mit den Inhalten zu treffen, wie sie es tun, weil diejenigen, die die Suppe auslöffeln müssen, nicht mitkochen dürfen (Element eins: Ihr habt nicht das Recht!). Zweitens macht sie deutlich, dass die gesellschaftlichen Möglichkeiten, ein menschenwürdiges Leben jenseits vom Zwang zu sinnloser Arbeit zu führen, gegeben sind, dass diese Potenziale aber nicht ausgeschöpft, sondern interessengeleitet negiert werden (Element zwei: Es ist genug für alle da!). Drittens verweist sie auf bereits praktizierte bzw. angedachte Alternativen selbstbestimmten und solidarischen Zusammenlebens und postuliert deren Verallgemeinerungsfähigkeit (Element drei: Wir können es besser!).

Eine Herausforderung besteht darin, diese Kritik nicht nur auf die G8 zu beziehen, sondern auf soziale Konflikte in unterschiedlichen Kontexten anzuwenden und radikaldemokratische Alternativen aufzu-



zeigen. Nicht nur die G8 als ein Ausdruck globaler Herrschaftsverhältnisse muss delegitimiert werden, sondern die zu Grunde liegenden Formen und Definitionen von Politik, Entscheidungsfindung und gesellschaftlicher Struktur. Emanzipatorische Veränderungen müssen sich klar gegen den kapitalistischen und patriarchalen Staat und internationale politische Institutionen, gegen herrschende Politikvorstellungen und Naturverhältnisse positionieren, aber auch gegen sich quer durch die Gesellschaft ziehende Hierarchien in Bezug auf Herkunft, Geschlecht, Klasse und gesellschaftlichen Vorstellungen von Normalität.

## b) Zuspitzen und Sichtbarmachen

Der G8-Prozess kann von emanzipatorischer Seite dazu genutzt werden, dass sich unterschiedliche soziale und politische Spektren stärker aufeinander beziehen und nach gemeinsamen Handlungsansätzen suchen: Sozialpolitische Gruppen und Erwerbslosen-Initiativen, gewerkschaftliche Linke, feministische Gruppen, selbstorganisierte MigrantInnen, anti-rassistische und anti-faschistische Gruppen, die Umweltbewegung, Studierende, die Bewegung gegen den Krieg und die für eine andere Globalisierung.

Unterschiedliche Kämpfe in unterschiedlichen Bereichen folgen unterschiedlichen Logiken: Widerstand gegen repressive Migrationspolitik funktioniert anders als der Aufbau betrieblicher Gegenmacht, Politik gegen Nazistrukturen ist etwas anderes als Protest gegen Hartz IV usw. Die Mobilisierung nach Heiligendamm erfordert einen offenen Umgang mit Unterschieden und Widersprüchen, und kann als Experiment mit gemeinsamen thematischen Zuspitzungen dienen.

Einen breiten Konsens könnte es inhaltlich dahingehend geben:

- Wir fordern erstens die Auflösung der Gruppe der 8 und nicht ihre Erweiterung oder etwa durch die Einbeziehung anderer Länder.

- Wir verweigern uns dem Dialog mit den Regierungen, die im Rahmen der G8 die global herrschenden Interessen koordinieren. Damit laufen wir nicht Gefahr, dem Prozess durch ‚konstruktive Kritik‘ Legitimität zu verleihen.

- Wir sehen, dass viele Menschen in den Metropolen die herrschenden Verhältnisse entweder passiv-resignierend hinnehmen oder sogar aktiv unterstützen - ein schlichtes ‚die da oben, wir hier unten‘ geht also nicht auf. Wir benötigen überzeugende Argumente und müssen für interessierte Menschen und Medien ansprechbar sein. Die Kunst besteht darin, radikale Kritik und Forderungen zu formulieren und sich

gleichzeitig über den Kreis der ohnehin Überzeugten hinaus zu bewegen.

- Unsere Kritik ist berechtigt, auch wenn wir keinen umfassenden Gegenentwurf präsentieren. Wir haben keinen, und wir wollen keinen. Eine andere Welt kann nicht autoritär geplant und durchgesetzt werden, sondern muss in Lernprozessen, durch Erfahrungsaustausch und Beteiligung aller entstehen.

Darüber hinaus muss es ein Teil der Proteste sein, den Unsichtbaren, Stimmlosen und Marginalisierten hier zu Lande und international dazu zu verhelfen, dass sie gesehen und gehört werden und ihre Kritik und Alternativen formulieren können. Das bedeutet, einige Themen systematisch zu bearbeiten und in einer breiteren Öffentlichkeit zu verankern: beispielsweise Migration und die Lebensverhältnisse der Menschen, die aus anderen Ländern nach Westeuropa kommen; die Situation der vielen Ausgegrenzten hierzulande ohne Stimme und ohne Gesicht oder die Lebensverhältnisse in den sogenannten peripheren Gesellschaften.

Diese Themen sollten mit den Politiken im Rahmen der G8, mit Verschuldung und Weltmarkt Konkurrenz, aber auch mit den hiesigen Produktions- und Konsumweisen in Verbindung gebracht werden.

Schließlich: Vielleicht gelingt es, Begriffe zu finden, in denen sich die aktuellen Kämpfe und Anliegen verdichten und ihnen eine gemeinsame Perspektive geben. Das zapatistische "¡ya basta!" oder "Eine andere Welt ist möglich!" haben diese Funktion.

## c) Gelebte Alternativen

Globaler Protest darf sich nicht in inhaltlicher Kritik erschöpfen, sondern muss sich in einen kreativen Prozess umwandeln. Dabei geht es um das fragende Vorschreiten hin zu einer Veralltäglichen von Widerstand, dem Aufbau und Leben von Alternativen. Die G8-Mobilisierung muss sich als Teil verschiedener Formen des praktizierten sozialen Protests verstehen, in all seiner Widersprüchlichkeit. Ein Bewusstsein dieser Widersprüche aus einer kritischen Betrachtung der eigenen Bewegungen heraus kann ebenso wie das bewusste Umsetzen alternativer Organisations- und Lebensformen Perspektiven aus dieser Widersprüchlichkeit öffnen. Dieser Prozess muss von vornherein darauf angelegt sein, sich über die thematischen, gesellschaftlichen, nationalen Grenzen hinweg zu erstrecken. Das dissent!-Spektrum kann hierfür in mancher Hinsicht ein Beispiel sein: Vor dem Gipfel in Schottland 2005 gelang eine europaweite Mobilisierung, deren Ausrichtung und Strukturen nun als Basis für die Mobilisierungen gegen die

Gipfel in Russland und Deutschland dienen können.

## d) Spaltungen vorbeugen

Auf drei Entwicklungen müssen wir gefasst sein. So wird es erstens von herrschender Seite den Versuch geben, die Proteste zu delegitimieren. Die Staatslenker präsentieren sich als die moralisch aufgeklärten RealpolitikerInnen und weisen uns in die Ecke der Spinner.

Zweitens - das Lehren die Erfahrungen aus vergangenen Protesten - wird es Versuche geben die Bewegung zu spalten. Bei verschiedenen Gipfeln der letzten Jahre wurde versucht, kritische Stimmen durch eine Strategie der Vereinnahmung zum Schweigen zu bringen. Events wie ‚Live Aid‘ und die ‚make poverty history‘-Kampagne, die den G8 2005 in Gleneagles begleiteten, haben Protest erfolgreich kanalisiert und die G8 so als legitime Adressatin von Forderungen nach einer ‚gerechteren Globalisierung‘ stilisiert. Den ‚dialogbereiten Globalisierungskritikern‘ wird zugehört oder gar - wie in Davos mit dem von offizieller Seite so genannten ‚Spielwiesenszenario‘ - ein offenes Forum geschaffen, auf dem sie ihre Anliegen vortragen dürfen. Die anderen werden als ‚Gewaltbereite‘ diffamiert. Wie erfolgreich die Mobilisierung gegen den Gipfel 2007 wird, hängt auch davon ab, ob es gelingt, auf den Versuch einer solchen Vereinnahmung nicht mit Spaltung und Abgrenzung zu reagieren, sondern die geäußerte Kritik aufzunehmen und zu radikalieren. Damit zusammenhängend ist es drittens wahrscheinlich, dass gegen die Proteste oder zumindest bestimmte Protestformen repressiv vorgegangen wird. Daher ist es wichtig, dass bereits heute Antirepressions-Kampagnen entstehen und die lokale Bevölkerung gewonnen wird.

Um diesen Strategien zu begegnen, benötigen wir solidarische Diskussionen. Da Diskussionen Zeit brauchen, sollten wir nicht, wie es in der Bewegungslinke immer wieder passiert, unter dem zeitlichen Druck zur Aktion auf Klärung und produktiven Streit verzichten. Vielmehr gilt es, diese zu nutzen, um die Dynamiken des Protests zu reflektieren, aus ihnen zu lernen und so handlungsfähiger zu werden.

## Ausblick

Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) als ein Dachverband internationalistischer Gruppen möchte diesen Prozess der Verständigung und Vernetzung unterstützen und ein Forum bieten, Diskussionen in der nötigen Breite und Pluralität zu führen - unter anderem auf den beiden kommenden Kongressen.<sup>3</sup>

Der Erfolg der Proteste hängt zum einen

davon ab, in wie weit es gelingt, nicht nur inhaltlich, sondern auch in Bezug auf die Organisation über den G8-Gipfel hinaus zu gehen. In der Vergangenheit wurden vielfältigen Erfahrungen in ähnlichen Mobilisierungen gemacht. Diese gilt es kritisch-reflektierend aufzunehmen, anstatt jede Gipfelmobilisierung neu zu erfinden. Ziel muss sein, dauerhafte und konsistente Strukturen aufzubauen, die lokale mit globalen Kämpfen in Verbindung setzen, sozialen Protest vernetzen und stärken. Zugleich heißt es aber auch, keinen „Großen Wurf“ vorzubereiten, sondern die Mobilisierung als einen offenen Prozess zu betrachten, in dessen Rahmen Alternativen bereits gelebt werden können.

Die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel hat viel erreicht: Wenn die herrschenden Verhältnisse klug und kreativ kritisiert und delegitimiert wurden, d.h. die verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen gegen den Gipfel breit ausstrahlen; wenn grund-

legend emanzipative Perspektiven, d.h. anti-imperiale und kapitalismuskritische, anti-rassistische, feministische und radikalökologische Positionen innerhalb und jenseits des Protestspektrums gestärkt werden; wenn rechte Positionen keine Chance hatten, ihre ‚Kritik‘ hörbar zu machen; wenn mehr Menschen bereit sind, sich auf vielfältige Weise in ihrem Alltag gegen die wirtschaftsliberalen und repressiven Muster zu verhalten; wenn solidarische Formen politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Zusammenlebens gestärkt und neue entwickelt werden.

Wenn eine emanzipatorische Linke stärker wird und sich darüber hinaus mit ihren unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen kritisch-solidarisch aufeinander bezieht - dann können gerechte und freie, friedliche und nachhaltige Verhältnisse geschaffen werden.

■  
 Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO), März 2006  
 Der ASWW möchte mit diesem Text zur Diskussion einladen. Erreichen könnt ihr uns unter [asww@buko.info](mailto:asww@buko.info). Auf dem BUKO 29 in Berlin wird es einen Workshop geben, in dem das Papier zur Diskussion gestellt wird. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

#### Fußnoten:

- 1 Raum für eine Analyse der Bewegung und für vertiefende Auseinandersetzung mit der G8 bietet die demnächst erscheinende Broschüre des ASWW.
- 2 USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan; 1976 kam Kanada hinzu, 1977 die EU-Kommission. Die russische Regierung nimmt seit 1994 an den Treffen teil und ist seit 1998 formelles Mitglied (allerdings bis 2006 nicht für alle Bereiche).
- 3 Der 29. Bundeskongress "re:control. antworten, abweisen, aneignen" findet vom 25. bis zum 28. Mai in Berlin statt. Einer der Schwerpunkte wird die G8 sein, weitere Informationen unter [www.buko.info](http://www.buko.info).

## Imperialismus pur

**Das Schmieröl der Weltwirtschaft soll im Zentrum des nächsten G8-Gipfels 2006 in St. Petersburg stehen. Im schottischen Gleneagles erklärte Putin "Energiesicherheit" und "Bildung" zu Hauptthemen für 2006. Die G8-Staaten vereinbarten außerdem, die Anstrengungen im Kampf gegen den Terror zu verstärken und auf dem Petersburger Gipfel über das Erreichte Bericht zu erstatten.**

2007 findet der G8-Gipfel in Deutschland, in Heiligendamm, das rund 20 Kilometer von Rostock entfernt liegt, statt. Im Oktober tagt das erste Vorbereitungstreffen zur Mobilisierung gegen den Gipfel in Hamburg, nachdem es schon am Erfurter Sozialforum mehrere Workshops gegeben hat und die Mobilisierung für 2007 zu einem Schwerpunkt der "sozialen Bewegung" erklärt wurde.

### Entstehung und Politik der G8

Die heutigen G8 entstanden Mitte der 70er Jahre. Der erste "Gipfel der Sechs" fand 1975 in Rambouillet (Frankreich) statt. Ein Jahr später gesellte sich auch Kanada zur illustren Runde der führenden imperialistischen Staaten - USA, Japan, Deutschland, Italien, Britannien und Frankreich.

Es ist kein Zufall, dass die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in dieser Periode entstanden. Nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods, der Nieder-

lage im Vietnamkrieg und einer Erschütterung der US-Vorherrschaft wurde ein regelmäßiges "informelles" Treffen zur Koordinierung gemeinsamer globaler Politik, zum Umgang mit innerimperialistischen Gegensätzen wie zur Bestimmung gemeinsamer weltpolitischer Interessen notwendig.

In den 70er und 80er Jahren standen die Koordinierung gemeinsamer wirtschaftlicher Maßnahmen und das Führen des Kalten Krieges im Zentrum. Die G7 war nie eine "Quatschrunde", sondern führte immer wieder zu konkreten gemeinsamen Aktionen der großen imperialistischen Staaten wie z.B. der Vorbereitung des Plaza-Abkommens von 1985, das eine starke Abwertung des Dollars zur Belebung der US- und Weltwirtschaft beinhaltete.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks reklamierte sich Gorbatschows Sowjetunion und später Russland in die Runde, das 1996 als Vollmitglied in die G8 aufgenommen wurde.

Die Gipfel widmeten sich in den 90ern der Durchsetzung der kapitalistischen Globalisierung und der Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und der GUS, der Etablierung einer "globalen Wachstumsstrategie" (u.a., um der chronischen Stagnation Japans entgegenzuwirken), der Bestimmung der Politik des IWF, aber auch der Kontrolle halbkolonialer "Krisenherde" und dem "Kampf gegen den Terrorismus".

Neben den jährlich stattfindenden Gipfeln der G8 besteht diese Imperialistenrunde auch aus Arbeitsgruppen und Treffen

von Fachministern. So berieten die Finanzminister der sieben wichtigsten Industrienationen Ende September in Washington über Maßnahmen zur Senkung des Ölpreises und zur Milderung der hohen Energiekosten für die Weltwirtschaft.

### Im Visier der Proteste

Nicht erst seit dem Gipfel von Seattle zum Ende der 90er Jahre werden die Tagungen von IWF, WTO, der G8 oder der EU von Massenprotesten begleitet. Schon in den 80er Jahren waren die Zusammenkünfte der Herrschenden im Visier der antiimperialistischen Linken, so in Bonn 1985, als 50 000 die Verabredung zur Ausplünderung der Welt durch die sieben reichsten Staaten behindern wollten, und ein Jahr später in Tokio, wo neben Massenaktionen eine Guerillagruppe Raketen gegen den Weltwirtschaftsgipfel einsetzte. Vielen werden zudem noch die Proteste gegen den IWF-Gipfel 1988 in Berlin in Erinnerung sein, bei dem über 100 000 das Demonstrationsverbot durchbrachen und viele militant intervenierten. Egal ob friedlich oder militant - alle zusammen drückten ihre Sympathie und Unterstützung mit den Befreiungsbewegungen in aller Welt aus. Erst mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten ebten die Proteste gegen die Gipfel ab, doch kaum 10 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer sah sich der globale Kapitalismus in Seattle wiederum Massenprotesten gegenüber. Seit den Protesten in Genua

2001 werden die G8-Treffen aber nicht mehr in den Metropolen abgehalten, sondern in teils schwer zugängliche (und leichter zu kontrollierende) Orte verlegt. In Genua demonstrierten Hunderttausende aus Italien und anderen Ländern Europas. Nach der Ermordung Carlo Giulianis kam es zu Massendemonstration, die von den Sozialforen im Land organisiert worden waren.

Wie die Demonstration in Gleneagles zeigt, an der sich rund 300.000 Menschen beteiligten, bedeutet diese Taktik der G8 jedoch nicht, dass keine Massen zu mobilisieren wären.

Im Sommer 2007 kommt der jährliche G8-Gipfel also nach Deutschland. Das Treffen wird im Kempinski Grand Hotel in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden, einem exklusiven Kurort direkt an der Ostsee.

Davor wird es in St. Petersburg eine wichtige Mobilisierung der russischen Bewegung geben. Wie die Massendemos gegen die Rentenkürzungen im Jahr 2004/2005 zeigten, gibt es auch in Russland ein Potential für Aktionen gegen die G8. Aufgrund der staatlichen Repression (z.B. Einreisebestimmungen) wird es schwer werden, nach St. Petersburg massenhaft zu mobilisieren. Deshalb ist es umso wichtiger, in anderen Ländern parallel zum Gipfel in Russland zu protestieren und Solidarität mit den russischen AktivistInnen zu bekunden. Das kann zugleich auch zur Mobilisierung für 2007 genutzt werden.

### Politische Mobilisierung

Es ist zu begrüßen, dass die politische Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm schon jetzt diskutiert wird. Schließlich wird der Gipfel auch von der Regierung bewusst genutzt werden, um die Weltmachtambitionen des deutschen Imperialismus bzw. der von ihm geführten EU zu verdeutlichen.

Daher treten wir für eine klare politische Ausrichtung der Proteste ein. Unser Kampf richtet sich gegen die G8 und das kapitalistische und imperialistische Weltssystem, für das sie stehen, und gegen das wir täglich und kontinuierlich vor Ort kämpfen müssen!. Wir wollen keinen andere, reformierte G8, sondern treten für das Motto "G8 stoppen! Gipfel blockieren!" an.

Unser Kampf ist aber auch eine Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen, etwa in Kolumbien und Venezuela, in Nepal, in Palästina, Kurdistan und im Baskenland. Sicher wollen wir alle eine staatenlose Gesellschaft, aber angesichts eines Imperialismus, der hochgerüstet bereitsteht, in jedes beliebige Land einzufallen, ist es nicht möglich, eine Gegengesellschaft aufzubauen, die frei von vertikalen

Strukturen ist. Es kommt für uns daher darauf an, wie und für welche Ziele diese (Gegen)Macht benutzt wird. Wenn die Bolivarianische Revolution in Venezuela aufgrund ihrer Macht beispielsweise den vom Fischfang Lebenden die Möglichkeit bietet, Kooperativen zu gründen und damit endlich am gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben, dann können wir diese Machtausübung nicht verurteilen. Und Befreiungsbewegungen wie in Nepal und Kolumbien wären schon längst zerschlagen, wenn sie nicht Strukturen aufgebaut hätten, die fürs Überleben notwendig sind. Die Befreiungsbewegungen haben erkannt, daß wer die Machtfrage stellen will, auch bereit sein muß, die Macht zu übernehmen. Die Frage ist nach wie vor: Sitzen wir hier in Westeuropa auf unserem Sofa und schauen Glotze oder sind wir uns bewusst, dass wir uns im Herzen der Bestie befinden und deshalb anfangen müssen, unsere eigene Gegenmacht vor Ort gegen die imperialistische Herrschaft aufzubauen.

Die Mobilisierung soll daher von Beginn an auf einer internationalistischen und klassenkämpferischen Basis geführt werden. Wir wissen, dass der Imperialismus nicht in Heiligendamm geschlagen werden wird, sondern dass dazu der Widerstand im Irak und in Palästina, die Revolution in Bolivien oder Massenstreiks gegen die Angriffe in Europa unterstützt und propagiert werden müssen.

Eine solche Ausrichtung und die dazu notwendigen Bündnis- und Koordinierungsstrukturen müssen jetzt diskutiert und auf den Weg gebracht werden. Das ist auch deshalb notwendig, weil wir es - wie zuletzt auch in Gleneagles - mit politischen Vereinnahmungsversuchen von Kirchen, NGOs, von PDS/Linkspartei/WASG, Gewerkschaftsführungen, den Grünen und gar der SPD zu tun haben. Inhaltlich werden diese versuchen, die Forderungen und Ziele der Bewegung auf eine illusionäre "Reformierung der G8" zurechtzustutzen.

Bei den Aktionen werden sie versuchen, diese zeitlich oder örtlich möglichst abseits

vom Gipfel zu organisieren und radikalere Kräfte und Aktionsformen von der "Masse" der Protestes zu isolieren. Diesen Befriedungs- und Spaltungsversuchen müssen wir entgegentreten und dafür Unterstützung auch in Massenorganisationen- und Bewegungen suchen: in Gewerkschaften, in bei der Mitgliedschaft von Linkspartei/WASG, in den sozialen Bewegungen usw. Das ist nicht nur deshalb nötig, um die Bewegung möglichst groß zu machen, sondern auch, um die reformistischen Führungen mit dem Druck ihrer eigenen Basis zu konfrontieren. Wir müssen damit rechnen, dass z.B. Lafontaine die Mobilisierungen gegen den Gipfel nutzen wird, um seine Ideen einer Reformierung der G8 und einer "neuen globalen Finanzarchitektur" - nicht zuletzt auch zur Freude solcher Kräfte wie attac - zu präsentieren.

Dagegen müssen alle Kräfte, die für eine antiimperialistische Ausrichtung stehen, vorbereitet und gut organisiert agieren. Dazu sind eine politische Plattform und ein politischer Kampf um die Hegemonie in der Bewegung und breite Mobilisierungen nötig.

Nächste Schritte zur Mobilisierung sollten Aktionen gegen das Weltwirtschaftsforum in Davos, die Demo gegen die Münchner-Sicherheitstagung und Solidaritätsaktionen mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in St. Petersburg sein.

Berlin, Oktober 2005

Autonome KommunistInnen

Rote Aktion Berlin (RAB)

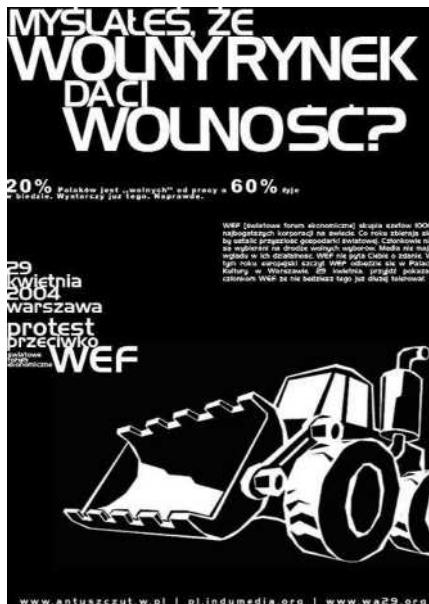
Soziale Initiative Neukölln (SiNN)

Gruppe Arbeitermacht

revolution! Berlin







**JUST SAY NO TO THE WTO**



**CARNIVAL AGAINST CAPITAL!**  
SEATTLE, NOV.29-DEC.3, 1999





# Teil V: Texte zu vergangenen Gipfeln und Reflexionen über die Bewegungen

# militant errors - Auswertung Thessaloniki 2003

## von der Un-Ästhetik des Widerstands - Eindrücke, Kritik und Fragen zu den Protesten gegen den EU-Gipfel in Thessaloniki und an die anarchistische Bewegung in Griechenland, Juni 2003

Dieser Text wurde kurz nach den Protesten gegen den EU-Gipfel in Thessaloniki Sommer 2003 geschrieben und sollte einen Diskussionsprozess anregen. Eigentlich wollten ihn Leute, die mit uns beim Gipfel waren, überarbeiten und verbessern. Leider ist das aus verschiedenen Gründen (wie das eben so läuft) nicht passiert. Wir haben uns entschlossen, ihn trotz erheblicher Verzögerung und obwohl er nur unsere Meinung widerspiegelt zu veröffentlichen, da wir die angesprochenen Fragen für zeitlos halten - wie Formen und Taktiken von Militanz und Widerstand, Sexismus und Machismo, den Umgang mit Medien, um die wesentlichsten Punkte zu benennen. Dieser Beitrag, der sich an die radikale Linke richtet und nicht auf Griechenland beschränkt bleibt, möge trotz aller Kritik und Infragestellung als solidarisch verstanden werden. Denn schließlich sind Kritik und Selbstkritik wesentlicher Bestandteil einer revolutionären Utopie einer befreiten Gesellschaft. Also - für eine konstruktive und faire Diskussion und Auseinandersetzung.

### Der Gipfel

Am den Protesten gegen den EU-Gipfel vom 19.-21. Juni 2003 in Thessaloniki und Chalkidiki beteiligten sich sehr unterschiedliche Gruppen, von Sozialforen über die Kommunistische Partei, Gewerkschaften, diverse sozialistische Grüppchen bis zu unterschiedlichen anarchistischen Gruppierungen - insgesamt an die 100.000 Menschen.

Die AnarchistInnen (aber auch sozialistische Studi-Gruppen und Teile des Sozialforums) besetzten Teile der Aristotelus Universität in Thessaloniki, um sie als Anlaufstelle, Unterkunft und Koordinierung für die Proteste der kommenden Tage zu nutzen.

Die Uni war bewusst und gut gewählt, da für die Universitäten allgemein ein Asyl gilt, sprich sie sind eine no-go-area für Bullen. Der Polizei ist es nicht gestattet,

ohne vorherige Genehmigung und Einverständnis der Universitätsleitung und der Gewerkschaft der ProfessorInnen das Gelände zu betreten. Ein bisschen vergleichbar mit dem Kirchenasyl, allerdings ist dieses Asyl in Griechenland viel stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert. Es geht auf die Zeit der Militärdiktatur (1967-1974) zurück, als im Jahr 1973 die Politische Universität in Athen vom Militär gestürmt wurde, die von widerständischen StudentInnen besetzt war. Dabei wurden etwa 200 StudentInnen vom Militär ermordet.

### Die Besetzte Uni

Unterschiedlichste anarchistische Gruppen, zum Teil heftigst untereinander zerstritten, was für uns nicht unbedingt immer nachvollziehbar war, richteten sich also an der Uni ein.

Die Anti-Autoritären, Salonika 2003, die mehr mit Mainstream-Medien zusammenarbeiten und Bündnisse mit anderen politischen nicht-anarchistischen Gruppen eingehen, von anderen aber zum Teil als sehr autoritär bezeichnet werden, besetzten die Theologische Fakultät, der Black Bloc, Internationale und andere griechische AnarchistInnen die Philosophische und Indymedia, das Medical Team und andere Gruppen die Juristische Fakultät der Universität.

SALONIKA 2003 wurde am Anfang schnell zum Anlaufpunkt vor allem für die aus anderen Ländern Angereisten. Es gab eine Infowand, eine Cafeteria und Plena wurden mehrsprachig durchgeführt. Diese minimale Infrastruktur, die hier vorhanden war, wurde von anderen anarchistischen Gruppen aus Griechenland leider nicht oder kaum zur Verfügung gestellt. Eine Ausnahme bildeten hier sicherlich Indymedia, die einen Super-Stadtplan mehrsprachig verteilten, und das Medical Team. Ein großes Lob auch an die Internationale Fahrradkarawane, die jeden Tag für Hunderte kochten und kochten.

### Machismo und Sexismus

Die Situation auf dem Uni-Gelände war ziemlich krass. Die Atmosphäre war extrem machoid und gewalttätig. Jeden Tag eskalierten Streits, kaum ein Plenum wurde ohne Geschrei und sehr häufig auch mit handfesten Prügeleien und Faustkämpfen beendet.

Gleich zu Anfang eskalierte ein Streit in die erste von zahllosen Schlägereien.

Die AnarchistInnen, die in die Philosophische Fakultät eingedrungen waren, brachen in die Kantine ein und in Räume von ProfessorInnen und zerstörten Computer. Darüber eskalierte die Auseinandersetzung mit denen, die damit nicht einverstanden waren.

Bis auf eine, verließen daraufhin anarchistische Gruppen aus Athen geschlossen die Philosophische.

Andere Gruppen aus Griechenland oder auch Italien, Frankreich u.s.w. blieben in dem "Black Bloc Squat".

Zu einem späteren Zeitpunkt, am Samstag nach der sogenannten Black Bloc - Demo drehten einige völlig durch: Neben zerstörten Computern und Arbeitszimmern wurden einige sehr alte Bücher der philosophischen Fakultät in Brand gesteckt (konnten noch gelöscht werden), auf die Flure gekackt und sexistische und gewaltverherrlichende Parolen an die Wände gesprüht.

Quasi permanent waren wir mit einer aggressiven Grundstimmung konfrontiert.

Anmache, sexistische Sprüche, das Ignorieren von Frauen, dominantes Redeverhalten auf Treffen waren keine Seltenheit.

Bereits am Montag kam es aufgrund all dieser Vorkommnisse und der Stimmung zu einem Frauenplenum, am Dienstag-Abend dann zu einer Frauen-Aktion auf der Bühne des auf dem Uni-Campus stattgefundenen Rock-Konzertes, wo circa 20 Frauen auf der Bühne ein Anti-sexistisches Manifest verlasen. Die Reaktion des Publikums waren sehr zweigeteilt. Von Zustimmung, Applaus bis zu derben sexistischen Sprüchen und Buhrufen war alles vorhanden. In den darauffolgenden Tagen gab es gemischte Plena, die Einrichtung eines Schutzraumes und Anlaufstelle für direkt von Anmache oder Ähnlichem Betroffenen sowie ein in englischer und griechischer Sprache verteiltes Anti-Patriarchales Flugblatt über die Ereignisse an der UNI.

### Antisexist Manifesto

Antisexist Manifesto of women squatting the stage at Thessaloniki anti-authoritarian camp

(slightly modified version of the first declaration from the stage on 17th of June)

We are here today because we all feel

uncomfortable as women and men in this space. There have been cases of sexual harassment and also women have been suppressed or not taken seriously because of their gender.

There have been violent muggings and fistfights.

In this camp men have sexually insulted women and reduced them to sexual objects - all this continues.

Additionally, women have not been listened to, not taken seriously and not treated as equal persons.

Even when we tried to point it out from this stage two nights ago, the response was insulting and disrespectful.

All together, the atmosphere in the camp is very masculine-dominated.

To our knowledge, this camp is supposed to be anti-authoritarian and anti-hierarchical, but in this camp the sexism that exists in society is being reproduced.

Sexism is a form of oppression as is racism and homophobia.

We will not tolerate masculine oppression within this camp anymore.

Smash sexism - smash patriarchy!

### Medien-Konflikt

An einem Tag kam es erneut zu einer Schlägerei aufgrund des unterschiedlichen Umgangs mit Medien. Einige wollten ein Interview mit dem Fernsehteam von ARTE machen, andere fanden das allerdings keine gute Idee. Vielleicht drei, vier Leute bespritzten das Fernsehteam mit Wasser und wurden daraufhin von den anderen, ca. 30 Leute, den BefürworterInnen verprügelt, zu Boden gezerrt und immer wieder mit Tritten traktiert.

Klar, dass sich dahinter der Konflikt im Umgang mit Medien verbirgt.

SALONIKA 2003 zB. gibt Interviews, während der Grossteil der AnarchistInnen in Griechenland jegliche Zusammenarbeit mit Mainstream-Medien konsequent ablehnt.

Bürgerliche Medien, einschliesslich der linksliberalen ELEFTIROPIA, seien fuer sie nur Handlanger des Staates und Vertreter der kapitalistischen Welt. Ihre Erfahrungen seien schlichtweg negativ, die Berichterstattung sei verzerrend und linke Medien oder wohlwollende Medien wuerden bei Ihnen so nicht existieren.

Sie wuerden lieber auf ihre eigenen Kräfte vertrauen.

Das fuehrte jedoch soweit, dass selbst ein Mitglied von Indymedia Athen, der ab und an für bürgerliche Medien schreibt, vom Indymedia-Zentrum der Juristischen Fakultät auf Betreiben von Indymedia

Thessaloniki ausgeschlossen wurde.

Überall hingen Plakate, wo ein brennendes Presseauto zu erkennen war mit der Überschrift

"no kamera-no problem". Auch bei zahlreichen unabhängigen, "unseren" Medien- und Kamera-Leuten führte das zu einiger Verunsicherung und spaeter gar zu ernsthafteren Problemen.

Je größer die Kamera, desto schwieriger schien es, zu filmen.

Andererseits - und dies ist nicht neu und schon gar kein rein griechisches Phänomen - wurden später mit gierigen Blicken saemtliche Riot-Szenen aus Fernsehen und Zeitungen bewundert und mit Eifer gesammelt. Ein spaeter innerhalb der anarchistischen Szene Griechenlands zirkulierender Video enthielt viele Riot-Images, aufgenommen von staatlichen und privaten Fernsehanstalten. "Riot-Porn" pur ohne Reflektion und Kritik.

### Antirassistische Demo - La Mejor Parte

Am Donnerstag fanden die ersten großen Demos in Thessaloniki statt. Motto war die Thematisierung der Situation bzw. Solidarisierung mit ImmigrantInnen. Einmal eine Demo des Sozialforums, parallel eine Demo der verschiedensten anarchistischen Fraktionen, auf der an die 3.500 Leute waren. Diese Demo führte durch MigrantInnen-Kieze und war sehr laut und powerful. Ständige Parolen und permanente Sprühaktionen rund um die Demo prägten das Bild. Gerade im Nachhinein war das wohl die beste Demo mit super Stimmung und einem Miteinander der verschiedenen Fraktionen, die sich weder zu Gewalttätigkeiten untereinander hinreißen ließen noch auf die Bullenprovokation einstiegen.

### Antirassistische Aktion an der Grenze - buen accion

Von den gleichen Gruppen, die Tags zuvor die Antira-Demo organisiert hatten, ging für Freitag auch die Initiative aus, zu einem aus Roma-Familien bestehendes Flüchtlingscamp an der griechisch-mazedonischen Grenze zu fahren. In einer konkreten Solidarisierung und der Thematisierung der Behandlung von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen sahen viele Leute mehr Sinn, als in einem symbolischen Sturm auf die Festung in Chalkidiki. Ziel war, mit möglichst vielen Lebensmitteln, Trinkwasser, Windeln etc. fehlende humanitäre Hilfe zu leisten und den Leuten potentiell auch zu ermöglichen, über die Grenze zu kommen.

Mit drei Bussen (ca. 250 Leuten), drei Anwälten und Asylantragsformularen ging

es Freitag morgens los. Da im Vorfeld letztlich zu wenig über realistische Einschätzungen und Ablauf der Aktion gesprochen wurde und der Konvoi mittlerweile sogar im Radio angekündigt worden war, war schon auf der griechischen Seite der Grenze erst mal Schluss: Als Reaktion auf das martialische Bullenaufgebot mit Sonderheiten, Grenzpolizei, Gasmasken und wurbereiten CS-Granaten fiel uns nicht mehr ein als uns ebenso martialisch aufzubauen, Parolen zu brüllen - und das war es. Schnell war klar, dass mit der Taktik kein Blumentopf zu gewinnen war und so wurden (für die griechischen Leute schweren Herzens) Verhandlungen aufgenommen.

Nach einigem Hin und Her war klar, dass EU-BürgerInnen mit Reisepass ein Grenzübertritt nicht verwehrt werden kann. Die ganze Story war mittlerweile schon beim Innenministerium und in den Vorhallen des EU-Gipfels angekommen. So wurden kleine Gruppen über die Grenze gelassen. Plötzlich nur noch fünf Leute. Der Rest ist sauer, fängt an zu drücken, bekommt Schlagstöcke ab. Einzelne Journalisten aus dem Konvoi können ihre EU-Akkreditierung für einen Grenzübertritt samt Lebensmittel nutzen. Auf einmal ist der Umgang klar: Nein, niemand kommt mehr rüber, alle sollen verschwinden und zwar in Richtung Griechenland. Nix zu machen.

Die Romas bekamen von dem ganzen Trouble per Handy mit und begannen zu rufen - wir beantworteten das mit "no border - no nation - stop deportation". Eigentlich ziemlich frustig.

Fazit: Wäre das ganze etwas konspirativer geplant worden und wäre es nicht gerade vor den Augen der Bullen von der Uni aus losgegangen, wäre vielleicht mehr drin gewesen. Außerdem hätten schon tausend Leute an der kleinen Grenze drängen und schubsen müssen um zu erreichen, dass eine Delegation samt Lebensmitteln ins Roma-Camp gelangt wäre. Ein Durchbruchversuch hätte sicherlich zu vielen Verletzten und Festnahmen geführt.

Auf jeden Fall wurde ein internationaler Grenzkonflikt mit der klaren Aussage "Hilfe für die Roma" produziert und einige anwesende JournalistInnen berichteten über die Aktion. Die Situation der Roma wurde publik gemacht und auch in Griechenland zum Thema.

### Angriff auf die Rote Zone (Tagungsort in Chalkidiki) - what a show

Die restlichen Leute machten sich auf zum Tagungsort, der von einer Roten Zone umgeben war. Diese sollte symbolisch angegriffen werden. Zwölf Busse wurden mit Steinen, Farbeiern, Schleudern etc.

beladen und fuhren, ohne ein einziges Mal angehalten zu werden, von der Uni direkt zum kleinen Örtchen Chalkidiki. Vor Ort war erst mal viel Rumstehen in sengender Hitze angesagt. Der Black-Bloc war erstaunlich groß, einige tausend Leute, und recht überraschend hatten sich Teile des Sozialforums (sprich reformistische bis kommunistische Kräfte) der Aktion angeschlossen, die eigentlich von Anarchos ausging. Es wurde dann ewig verhandelt (wer an welcher Stelle geht oder auch nicht), während wir (schwarz verummmt, schwer beladen, schwitzend) am Strand saßen und auf Ergebnisse warteten. Etliche Boote und Hubschrauber kreisten und die Absperrungen in Form von riesigen Containern und Betonblöcken waren deutlich zu sehen.

Letztlich setzte sich der Demozug in Richtung Bullenabsperrung über eine kleine Dorfstrasse in Bewegung. An der Spitze ging die Gruppe Virus, die ganz im "tute bianche - style" für die direkte Konfrontation mit den Bullen mit Helmen und Schutzkleidung ausgerüstet war.

Das Ganze fand letztlich ein jähes Ende. Schon bei der ersten Absperrung, an der sich die Bullen hinter Steinblöcken und

Wannen verschanzt hatten (die Presse gesammelt dahinter), wurde der Demonstrationzug auseinander getrieben. Nach ein wenig Schieben und Drücken und ein paar Steinen wurde direkt mit Tränengas reingeschossen. Das Gas war so stark, dass ohne Gasmaske einfach nichts zu machen war - und viele hatten auch trotz Gasmaske ihre Schwierigkeiten. Nach den ersten Erstickungs- und Panikanfällen war mensch für die nächste halbe Stunde außer Gefecht. Blind vor Tränen, nach Luft ringend, torkelten die meisten davon während einige andere, die eine vernünftige Gasmaske aufgetrieben hatten, sich noch kleinere Gefechte mit den Pigs lieferten.

Allerdings bleib es gefährlich, da hinter jedem Hügel und bei jeder Biegung Bullen postiert waren, die uns noch auf dem Rückzug angriffen. Es gab einige wenige Festnahmen. Wirklich großartig war die Versorgung durch das Medial Team, die schnell und flächendeckend allen ein Gegenmittel ins Gesicht sprühten.

Fazit: Mehr als ein symbolischer Angriff war wohl nicht drin und dafür hätte es eigentlich viel schlimmer laufen können. Vor allem waren wir nun alle vorgewarnt, was das Tränengas anging. Und alle hatten das Gefühl: Der nächste Tag kann kommen.

## **Zwei Black-Bloc-Demos – Grande Finale oder ein Ende mit Schrecken?**

Am Samstag gab es, neben einer riesigen Bündisdemo der Sozialforen und anderer Gruppen und einer Demo der kommunistischen Partei mit insgesamt an die 100.000 Leuten, zwei anarchistische Demos, die beide vom Unigelände loszogen.

Ein Teil der AnarchistInnen und andere antirassistische und anti-autoritäre Gruppen demonstrierten mit ca. 1800 Leuten eine ähnliche Route, wie bereits am Donnerstag, nicht direkt in der City, etwas weiter ab mit dem Ziel zur makedonischen Bezirksregierung zu gelangen, entglasten und zerstörten dort eine Bank sehr erfolgreich und gingen danach zur Uni zurück bzw. schlossen sich den anderen anarchistischen inzwischen schon in der Innenstadt versprengten Gruppen oder dem Ende der anderen Demo an.

Sie hatten im Vorfeld ihre Ziele klar abgesteckt und votierten deutlich für eine gezielte und klar begrenzte Militanz, die in der Zerstörung der Bank auch ihren Ausdruck fand.

Es schien alles relativ geplant, koordiniert und organisiert vorbereitet gewesen zu sein.

Während der Demo war auffallend, dass sie bunter wurde: auf der einen Seite viele Vermummte, auch einige mit Brechstangen und Knüppeln, aber keine Molotovcocktails, andererseits Andere locker gekleidete. Entschlossen und lautstark zog die Demo unter den Blicken der MigrantInnen weiter, bis sie sich schließlich nach der Zerstörung der Bank auflöste.

Fazit für zumindest einen Teil von uns : Die beste Alternative für diesen Tag, die es im Angebot gab. Andere anarchistische Gruppen wiederum kritisierten die zu autoritär strukturierte Demo.

Die zweite Demo, der wir uns größtenteils angeschlossen hatten, mit dem grossen anarchistischen Black Bloc mit vielleicht bis zu 3000 Personen war da schon deutlich offener konzipiert aber auch vager, unklarer und chaotischer in dem, was zu erwarten sei.

Schliesslich beteiligten sich auch nur vergleichsweise wenige an den Plenas und Vorbereitungstreffen fuer diese Demo. Selbst wir wussten bis 30 Minuten vor Beginn nicht wirklich, wo wir mitlaufen sollten.

Klar war nur, dass die Demo durch die Innenstadt Richtung Bankenviertel gehen sollte und dass es auf jeden Fall heftige Auseinandersetzungen mit den Bullen geben wuerde.

Sie startete von der UNI und war mar-

tialisches ausgerüstet mit Einkaufswagen voll mit Mollies, grossen Schildern, Helmen, Gasmasken, jede Menge Tüten mit Wurfmaterial u.s.w.

Doch es kam alles ganz anders.

Die Demo, die in losen Formationen sich vorwärts bewegte, führte zunächst von der Uni direkt auf die Egnatia, die Hauptstrasse mit vielen Geschäften Richtung Innenstadt. So ziemlich alles wurde geplättet und entglast. Doch zu unserem Entsetzen nicht nur Banken oder McDonalds etwa, sondern auch kleine Läden, wie ein Schlüsselladen, Apotheken oder kleine Mobil-Telefon-Shops von Pächtern. Doch zu noch viel mehr Erschrecken führten die zahllos und völlig wahllos in die Geschäfte geworfenen Mollis, vor allem dort, wo klar erkennbar über eben jenen Geschäften Wohnungen und Apartments sind.

Dieses völlig unverantwortliche Handeln diskreditiert nicht nur politische sinnvolle Militanz, wo es auch nach aussen nichts mehr zu vermitteln gibt, sondern bedarf auch einer absolut notwendigen Auseinandersetzung und Kritik innerhalb der griechischen und international angereisten AnarchistInnen und Linksradikalen über Ziel, Sinn und Zweck einer Strassenmilitanz. Oder um es noch drastischer zu formulieren - mit dieser Form und diesen Aktionen wollen wir nix mehr zu tun haben - das ist nicht unsere Politik.

Nachdem die Bullen in der ersten Seitenstrasse, in der sie auftauchten, massiv mit Mollis eingedeckt worden waren und sich auch tatsächlich ein wenig von dieser Stelle zurückzogen und auswichen, starteten sie kurz danach über andere Seitenstrassen und von vorne den massiven Angriff auf die Demo mit dem Einsatz von extrem heftigem Tränengas. Schließlich gelang es Ihnen relativ schnell die Demo zu spalten und nach und nach aufzureiben und auseinander zu treiben.

Die Demo konnte dem nicht wirklich etwas entgegensetzen, zu wenige hatten wirklich Vollgasmasken, die diesem Tränengas standgehalten hätten, es gab kaum Ketten und eine geringe Organisation von Blöcken oder Verantwortlichkeiten. Die, die am Anfang mit Schildern noch die erste Reihe stellten, waren auf einmal weg, wobei sich auch die Frage aufdrängt, warum ausgerechnet die Internationalen, nicht unbedingt die Ortskundigsten, vorneweg gelaufen sind.

Alles schien innerhalb weniger Minuten ins Chaos zu gleiten, nach dem Motto, rette sich wer kann. Auch gab es kein Plan B, was passieren würde, wenn...

Das abrupte Ende war aus unserer Sicht eine strategische Katastrophe - unsere Handlungsfähigkeit war sofort dahin und



eine Kommunikation unter uns war nicht mehr möglich. Schlimmer noch : ein Teil der Demo wurde von beiden Seiten von Bullen eingekesselt und massiv mit Tränengas beschossen. Panik kam auf, es ging weder in die eine noch in die andere Richtung, Gruppen wurden gesprengt, Leute haben sich gegenseitig verloren, und einzelne wurden verhaftet. In der Panik, wo du nix mehr sehen konntest geschweige denn atmen wurden Türen von Wohnhäusern und Geschäften aufgebrochen, um sich in frische Luft zu retten.

Nachdem die Demo also zersprengt war, konnte ein Teil der Demo-TeilnehmerInnen zurück zur Uni gelangen, wo die Auseinandersetzungen mit den Bullen, die immer wieder beworfen wurden und ihrerseits Tränengas aufs Gelände schossen, noch ein paar Stunden auf "low-level-Niveau" andauerten.

Ein Zivi-Bulle, der auf dem Uni-Gelände auftauchte, wurde fast gelyncht, konnte aber noch von einigen Beherzten in Sicherheit gebracht werden.

Die Bullen betreten das Uni-Gelände nicht, doch am Abend hieß es, dass die griechische Regierung und die Bullen die Uni-Leitung um Erlaubnis baten, das Asyl zu brechen.

Der Vertreter der ProfessorInnenschaft, dessen Zustimmung benötigt wird, stimmte jedoch dagegen.

### Der Tag vor Gericht

Am Sonntag sollten die Verhafteten dem Richter vorgeführt werden. Ein paar Dutzend Leute hatten sich also gegenüber dem Gerichtsgebäude eingefunden, um ihre Solidarität mit den Eingefahrenen auszudrücken und auf ihre Ankunft zu warten. Nach Samstag war die Stimmung in der Stadt sehr aufgeheizt. Überall hing noch das Tränengas in der Luft, die Cops waren aggressiv, vereinzelt wurden noch Leute festgenommen, Zwillen, Hassis(Masken) etc. beschlagnahmt, links Aussehende auf offener Strasse zusammen geprügelt.

Vor dem Gericht beschränkten wir uns zunächst aufs sporadische Slogans-Rufen, gingen immer wieder auf die Strasse und präsentierten den Bullen den Slogan "no justice - no peace" auf nackten Hintern. Stück für Stück wurde dann der Verkehr umgeleitet, die Bullen bauten sich im Halbkreis zwischen uns und dem Gerichtsgebäude auf der Strasse auf und zogen langsam einen Kessel um uns rum zu.

Genau in dieser Situation kam es zum x-ten Zwischenfall wegen einer Kamera.

Ein Szene-Fotograf aus Deutschland, der u.a. Fotos für AntiFa-Berichterstattung macht, hatte Bilder auch hinter den Bullenreihen gemacht und Einzelleute aufgenommen, obwohl ihm deutlich zu verste-

hen gegeben wurde, dass er das lassen soll. Hat er aber nicht, sondern stellte sich mitten in die Menge vor dem Cafe und fotografierte munter weiter.

Eine der gefilmten Personen wollte den Film von ihm und ihm auch die Kamera abnehmen. Einige andere mischten sich ein, plötzlich ging alles sehr schnell, der Typ wurde gewürgt, Leute gingen schreiend aufeinander los, die Scheiben klirrten, es war ein richtiger Tumult. Genau in diesem Moment griffen die Bullen an. Mit Pfefferspray, Tränengas und Knüppeln gingen sie auf uns los, zielten auf Köpfe und alles was sich bewegte.

Um es kurz zu machen: Eine Person verlor das Bewusstsein, der Notarzt musste kommen, ein kleiner Junge ging der Mutter verloren die völlig hysterisch wurde, alle zerstreuten sich in heller Panik. An diesem Punkt war ich schon fast beeindruckt, wie bei diesem Gipfel jede noch so friedlich-harmlose Situation ihre schlimmstmögliche Wendung nahm.

### Applaus für die Antirepressions-Arbeit

Nach dem Gipfel waren einige Leute lange Zeit im Knast. Und es sah ziemlich übel aus: In ähnlichen Fällen hatten die Gerichte in Griechenland sich von widersprüchlichen und lückenhaften Bullenaussagen und offensichtlich gefälschten Beweisen selten abschrecken lassen, martialische Strafen zu verhängen. Besonders krass war die Situation, als sich sieben Gefangene bereits seit Wochen im Hungerstreik befanden und kein Einlenken der Behörden in Sicht war. Vor einem Geschworenengericht hätten ihnen Haftstrafen von 5 bis 20 Jahren gedroht. Und dann kam alles anders: Die Anklage gegen zwölf Personen wurde fallen gelassen. Und auch elf weitere Leute, die noch mit Verfahren zu rechnen hatten, wurden ohne Meldeauflagen aus der U-Haft entlassen. Es kam sogar zu einer Untersuchung von Folter-Vorwürfen. Denn auch wenn die Folter in Griechenland seit 20 Jahren verboten ist wurde noch nie ein Polizist dafür verurteilt.

Diese überraschende Entwicklung ist vor allem der hervorragenden Antirepressionsarbeit, die international aber vor allem auch in Griechenland gelaufen ist, zu verdanken. Auch wenn so mancheR es nicht mehr für möglich gehalten hätte: Die verschiedenen zerstrittenen Gruppen haben zusammen eine unglaubliche Öffentlichkeit für die Gefangenen hinbekommen. Mit großen Solidaritätsdemos und Konzerten, Besetzungen öffentlicher Gebäude, Medienzentralen und Radiosender, in denen Unterstützungserklärungen für die Gefangenen verlesen wurden, haben sie

immer wieder auf ihre Situation aufmerksam gemacht. Und mit der Stärke und öffentlichen Präsenz dieser Antirepressions-Bewegung wurden doch noch so einige innere Sicherheits-Pläne der griechischen Regierung zumindest erschwert.

### unterm Strich...Kritik - Resümee - Selbstkritik und...

Trotz der Teilnahme von mehreren Tausenden zeigte sich auch, dass Mega-Proteste wie in Genua 2001 zumindest in dieser Groesse nicht so wiederholbar sind. Auch sind die unterschiedlichen Rahmenbedingungen im jeden Land, die allgemeine politische Lage und der Charakter des Treffens der Mächtigen der Welt nicht unwesentlich für das Ausmaß und die Intensität der Proteste.

Auch dürfen wir nicht vergessen, dass selbstverständlich die Herrschenden auch dazu lernen und ihre Taktiken und Konzepte ändern oder anpassen. Der EU-Gipfel 2003 fand deshalb auch sehr weit außerhalb von einer Stadt, nämlich am Strand von Chalkidiki statt, sowie auch der G-8-Gipfel 2003 in Evian (Frankreich). Das Ausweichen auf kleinere bzw. abgelegene Orte ist sicherlich aber auch als Erfolg der massenhaften weltweiten Proteste der letzten Jahre zu werten.

Aber auch die Polizei war bestens auf die Proteste eingestellt: Ein zweites Genua sollte unbedingt vermieden werden. Und das ist Ihnen auch gelungen. Sie haben die Proteste laufen lassen, in entscheidenden Momenten aber eingegriffen, vor allem mit massivem Einsatz von Tränengas, auf den ein Teil der DemonstrantInnen so auch nicht vorbereitet gewesen war. Die Anzahl der Festnahmen war nicht so hoch. Dafür saßen sie Monate im Knast und erreichten erst durch einen langen Hungerstreik ihre "Freiheit". Sie sollen exemplarisch verurteilt werden.

Während die Berlusconi-Regierung nach den Protesten in Genua und den Gewaltexzessen der Polizei gegen Demonstrierende und Schlafende nicht mehr herauskam, gab sich die sozialdemokratische Regierung von Simitis, einem ehemaligen Mitglied der bewaffnet kämpfenden PAK gegen die Papadopoulos -Diktatur (1967-1973/74), die seit den Parlamentswahlen 2004 vom neuen Ministerpräsidenten Griechenlands Karamanlis Nea Dimokratia (ND) abgelöst worden ist, moderat und liberal.

Demonstrieren ja - aber ansonsten alles unter Kontrolle. Diese Devise ging auf.

Dennoch haben sich Tausende vor allem aus Griechenland versammelt, um gegen die Politik der EU zu protestieren. Im Mittelpunkt der Kritik stand vor allem die länderangleichende Abschottungspolitik

gegen MigrantInnen. So gesehen waren die Proteste wie an der Grenze oder die Demos auch nur konsequenter Ausdruck der formulierten Kritik.

Was uns als Internationale unklar blieb und nicht ausreichend vermittelt werden konnte, war der Konflikt und die de-facto Spaltung zwischen einem Teil der anarchistischen Bewegung Griechenlands und einem anderen Teil, Salonika 2003.

Das der unterschiedliche Umgang mit Medien ein Punkt des Konfliktes ist, wurde uns ja bewusst.

Wobei sich schon die Frage stellt, warum werden alle Mainstream Medien generell ohne Differenzierung als Feind und pauschal immer als Handlanger des Staates gesehen.

(no kamera - no problem) Ist das wirklich so oder gibt es auch einzelne kritische JournalistInnen, wo unterschieden werden müsste? Kann es nicht auch Momente geben, in denen eine Öffentlichkeit, gerade auch Mainstream gut sein kann, zum Beispiel im Falle der Solidarität mit den Gefangenen? Warum müssen immer gleich die Kamera-Leute mit körperlicher Gewalt angegangen werden, wenn es manchmal auch ausreichen würde, den Film zu beschlagnahmen?

Klar sind uns die Probleme gerade mit Medien bekannt, und wir haben auch nicht die Antwort, sondern vielmehr Fragen, die aber auch gestellt werden sollten.

Klar ist aber auch, dass gerade auch unabhängige und linksradikale, anarchistische MedienvertreterInnen sich über unterschiedliche Bedingungen in den jeweiligen Ländern informieren sollten. Da ist mehr Sensibilität angesagt. Das hätte auf jeden Fall solch unnötigen Eskalationen wie vor dem Gerichtsgebäude verhindern können.

Fehlende Sensibilität auch in anderen Bereichen wie z.B. das Nichtwissen von Konflikten und Trennlinien innerhalb der anarchistischen Szene ist sicherlich auch ein Ausdruck der eigenen Ignoranz, sich vorher nicht eingehender damit beschäftigt zu haben.

Mackertum, Militanzfetisch, und Sexismus sind für uns jedoch die wesentlichen Kritikpunkte, wobei wir gleich vor-

weg schicken wollen, dass sich diese Kritik selbstverständlich nicht nur an griechische GenossInnen richtet, sondern an alle anderen Internationalen aus sämtlichen Ländern, eben an alle, die zu dieser Atmosphäre mit beigetragen haben.

Sexismus und das Patriarchat, so banal das eben ist, existieren überall auf der Welt, auch wenn es in verschiedenen Ländern verschiedene Erscheinungsformen gibt.

Neben der bereits erwähnten Kritik an der Stimmung und Atmosphäre in der Uni, dem Redeverhalten, den Prügeleien, sind das für uns vor allem die ritualisierte und immer wiederkehrende Gewaltverherrlichung und der Militanzfetischismus.

Das fand seinen Ausdruck in Sprühereien an der Uni aber auch in Plakaten und Demoaufrufen wie z.B. bei einem Plakat, auf dem ein brennendes Auto und ein einzelner Mann Fäuste reckend auf dem Auto stehend zu sehen sind - der "heroische Einzelkämpfer", "Held der Strasse" fehlt nur noch der Hauch von Abenteuer. Ähnlich platte Plakate kennen wir allerdings auch von Mobilisierungen für den 1.Mai in Berlin.

Völlig unklar für uns auch die Frage, ob und wie viele der Fußballfans von PAOK oder anderen Vereinen bei Demos mitmischen? Gibt es da Absprachen oder zählt als gemeinsamer Nenner nur noch der äußere Feind - die Bullen? Führt das nicht zu Beliebigkeit und Entpolitisierung und genau zu jener Ungenauigkeit von Militanz, wie wir sie in Thessaloniki gesehen haben?

Nun ja, ähnliche Geschichten, vielleicht

nicht von dieser Intensität und Dichte, aber von der Struktur und dem Erscheinungsbild gab es auch in Genova (2001) beim G8-Gipfel oder beim jährlichen 1.Mai in Berlin-Kreuzberg, und sie werden wahrscheinlich immer wieder auftauchen. Nur - können wir das auch verändern oder gegebenenfalls müssen wir eben unsere eigene Sachen machen.

Denn natürlich sind wir überhaupt nicht gegen MILITANZ. Ganz im Gegenteil, wir halten es für richtig und auch sinnvoll gerade auch bei Gipfeln die Symbole der Herrschaft und die Arroganz der Macht

anzugreifen und wenn möglich dem auch konkreten materiellen Schaden zu zufügen - doch bitte gezielt. Militanz ist eben kein Selbstzweck und Wohnhäuser und Apotheken sind keine Banken oder Konzerne.

Wir sind auch oft in unseren Erscheinungsformen zu eingefahren und berechenbar. Wo bleibt der spielerische, kreative Aspekt unseres Widerstands? Gerade die Vielfalt und die Überraschungsmomente wie Pink-Silver in Prag 2000 zum Beispiel machen unsere Stärke aus. Und das ohne an Militanz oder Ausdruckstärke einbüßen zu müssen.

In diesem Sinne  
Vamos - No Pasaran - Venceremos !!!!

DreiLeuteausBerlin  
Berlin im Juli 2003

zuerst erschienen auf [indymedia.de](http://indymedia.de):  
von drei-aus-berlin - 26.10.2004 16:46



# Der Papst ist tot!

## 25 Jahre Schwarzer Block" - ein Bericht

Über Pfingsten 05 lud eine schweizer Gruppe – bestehend aus Einzelpersonen und Teilen verschiedener Zusammenhänge – zu einem Austausch- und Diskussionswochenende nach Winterthur. Das ganze wurde mit "Der Papst ist tot! – 25 Jahre Schwarzer Block" betitelt, die Themen gingen aber auch über diesen Geburtstag hinaus: es standen ebenfalls triple oppression, Sexismus, Kriminalisierung und Taktik/Strategie radikaler Politik in unserer Zeit auf dem Plan. Dies soll der Versuch eines kleinen subjektiven Berichtes sein. Die Wiedergabe der Vorträge und Diskussionen spiegelt nicht automatisch meine Meinung wieder. Auch kann nicht jeder Vortrag und jede Diskussion in ihrer Tiefe wiedergegeben werden, es würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen und ich habe leider auch nicht von allem Notizen. Anhand der Stichwörter ist es möglich weitere Informationen selber zu finden. Wegen Kontroversen innerhalb der Szene über die Idee eines solchen Treffens und daraus resultierenden Raumverweigerungen wurde der Ort von Zürich nach Winterthur verlegt. Auch der Termin musste verschoben werden, weshalb dann diverse bereits zugesagte Gäste wieder absagten. Gleichzeitig kam es so zu Terminüberschneidung mit dem Auftakt einer Fahrradkarawane zum Häuserkampf in der Schweiz. Trotzdem fanden sich Menschen aus Basel, Zürich und Winterthur ein und auch Leute aus Deutschland, Italien und Frankreich waren da, insgesamt also doch 40–50 Leute.

### Triple Oppression

Am Samstag begann die Veranstaltung mit einer Einführung/Zusammenfassung des Textes "Drei zu Eins", der Anfang der 90er aus einer Diskussion per Post (da auch Menschen im Knast daran beteiligt waren) entstand. Dieser behandelt die verschiedenen Unterdrückungsmechanismen und stellt Klasse, Rassismen und Sexismus nebeneinander, die wie ein Netz miteinander verbunden sind, anstatt viele Nebenwidersprüche unter den Hauptwiderspruch Klasse zu stellen. Der Begriff Arbeiterklasse oder Klassenkampf ist demnach zu kurz gefasst, da die Menschen in ihm selber rassistisch und sexistisch sind. Es wird die These der Unteilbarkeit der Kämpfe aufgestellt.

Als wichtiger Aspekt wird betrachtet,

dass mit Privilegien nie revolutionär gearbeitet werden kann ohne eigenen Machtverlust. Herrschaft und ihre verschiedenen Ebenen werden aufgezeigt, dass sie z.B. im Trikont anders wirkt als in Europa, oder wenn ich mich dagegen zu Wehr setze anders als wenn ich das nicht tue.

Rasse wird als Konstrukt dargestellt, was soziale Unterschiede biologisch erklären und naturalisieren will. Rassismen können ausserdem als Identität für Randgruppen dienen und um fürs Selbstbewusstsein doch auch Tritte nach noch weiter unten verteilen zu können.

Weiter wird im Text gesagt, dass antipatriarchalische Kritik von Frauen vorgegeben werden muss, da sie die Betroffenen sind. Dabei kommt feministische Kritik nie ohne Kritik an Rassismen und auch Klasse nicht aus, da sonst die existierende Ungleichheit zwischen Frauen ausgeblendet wird. Der schwarze Feminismus hat in dieser Richtung wichtige Analysen und nötige Kritik an der weissen Frauenbewegung aufgezeigt.

Die Selbstzentriertheit vieler Autonomen wird aufgezeigt, die verblindet mit ihrer weissen, männlichen Brille herum laufen und oft gar nicht selber in den Situationen sind für die sie Analysen der Kämpfe machen. Ausserdem scheint klar: Linke können doch nicht sexistisch sein! Und dabei übersehen sie ihr eigenes Macho- und Unterdrückungsverhalten gegenüber Frauen. Weiter ist klar: Autonome haben kein Problem mit Rassismen! Wohl aber leider nur aus dem Grund, dass Gruppen all zu oft nur weiss sind und sie so gar nicht damit in Berührung kommen. Soweit der Text.

Als Kritik in der Diskussion wurde angebracht, dass es nicht möglich wäre die Widersprüche selber aufzuheben, wenn das System noch so ist wie es ist. Daraufhin wurde dahingehend diskutiert, dass es eben um diese andere Sichtweise der Unterdrückungen geht und sich nicht Sexismus und Rassismen "von allein nach der grossen Revolution auflösen", sondern jetzt angegangen werden müssten und über die Schwierigkeiten, die dieses Vorhaben mit sich bringt.

### Ergänzung: Unterdrückung und Ausbeutung aus feministischer Sicht

Es wurden Ergänzungen zu dem Text "Drei zu Eins" vorgetragen. Dass es weitere Unterdrückungen und Ausbeutungen gibt, die Frauen, Knast, Psychiatrie, alte Menschen, behinderte Menschen und den Tri-

kont betreffen. Dass es sich explizit nicht nur um Unterdrückung, sondern auch um Ausbeutung handelt.

Der Billiglohnsektor beschäftigt vorwiegend Frauen, bis hin zu unbezahlter Arbeit im Haushalt und Erziehung (interne und externe Kolonien, doppelt und dreifach Belastung von Frauen). Soziale Arbeit wird immer mehr in den informellen Sektor verdrängt. Daneben gibt es (erzwungene) Billigarbeit von Flüchtlingen, Knastarbeit, Behindertenwerkstätten, Kinderarbeit und auch die Ausbeutung der Natur. Nicht nur Konzerne profitieren von dieser Ausbeutung, sondern auch die Menschen hier, die so Zugang zu billigen Waren erhalten.

Danach wurde in Kleingruppen diskutiert und der Verlauf jeder Gruppe nochmal in der grossen Runde zusammengetragen.

### Aufständischer Anarchismus

Aufständischer Anarchismus und seine zentralen Begriffe wie Revolte/Aufstand, Affinitätsgruppe, Projekt und informelle Organisation wurden vorgetragen und diskutiert. In Italien oder Spanien sei der Begriff der Revolte weiter geläufig und auch sinngefüllt, während im deutschsprachigen Raum selten wirklich von Aufstand gesprochen wird oder Wörter wie Affinität zum Zusammenschluss von Kochgruppen benutzt werden. Affinität im gewollten Sinn bezeichnet eine Verbindung zwischen Leuten, die einmal ihre politischen Ansichten kennen und teilen (wenn auch nur punktuell teilen) und sich so zu Projekten/Aktionen zusammenschliessen. Zweimal kennen sie bei eben diesen Projekten/Aktionen die persönlichen Schwächen und Stärken der anderen und können so gut zusammenarbeiten und aufeinander aufpassen. Sich dabei informell zu organisieren bedeutet, dass nicht eine beständige Organisation gemeint ist, die zentral grosse Aktionen/Demonstrationen leitet, sondern dass eine kleine bewegliche Gruppe wirkende Projekte/Aktionen durchführt, sei es auch nur für einmal. Der Aufstand an sich wird als permanenter bezeichnet. Die Revolte passiert sowohl aussen als auch innen. Für den Anarchismus ist das lebendige Individuum wichtig, das zum Vorschein kommt (bzw. das Potential dafür), wenn Menschen sich von Rollen, Unterdrückung und Abhängigkeiten lösen und sich dann auch kollektiv mit anderen Individuen zur Revolte zusammen schliessen kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist der Begriff der Revolu-

tionären Solidarität mit Gefangenen. Dies drückt sich vor allem darin aus, dass die Situation der Gefangenen bei weiteren Aktionen draussen mit einbezogen und rausgetragen wird, z.B. bei Kundgebungen Banner getragen und Flyer verteilt werden oder sich bei Anschlägen auf die Gefangenen bezogen wird. Für die Schweiz wurden hier Aktionen im Zusammenhang mit Marco

Caménisch (www.freecamenisch.net) als gelungenes Beispiel genannt. Als Texte wurde auf Alfredo Bonanno aus Italien Bezug genommen (Die anarchistische Spannung, Bewaffnete Freude, Revolutionäre Solidarität...), auf Gabriel Pombo da Silva aus Spanien (die delinquente Dialektik, Solidarität und Anarchie,...), die englische Zeitung "Insurrection" und auch auf das Buch "Tiqun" aus Frankreich.

Abschliessend wurde noch von den Verhaftungen letzten Sommer von Jose Fernandez Delgado, Bart De Geeter, Gabriel Pombo da Silva und Begonia Pombo da Silva berichtet, über den bisherigen Prozessverlauf und den Hintergrund der Verhafteten (www.escapeintorebellion.info), sowie über das § 129a (terroristische Vereinigung) -Revisionsverfahren von Marco und Daniel aus Magdeburg (www.solidariteitsgruppe.de).

Es wurde dann darüber diskutiert, wie immer wieder Distanzierungen zu militantem Aufstand gezogen werden oder durch Diffamierung als "Strategie der Spannung", also als Bullen/Staatskonstrukt, gar ganz der politische Boden entzogen wird. Am Beispiel der Briefanschläge der FAI in Italien wurde angedacht, wie solche Aktionen auch aufbrechend wirken können, da dann Organisationen gezwungen sind Stellung zu beziehen, daraus Auseinandersetzungen entstehen und sich Fronten klären (die grosse FAI -internationale anarchistische Föderation- distanzierte sich sofort von den Anschlägen, die unter der gleichen Abkürzung z.B. als informelle anarchistische Föderation begangen wurden). Die Notwendigkeit dieser Auseinandersetzung wurde herausgestellt, und dass die Ernsthaftigkeit auf wackeligen Beinen steht, wenn sich voreilig sogar von Bomben distanziert wird, die es noch nicht mal gab (auf einem Festival in Italien).

## 25 Jahre Schwarzer Block - historischer Rückblick

Am Sonntag ging es dann um den Titel der Veranstaltung. Die Entstehung des Schwarzen Blocks und was dann daraus wurde sollte beleuchtet werden, da immer noch und immer wieder der Schwarze Block als unpolitisch dargestellt wird oder als Konstrukt der Bullen/Staates und dass nicht nur in der sogenannten öffentlichen Meinung, auch in der sogenannten Linken.

Hierzu waren Menschen aus Frankfurt geladen, die dann aber aus dem oben genannten Grund nicht kommen konnten. So berichtete jemand über die Geschichte anhand eines Gesprächs, dass er in Frankfurt geführt hat und mit Hilfe von einer anwesenden Person, die in den 80ern ebenfalls im Rhein/Main Gebiet aktiv war.

"so wenig es den Fotografen gibt, der für uns Fotoanschläge ausführte, so wenig gibt es DIE Geschichte des Schwarzen Blocks. Was es gibt sind Märchen, Gerüchte, Geschichten, Ungeschichten, Spuren und Urlaubspläne des Schwarzen Blocks. Dazwischen bewegen wir uns und es wird weder die Enthüllung noch die Wahrheit geben.

Wir begreifen uns als Teil davon. Wir sprechen nicht für Gruppen und Zusammenhänge, die sich ebenfalls mit dem Schwarzen Block identifizieren. Wir sprechen vor allem nicht für Bernhard, Andy und Toni und auch nicht im Namen jener, die immer noch per Haftbefehl gesucht werden. Sie müssen es selbst tun.

Es gibt kein Programm, keine Satzung und keine Mitglieder des Schwarzen Blocks. Es gibt jedoch politische Vorstellungen und Utopien, die unser Leben und unseren Widerstand bestimmen. Dieser Widerstand hat viele Namen. Einer davon heisst: Schwarzer Block."

aus: radikal Nr.98, 9/1981, entnommen der: Vollautonom Nr.4

"Der Schwarze Block war ein lose organisierter Haufen von Affinitätsgruppen und Individuen, die in Downtown in Seattle herumstreiften, durch eine zerbrechliche und bedeutende Ladenfront bald in diese Richtung gezogen und durch den Anblick einer Polizeiformation bald in jene. Anders als die Mehrheit der Aktivistinnen, die mehrmals mit Pfefferspray und Tränengas angegriffen wurden und mit Gummischrot beschossen, gelang es den meisten in unserer Sektion des Schwarzen Blockes ernsthafte Verletzungen zu vermeiden, weil wir immer in Bewegung waren und Zusammenstösse mit der Polizei vermieden, wir blieben dicht beieinander und hielten uns gegenseitig die Rücken frei." aus: N30 Black Bloc Communiqué (deutsch) Vom ACME Kollektiv, 4. Dezember 1999

Für den 1. Mai 1980 in Frankfurt gab es den ersten Aufruf zum Schwarzen Block. Diesem Jahr gingen um 1977 eine Radikalisierung der Bewegung vor allem im Häuserkampf und Anti-AKW voraus. Die Repression daraufhin war enorm und erzielte die gewünschte Zerschlagung. Im Juni 77 gab es einen grossen Nazi-Aufmarsch, der nicht verhindert werden konnte, im darauffolgenden Jahr sah es nicht besser aus. 1979 gab es ebenfalls einen

Naziaufmarsch und viele Bullen, die die Stimmung und Resignation der Menschen noch verstärkten. Hier tauchten zum ersten mal Demonstrantinnen geschlossen in schwarz auf, mit Helmen, Schutzpolster und Stöcken und brachten neue Stimmung und Energie in die Menge, der Naziaufmarsch konnte wieder verhindert werden. Ein Jahr später dann also der erste offizielle Aufruf zum Schwarzen Block. Viele sahen Massendemonstrationen als überholt und gescheitert an und wollten neue Methoden entwickeln. Die Einheitskleidung schwarz sollte als Schutz dienen und Stärke demonstrieren. So wollten neue Wege gegen Kessel gefunden werden oder mensch wollte als Kleingruppen aktionsfähiger handeln können. Es wurde noch betont, dass es nie als Abgrenzung zu den Gewerkschaften gedacht war, sondern dass sie den 1. Mai mit ihnen zusammen machen wollten, doch mit ihrer eigenen Politik. Am 17. Juni 80 gab es eine Hausbesetzung mit der Forderung nach einem autonomen Zentrum, was in ganz Deutschland verbreitet war, eingebettet in die Kampagne gegen den "Standort Deutschland" (Export von Isolationshaft, Sozialpolitik, Sicherheitsgesetze, ...). In diesem Zeitraum gab es im Rhein/Main Gebiet viele Aktionen und Anschläge von diversen Gruppierungen, auch im Namen des Schwarzen Blocks. Ab 81 schlug dann die Repressionskeule zu, es gab Verhaftungen und § 129a- Verfahren. Es herrschte Unfähigkeit mit dieser Repression umzugehen, sie zeigte ihre Wirkung und brachte jegliche Aktivität zum Erliegen. Es gab Distanzierungen, vorwiegend aus Angst vor eigener Repression, bis dahin dass der Schwarze Block nur als ein Bullen/Staatskonstrukt dargestellt wurde, von der Presse genau wie von dem politischen Umfeld.

Danach tauchte das Konzept Schwarzer Block vereinzelt wieder auf. Z.B. formierte sich Anfang der 80er Jahre in Göttingen der Antifa M Schwarze Block, dem nachgesagt wird, dass er mit einer medialen Taktik mehr auf Bilder als auf Aktion setzte. Ab 85 setzte die Kriminalisierung ein. Und 1992 gab es einen Aufruf zum 1. Mai nach Winterthur, in dem auch mit dem Begriff Schwarzer Block gearbeitet wurde.

1999 tauchte das Konzept Schwarzer Block zu den WTO-Protessen in Seattle/USA als Aktionsgruppen und mit einem Kommuniqué des ACME Kollektiv wieder auf. Von da an weiter bei diversen Gipfeltreffen (Quebec, Genua, Göteborg, ...) und auch ausserhalb dieser als politische Aktion z.B. in den USA (siehe diverse indy-Seiten der einzelnen Staaten). Weiter und wieder zeigt sich politische Motivation und überlegte Organisation, auch Publikationen in Kommuniqués. Weiter und wieder wird herausgestellt, dass Schwarzer Block eine Taktik/Strategie ist und keine



"Identität". Dass das Konzept über Affinitätsgruppen funktioniert. Dass es eigene Ziele verfolgt. Weiter und wieder gibt es auch Kritik und Diskussion, um die Effektivität dieser Taktik, die Gewalt und auch um die Thematik des Bullenkonstruktes.

### Kriminalisierung

Weiter ging es am Sonntag mit dem Feld Kriminalisierung.

Als erstes wurde eine kleine Geschichte der Repression seit 1968 in der Schweiz vorgetragen, um einen Überblick zu schaffen und zu sehen, wie sich Repression verändert oder entwickelt hat. 1968 gab es diverse militante Gruppen und Aktionen, im Anti-AKW und Anti-Militär Bereich und die JURA. 1976 wurden Bespitzelungen öffentlich und es kam zu Verhaftungen. 1977 wurde der Staatsschutz weiter ausgebaut. 1978 konnte ein Spitzel in der Anti-AKW Bewegung enttarnt werden. In dieser Zeit gab es eine grosse Medienhetze gegen Widerstand und allgemein herrschte ein sehr repressives Klima. Es gab viele Hausdurchsuchungen, Wanzen, Razzien, Spitzel etc. 1979 gab es politische Terror-Prozesse gegen 2 Anti-AKW Aktive (einer von ihnen Marco Camenisch) und sie wurden exemplarisch für alle für relativ kleine Aktionen zu sehr hohen Haftstrafen verurteilt, Marco sitzt bis heute. In den 80er Jahren gab es die Opernball-Proteste und einige Knastaufstände. 1982/83 gab es drei Verhaftungen und Verurteilungen wegen Waffen- und Sprengstoffbesitz. Es gab es viel Repression, Verfolgungen, Urteile, Verletzte und Tote. 1984 wurden in Winterthur in einer sehr aktiven Zeit exemplarisch 30 Menschen verhaftet, eine Frau begann nach einem mehrstündigen Verhör Selbstmord in ihrer Zelle. Danach war jegliche Aktion erstmal gelähmt und musste langsam wieder aufgebaut werden. Während dieser Zeit gab es auch Sprengstoffanschläge der "Autonomen Zellen". 1989 werden geheime Staatsschutzpapiere öffentlich (Fischen-Affäre), in denen Berichte von sozialdemokratischen Stammtischrunden bis Radikalen Zusammenhängen dokumentiert waren. Es gab viele Demos und auch Zerstörungsaktionen der Akten. Daran anknüpfend (89-91) wurden von Seiten des Staates Namen von Aktiven öffentlich gemacht, es gab Drohungen und Anschläge und falsche Flugblätter. In den 90er flaute der Widerstand etwas ab, es gab weiter Antifa-Arbeit, Besetzungen, Gruppen zu Kurdistan, .... Die Repression hielt aber immer an. Fortlaufend kam es zu einer immer grösseren Verteufelung von Militanz. Die Bullen arbeiteten mehr präventiv und auf Spaltung hin. Massenkriminalisierungen wie am 1. Mai setzen ein. Und die Mühle von Repression, Kriminalisierung und Angst

dreht sich weiter. Die Diskussion verschiebt sich immer mehr von einer radikalen Richtung hin zu "Bürgerrechten" und bricht die Richtung des Widerstandes. Massenproteste werden immer weniger möglich. Die Leiter des "Illegalen" wird zunehmend nach unten verschoben und selbst die Bewegung übernimmt diese Definitionen in "Selbstdisziplin". Soweit die Einschätzung (zur Schweiz).

Als zweiter Vortrag wurde über Praktische Hinweise für Demos/Aktionen geredet, sowie über die Aussageverweigerung bei der Polizei.

Als dritter Vortrag wurde auf die persönlichen Ängste bei Aktionen oder vor Repression eingegangen über die untereinander viel zu wenig bis gar nicht geredet wird. Als ob wir uns ihrer schämen müssen oder sie verdrängen aus Angst vor der Angst. Besonders Männer haben da wenig Worte für, da sie sich immer als die Starken zeigen müssen. Wie wichtig diese Auseinandersetzung letztlich ist, zeigt sich nicht nur daran, dass viele Menschen nach Repressionserfahrung aufhören aktiv zu sein. Auch im Umgang miteinander und im Widerstand kann es viel Kraft geben sich mit Ängsten auseinanderzusetzen und einander zu helfen, statt sie zu verdrängen und allein von ihnen aufgegessen zu werden.

Nach diesen drei Teilen gab es Kleingruppendiskussionen, die dann in der grossen Runde wieder zusammengetragen wurden. In einer Gruppe wurde über die konkrete Situation des berüchtigten Bullenkessel diskutiert und nach neuen Wegen gesucht, wie aus ihm ausgebrochen werden kann bzw. wie er ganz vermieden werden kann. In einer anderen Gruppe wurde über die Schwierigkeit der Aussageverweigerung diskutiert, da das geltende Recht dazu spätestens vor Gericht endet (ausser natürlich für die Angeklagte selber und Verwandte und wenn ich mich selber belasten habe. Es wurde das Beispiel der Magdeburger Prozesse genannt, wo mehrere als Zeuginnen geladene Menschen eine Erklärung zu ihrer Aussageverweigerung geschrieben haben und ihnen somit Beugehaft bis zu 6 Monaten droht. Die andere Seite der Aussagen vor Gericht wurde anhand einiger Roten Brigaden Prozesse in Italien diskutiert, bei der -wie üblich- versucht wurde (teils "unschuldige") Menschen mit dem Versprechen auf Haftmilderung zu Aussagen gegen andere zu erpressen.

### Schwarzer Block vs. Blocksatz (Analyse der Berichterstattung zum SB aufgezeigt in schweizer Tageszeitungen)

Am Abend des Sonntags wurde eine

Reschersche vorgestellt, die zu der Darstellung des Schwarzen Blocks in den schweizerischen Medien erarbeitet wurde. Dabei ging es darum, als was oder wer der Schwarze Block dargestellt wird, seine Ideologie, seine Grösse und die darausfolgende Bedeutung und seine Taktik. Sie kann hier nur sehr knapp zusammengefasst wiedergegeben werden, auch ohne das Herzstück der Zitate aus diversen Zeitungen.

Es wird in Kategorien eingeteilt: 1. "der harte Kern" der politischen Überzeugungstäterinnen: Autonome, Anarchistinnen, militante Neomarxisten etc. 2. radikalisierte Mitläufer 3. Apolitische Mitläufer. Die Ideologie wird meist entpolitisiert und auf blinde Gewalt und Extremismus reduziert. Zahlen tauchen auch oft auf, was den Schwarzen Block zu einer fassbaren Gruppen machen lässt, um ihn nicht als Position verstehen zu müssen. Diese kleineren Zahlen werden dann meist mit der grösseren Anzahl der "besorgten Bürger" verglichen. Für die Taktik des Schwarzen Blocks mit seinen Kleingruppen und der Beweglichkeit klingt trotz seiner Verurteilung doch irgendwie Bewunderung mit, da darüber oft in einer fast schon poetischen Sprache geschrieben wird: "huschen schwarze Schatten", "lodern Flammen". Die Liebe zum Detail dabei hat schon beinahe voyeuristische Qualität, gleichzeitig wird sich aber über Gaffer beschwert, die die Krawallanten so unterstützen. Doch die Zeitungen sind in ihrem Sinne selber Gaffer und stürzen sich auf die Berichterstattung über Krawalle und tragen so auch selber zur Mobilisierung für Demonstrationen bei. Durch die Darstellung der "Professionalität" der Taktik wird aber auch ein Bild von "schwarzen Geheimbünden" oder "Guerillaorganisationen" erzeugt, was dann wiederum der Polizei als Legitimation für Repression dient.

Weiter die Gegenüberstellung mit dem "vernünftigen, friedlichen und berechtigten Protest". In der Diskussion um "Gewalt" erfahren abgrenzend zum Schwarzen Block andere Aktionsformen -selbst solche die eigentlich auch nicht auf der willkommenen Liste stehen, wie der z.B. der Pinke Block- eine Aufwertung, was dem Auffrischen des grundlegenden Konsens über einige zentrale Stützen des Systems (Respektierung des staatlichen Gewaltmonopols, Tabuisierung nichtstaatlicher Gewalt, der Glaube an die Repräsentation, "Zivilisation", "Gesellschaftsvertrag" etc.) dient. Der Konsens aller (einschliesslich des Staates!) zum friedlichen Protest haucht Begriffen/Konstrukten wie "Volk von Seattle", "globale Zivilgesellschaft" und "Bürger Europas" Leben ein und es-darfdemonstriert-werden. Aktionen im Rahmen des Schwarzen Blocks werden diesem Protest als störend und ihn ausnutzend

gegenübergestellt. Die Gewalt der Polizei hat demnach nichts mit dem Staat und seinem Gewaltmonopol zu tun, sondern wird einzig und allein von Schwarzen Blöcken provoziert. Dieser Gegensatz wird nicht nur von Seiten des Staates oder der Presse so propagiert, sondern auch aus dem Widerstand selber gibt es immer wieder Distanzierung. Daneben kommt es zu Erklärungen, dass der schwarze Block mit Faschisten und Polizei durchsetzt sei. Dadurch kann weiter das Bild von besorgten aber friedlichen Bürgerinnen aufrechterhalten werden und "Gewalt" als Überreaktion/Fehler des Staates. Zu diesem Paradox ein Zitat aus "Tiqqun 2, Belles-Lettres, 2001" -übersetzt: Vorbereitungsguppe Winterthur: "Die Beunruhigung, die den Bürgerinnen angesichts der Fotografien von als Demonstranten verkleideten Zivilisten erfasste, die sich gelassen in den Reihen ihrer uniformierten Kollegen aufhalten, erinnert in hohem Masse an die Furcht des Kindes vor der dürtigen Verkleidung ihres Vaters in einen Weihnachtsmann. Jene, die getäuscht in der demokratischen Illusion verharren, gestikulieren angesichts des Bildes der notwendigen und konstitutiven Kriminalität der polizeilichen Macht drollig und bitten flehentlich mensch möge sie beruhigen: "Erzählt uns, dass die Gewalttätigkeiten des Schwarzen Blocks die Folge von Polizeiprovakationen gewesen sind, aber erzählt uns auch, dass die Polizei gut ist, dass sie nur aus Versehen die friedlichen Demonstrantinnen niederknüppelt, dass sie die Bösen verschont, da dies ihre Kollegen sind, dass sie uns trotzdem beschützt, dass sie für uns arbeitet, was auch immer geschehen mag." Aus dem Blickwinkel der Bürgerinnen muss Genua auf ein Führungsproblem zwischen guten und lieben Bullen reduziert werden: auf keinen Fall hat uns Papa belogen, der Weihnachtsmann existiert."

Es werden weiter noch mehr Beispiele aufgezeigt, wie die Sinn- und Bedeutungslosigkeit des Schwarzen Blocks belegt wird. Wenn z. B. manchmal Krawallen nicht grundsätzlich ein Gehalt abgesprochen wird, so wird dann aber die These eines "unfriendly-takeover" von unpolitischen Ghetto-Kids vertreten, die dann auch noch mit Aussagen von alten Kämpfern belegt wird, die sich davon distanzieren. Ist eine Zusammenarbeit mit den gemeinten Leuten auch nicht unproblematisch (sofern es sie überhaupt gibt?), so ist doch die Richtung dieser Distanzierung bedenklich: urbane Krawalle mit politischem Anspruch sind weissen Mittelstandsmenschen vorbehalten, alle gewalttätigen Handlungen von anderen Teilen der Bevölkerung sind stets unpolitisch, selbstverliebt, Machogehabe, krankhafte Gewalt etc. Diejenigen, die das Gewaltmonopol des Staates verurteilen vereinbaren für sich das Monopol auf

Riots. Ein weiterer Punkt ist das Herausstellen des oft jungen Alters der Aktiven im Schwarzen Block. Als "Kinder" wird ihnen schon aufgrund dessen der Boden für eine politische Handlung entzogen und ihr Tun stattdessen als "Hilferuf", als pupertäre Störung dargestellt. Jugendpsychologen werden mit ihrer These zur Nachahmung von medial konsumierter Gewalttätigkeit zitiert. Diese Erklärung blendet die Gesellschaft völlig aus: "Die naheliegenste Überlegung, dass nämlich die Bereitschaft Gewalt auszuüben in erster Linie eine Entsprechung der gesellschaftlichen Grundstrukturen ist, dass sie aus der zugespitzten Ellbogenmentalität der Dominanzkultur resultiert, würde die gegenwärtig verbreitete Erfolgsstory des universellen Kapitalismus erheblich in Zweifel ziehen." (Aufsatz "Kritik der Medienkritik" aus "Medienrandale").

Als letzter Punkt wird nochmal darauf eingegangen wie sich Politiker und Bullen - besonders nach diversen Gipfel-Treffen in Zeitungen präsentieren, um auf die Notwendigkeit von neuer Gesetzgebung hinzuweisen. Wie andere Konstruktionen von "Anderen" bietet sich der Schwarze Block für verschärfte Massnahmen zur Durchsetzung des Imperativs zum Konsens an, die dann rasch auf die gesamte Bevölkerung ausgebreitet werden.

Abschliessend zu der Reschersche wird noch auf die Selbstkritik der autonomen a.f.r.i.k.a.-Gruppe zu militanten Aktionsformen eingegangen (Aufsätze "Medienrandale" 1994, Trotzdem Verlag), sowie ihr Weiterdenken von Strategien ("Kommunikationsguerilla").

Die sich anschliessende Diskussion kreiste um die Frage der Nutzbarkeit der Bilder aus Medien für die Mobilisierung.

Um die Frage des nur-randalieren-wollens und die Definition davon und inwiefern sich political-correct-Menschen von "Ghettokids" abgrenzen, ohne deren Hintergrund und ihren eigenen privilegierten Standpunkt zu betrachten. Menschen aus Paris erzählten von Studentenprotesten, die von Vorstadtjugendlichen "angegriffen" wurde, was zu heftigen Diskussionen in Paris führte. Sie meinten dazu, dass diese Jugendlichen eine ganz andere soziale Realität erleben und sich so ihre Wut/Protest ausdrückt gegen Privilegien, die sie selber nicht besitzen.

Um die Frage ob die Taktik des Schwarzen Block ein Steckenbleiben in immer gleichen Kampfmethoden ist, worauf dann die Bullen auch wiederum besser reagieren können.

Um die Frage der männlichen Reproduktion von Gewalt, inwiefern typisch männliche Verhaltensmuster unkritisch/unsichtbar Teil der Taktik des Schwarzen Blocks sind/sein können (zur

männlichen Reaktion auf Krisen/Schwierigkeiten gehört immer ganz oben Gewalt, "Gewalt" als Reaktion ist Teil des Schwarzen Block Konzeptes). Von dort zur Frage von dem (Gebrauch vom) Symbol des maskierten Menschen. Einmal inwiefern dieser Mensch immer direkt als männlich wahrgenommen wird, wo doch das uniforme Schwarz auch das Geschlecht verdecken wollte. Bilder die explizit weiblich sind und mit Gewalt in Verbindung stehen wirken auf den ersten Moment noch immer fremd (z.B. maskierte Frauen, Frauen mit Waffen, ...). Weiter inwiefern dieses Bild einen Schimmer von Macht umgibt, dessen Gefühl auch gerne genossen wird, ebenfalls auf der Strasse. Dass auf der einen Seite dieses "aufgeilen" an Macht (auch eher wieder als männlichen Teil definiert) kritisch beleuchtet werden muss, genau wie gewisse Machtpositionen, die Menschen deswegen einnehmen können. Dass aber auf der anderen Seite auch angepasst werden muss nicht die Darstellung der Medien zu reproduzieren, schliesslich war uniformes und auch maskiertes Auftreten ein Beitrag zum Gefühl der Stärke und dem Aufbrechen der eigenen Ohnmacht. Dazu wurde dann noch angedacht auch andere Bilder/Symbole zur Verbindung mit Militanz zu verwenden, wobei die Frage gestellt wurde inwiefern sich diese Kategorisierungen damit identifizieren könnten (z.B. Homosexuelle, Pink Silver oä.).

## Genua

Nach dem Essen wurde noch ein Film über die Proteste in Genua angesehen, den Menschen von dort mitgebracht haben, dazu gab es eine kleine Einleitung. In der Diskussion vorher ging es um den Gesichtspunkt, dass es bei Einschätzungen rund um Genua immer viel um die Gewalt der Polizei (gegen friedliche Menschen) geht, bis dahin, dass nach dem Tod von Carlo Giuliani Resignation aus einigen Ecken zu hören war, da "soetwas nie wieder geschehen darf". Widerstand als Opfer der Repression. Einmal selbsternanntes Opfer (die bösen Bullen), was die eigene Aktion und seine vielen Formen in den Schatten drängt, Opferkult statt Widerstandsgeist. Es lässt auch ausser Acht, dass Menschen mit der Absicht und Organisation nach Genua gekommen sind, in die rote Zone einzudringen. Zweimal Opfer der Gegenreaktionen (Bullenknüppel, Prozesse, Tod,...), die zu Resignation führen, was die Frage nach der Wahrnehmung von und den Umgang mit Repression stellt. Ist der böse Bulle eine neue Erscheinung?! Wie Widerstand ohne Repression denken?!

## Sexismus und Männlichkeit

Am Montag trugen 2 Männer einen Dialog zu Sexismus und Männlichkeit vor. In der Großgruppe wurde angefangen darüber zu diskutieren, aber nach einer Weile wurde entschieden in Kleingruppen weiterzumachen, teils wegen der Grösse und weil es für einige schwer bis unmöglich ist über dieses Thema in gemischten Gruppen zu diskutieren. So wurden eine männliche, eine weibliche und gemischte Gruppen gebildet und die Diskussionen später nochmal zusammengetragen.

Die Männer tauschten eigene Situationen und Erfahrungen aus, versuchten Konturen der "Männlichkeit" bei sich selber zu benennen. Sie dachten Möglichkeiten an, wie damit gearbeitet werden könnte und was von alten Strukturen wie dem Männerrundbrief oder den Männergruppen/Therapien wertvoll sein könnte. Weiter redeten sie über ihre Ängste bei Demonstrationen/Aktionen. Allgemein gebe es viel Unsicherheit bei diesem Thema, aber das Bedürfnis darüber zu reden sei da und auch die Initiative, die von ihnen selber ausgehen müsse.

Die Frauen stellten erstmal fest, dass sich Diskussionen auf fast allen Ebenen immer wiederholen, dass es anscheinend noch nicht sehr viel Änderungen gegeben hat. Noch immer werden Frauen in der politischen Diskussion/Aktion schwerer ernst genommen oder sind zurückhaltender. Sicher gibt es auch schüchterne Män-

ner, aber die werden gleichzeitig von den dominanten mitgetragen (es reicht oft ein blöder Spruch, um dabei zu sein, Frauen müssen um jede Position kämpfen). Wenn sie über Sexismus reden wird das schon gar nicht für voll genommen, oft werden sie dann als Provokateurinnen oder Emanzen bezeichnet oder ihnen gänzlich der politische Anspruch abgesprochen (eine Frau aus Kroatien erzählte von einem politischen Camp, wo Frauen nach Übergriffen ein Manifesto schrieben, die Bühne eines Konzertes besetzen mussten, um überhaupt erhört zu werden und dann darauf sexistische Reaktionen bekamen) Dies bewirkt auch, dass sogar viele Frauen sich bei Sexismus-Kritik zurückhalten, um nicht zu den Kampflesben zu gehören, die niemand politisch ernst nimmt. Es bleibt die Wahl zwischen Emanze und Opfer, nicht ernst genommen zu werden oder Mitleid zu bekommen. In anbetracht dessen sehen es die Frauen noch immer als wichtig an, dass sie sich untereinander selber organisieren, um einen bestimmten Zusammenhalt und Rückhalt zu haben. Aber selbst diese Organisation wird verpönt und als Abspaltung und Männerhasserei abgetan (Frauengruppen, Frauenräume... so auch die heftige Kritik an Frauenplätzen auf Camps! usw.). Als Konsequenz daraus den Rückzug aus männlichen/gemischten Verhältnissen zu ziehen wird als legitim betrachtet, gleichzeitig aber als traurige Perspektive. "Das persönliche ist politisch und das politische ist persönlich" wird bei

Sexismus ganz besonders deutlich und es ist wohl deswegen auch so schwer, da es alle und jede Verbindung zwischen Menschen betrifft. Diese Auseinandersetzung ist eine permanente und kann nicht immer nur/erst dann stattfinden, wenn "wieder etwas passiert ist". Die Vorarbeit zu diesem Kampf kann nicht immer von den Frauen geleistet werden, auch die Männer müssen da eigene Initiative zeigen und den Willen aufzubrechen, anstatt in Unsicherheit stecken zu bleiben, nur gutwillig halben Herzens den Bitten der Frauen zu folgen oder als Zustimmung zu Schweigen.

So, das wars dann mal. Als Nicht-Schweizerin hab ich einiges über die Schweiz gelernt und war auch erstaunt wieviel es da zu lernen gab. Weniger weil es erstaunlich ist, dass viel passiert ist, sondern mehr, dass ich sowenig darüber wusste. Was mich sehr beeindruckt hat war, dass auch viele junge Leute in der Schweiz diese politische Geschichte kennen und sich auf sie beziehen. Das ist denke ich an vielen Orten und bei vielen Menschen noch immer ein grosses Loch mit Folgen für die eigene Positionierung und Aktion. Die Geschichte lernen und aus ihr lernen ist wohl unumgebar.

sturm und drang, sunini@web.de

Es gibt einen Reader zu dem Treffen und wohl auch noch Kopien von der Reschersche. Kontakt jubilaemsgala@riseup.net

## militant manifesto

**Der folgende Text ist ein Anfang und soll zur Debatte, Ergänzung, Verbesserung anregen. Er kam zustande, weil uns nach dem Genua-Gipfel erstens die öffentliche Unsichtbarkeit militanter Positionen, die kaum versuchte Vermittlung unserer Aktionen auffiel; zweitens weil in Genua auch von Seiten Militanter einiges passiert ist, mit dem wir gelinde gesagt Probleme haben. Auch wenn es nicht in dem Ausmaß vorgekommen ist wie teilweise behauptet, gab es eben doch das Anzünden kleinerer Autos und den Brand in einer Bankfiliale in einem Wohnhaus. Wir gehen davon aus, daß das nicht (nur) das Werk von Provokateuren ist, sondern einen Hintergrund in verschiedenen Vorstellungen von linksradikaler, militanter Aktion hat. Darüber möchten wir gerne diskutieren, auch um herauszufinden, wovon die unterschiedlichen Herangehensweisen bestimmt sind: von rein politischen Differenzen? von länder-, sprachraum-, kulturspezifischen Besonderheiten? oder wovon noch? Uns interessiert, wie in Polen, Griechenland, Spanien oder England innerhalb der Militanten dar-**

**über diskutiert wird und ob es möglich ist, für kommende Gipfel so etwas wie eine gemeinsame Ebene der Militanten zu finden.**

**Unsere Idee ist, den Text entsprechend der Reaktionen weiterzubearbeiten und in mehrere Sprachen zu übersetzen, um eine grenzüberschreitende Wirkung zu erzielen. Vielleicht finden sich ja auch jetzt schon spontan ÜbersetzerInnen? Veröffentlichungen tun wir ihn in ein paar linksradikalen Zeitungen und im Internet. Neben den ganz anonymen Möglichkeiten des Kontaktes (etwa über Post an die Interim oder Kommentare auf indymedia) können wir kontaktiert werden: e-mail-adresse: manifesto@so36.net**

### Notwendige Vorbemerkung

**E**s gab viele Gründe, diesen Text nicht zu verfassen. Erfordert nicht die aktuelle Situation ganz andere Texte? Machen wir uns zum Opfer eigener

Mythen und fremder Klischees? Versuchen wir, das Unverührbare zu mischen? Gab es das nicht alles schon tausendmal? Hat es Sinn, es trotzdem zu versuchen? Die Antwort auf alle diese Fragen kann für uns nur sein: Ja!

Nach dem "summer of resistance" 2001 und unter dem Medienbombardement eines neuen alten Krieges wollen wir versuchen, freizulegen, was unter dem Schutt der Worte der letzten Monate wertvoll sein könnte. Das Zusammenkommen vieler radikaler Linker vor allem in Genua im Juli 2001 und die heftige Konfrontation mit der herrschenden Gewalt hat viele Diskussionen ausgelöst. Fragen an die radikale Linke, und eigene In-Frage-Stellungen, bekamen viel Raum, meistens leider mehr als die entsprechenden Antworten. Die trotz aller intergalaktischer Kongresse geringe tatsächliche globale Vernetzung wurde deutlich spürbar. Obwohl es in verschiedenen Ländern durchaus ähnliche (selbst-)kritische Auseinandersetzungen über die linksradikalen Politik- und Aktionsformen gab (wie wir teils wissen, teils

annehmen), bleiben diese an den Grenzen der Länder und politischen Strömungen meist stehen.

Der Vorschlag des "militant manifesto" ist, miteinander zu diskutieren - über Ländergrenzen und politische Grenzen hinweg. Es geht nicht darum, ein einheitliches politisches Programm zu formulieren. Es geht nicht darum, zu disziplinieren und zu organisieren. Es geht nicht darum, anderen etwas aufzudrücken, sie zu repräsentieren. Es geht darum, der radikalen linken Bewegung mehr politischen Spielraum zu verschaffen, indem sie sich über sich selbst und ihre Aktionsformen austauscht, sich ihrer eigenen Rolle bewußter wird, auch und gerade in ihrem Verhältnis nach außen - denen gegenüber, die sie für sich gewinnen will.

Darum ist der politische Rahmen bewußt sehr weit und unscharf gefaßt. Der Begriff "militant" wird in verschiedenen Sprachen sehr unterschiedlich verwendet. Er kann für disziplinierte Parteifunktionäre stehen oder für wilde Straßenkämpferinnen, für entschlossene Sozialdemokratinnen oder einfach für Radikale. Versuchen wir, als kämpferische linksradikale Bewegung uns den Begriff anzueignen!

Wenn wir von der militanten, also kämpferischen, Bewegung sprechen, dann umfaßt das viele verschiedene politische Strömungen und Aktionsformen. Gemeinsam ist ihnen, daß sie

- mehr Gewicht auf Handlung und Wirkung legen als auf Theorie-Arbeit,
- die gesellschaftlich vorgegebenen Spielregeln für politische Opposition bewußt brechen,
- die bestehenden Herrschaftssysteme für nicht reformierbar halten. Aber uns verbindet noch mehr - oder könnte es:
  - Offenheit: Wir sind uns des Nebeneinanders vieler Theorien und Ideologien bewußt. Sie sollen voneinander lernen und andere Wege ausprobieren. Wir verplanen keine Zukunft, ehe wir sie nicht haben.
  - Hoffnung: Wir setzen darauf, daß das Neue entsteht, wenn Menschen sich bewegen, rebellieren, ihre Potentiale erkennen - einzeln wie auch kollektiv. Dem gehen wir nicht ohne Ideen, aber ohne Einheitsfront entgegen.
  - Aufklärung: Wir handeln aus freiem Willen, nicht aus Pflicht gegenüber Organisationen oder Ideologien. Dazu gehört die Reflektion, woher wir kommen, wohin wir gehen, und: ebenso Menschenrechte und Unterdrückungsverhältnisse. Neben all dem sind wir AnarchistInnen, Autonome, KommunistInnen, Antagonistische Linke, Sozialrevolutionäre, Ökos, Punks, RebellInnen, "Globalisierungsgegner", WagenburgerInnen, Antifas, Entwurzelte,

TheoretikerInnen, SyndikalistInnen, Antiautoritäre, Feministinnen, Forschende, Verkrüppelte, Queer, Unversöhnliche...

Wir sind nicht zufrieden mit der Gegenwart. Wir erklären die Zukunft für offen.

1. Unser Ziel: Die Herrschaft von Menschen über Menschen beenden, gleich ob sie ökonomisch, geschlechtlich, ethnisch, religiös ist.

2. Unser Weg: Die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft. Wir sehen darin einen Prozeß, der weder von heute auf morgen stattfinden kann noch lokal isoliert, insbesondere nicht in den eng verflochtenen Metropolen.

3. Wir bekennen uns zur Vielfalt der Programme. Die Erfahrung der gescheiterten "großen Pläne" und Vereinheitlichungen des 20. Jahrhunderts führt uns zu einem globalen Prozeß der Kommunikation, des Versuchs und Voneinander-Lernens, um eine bessere Welt vorstellbar zu machen. Dazu gehören auch Konflikte, denen wir uns stellen müssen und wollen.

4. Wir anerkennen keine disziplinierende Vorherrschaft einer Partei oder vergleichbaren Organisation. Die "reine Lehre" gibt es nicht.

5. Wir wollen die Macht zersetzen. Wir möchten weder an der heutigen Macht teilhaben - wie manche reformerische Projekte, etwa NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) - noch die Macht für uns erobern - wie die alten hegemonialen Partei-Apparate. Wir mißtrauen allen Funktionären, die auf diese Weise vor allem persönliche Macht erobern. Doch wir betrachten die Menschen, die sich dort engagieren, nicht als GegnerInnen, sondern als BündnispartnerInnen, die wir von unserer Idee überzeugen möchten.

6. Selbstbestimmte Basisorganisationen bzw. -gruppen und deren überregionale Vernetzung betrachten wir als beste Grundlage für befreiende Prozesse bei den Einzelnen und in der Gesellschaft insgesamt.

7. Unsere Aktionsformen lassen wir uns nicht diktieren, auch nicht von BündnispartnerInnen. Aber wir respektieren Kritik und das Bedürfnis anderer, ihre eigenen Aktionsformen verwirklichen zu können.

8. Zu unseren Aktionsformen gehört auch die Anwendung politischer Gewalt. Sie ist für uns ein notwendiges, aber nicht hinreichendes Mittel im politischen Kampf. Solange die revolutionären Kräfte schwach sind, ist politische Gewalt ein symbolisches Mittel der Propaganda und kann keine Machtfrage stellen. Sie ist kein Selbstzweck, sondern taktisches Mittel. Sie ist nicht identisch mit Militanz - unsere Militanz äußert sich auch in vielen anderen Bereichen, in unserem täglichen Leben, in unserer politischen Arbeit, in Medien, Gruppen, Zentren, usw.

9. Politische Gewalt ist nicht indifferent. Sie schließt eine Vielzahl von Möglichkeiten ein, vom aktiven zivilen Ungehorsam bis zu bewaffneten Aktionen. Sie ist stets an ein gesellschaftliches Umfeld, an den Kampf um Begriffe und Deutungen, geknüpft. Welche Form welcher Situation angemessen ist, müssen diejenigen entscheiden, die sich der Situation gegenübersehen.

10. Die Anwendung politischer Gewalt bedeutet daher die Übernahme einer hohen Verantwortung für sich selbst wie für andere. Sie darf nie terroristisch, d.h. gegen Unbeteiligte gerichtet sein. Unbeteiligte sind für uns aber nicht diejenigen, die das Herrschaftssystem gewaltsam verteidigen, als Polizisten, Politiker oder Militärangehörige; ebensowenig diejenigen, die die Herrschaftsstrukturen noch verschärfen wollen, als Faschisten, Rassisten, Sexisten; und letztlich auch nicht die "oberen Zehntausend", die Menschheit und Natur in ihrem Privatbesitz wännen.

11. Wir übernehmen Verantwortung für unsere eigenen Taten, für Erfolge wie für Fehler und Unzulänglichkeiten. Je mehr wir zusammenkommen und uns miteinander austauschen, desto schwerer wird es sein, unsere Aktionsformen durch Provokationen von außen oder eingeschleuste Agenten zu beeinflussen.

12. Wer politische Gewalt anwendet, muß sich stets fragen lassen können - auch von GegnerInnen! - inwieweit das eigene Handeln moralisch und politisch vertretbar ist. Wir wissen: Begrenzte Auseinandersetzungen heute wie revolutionäre Umwälzungen (irgendwann) morgen sind kein Krippenspiel. Sie gehen einher mit Fehlern und Irrtümern, mit Aggression und Opfern. Das spricht aber niemanden davon frei, die eigenen Handlungen am Respekt für das Leben und an der politischen Moral einer möglichen besseren Welt zu messen. [<http://www.nadir.org/nadir/aktuell/2001/11/18/7317.html>]

Berlin, November 2001





# Von der Afrika-Kommission zur Autobahnblockade

Stichworte zum G8-Gipfel im schottischen Gleneagles

**Wohl noch nie dürfte ein G8-Gipfel das Interesse derart vieler und unterschiedlicher Menschen auf sich gezogen haben wie das diesjährige Stellendehin der laut Selbstauskunft acht mächtigsten Staats- und Regierungschefs Anfang Juli im schottischen Gleneagles. Mit von der Partie sind nicht nur die bereits hinlänglich bekannten DarstellerInnen gewesen – als da wären: globalisierungskritische (Grassroot-)AktivistInnen, NGOs und Polizei. Vielmehr hat auch die von der britischen Regierung wohlwollend unterstützte Massenbewegung Make Poverty History eine zentrale Rolle gespielt. Und natürlich die globale Fangemeinde des Pop – im Zuge der acht von Bob Geldof initiierten und weltweit ausgestrahlten Live-8-Konzerte am 2. Juli.**

Eine Analyse dieses Gemengelages wird ohne Schwerpunktsetzungen nicht auskommen. Dennoch gilt es, die Gesamtdynamik nicht aus den Augen zu verlieren. Eine sorgfältige Beschäftigung mit den jüngsten Erfahrungen sollte hier zu Lande auch deshalb erfolgen, weil 2007 der G8-Tross im Ostseebad Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) Station machen wird. Zahlreiche Gruppen, Bündnisse und Netzwerke sitzen bereits in den Startlöchern, mehrere Aufrufe zirkulieren – kurzum: Der G8-Widerstand steht vor der Tür! (1)

Die Wurzeln der politischen Dynamik rund um den diesjährigen G8-Gipfel sind tief, sie reichen zurück bis zur Millenniumserklärung der UNO im September 2000. Damals beschloss die UNO-Vollversammlung, dass bis 2015 Armut und Hunger weltweit halbiert, Krankheiten bekämpft, Geschlechter-Gleichheit gefördert, ökologische Nachhaltigkeit verankert etc. werden sollten. Festgehalten wurde dies in acht Haupt- und 18 Teilzielen sowie 48 Indikatoren – den Millennium Development Goals. So sehr diese auch dem herrschenden, mithin kapitalistischen Status Quo verpflichtet sein mögen, sie zeichnen sich – anders als das gemeinhin der Fall ist – durch konkrete Prozentsätze und klare zeitliche Fristen aus. Das ist der Grund, weshalb sie derzeit von der Mehrheit der Regierungen, NGOs etc. als verbindlicher Rahmen für so genannte Entwicklungs-

Strategien angesehen werden. Ebenfalls bemerkenswert ist, dass die reichen Industrieländer in Hauptziel Nr. 8 die Verpflichtung eingegangen sind, durch Schuldenabbau, Marktöffnungen etc. einen ernsthaften Beitrag zur Umsetzung der Millenniumsziele zu leisten. Und doch: Zur Zeit scheint es, also ob die Millenniumsziele genauso versanden könnten wie viele vergleichbare Projekte in der jüngeren Zeit auch.

## Tony Blairs Afrika-Coup

Just diese Verfahrenheit hat sich der in großen Gesten ja einschlägig erfahrene britische Premier Tony Blair zu Nutze gemacht. Bereits früh kündigte er an, seine G8-Präsidentschaft dazu nutzen zu wollen, dem ins Stocken geratenen Millenniumsprozess neuen Schwung zu verleihen. Bereits im Februar 2004 rief er eine Afrika-Kommission ins Leben – schließlich sei die Lage in Afrika dramatischer als überall sonst. Der Kommission gehörten überwiegend Persönlichkeiten aus afrikanischen Ländern an, aber auch zwielichtige Gestalten wie der ehemalige IWF-Boss Michel Camdessus.

Mit viel Brimborium veröffentlichte die Kommission im März dieses Jahres ihren 450-Seiten starken Abschlussbericht unter dem vielsagenden Titel "Unser gemeinsames Interesse". Ihre insbesondere auf die armen Länder Afrikas gemünzten Forderungen wie Schuldenerlass, Erhöhung der Entwicklungshilfe, Förderung so genannter guter Regierungsführung etc. dienten Blair fortan als Blaupause seiner im Hinblick auf den G8-Gipfel formulierten entwicklungs-politischen Vorschläge.

Vor allem zweierlei dürfte Blair mit seiner Initiative im Blick gehabt haben: Erstens, sein eigenes Image aufzupolieren. Immerhin hatte er als Folge seiner Irak-Politik enorme Sympathieverluste erleiden müssen, nicht nur im Ausland, sondern auch zu Hause, insbesondere unter linken Labour-AnhängerInnen. Da kam ihm natürlich ein moralisch hochgejazztes Projekt à la Hilfe und Entschuldung bestens zupass. Zweitens weiß Blair nur zu gut, dass gespreizte Mitmenschlichkeitsrhetorik immer noch ein äußerst vielversprechender Weg ist, ureigenste, in diesem Fall neoliberale Interessen ohne größeren Aufruhr

durchsetzen zu können.

Anlässlich der Vorstellung des Afrika-Berichts ließ Blair die britische Öffentlichkeit wissen: "Es gibt keine Entschuldigung, keine Verteidigung und keine Rechtfertigung für das Elend von Millionen Mitmenschen im heutigen Afrika. Uns sollte nichts daran hindern, dies zu verändern." Was das praktisch heißt, darüber gibt der Kommissions-Bericht an exponierter Stelle Auskunft: "Afrika ist letztlich deshalb arm, weil seine Wirtschaft nicht gewachsen ist. Der öffentliche und private Sektor müssen zusammenarbeiten und ein Klima schaffen, das den Unternehmergeist der Völker in Afrika freisetzt, Beschäftigung schafft und in- und ausländischen Einzelpersonen und Firmen den Anreiz zu investieren vermittelt."

Unterm Strich sollte sich Blairs Kalkül einmal mehr als absolute Meisterleistung in Sachen Public Relation entpuppen: Je näher der Gipfel rückte, desto stärker schienen größere Teile der britischen Gesellschaft – allen voran die Medien – von einer regelrechten Euphorie einschließlich nationalistischer Untertöne erfasst zu sein. Die Wörter "Afrika", "Hilfe" und "Entwicklung" waren in aller Munde, niemand wollte den historischen Augenblick verpassen, in dem Afrika dank britischer Initiative auf ein neues Gleis seiner Geschichte gesetzt würde.

Höhepunkt dieses mitunter grotesken Spektakels war der 2. Juli, der Samstag vor dem G8-Gipfel: Einerseits gingen an diesem Tag die vom Afrika-Kommissions-Mitglied Bob Geldof relativ kurzfristig aus dem Boden gestampften Live-8-Konzerte über die Bühne (8 = aid = Hilfe). Andererseits fand in Edinburgh eine maßgeblich von Make Poverty History (Macht Armut zur Geschichte) organisierte Großdemonstration mit 250.000 Menschen statt. Make Poverty History ist eine britische, von über 500 Organisationen getragene Kampagne unter zentraler Beteiligung entwicklungs-politischer NGOs.

Die Demonstration hat sich weniger gegen die herrschende, durch den G8-Gipfel verkörperte Weltordnung gerichtet. Sie war vielmehr ein ernst gemeinter Appell an die TeilnehmerInnen des Gipfels, die Chance am Schopfe zu packen und endgültig, so eine Oxfam-Sprecherin, "der

Seuche extremer Armut" ein Ende zu bereiten. Nichts hätte dieses (hochgradig illusionenunterwanderte) Arrangement trefflicher auf den Punkt bringen können als der Umstand, dass Blair einer von über neun Millionen BritInnen gewesen ist, der das Symbol der Make-Poverty-History-Kampagne, ein weißes Armбändchen, getragen hat.

Festzuhalten bleibt: Durch seine Strategie der offensiven Umarmung ist es Blair gelungen, relevante Teile des britischen NGO-Spektrums milde zu stimmen, ja zu vermeintlichen PartnerInnen hochzustilisieren und somit größere Proteste während des Gipfels zu verhindern. Es dürfte unstrittig sein, dass dies ein gewaltiges Manko (nicht nur) für den eigentlichen, mehr oder weniger radikalen G8-Widerstand gewesen ist. Immerhin sind hierdurch sämtliche Synergieeffekte flöten gegangen, die normalerweise entstehen, sobald unterschiedliche Strömungen mit unterschiedlichen Positionen, Herangehensweisen und Aktionsformen gemeinsam als kritische Masse agieren.

### Widerstand unter sich

Im Kern ist der G8-Widerstand von zwei großen Netzwerken getragen worden: Einerseits den G8-Alternatives, einem stark in Schottland verankerten Bündnis, in dem vor allem linke GewerkschafterInnen, (traditionsozialistische) FriedensaktivistInnen und diverse trotzkistische Gruppen zusammengeschlossen waren. Während sich die G8-Alternatives im Wesentlichen auf einen eintägigen Gegengipfel in Edinburgh und die zentrale Demonstration in Gleneagles am Auftakttag des Gipfels beschränkt hatten, ist das Dissent! Network als zweite große Kraft deutlich umtriebiger gewesen: Auf seine Kappe ging ein Großteil der Aktionen während der gesamten G8-Woche, insbesondere die Straßen- und Autobahnblockaden am ersten Tag des Gipfels.

Das nicht nur auf Großbritannien beschränkte Dissent! Network ist ein wilder Querschnitt durch sämtliche Sub-Szenen undogmatisch linksradikaler bzw. anarchistischer Politik (gewesen) - einschließlich genialer Neukreationen wie der Rebel Clown Army. Ausgangspunkt für die meisten Aktionen war das ca. 25 Kilometer von Gleneagles entfernte Aktionscamp (namens Ecovillage) in Sterling - mit permanent etwa 3.000 AktivistInnen. Was lässt sich resümierend über das Tun insbesondere des Dissent! Network sagen?

a) Der G8-Widerstand ist von linksradikaler Seite aus verdammt mickrig ausgefallen - nicht zuletzt, was die internationa-

le Beteiligung betrifft: Mit durchschnittlich 5.000, lediglich am ersten Gipfel-Tag 10.000 G8-GegnerInnen (inklusive G8-Alternatives) konnte de facto nicht an die Mobilisierungserfolge der vergangenen Jahre angeknüpft werden. Zukünftig dürfte sich das nur verändern, sollte der Vorbereitungsprozess von Anfang an eine breite internationale Verankerung erfahren.

b) Die soziale Zusammensetzung von Dissent! Network ist ebenfalls alles andere als optimal gewesen: Mehrheitlich hat es sich um eine stark subkulturell aufgeladene Veranstaltung junger, weißer EU-EuropäerInnen gehandelt. MigrantInnen bzw. Menschen mit migrantischem Hintergrund, Flüchtlinge oder Menschen aus dem Trikont waren kaum vertreten. Das ist zwar weder neu noch ändert es etwas an der über weite Strecken irrsinnig sympathischen, mitunter grotesk-witzigen Camp-Atmosphäre, aber eine "andere" Welt sieht schlicht und ergreifend anders aus.

### Lehren für Heiligendamm

c) Kehrseite des anti-autoritären, überaus strukturpessimistischen Selbstverständnisses innerhalb des Dissent! Network ist ein zum Teil (!) nur schwer überbietbares Verantwortungs- und Informationschaos gewesen. Insbesondere während der Vorbereitung des Blockadetags hat sich das negativ bemerkbar gemacht. Dass dieser dennoch äußerst erfolgreich verlaufen ist, hatte vor allem mit einer allenthalben großen Entschlossenheit, viel Duse! und einer völlig überforderten Polizei zu tun. Der Mangel klarer und durchschaubarer Verantwortlichkeiten hat außerdem so manches manipulatives Einfallstor geöffnet - was in Sterling z.B. von einem scheinbar versierten, faktisch jedoch absolut manipulativ agierenden (weil Moderation und eigene Interessen nahtlos verklammern-) Moderationsteam weidlich ausgenutzt wurde. Die Frage, wie politische, mehrsprachig zusammengesetzte Großgruppen unter Zeitdruck sachlich und effektiv sowohl kommunizieren als auch entscheiden können, bleibt mit anderen Worten eine spannende Herausforderung.

d) Das merkwürdigste Defizit dürfte indessen die weitgehende Abwesenheit nicht nur inhaltlicher Diskussionen unter den AktivistInnen, sondern auch politischer Positionierungen im öffentlichen Raum gewesen sein. Während sich andernorts die Köpfe über Fragen wie Landreform, Wasserrechte oder Verschuldung heiß geredet wurden, schien hiervon das gemeine Dissent!-Network-Publikum reichlich unbekümmert. Konkrete Brückenschläge etwa zu den auf den Weltsozialforen verhandelten Themen und Konzepten fehl-

ten völlig, genauso wie ein Bezug auf die Forderungen des afrikanischen, zeitgleich in Mali tagenden, Anti-G8-Gipfels. Diese inhaltliche Leere setzte sich auch in der Außendarstellung fort. Flugblätter, Zeitungen, Transparente? Mehr oder weniger Fehlanzeige! All das sollte in Zukunft auf jeden Fall anders werden. Konkret dürfte das vor allem eine frühzeitige Bestimmung der Themen erforderlich machen, die anlässlich einer Anti-G8-Mobilisierung zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung gemacht werden sollen.

Es bleibt: Bei aller Kritik, die positiven, hier nur am Rande angedeuteten Erfahrungen überwogen bei weitem - es lohnt, diese Fäden fortzuspinnen. Am ärgsten dürften letztlich viele der NGOs zu knabbern gehabt haben, denn deren hochfliegende Hoffnungen entpuppten sich im Lichte der konkreten Ergebnisse des Gipfels als das, was sie immer schon waren: Luftschlösser, leider nicht mehr!

Gregor Samsa

Anmerkung:

1) attac diskutiert über 2007, das Dissent! Network im deutschsprachigen Raum lädt Anfang Oktober groß in Hamburg ein und das Bündnis linker Gruppen und Einzelpersonen hat unter dem Motto "Für eine interventionistische Linke" einen Aufruf veröffentlicht, ein breites Vorbereitungsbündnis aus allen Strömungen der linken sozialen Bewegungen und Organisationen zu schaffen: [www.g8-2007.de](http://www.g8-2007.de)

erschieden in: ak- Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 497 / 19.8.2005



# Täuschung als PR-Strategie

## Was auf dem G8-Gipfel beschlossen wurde

**Schenkte mensch den offiziellen Verlautbarungen im Anschluss an den diesjährigen G8-Gipfel Glauben, so müssen die im schottischen Gleanagles versammelten Staats- und Regierungschefs tatsächlich Ungeöhnliches vollbracht haben: Allenthalben war von historischen Durchbrüchen die Rede.**

Es schien, als wäre auf dem G8-Gipfel weltweiter Armut und Verschuldung endgültig das Totenglückchen geläutet worden. Bei genauerem Hingucken entpuppten sich diese Erfolgsmeldungen jedoch als dreiste Propaganda. Die Kritik selbst moderater NGOs fiel dementsprechend harsch aus.

Was ist auf dem G8-Gipfel Anfang Juli konkret beschlossen worden? Wie lautet die Kritik - immanent wie grundsätzlich?

**Entschuldung:** Bereits Mitte Juni hatten die G7-Finanzminister (ohne Russland) eine entsprechende Entscheidung getroffen, sie wurde auf dem G8-Gipfel nur noch abgenickt. Danach sollen 18 Ländern, davon 14 aus Afrika, ihre Schulden bei drei multilateralen Finanzinstitutionen erlassen werden (IWF, Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank). Unter bestimmten Voraussetzungen können noch neun, maximal 20 weitere Länder dazukommen. Praktisch handelt es sich um einen sofortigen Schuldenerlass, zumindest für die Länder, die sich bereits qualifiziert haben (s.u.). Der Schuldenerlass ist eine Mogelpackung sondergleichen, er hält nicht im mindesten, was er verspricht:

a) Anders als von G8-Seite kolportiert, wurde mitnichten ein hundertprozentiger Schuldenerlass in die Wege geleitet. Erlassen werden lediglich Schulden bei oben genannten drei Finanzinstitutionen. Die restlichen Schulden - ob bei einzelnen Staaten, Privatbanken oder anderen multilateralen Finanzinstitutionen, sind demgegenüber nicht Bestandteil des Deals. Für die betroffenen Länder hat sich also gerade mal ihr jeweiliger Schuldenstand verringert - mehr nicht.

### Mogelpackung Entschuldung

b) Durch den aktuellen Schuldenerlass müssen die betroffenen Länder jährlich etwa eine Milliarde US-Dollar weniger

Zins- und Tilgungszahlungen aufbringen. Wie lächerlich gering diese Summe ist, dürfte im Lichte einer weiteren Zahl deutlich werden: Sämtliche Entwicklungsländer zahlen zusammen über 300 Milliarden Zinsen und Tilgungen jährlich. Nach Einschätzung verschiedener NGOs deckt die eine Milliarde US-Dollar gerade mal zehn Prozent des tatsächlichen Entschuldungsbedarfs. Bezugspunkt sind die so genannten Millenniumsziele: Danach sei für 62 hochverschuldete Länder die von der UNO in ihrer Millenniumserklärung angepeilte Halbierung der weltweiten Armut bis 2015 nur durch einen hundertprozentigen Schuldenerlass realisierbar.

c) Von dem aktuellen Schuldenerlass können laut Beschluss maximal 38 Länder profitieren. Hintergrund sind völlig willkürliche, bereits aus früheren Schuldenerlass-Initiativen bekannte Unterstellungen darüber, welche Schuldenrate (gemessen an den Exporteinnahmen) als tragfähig gilt und welche nicht. Demgegenüber ist festzuhalten, dass es sehr viel mehr Länder gibt, die auf einen teilweisen oder kompletten Schuldenerlass angewiesen sind.

d) In den Genuss des aktuellen Schuldenerlasses kommen ausschließlich so genannte HIPC-Länder (Heavily Indebted Poor Countries). Die 1996 von IWF und Weltbank lancierte und 1999 auf dem Kölner G8-Gipfel neu aufgelegte HIPC-Initiative ist ebenfalls ein Entschuldungsprogramm. Die beteiligten Länder haben als Voraussetzung für den Schuldenerlass ein dreijähriges so genanntes Strukturanpassungsprogramm des IWF zu durchlaufen. Hierbei handelt es sich um ein Bündel haushalts-, finanz-, handels- und arbeitsmarktpolitischer Vorgaben (Konditionen), die seitens der jeweiligen Regierungen auf nationaler Ebene umgesetzt werden müssen. Die dem Geist neoliberaler Denken ganz und gar verpflichteten Strukturanpassungsprogramme des IWF (die auch im Falle von Kreditzahlungen greifen) sind hochgradig problematisch. Im Kern zielen sie auf radikale Öffnung der Märkte, Privatisierung, einseitige Förderung der Exportwirtschaft und umfassenden Abbau staatlicher Regulierungen (z.B. Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel). Sie sind mit anderen Worten - jedenfalls letztinstanzlich - als Türöffner westlicher Interessen im Trikont zu verstehen. Offiziell heißt es zwar, dass der jüngst beschlossene Schuldenerlass nicht unmit-

telbar an Konditionen gekoppelt sei; lediglich allgemein ist u.a. von "guter Regierungsführung" als notwendiger Voraussetzung die Rede. Doch das ist bestenfalls untertrieben. Denn auch die 20 Länder, die sich derzeit um Qualifizierung bemühen, müssen zunächst das HIPC-Programm durchlaufen (von den bereits qualifizierten ganz zu schweigen).

### Entwicklungshilfe und Handel

e) Last but not least: Der aktuelle Schuldenerlass ist auch deshalb abzulehnen, weil es sich um illegitime Schulden handelt - und nicht etwa um unbezahlbare Schulden (eine Diktion, der sich selbst viele westliche NGOs befleißigen). Darauf hinzuweisen, ist während des G8-Gipfels vor allem NGOs aus dem Süden vorbehalten gewesen, allen voran Jubilee South als einer der größten unter ihnen. Sie fordern ihrerseits sofortige Streichung sämtlicher Schulden für alle so genannten Entwicklungsländer - und überdies Reparationen, nicht nur für die Folgen jahrelanger IWF-Strukturanpassungsprogramme, sondern auch für Kolonialismus und Sklaverei.

**Entwicklungshilfe:** In dieser Hinsicht ist zwar eine Verdoppelung der Entwicklungshilfe um 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 2010 beschlossen worden. Doch auch dieser Beschluss ist nicht wirklich der Rede wert. Denn hierbei handelt es sich überwiegend nicht um zusätzliches Geld, sondern um solches, das bereits mehrmals versprochen wurde - das erste Mal vor 35 Jahren (zumindest was die Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttosozialprodukts betrifft).

**Handel:** Hier wurde faktisch gar nichts erreicht. Einmal mehr wurden keine festen Zusagen zum Abbau der skandalösen Exportsubventionen im Agrarbereich gemacht, durch die Millionen Kleinbauern im Trikont schlicht und ergreifend niederkonkurriert werden. Lediglich von einer Abschaffung "zu einem glaubwürdigen Zeitpunkt" ist diesbezüglich die Rede gewesen.

Gregor Samsa

erschieden in: ak- Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 497 / 19.8.2005

# G8 2007 Aktionsinfos

Treffen, Konferenzen, Bündnisse, Demonstrationen, Aktionen, Soli-Parties, Texte, Bücher... es ist bereits jetzt, ein Jahr vor dem Gipfel, gar nicht mehr so leicht, die Bewegung gegen G8 zu überblicken. Hier einige praktische Infos über Bündnisse und geplante Aktionen.

## Bündnisstrukturen & Mobilisierungen:

Im dissent!-Netzwerk organisieren sich seit Frühjahr 2005 einige Hundert linksradikale, emanzipatorische, anarchistische, antiautoritäre AktivistInnen aus verschiedenen Ländern, Regionen und Städten ([www.dissentnetwork.org](http://www.dissentnetwork.org)).

Zahlreiche Gruppen aus dem **NoLager-Netzwerk** sind sowohl bei dissent! als auch im Rostock-Bündnis aktiv. Geplant ist unter anderem eine breite Bündisdemo unter dem (vorläufigen) Motto: Für globale Bewegungsfreiheit! Gleiche Rechte für alle!

Zu dissent!-Treffen kommt auch das "**Revolutionäre Bündnis**", das "den internationalistischen Widerstand gegen Kapitalismus und Imperialismus auf die Straße tragen" will ([www.antig8.tk](http://www.antig8.tk)).

Unter dem Motto "**Leben heißt in Bewegung bleiben**" planen Polit-, Kunst- und MedienaktivistInnen eine Europa-Karawane. Hier sollen Kultur-Events und Diskussionen quer durch Europa getragen werden. ([vision07@riseup.net](mailto:vision07@riseup.net)).

Die **Interventionistische Linke** ([www.g8-2007.de](http://www.g8-2007.de)) hat mit **attac** ([www.attac.de](http://www.attac.de)), Initiative für ein **Sozialforum in Deutschland**, BUKO ([www.buko.info](http://www.buko.info)) sowie dem **Bundesausschuss Friedensratschlag** eine **Aktionskonferenz in Rostock** ausgerichtet. Daraus soll sich ein breites, linkes Aktionsbündnis entwickeln. Die nächste, international ausgerichtete Konferenz findet im Herbst 2005 statt.

Außerdem existieren Arbeitsgruppen bei der BUKO, attac, Umwelt- und entwicklungsbezogenen NGO's und der Linkspartei (u.a. in regionalen Initiativen und ihrer Jugendorganisation solid). Dort sind verschiedene Gegengipfel in Planung.

## Wozu arbeitet dissent!?

**Infotour:** Seit Herbst 2005 ist die Infotour in Deutschland und europäischen Ländern unterwegs. Ein Quiz zum G8 2007 sowie "Popular Education"-Konzepte für politische Bildung (Seminare, Workshops oder Projektstage) gehören ebenfalls zum Repertoire. ([www.dissentnetwork.org/wiki](http://www.dissentnetwork.org/wiki)). Die AG ist mittwochs und donnerstags nachmittags telefonisch im Berliner Anti-G8-Büro erreichbar.

**Trauma:** Die Repression insbesondere beim G8 2001 in Genua gab Anlaß zu einer offensiveren Auseinandersetzung mit Traumatisierung und dem Umgang damit ([www.dissentnetwork.org/wiki](http://www.dissentnetwork.org/wiki))

**Fahrrad-/ Velokarawane:** Nach mehreren Fahrradkarawanen zu Gipfeln der letzten Jahre ist für Heiligendamm auch eine in Planung. ([www.dissentnetwork.org/wiki](http://www.dissentnetwork.org/wiki))

**Aktionen:** von "deutschlandweiten Kempinskihotel-Aktionen", Straßentheater, Blockade-Ideen über "öffentliche Filmvorführungen" bis "Genfeldaktionen" zum übernehmen, ausbauen und ergänzen ([www.dissentnetwork.org/wiki](http://www.dissentnetwork.org/wiki)).

**Inhalte:** Die AG trifft sich regelmäßig auf den allgemeinen dissent!-Treffen. Unter [www.gipfelsoli.org/Inhalt+Theorie.html](http://www.gipfelsoli.org/Inhalt+Theorie.html) finden sich Texte, die einzelne Gruppen verfasst haben.

**Großdemonstration und Blockaden:** Auf der Aktionskonferenz in Rostock wurde beschlossen, eine gemeinsame Großdemonstration zu planen. Außerdem wird es Blockadeaktionen geben, die die Infrastruktur des G8-Gipfels behindern sollen ([blockade@g8-2007.de](mailto:blockade@g8-2007.de)).

**Antirepression:** Selbsthilfe und Solidarität gegen die wohlbekanntesten Übergriffe des Staates und seiner Organe ([g8-antirep@riseup.net](mailto:g8-antirep@riseup.net)).



In Berlin gibt es ein **Anti-G8-Büro**. Bisherige **Öffnungszeiten** sind Dienstag bis Donnerstag Nachmittag. Telefonisch zu erreichen unter 030/ 4098 5406. Dort gibt es Informationen, Flugblätter, Plakate, T-Shirts etc.